

»Akten-Einsichten«

Beiträge zum historischen Ort der Staatssicherheit

Herausgegeben von Helge Heidemeyer

Der Bundesbeauftragte
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
Abteilung Bildung und Forschung
10106 Berlin
publikation@bstu.bund.de

Die Meinungen, die in dieser Schriftenreihe geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassungen der Autoren wieder. Abdruck und publizistische Nutzung sind nur mit Angabe des Verfassers und der Quelle sowie unter Beachtung des Urheberrechtsgesetzes gestattet.

Bildbeschreibung: Aktenbündel aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv
Foto: BStU/Dresen

Schutzgebühr: 2,50 €
Berlin 2016

ISBN 978-3-942130-79-0

Eine PDF-Version dieser Publikation ist unter der folgenden URN kostenlos abrufbar: urn:nbn:de:0292-978394213077909

Inhalt

<i>Helge Heidemeyer</i> Vorwort	5
Die Akten	
<i>Ilko-Sascha Kowalczuk</i> Aktenlagen. Zum Mit- und Abhören im geteilten Deutschland	13
<i>Henrik Bispinck</i> Von Volksmusikern, Hundezüchtern und ranziger Margarine. Aus den Berichten der Abteilung Information des Jahres 1956	24
<i>Bernd Florath</i> Lehrverbot und Parteiausschluss für Robert Havemann – »Provokation der Westdeutschen« oder von der SED geplanter »politischer Tod«?	38
<i>Georg Herbstritt</i> Quellen, Zeitzegen und Historiker. Verschiedene Sichtweisen auf die SIRA-Datenbank der MfS-Auslandsspionage (HV A)	52
<i>Christian Adam</i> »ischschwöre Berlin« oder Geschichte rund um den »Bindestrich der Freiheit«	65
Die Staatssicherheit und das Herrschaftssystem	
<i>Daniela Münkel</i> Staatssicherheit in der Region. Die geheimen Berichte der MfS-Kreisdienststelle Halberstadt an die Partei	73
<i>Tobias Wunschik</i> »Politisch-operatives Zusammenwirken«? Zur Rivalität von Staatssicherheit und Volkspolizei in der Ära Ulbricht	85

<i>Jens Gieseke</i>	
Die Sichtbarkeit der geheimen Polizei. Zur öffentlichen Darstellung und Wahrnehmung der Staatssicherheit im DDR-Alltag	100
Die Dysfunktionalität des MfS	
<i>Elke Stadelmann-Wenz</i>	
Hans-Joachim Geyer – der Doppelagent aus der Provinz	121
<i>Christian Booß</i>	
Suff, Westverwandte und Schlamperei – der »Feind« in der Provinz. Die Steuerungsprobleme des MfS am Beispiel der Kreisdienststelle Gransee	134
<i>Helge Heidemeyer</i>	
»Konnte gut organisieren« – Die Geschäfte des Gert Trebeljahr	152
Abkürzungen	165
Biografische Notizen	169

Vorwort

Machtkämpfe und Unregelmäßigkeiten treten aus den hier versammelten Beiträgen hervor. Machtkämpfe und Kompetenzrangeleien zwischen den verschiedenen Trägern der Herrschaft in der DDR sowie Korruption in der Welt der Tschekisten, die doch angeblich so »sauber« sein sollte. Damit beleuchten die Arbeiten schlaglichtartig Dimensionen des Innenlebens des Ministeriums für Staatssicherheit wie auch des Herrschaftsgefüges der DDR, wie sie sich nur aus den Akten der Stasi selbst, des großen Überwachungsapparates des SED-Regimes, eruieren lassen. Die Stasi-Akten bieten Einsichten nicht nur in das Leben in der DDR, sondern auch in Funktionen und vor allem Dysfunktionen der großen Arkana der Diktatur, die andere Überlieferungen nicht freigeben können, eben weil diese Kernbereiche des Herrschaftsapparates gründlich vom Blick ins Innere abgeschirmt waren.

Der Titel dieses Bandes ist aber auch in anderer Hinsicht paradigmatisch gemeint. Den Wert der Akten, die das Ministerium für Staatssicherheit hinterlassen hat, zu ermessen und zugleich zu verdeutlichen, welches Potenzial sie bieten und welche Besonderheiten der Umgang mit ihnen darstellt, ist Ausgangspunkt jedes Beitrags dieser Essaysammlung. Der explizit quellenkritische Ansatz ist jedoch nicht nur allen Arbeiten immanent, er bildet auch den inhaltlichen Fokus mehrerer Beiträge. Dabei stehen gemäß Auftrag und Anspruch des MfS die Dysfunktionen im Vordergrund, sollte das MfS doch Fehlentwicklungen aufdecken sowie ihre Bekämpfung und Beseitigung in die Wege leiten. Gerade aus diesem spezifischen Blickwinkel heraus lassen sich aus der historischen Rückschau Funktionsprobleme des SED-Regimes erkennen und beschreiben.

Die Unterlagen der Staatssicherheit sind im Zuge der Friedlichen Revolution von den Bürgerrechtlern gesichert worden, um sie insbesondere den Betroffenen zugänglich zu machen. Seit 25 Jahren sind die großen Archivbestände aber auch für die Forschung nutzbar. Schon Oppositionelle hatten noch in der heißen Phase 1989/90 ein Gespür dafür, dass die Papiere der Stasi einen Wert über die persönliche Betroffenheit hinaus besitzen.¹ Das

¹ Sehr früh vertrat v. a. Wolfgang Templin diese Position. Vgl. Schumann, Silke: Vernichten oder Offenlegen? Zur Entstehung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Eine Dokumentation der öffentlichen Debatte, Berlin 1995, S. 15. Vgl. auch den Aufruf zur Bildung einer Forschungsstätte zur Geschichte der DDR und ihrer Repressivorgane vom 24.8.1990, unterzeichnet vom Unabhängigen Historiker-

hat sich seither eindrücklich bestätigt. Die Auswertung der Akten des MfS hat nicht nur gesichertes Wissen über den Unterdrückungsapparat und seine Mechanismen hervorgebracht, sondern auch die Kenntnis über das Herrschaftssystem der SED-Diktatur sowie insbesondere die Gegner des Regimes wesentlich verbreitert und vertieft. Auch darüber hinaus bieten die Aktenbestände vortreffliche Ansatzpunkte, um alltags- und gesellschaftsgeschichtliche Fragestellungen zu beantworten. Mehrere Tausend Titel der Spezialbibliothek des BStU bezeugen das enorme Potenzial derartiger quellenengesättigter Studien.²

Das, was in dieser Hinsicht heute als unbestreitbarer Gewinn und hoher Wert anerkannt ist, war trotz der Verve, mit der sich einige Bürgerrechtler bei der Öffnung der Stasi-Archive für die Integration von Forschungszwecken im Stasi-Unterlagengesetz eingesetzt haben, zunächst durchaus umstritten. Aus zwei Richtungen wurde dagegengehalten. Auf der einen Seite standen erhebliche Kräfte, die eine Nutzung der Akten aufgrund ihres widerrechtlichen Zustandekommens generell ablehnten. Auf der anderen Seite – und das ruft den Historiker auf den Plan – wurde der Wahrheitsgehalt der in den Unterlagen niedergelegten Aussagen massiv bezweifelt. Deshalb ist es kein Zufall, dass unter den ersten vom Forschungsbereich des BStU veröffentlichten Arbeiten solche waren, die sich mit dieser Thematik auseinandersetzen. Vor allen hat Roger Engelmann mit frühen Publikationen beim BStU die Wahrnehmung der Stasi-Akten wesentlich beeinflusst, indem er die Frage nach ihrem Quellenwert grundsätzlich positiv beantwortete.³

Diese Arbeiten stellen heraus, dass es sich bei den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit um Arbeitsmaterialien der Geheimpolizei handelte, die für eine klare Zweckbestimmung zielgerichtet gesammelt wurden.

Verband der DDR und der Arbeitsgruppe zur historisch-politischen Aufarbeitung der Strukturen und Arbeitsweise des MfS beim staatlichen Komitee, abgedruckt in: Eckert, Rainer; Kowalczyk, Ilko-Sascha; Stark, Isolde (Hg.): Hure oder Muse? Klio in der DDR. Dokumente und Materialien des Unabhängigen Historiker-Verbandes, Berlin 1994, S. 37 f.

² http://www.bstu.bund.de/DE/Wissen/Bibliothek/Bibliothek_node.html (zuletzt abgerufen am 8.8.2016).

³ Engelmann, Roger: Zu Struktur, Charakter und Bedeutung der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit (BF informiert 3/1994). Berlin 1994; Henke, Klaus-Dietmar; Engelmann, Roger: Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung. Berlin 1995; darin insbesondere: Engelmann, Roger: Zum Quellenwert der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, S. 23–39.

Beim Verfassen der Akten versuchte das MfS so gut wie möglich, eine Verfälschung des Niedergelegten zu vermeiden, weil diese die Effizienz der eigenen Tätigkeit gefährdet hätte. Das MfS war für den Erfolg der täglichen Arbeit darauf angewiesen, auf valide Informationen zurückgreifen zu können. Um das sicherzustellen, wurden ständige Kontrollen der Akten durchgeführt und die Bewertung ihrer Zuverlässigkeit festgehalten. Auf diese Weise sollten Fehlerquellen entdeckt und ausgeschaltet werden. Im Großen und Ganzen förderlich dabei war die militärische Struktur der Staatssicherheit, die gewährleistete, dass befohlene Regelungen auch eingehalten wurden. Der Autor macht darauf aufmerksam, dass bei der Bewertung der MfS-Unterlagen zeitlich differenziert werden muss. Bei der Arbeit der Stasi ist eine zunehmende Professionalisierung auszumachen. Klagte man in den Fünfzigerjahren über mangelndes Niveau und »frisierte« Berichte, so wurden diese Beschwerden immer seltener. Die Berichterstattung erfüllte in den späten Jahren der DDR deutlich besser ihre definierten Maßstäbe. Unter quellenkritischen Gesichtspunkten bleiben aber vor allem Vernehmungsprotokolle oder IM-Treffberichte problematisch, da ihr Zustandekommen unter Zwang bzw. ihre inhaltliche Verkürzung deutlich mehr Raum für eine Verzerrung weg von der Sicht des Urhebers hin zur Sichtweise des MfS und seiner Mitarbeiter ließen.

Trotz dieser insgesamt positiven Bewertung der Stasi-Unterlagen betont Engelmann, dass der Historiker sie natürlich unter Berücksichtigung seines quellenkritischen Instrumentariums nutzen muss. Stellt man Verzerrungsfaktoren wie den zeitlichen Abstand, Eigeninteressen der Verfasser und die Ideologisierung der Schriftstücke in Rechnung – letztere wird oft rituell in die Berichte eingeflochten, ist jedoch aufgrund des konspirativen Charakters der Dokumente bei weitem nicht so stark ausgeprägt wie beispielsweise in der Hinterlassenschaft der SED –, besitzen die Akten einen hohen Quellenwert.

An diese Erkenntnisse knüpfen in diesem Band mehrere Beiträge an. Zwei gehen der grundlegenden Frage nach, wie der Aussagegehalt bestimmter Aktentypen zu bewerten ist. Georg Herbstritt stellt in einer Pilotstudie die Interpretationen, die der Kundige mithilfe der SIRA-Datenbank vornehmen kann, den Erinnerungen eines Zeitzeugen gegenüber. Ilko-Sascha Kowalczyk reflektiert methodisch und theoretisch die Nutzung von Abhörprotokollen für die Zeitgeschichte und stellt sie in einen gesamtdeutschen Bezugsrahmen. Welchen Innovationswert ein einzelner Aktenfund für die Interpretation historischer Geschehnisse haben kann, illustriert Bernd Florath am Beispiel der Entfernung Robert Havemanns nicht nur von der Universität, sondern aus der Öffentlichkeit schlechthin. Christian

Adam widmet sich einem Detailstreit innerhalb der Historiographie mit seinem Bindestrich-Beitrag zum Thema Westberlin/West-Berlin.

Ereignisgeschichtliche Fragestellungen bilden stets einen Schwerpunkt auch der MfS-Forschung, den Fricke und Engelmann mit ihrer Untersuchung zum 17. Juni 1953 und seinen Folgen in der DDR aufgriff: Die »Konzentrierten Schläge« stellen einen Markstein auf diesem Forschungsfeld dar.⁴ Elke Stadelmann-Wenz greift diesen Forschungsfaden auf und beleuchtet in ihrem Beitrag die Biografie des Doppelagenten Hans-Joachim Geyer, der mit seinen Informationen die Aktion »Feuerwerk«, den ersten der »konzentrierten Schläge«, ermöglichte. Henrik Bispinck geht die Berichte von 1956 durch und schildert bislang in der Geschichtsschreibung wenig beachtete Ereignisse der DDR.

Seit einiger Zeit nun steht der Staatssicherheitsdienst als Teil der Herrschaftsstruktur des SED-Regimes im Fokus des Forschungsinteresses. Vor Ort kann valide ausgelotet werden, wie die Kräfte zwischen den Kreisdienststellen des MfS, der Kreisleitung der Partei und anderen Herrschaftsträgern verteilt waren und von welchen Faktoren eine starke Stellung in dem Machtgeflecht bestimmt wurde. Diesen Ansatz greifen vier Beiträge dieses Bandes auf: Daniela Münkel beschreibt und analysiert, was die Stasi auf der Kreisebene in Halberstadt an die Partei berichtete. Tobias Wunschik lotet den Charakter der Zusammenarbeit zwischen Staatssicherheit und Volkspolizei in der Ära Ulbricht aus. Jens Gieseke beschäftigt sich mit dem MfS als öffentlicher Institution, im Besonderen damit, wie die Staatssicherheit selbst in der Öffentlichkeit gesehen werden wollte. Er kontrastiert das tschechistische Wunschbild mit der allgemeinen Wahrnehmung der Stasi in der DDR.

Diese Beschäftigung mit der Staatssicherheit führt zu Fragen der Dysfunktionalität innerhalb des MfS. Christian Booß deckt die Steuerungsprobleme der MfS-Kreisdienststelle in Gransee auf, die vielfach an eigenen Unzulänglichkeiten scheiterte und dazu nicht der Mitwirkung des »Feindes« bedurfte. Die Hinterlassenschaft des MfS beinhalten Hinweise auf Unregelmäßigkeiten aller Art im Apparat der Geheimpolizei. Diesem Pfad folgt Helge Heidemeyer in seinem Beitrag, der ein Netz von Korruption in der Bezirksverwaltung Potsdam aufdeckt.

Die bisherigen Publikationen zur Geschichte der Staatssicherheit haben das Wissen über das MfS und das Verständnis seiner Arbeits- und Wir-

⁴ Fricke, Karl Wilhelm; Engelmann, Roger: »Konzentrierte Schläge«. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956 (Analysen und Dokumente 11). Berlin 1998.

kungsweisen in aller Komplexität weit vorangebracht. So bleibt es – wie alle Beiträge zeigen – nach wie vor aufschluss- und ertragreich, Einsicht in die Akten zu nehmen, um aus den Akten Einsichten in die Funktionsweise eines Überwachungsstaates und des MfS als ausführendes Organ dieser Überwachung zu gewinnen.

Die Akten

Aktenlagen. Zum Mit- und Abhören im geteilten Deutschland

1979 glaubte Hans Magnus Enzensberger in einem Vortrag in New York feststellen zu müssen, »dass die Bevölkerung Westdeutschlands heute einem Grad von Überwachung unterliegt, der historisch präzedenzlos ist; die Gestapo konnte von technischen Mitteln dieser Reichweite nur träumen«.¹ Die SED-Führung griff das freudig auf und verkündete: »Enzensberger: BRD ist ein totaler Überwachungsstaat. Die Bonner Schnüffelpraxis steht in der Welt ohne Beispiel da«.² Zehn Jahre später fiel die Mauer, wenige Wochen darauf war auch die ostdeutsche Geheimpolizei, das MfS, zur Institutionengeschichte geronnen.³ Die Maßstäbe verrutschten – wie nach Systembrüchen typisch – wieder einmal. Nun avancierte die DDR mit ihrem MfS zur Orwellschen Realität. Die Stasi-Geschichte erschien beispiellos, die Überwachungspraxis in der DDR den düstersten Dystopien entsprungen zu sein. Dabei war eigentlich schon vor der IT-Revolution im neuen Jahrtausend klar, die neben den konventionellen⁴ auch völlig neue supranationale Überwachungsinstitutionen hervorbringt,⁵ dass es vor allem das Ausmaß der Stasi-Überwachung war, das eine besondere Qualität beanspruchen konnte. »Historisch neuartig und charakteristisch am Staatssicherheitsdienst der DDR waren nicht in erster Linie dessen Spionage-, Ausfor-

¹ Enzensberger, Hans Magnus: Der Sonnenstaat des Doktor Herold. Hans Magnus Enzensberger über Privatsphäre, Demokratie und Polizeicomputer. In: Der Spiegel Nr. 25 v. 18.6.1979, S. 68–78, hier 73.

² ND v. 16.6.1979, S. 7.

³ Vgl. Engelmann, Roger: Sicherung und Öffnung der Stasi-Akten. In: Münkler, Daniela (Hg.): Staatssicherheit. Ein Lesebuch zur DDR-Geheimpolizei. Berlin 2015, S. 176–183.

⁴ Vgl. z. B. Krieger, Wolfgang: Geschichte der Geheimdienste. Von den Pharaonen bis zur CIA. München 2009; Conrad, Christoph; Reichardt, Sven (Hg.): Surveillance Studies. In: Geschichte und Gesellschaft 42 (2016) 1; Zwierlein, Cornel: Sicherheitsgeschichte. Ein neues Feld der Geschichtswissenschaften. In: Geschichte und Gesellschaft 38 (2012), S. 365–386.

⁵ Vgl. Lanier, Jaron: Wem gehört die Zukunft? Frankfurt/M. 2014; Greenwald, Glenn: Die globale Überwachung. Der Fall Snowden, die amerikanischen Geheimdienste und die Folgen. München 2014; Rosenbach, Marcel; Stark, Holger: Der NSA-Komplex. Edward Snowden und der Weg in die totale Überwachung. München 2014.

schungs- und Repressionsmethoden, sondern dessen umfassende verdeckte Steuerungs- und Manipulationsfunktion nicht nur in allen wichtigen Bereichen von Staat und Gesellschaft, sondern bis in Primärgruppen und selbst persönlichste Beziehungen hinein – zweifellos ein neues, verfeinertes Element totaler Herrschaftsausübung.«⁶ Diese bereits 1993 treffend formulierte Einsicht änderte nichts daran, dass inner- und besonders außerhalb der Historiographie bis heute immer wieder so getan wird, als hätten wir es bei der Geschichte der SED-Diktatur mit einem Gegenstand zu tun, der ein besonderes Analyseinstrumentarium erfordern würde. Dies hängt mit der Fehlannahme zusammen, gerade die Quellen des MfS würden einer besonderen Charakteristik unterliegen. Zwar mag dies in der Sicht Betroffener so erscheinen und erst recht in der Perspektive von Juristen, Datenschützern und Politikern, aber für Historiker sollten solche Einschätzungen eigentlich nicht gelten. Denn die MfS-Archivalien entziehen sich keineswegs der üblichen Quellenkritik.⁷ Ganz im Gegenteil: In wissenschaftlicher Hinsicht sind sie ein Teil des insgesamt großen historischen Quellenkorpus, in dem sie von der Antike bis in unsere Gegenwart genauso einen Platz einnehmen wie Hunderte andere Quellentypen.

Roger Engelmann hat Anfang der Neunzigerjahre in mehreren Aufsätzen die Stasi-Quellen und ihren Wert beschrieben.⁸ Er hat dabei unterstrichen, dass es bei Quellen nicht um die Frage ihres »Wahrheitsgehaltes« geht, wie oft in der Öffentlichkeit suggeriert wird. Der Forscher richtet vielmehr Fragen an seine Quellen – und nur auf diese kann er Antworten erhalten.⁹ So besitzen Vernehmungsprotokolle trotz ihres Anscheins, es handle sich um Wortprotokolle, oftmals »den Charakter von Berichten des Vernehmers«, von »Selbstdarstellungen« des Vernehmers, der die Aussagen des Vernommenen überdies, wie Engelmann in Anlehnung an die NS-Forschung feststellte, »in die Sprache der Verfolgungsbürokratie« über-

⁶ Henke, Klaus-Dietmar: Zu Nutzung und Auswertung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 41 (1993) 4, S. 575–587, hier 586.

⁷ Vgl. Droysen, Johann Gustav: Historik. 4., umgearb. Aufl., Halle 1925; Rösen, Jörn: Historik. Theorie der Geschichtswissenschaft. Köln, Weimar, Wien 2015.

⁸ Vgl. z. B. Engelmann, Roger: Zu Struktur, Charakter und Bedeutung der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit (BF informiert 3/1994). Berlin 1994.

⁹ Wie vorbildlich dabei Quellenkritik und wissenschaftliche Analyse verbunden werden kann, demonstriert folgende Veröffentlichung: Engelmann, Roger (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1953. Die geheimen Berichte an die SED-Führung. Göttingen 2013.

setze.¹⁰ MfS-Quellen sind daher vom Historiker nicht anders zu behandeln als andere Quellen.¹¹

In der Forschung wird bis heute zu wenig beachtet, was Engelmann bereits Anfang der Neunzigerjahre festhielt: Die zentrale Säule des MfS-Schriftgutes bilden registrierte Vorgänge.¹² Demgegenüber wird in der Literatur oft kein Unterschied gemacht zwischen den verschiedenen Arten von MfS-Überlieferungen. Dabei ist die Unterscheidung und Abgrenzung der Unterlagen voneinander nicht nur in der historischen Analyse unerlässlich, um deren Relevanz für historische Prozesse bestimmen zu können. Auch bei der Frage der Überlieferungsdichte und Aktenvernichtungen 1989/90 ist diese Perspektive zentral. Denn die Vernichtung von registriertem Material besitzt eine andere Relevanz als die von »Zentralen Materialablagen« (ZMA)¹³ und diese Vernichtung wiederum war deutlich signifikanter als die zufälligen Hinterlassenschaften einzelner Mitarbeiter (»Papierkörbe«). Gegenwärtig wird in einem eigenen Forschungsprojekt untersucht, in welchen Größenordnungen Kassationen und Vernichtungen 1989/90 stattfanden und, fast noch wichtiger, welche Quellentypen davon besonders betroffen waren. Denn die oftmals aufgestellte Behauptung, die Kassationen und Vernichtungen 1989/90 hätten empfindliche Bestandslücken hinterlassen, mag aus der Sicht derjenigen zutreffen, die bei ihrer persönlichen Akteneinsicht leere Aktendeckel präsentiert bekommen. Für die historische Forschung hingegen haben wir es nicht mit zu wenig, sondern mit einem Übermaß an Quellen aus den Stasi-Hinterlassenschaften zu tun.¹⁴ Wer dies nicht glauben mag, sollte sich einmal irgendein anderes historisches Archiv anschauen. Staatliche Archive sind dazu geschaffen worden, repräsentative Materialien und deren Zustandekommen aufzubewahren und zu doku-

¹⁰ Engelmann, Roger: Zum Wert der MfS-Akten In: Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«. Bd. VIII, Baden-Baden 1995, S. 243–296, hier 254.

¹¹ Engelmann, Roger: Zum Quellenwert der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit. In: Henke, Klaus-Dietmar; Engelmann, Roger (Hg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung. Berlin 1995, S. 23–39, hier 23 f.

¹² Ebenda, S. 26.

¹³ Vgl. Lucht, Roland: ZMA. In: Engelmann, Roger u. a. (Hg.): Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR. 3., aktualis. Aufl., Berlin 2016, S. 388.

¹⁴ Engelmann sprach von geringfügigen Überlieferungsverlusten, vgl. Ders.: Zum Quellenwert (Anm. 11), S. 24.

mentieren – nicht dazu, jedes Stück Papier und jede Datei für die Zukunft zu sichern.¹⁵

Die Diskussion über die Überwachungspraxis wurde in den letzten Jahren vor allem durch die digitalen Möglichkeiten erheblich intensiviert. Die Zukunft scheint mehr denn je von Überwachungsmöglichkeiten bis in die privatesten Räume hinein bedroht zu werden. Gegenwärtig ist es keine Seltenheit mehr, dass Nutzer an ihren Computern die Kameras aus Sorge vor unberechtigten Zugriffen abkleben. Aber auch die historischen Debatten im Rahmen von Studien zu Geheimpolizeien und Surveillance Studies nehmen rasant zu.

In jüngerer Zeit hat dabei in Deutschland ein Buch für Aufsehen gesorgt, das die intensive Ausforschung der bundesdeutschen Gesellschaft durch Geheimdienste und Verfassungsschutz behauptete. Dabei hatte der Autor lediglich »Metadaten« anzubieten und konnte weder belegen, welche Qualität die Überwachung besaß, noch konnte er zeigen, was für Folgen diese Praxis zeitigte.¹⁶ Insofern hatte auch die Behauptung, dass nunmehr die bundesdeutsche Geschichte (einmal mehr) neu geschrieben werden müsse, eher Boulevard-Charakter, der den Verkaufserfolg des Buches aber durchaus beförderte.

Bei aller nötigen Kritik an Methode und Interpretation in dieser Studie legte sie aber auch auf dem Gebiet von Überwachungspraxen in der deutschen-deutschen Systemkonkurrenz komparatistische Untersuchungen nahe. Das ist ein gewisses Wagnis, wenn es sich um Geheimdienste handelt. Denn solche Vergleiche sind »nur dann sinnvoll, wenn über Parallelitäten

¹⁵ Vgl. Schenk, Dietmar: »Aufheben, was nicht vergessen werden darf«. Archive vom alten Europa bis zur digitalen Welt. Stuttgart 2013; Ders.: Kleine Theorie des Archivs. Stuttgart 2013.

¹⁶ Vgl. Foschepoth, Josef: Überwachtes Deutschland. Post- und Telefonüberwachung in der alten Bundesrepublik. Göttingen 2012. Eine kritische Anmerkung zu diesem Buch enthält Kowalczyk, Ilko-Sascha: Telefongeschichten. Grenzüberschreitende Telefonüberwachung der Opposition durch den SED-Staat. In: Ders.; Polzin, Arno (Hg.): Fasse Dich kurz! Der grenzüberschreitende Telefonverkehr der Opposition in den Achtzigerjahre und das Ministerium für Staatssicherheit (Analysen und Dokumente 41). Göttingen 2014, S. 17–172, hier 171. Das führte dazu, dass dieser Autor in einer prominent platzierten Rezension dieses Buches wiederum daneben griff in seiner Kritik, was nicht sonderlich souverän war. Vgl. Foschepoth, Josef: Mit Kreativität gegen die Überwachung. In: Süddeutsche Zeitung v. 20.1.2015.

die Kontraste nicht verwischt werden.«¹⁷ Zwischen den Diensten in der Bundesrepublik und dem MfS gab es vielerlei Unterschiede,¹⁸ die sich nicht zuletzt in der Größe der Apparate, dem Personalumfang, den Befugnissen und den Aufgabenbereichen zeigten. In keinem dieser Bereiche erreichten BND/VS/MAD/Staatsschutz zusammen auch nur annähernd die Dimensionen der Stasi,¹⁹ ganz zu schweigen von den politischen Intentionen der Stasi, die allein an den Herrschaftsbedürfnissen der Staatspartei, der SED, orientiert waren.

Die Methoden, die das MfS anwandte, waren nur in seltenen Fällen von Stasi-Offizieren entwickelt worden. Die Kontrolle von Briefen etwa ist so alt wie der Brief selbst. Auch die ersten Telefonabhöractionen erfolgten praktisch seit der Erfindung von Telefonen: Das Abhören von Telefongesprächen steht bereits am Beginn der Telefonkommunikation,²⁰ allerdings noch nicht als geheimdienstliche Tätigkeit. Dazu war das Netz zu weitmaschig und die angezapften Leitungen zu leicht überbrückbar. Anders sah es mit dem Funkverkehr aus, der sich schon vor der vorletzten Jahrhundertwende als militärisch bedeutungsvoller erwiesen hatte und dann vor allem durch die beiden Weltkriege enorme Modernisierungsschübe erfuhr, was auch die geheimdienstliche Abhörpraxis verstärkte.²¹

Dass Telefongespräche aus politischen Gründen und Telefonate von politischen Gegnern abgehört worden sind, gehörte schon in der Weimarer Republik, wie der faksimilierte Zeitungsausschnitt exemplarisch zeigt, durchaus zur Alltagspraxis der politischen Polizei.²² Die Abhörpraxis des

¹⁷ Engelmann, Roger; Janowitz, Axel: Die DDR-Staatssicherheit als Problem einer integrierten deutschen Nachkriegsgeschichte. In: Kleßmann, Christoph; Lautzas, Peter (Hg.): Teilung und Integration. Die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte als wissenschaftliches und didaktisches Problem. Berlin 2005, S. 245–280, hier 250.

¹⁸ Vgl. ebenda, S. 252–254.

¹⁹ Vgl. ebenda, S. 254.

²⁰ Vgl. Baumann, Margret: Eine kurze Geschichte des Telefonierens. In: Dies.; Gold, Helmut (Hg.): Mensch Telefon. Aspekte telefonischer Kommunikation. Heidelberg 2000, S. 11–55, hier 51.

²¹ Vgl. Krieger: Geschichte der Geheimdienste (Anm. 4), S. 146–183, 244–249, 278–282 u. 317–322; Andrew, Christopher; Mitrochin, Wassili: Das Schwarzbuch des KGB. Moskaus Kampf gegen den Westen. München 2001, S. 428–445.

²² Bereits sechs Jahre früher hieß es in einer Hausmitteilung der KPD-Zentrale: »Wir ersuchen, bei den Telefongesprächen, die mit Teilnehmern ausserhalb des Hauses geführte werden, wegen der Beobachtung dieser Gespräche durch die Polizei die grösste Vorsicht walten zu lassen.« Unabhängig vom konkreten

MfS ist in jüngster Zeit ausführlich analysiert und dokumentiert worden.²³ Zwar konzentrierte sich die Edition besonders auf den grenzüberschreitenden Telefonverkehr der Opposition mit ihren politischen Unterstützern im Westen, aber die Analyse ging über diese Dokumente hinaus. Neben den materiell und personell bedingten Einschränkungen, die einer ausufernden

Telefongespräche polizeilich überwacht!

Auffeherregende Feststellungen der „B. u. A.“ — Seltsame „Störungen“ in Breslau

Breslau, 6. Januar 1928.

Die Berliner „Welt am Abend“ meldet: Auf sorgfältige Drängen einer hohen Polizeistanz, sehr wahrscheinlich des Berliner Polizeipräsidenten Dr. Weitz, hat sich die Reichspost entschlossen, eine umfassende Ausbesserung des

politischen Ferngesprächsüberwachungsabenteuers

anzustellen. Der geheime Überwachungsdienst wurde bisher von Sonderbeamten der Reichspost auf Veranlassung der politischen Abteilung der Berliner Polizei und hoher preussischer und Reichsgerichtsräten in den Innenministerien, aber auch im Außenministerium ausgeübt. Die Reichspost hatte dafür beispielsweise in den Berliner Kammern besondere Einrichtungen getroffen. Ihre Durchführung erfolgte durch die so ziemlich einzigen männlichen Postbeamten in den Sälen der Fernsprechkammern, die anschließend zur Überwachung und Kontrolle der Verbindungsadamen eingesetzt sind, diesen aber als Vorgesetzte in keiner Weise bekannt werden. Diese Beamten, Obersekretäre, die dann nach Rechtfertigung des in so selektion Vertrauen sehr bald zu Inspektoren und Oberinspektoren ernannt werden, um sie in eine höhere Gehaltsklasse zu bekommen, und so für ihre Wehmut lästig zu entlohnen, sind in der Regel, sich

durch sogenannte Einlegehölzer in jedes Gespräch einzuschalten, ganz ähnlich wie die tatsächlich als Aufsicht amtierenden Beamtinnen. Von dem Gehört der zu überwachenden Fernsprechkaltungen laufen nun besondere Verbindungen nach dem Schaltkasten jedes Sonderbeamten. Durch Aufstellungen der auf Veranlassung der politischen Polizei zu überwachenden Teilnehmernummern wissen die betreffenden Beamten sofort, daß sich an einem „verdächtigen“ Punkte etwas rührt. Sie schalten sich ein und hören das Gespräch a. b. Handelt es sich um harmlose persönliche oder geschäftliche Mitteilungen, dann lauscht sie nur das Gespräch bis zum Ende ab. Erkennen sie aber, daß das Gespräch der überwachten Zeitung oder des überwachten Politikers oder der überwachten politischen Vertretung irgendeine politisch interessante Verwendung nimmt, dann verorteten sie entsprechend ihrer Instruktion und Sonderausbildung ein

Stenogramm.

Beamte auf diesem Posten müssen ausdrücklich stenographiefähig sein. Das Stenogramm wird später übertragen und der politischen Polizei oder ähnlichen Auftraggebern zugeleitet.

Neuerdings erprobte die Oberpostdirektion Berlin einen Apparat der Firma Lorenz u. Co., der ein ungemein interessante technische Neuheit darstellt. Der Apparat ermöglicht unter Verwendung von Schaltplatten und einer Kombination mit den schon bekannten Parlographen eine Gesprächsüberwachung von hoher Wirkungsvollheit. Er nimmt Gespräche mit allen Einzelstellen auf und soll so ausgebildet werden oder schon worden sein, daß er die Gespräche auch unter Verbindung mit einer Schreibmaschine in Schreibmaschinenchrift wiedergibt. Die Reichspost hat einige von diesen

Apparate bereits seit dem Sommer ausprobiert. Sie sind in gemeinschaftlicher Arbeit der Firma Lorenz u. Co., der Reichspost, des Reichsanstalt und anderer technischer Laboratorien der Reichspost nunmehr soweit gefördert worden, daß die Reichspost, und zwar die Oberpostdirektion sich unbeeinträchtigt zur Aufnahme von zunächst fünfzig dieser Apparate entschlossen hat. Weitere Beschaffungen sind in Aussicht genommen.

Die Reichspost glaubt damit einerseits eine Entlastung ihres Beamtenapparates von diesen Geheimdienstbedürfnissen und andererseits den immer weitergehenden politischen und politischen Verbindungen auf Überwachung von Ferngesprächen noch besser als bisher entgegenkommen zu können. Wir betrachten dieses Verfahren der Reichspost als vollkommen unerträglich und werden unter der Verbindung auch nach anderen neuen Material über diese unangenehme Praktik des Überwachungsapparats auch die allgemeine Gefahr dieser Methoden aufzählen.

*

Wir wollen diese für Berlin geltenden Ausführungen der „Welt am Abend“ auch auf Breslau übertragen. Im Telefongespräch der revolutionären Arbeiterorganisationen machen sich schon seit längerer Zeit merkwürdige Störungen bemerkbar. Offenbar sind auch hier die zur Überwachung bestimmten Beamten etwas talantlos und so kommt es vor, daß man manchmal plötzlich mitten in Telefongesprächen andere Stimmen hört. Auf eine an die Oberpostdirektion gerichtete Anfrage, was diese Dinge zu bedeuten hätten und wobei wir auch den Verdacht aussprachen, daß wir übermacht wären, antwortete dies:

daß das überhaupt nicht möglich wäre.

Die auffeherregenden Darlegungen der „B. u. A.“ zeigen jedoch, in welcher Weise tatsächlich eine Überwachung der Telephonanschlüsse politischer Organisationen stattfindet.

Ein Vorfall, der ebenfalls recht verdächtig erscheint, sei noch erwähnt: Im Dezember des vergangenen Jahres wurden plötzlich an einem Tage im gleichen Augenblick die Telephonverbindungen der „Arbeiter-Zeitung“, Treibitzer Straße 60, des Parteisekretariats, Feldstraße 60, und der „Köln-Hilfe“, Ring 7, gekört. Die Störungsstelle beim Fernsprechamt sowie die zur Nachprüfung geschickten Postbeamten erklärten, die Leitungen wären in Ordnung und sie könnten den Fehler nicht finden. Es bleibt demnach nur eine Annahme übrig: Eine dritte Stelle, die um die vorgenannten Fernsprechnummern angegeschlossen werden kann, hat durch einen Fehler in der Bedienung diese Störung verursacht.

Wir wollen nun etwas abmatten, was zu diesen unseren vorläufigen Feststellungen gesagt wird. Sicher wird man abhören; denn erheben sich nicht im allgemeinen in einem „freien“ Staat, und zweitens ist unser Herr Polizeipräsident ein „auswärtiger Demokrat“, der „so was“ nicht tut.

Arbeiter-Zeitung für Schlesien und Oberschlesien, Organ der KPD, 6. Januar 1928, S. 7

Wahrheitsgehalt zeigt sich die Sensibilisierung für die mögliche Abhörung. Zentrale der KPD, Org. Büro, An alle Abteilungen, 6.3.1922; BArch, RY 1/I 2/4/39, Bl. 91.

²³ Vgl. Kowalczyk: Telefongeschichten (Anm. 16).

Telefonüberwachung in der DDR entgegenstanden, kam als ein weiteres Untersuchungsergebnis hinzu, dass selbst die zielgerichtete Telefonüberwachung – und Telefone wurden fast ausschließlich vorgangsbezogen abgehört – die Staatssicherheit stets vor das Problem einer effektiven Auswertung stellte.²⁴ Das aber ist offensichtlich ein Problem jeder Institution, die die Kommunikation von Dritten überwacht und mitschneidet, um sie zu analysieren und auszuwerten.

Auch der Bundesnachrichtendienst (BND) stand vor diesem Problem. Obwohl wir über die konkrete Arbeitsweise des BND in den Achtzigerjahren bezogen auf die DDR nur wenig wissen,²⁵ lassen die bislang verfügbaren Unterlagen doch die generellen methodischen Probleme sichtbar werden. Die einsehbaren Unterlagen zeigen zunächst, dass sich der BND für die gesamte Palette der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fragen zu interessieren schien, die in der DDR relevant war. Dabei ist aber deutlich zu erkennen, dass der BND sehr stark auf den Staat und durchaus auch auf die Kirchen orientiert war, während weite andere Bereiche der Gesellschaft eher wenig in seinem Fokus standen. Dies führte zu Fehleinschätzungen, gerade was die gesellschaftlichen Entwicklungen 1989 anbelangte, die auch den BND überwiegend als eine reine Informationsweitergabestation erscheinen lassen. Aber hier sollen nicht so sehr die Inhalte der verschiedenen Berichtstypen interessieren. Denn die Frage, auf welche Quellen sich der BND in den Achtzigerjahren bei seiner DDR-Berichterstattung eigentlich stützte, ist methodisch von hohem Interesse.

Diese Frage lässt sich nicht hinreichend beantworten, da die Quellen des BND in den wenigen deklassifizierten Unterlagen in der Regel nicht einmal ansatzweise entschlüsselbar sind. In der Regel werden zu den Berichten die Quellen in codierter Form angegeben, die sich für einen Außenstehenden nicht übersetzen lässt. So ist es denkbar, dass der BND Westreisende gezielt abschöpfte oder Reisende befragte, die aus der DDR zurückkehrten.²⁶ Dass

²⁴ Vgl. ebenda.

²⁵ Die Einschränkung ist notwendig, weil sich durch die Arbeit und Veröffentlichungen der Unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des BND der Kenntnisstand für die Zeit bis 1968 grundlegend verändert hat. Von älteren Editionen siehe neben jenen, die der BND in den letzten Jahren selbst herausgab, v. a. Wagner, Armin; Uhl, Matthias: BND contra Sowjetarmee. Westdeutsche Militärsplionage in der DDR. Berlin 2007.

²⁶ Solche Befragungen führten bis zum Mauerfall 1989 alliierte und bundesdeutsche Dienste durch, aber auch zivile Institutionen. Siehe dazu z. B.: Holtmann, Everhard; Köhler, Anne: Wiedervereinigung vor dem Mauerfall. Einstellungen

dem BND eine relevante Anzahl an Personen als V-Leute, die in hohen Funktionen des SED-Staates oder deren direktem Umfeld tätig waren, zur Verfügung stand, erscheint unwahrscheinlich. Jedenfalls werden diese V-Leute kaum jenes breite staatliche, ökonomische und gesellschaftliche Spektrum abgedeckt haben, über das die BND-Berichte Auskunft geben. Auffällig ist, dass die Dokumente des BND relativ häufig und dicht über Entscheidungen, Diskussionsprozesse und Stimmungen in höchsten Gremien des Staates und der SED berichten. Gerade die Häufigkeit und Dichte legt den Schluss nahe, dass der BND den Kommunikationsverkehr innerhalb der DDR intensiv und breit überwacht und belauscht hat.

Viele deklassifizierte Dokumente aus den Achtzigerjahren lassen bei quellenkritischer Betrachtung zumindest den Schluss zu, dass in sie Informationen aus abgehörten Telefonaten eingeflossen sind.²⁷ Beweisen lässt sich das nur in Ausnahmefällen. Ein solcher ist aber freigegeben worden. In einem Dokument vom 14. September 1989, das u. a. im Bundeskanzleramt an Kanzleramtsminister Seiters sowie an die Staatssekretäre im Bundespräsidialamt, Innenministerium, Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen sowie im Auswärtigen Amt ging, hieß es: »Aus einer Kommunikation innerhalb der DDR geht hervor«. Im Folgenden wird berichtet, dass Erich Honecker am späten Nachmittag des 13. September verstorben sein soll.²⁸ Es wird betont, dass es »sich hierbei um einen noch voellig unbe-staetigten Hinweis« handle. Allerdings lägen mehrere glaubhafte Meldungen darüber vor, dass Honecker schwer an Krebs erkrankt sei. In dem Bericht wird erwähnt, Honecker würde nicht in der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde beerdigt. Offenbar hatte der BND Telefongespräche innerhalb der Kirche abgehört, denn die ganze Meldung ist auch deshalb als wohl nicht zutreffend eingeschätzt worden, weil es unwahrscheinlich sei, »daz unmittelbar nach dem Tod Honeckers bereits die Einladung verschiedener Religionsgemeinschaften zu den Beisetzungsfeierlichkeiten erfolgt sein soll«.²⁹

Viele weitere Berichte im Sommer 1989 drehen sich immer wieder um den Gesundheitszustand des Parteichefs. Unter den Dokumenten befindet sich auch ein Auszug aus dem Wortprotokoll eines abgehörten Telefonats,

der Bevölkerung der DDR im Spiegel geheimer westlicher Meinungsumfragen. Frankfurt/M., New York 2015.

²⁷ Das werden aber keine Telefongespräche zwischen höchsten Stellen gewesen sein, da diese Telefonleitungen besonders geschützt und für ausländische Dienste praktisch nicht abhörbar waren.

²⁸ BArch B 206/531, Bl. 340.

²⁹ Ebenda, Bl. 341.

das am 4. September 1989 in der DDR geführt wurde. Aus diesem geht zunächst hervor, dass der BND zwei zivile Institutionen abhörte, in diesem Fall zwei Krankenhäuser. Eines befand sich in Suhl, bei dem anderen handelte es sich um die Berliner Charité. Die Telefonpartner waren offenkundig Ärzte, die zwar nicht an der Operation von Honecker beteiligt waren, aber über nicht frei zugängliche Informationen darüber verfügten.³⁰ Das scheint eine Zufallsinformation gewesen zu sein, die der BND durch das Abhören dieses Telefonats gewonnen hat.

Die Dokumente werfen mehrere Fragen auf. Zunächst drängt sich die naheliegendste auf: In welchem Umfang hörte der BND den DDR-Telefonverkehr ab? Den Unterlagen zufolge scheint der BND seine Informationsgewinnung diesbezüglich in einem ebenfalls – wie das MfS mit seiner HA III in der Bundesrepublik – erstaunlichen Umfang betrieben zu haben. Dennoch lässt sich diese Frage bislang ebenso wenig konkret beantworten wie die nach den technischen Möglichkeiten. Historisch erweist es sich im Vergleich zu den Erkenntnissen, die über die Praktiken des MfS vorliegen, als interessant, dass selbst aus Berichten, die der BND-Chef als absolut vertrauensunwürdig und unwahrscheinlich einstufte, dennoch Informationen an die höchsten Regierungskreise der Bundesrepublik lanciert worden sind. Weniger überraschen dürfte hingegen, dass der formale Aufbau dieser Meldungen große Ähnlichkeiten zu MfS-Dokumenten aufweist wie auch die Wortprotokolle der abgehörten Telefonate geradezu formal identisch strukturiert waren.

Schließlich gibt es eine weitere Parallele. Bekanntlich hat das MfS, wenn es politisch notwendig erschien, im Auftrag der SED die Medien mit Informationen oder Desinformationen versorgt bzw. eigene Beiträge in die Medien lanciert. Auch der BND hat dies ausweislich der deklassifizierten Unterlagen betrieben. Am 12. September 1989 meldete die »Bild« »Gerüchte über Honeckers Tod«, wobei sie sich auf »Bonner Regierungskreise« bezieht – in diesem Fall abgestimmte Informationen des BND. In einem anderen Zusammenhang zwölf Jahre zuvor ist den deklassifizierten Berichten zu entnehmen, dass der BND zielgerichtet Unterlagen, die er aus dem Zuchthaus Cottbus von einem politischen Häftling erhalten hatte, einem »Stern«-Reporter zur Veröffentlichung anbieten wollte.³¹ Das scheint also eine übliche Praxis gewesen zu sein, wobei hier eine weitere Frage aufgeworfen wird: Wie haben diese investigativen Journalisten eigentlich ihrerseits die Quellen überprüft?

³⁰ Ebenda, Bl. 348.

³¹ BArch B 206/573, Bl. 146.

Dieses kleine Beispiel deutet an, dass die Beschäftigung mit deutschen Geheimdiensten noch viele interessante Facetten bereithält, mit denen wir uns aufgrund von Quellenzugangsproblemen bislang nicht auseinandersetzen konnten. Um die vielfach zu Recht geforderte »asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte« Deutschlands nach 1945 schreiben zu können,³² benötigen wir einen Zugang auch zu diesen Quellen. So lange dieser nicht frei möglich ist – und es scheint trotz eines seit 1990 darum andauernden Gerangels auch in naher Zukunft nicht möglich zu werden –, müssen die gutgemeinten konzeptionellen Erklärungen, wie man die deutsche Nachkriegsgeschichte methodisch innovativ schreiben könnte, blanke Theorie bleiben.

Insofern wissen wir zwar, um auf den empirischen Gehalt dieser Miscelle zurückzukommen, dass mindestens noch im Januar 1990 die HA III/Abt. III den Telefonverkehr in der Bundesrepublik abhörte, was die private Telefonkommunikation zwischen Ost- und Westdeutschland einschloss.³³ Der BND und dessen Chef, Hans-Georg Wieck, beobachteten diese Geheimdienstaktivitäten. Viel bekannt darüber ist zwar nicht, Wieck aber meint, sein Dienst sei unter seiner Leitung sehr gut über die Lage in der DDR in der zweiten Hälfte der Achtzigerjahre informiert gewesen.³⁴ Am 23. Januar 1990 ließ er Bundeskanzleramt, Bundespräsidialamt, Verfassungsschutz und wichtige Ministerien wissen, dass zwar die »Kontrollfunktionen« des MfS »weitgehend eingeschlafen« seien, aber der »Bereich Post- und Telefonkontrolle wieder in alter Stärke« arbeite. In den Bezirken Rostock, Gera, Halle, Neubrandenburg, Frankfurt/O. und Karl-Marx-Stadt würde wieder »jeder zweite Brief« geöffnet. »In den anderen Bezirken ist die Öffnungsquote deutlich niedriger; Briefe aus Ostberlin werden offenbar nicht geöffnet.« Ihm fiel offenbar nicht auf,

³² Vgl. Kleßmann, Christoph: Spaltung und Verflechtung. Ein Konzept zur integrierten Nachkriegsgeschichte 1945 bis 1990. In: Ders.; Lautzas, Peter (Hg.): Teilung und Integration. Die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte als wissenschaftliches und didaktisches Problem. Schwabach/Ts. 2006, S. 20–37; vgl. weiterhin in unterschiedlicher Qualität Wengst, Udo; Wentker, Hermann (Hg.): Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz. Berlin 2008; Möller, Frank; Mähler, Ulrich (Hg.): Abgrenzung und Verflechtung. Das geteilte Deutschland in der zeithistorischen Debatte. Berlin 2008; Brunner, Detlev; Grashoff, Udo; Kötzing, Andreas (Hg.): Asymmetrisch verflochten? Neue Forschungen zur gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte. Berlin 2013.

³³ Z. B. BStU, MfS, BV Erfurt, Abt. III, Nr. 62.

³⁴ Vgl. Wentker, Hermann: Die DDR in den Augen des BND (1985–1990). Ein Interview mit Dr. Hans-Georg Wieck. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 56 (2008) 2, S. 323–358.

dass dies im Widerspruch zu seiner Information stand, es würden unentwegt MfS-Mitarbeiter aus dem Dienst ausscheiden, aber kaum noch Arbeit finden und dass »sich hieraus ein innenpolitisches Unruhepotential [...] (Schatten-Stasi?)« entwickeln könnte.³⁵ Denn nicht einmal vor dem Herbst 1989 war die Stasi in der Lage, »jeden zweiten Brief« zur inhaltlichen Kontrolle zu öffnen.³⁶

So erweist sich bereits mit jenen vom BND deklassifizierten Unterlagen, dass die nachträglichen Selbsteinschätzungen des früheren BND-Präsidenten Wieck milieuspezifisch sehr positiv ausfallen.³⁷ Tatsächlich war der BND über das meiste nicht einmal so gut informiert wie die akkreditierten Korrespondenten – nicht zufällig hat der BND sich häufig mit deren Beiträgen auseinandergesetzt.

Aber ganz abgesehen davon: Wir wissen zwar, wann das MfS seine Abhöraktionen auf dem Boden der DDR und der Bundesrepublik zwangsweise einstellte. Es wäre nun aber auch an der Zeit zu erfahren, wann der BND eigentlich auf deutschem Boden seine Lauschaktivitäten einstellte. Dann könnte auch historisch darüber diskutiert werden, ob der BND mit seinen Aktivitäten in der DDR nicht gegen das Grundgesetz verstieß. Und es könnte auch ganz gelassen darüber nachgedacht werden, was es eigentlich heißt, wenn der BND (wie das MfS) Institutionen wie die Kirchen oder Krankenhäuser belauschte und damit die dort geltenden Schweige- und Geheimhaltungsgepflogenheiten unterwanderte.

Die wissenschaftliche Erforschung der deutschen Zeitgeschichte bleibt spannend. Dafür benötigen wir den freien Zugang zu den MfS-Unterlagen ebenso wie zu anderen Quellen, zum Beispiel jenen des Bundesnachrichtendienstes bis 1989.

³⁵ BND-Briefteleogramm, Der Präsident, an Bundeskanzleramt, BM Seitzers u. a., 23.1.1990; BArch B 206/534, Bl. 108 f.

³⁶ Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha: Stasi konkret. Überwachung und Repression in der DDR. München 2013, S. 128–131.

³⁷ Neben dem Interview (Anm. 34) siehe auch Wieck, Hans-Georg: Die DDR aus der Sicht des BND 1985–1990. In: Timmermann, Heiner (Hg.): DDR in Europa – zwischen Isolation und Öffnung. Münster 2005, S. 190–207; Ders.: The GDR – As seen by the Federal German Foreign Intelligence Agency (BND) 1985–1990. In: Journal of Intelligence History 6 (2006) 1, S. 85–103.

Von Volksmusikern, Hundezüchtern und ranziger Margarine. Aus den Berichten der Abteilung Information des Jahres 1956

Volksmusik

Am 24. Mai 1956 trafen sich im Schweizerischen Lugano im Tessin zwölf Sängerinnen und Sänger aus sieben europäischen Ländern zum ersten Grand Prix Eurovision de la Chanson Européenne – heute bekannter unter dem Namen Eurovision Song Contest. Der Sangeswettbewerb war im Oktober des Vorjahres von der Europäischen Rundfunkunion EBU (European Broadcasting Union), einem 1950 gebildeten Zusammenschluss von Rundfunkanstalten aus Europa, Nordafrika und dem Nahen Osten, aus der Taufe gehoben worden. Es gewann die 32-jährige Schweizerin Lys Assia mit ihrem Titel »Refrain«.¹

Einen Tag nach dem Grand Prix, am 25. Mai, berichtete die Abteilung Information des MfS über den populären thüringischen Volksmusiker Herbert Roth.² Was war der Anlass? Hatte Roth sich – wie Gerüchte wissen wollten – tatsächlich nach dem Westen abgesetzt, um an dem Gesangswettbewerb teilnehmen zu können? Oder hatte die DDR-Regierung ihn

¹ Die Literatur zur Geschichte des Eurovision Song Contest (ESC) ist kaum noch überschaubar. Als Einstiege seien empfohlen: Feddersen, Jan: Ein Lied kann eine Brücke sein. Die deutsche und internationale Geschichte des Grand Prix Eurovision. Hamburg 2002; O'Connor, John Kennedy: The Eurovision Song Contest: 50 Years. The Official History. London 2005. Die erste wissenschaftliche Untersuchung legte 2006 Irving Wolther vor. Vgl. Wolther, Irving: »Kampf der Kulturen«. Der »Eurovision Song Contest« als Mittel national-kultureller Repräsentation. Würzburg 2006; zuletzt vgl. Tragaki, Dafni (Hg.): Empire of song. Europe and nation in the Eurovision Song Contest. Lanham 2013. Zur von Historikern erkannten, von Verlagslektoren jedoch häufig unterschätzten Bedeutung des ESC für die europäische Geschichte vgl. jüngst die Danksagung des Verfassers in Hall, Simon: 1956. Welt im Aufstand. Stuttgart 2016, S. 376.

² Vgl. Information Nr. M109/56 v. 25.5.1956 zu »Studentendemonstrationen an der Musikhochschule Weimar (2.5.1956) und an der Technischen Hochschule Dresden (24.5.1956)«. In: Bispinck, Henrik (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1956. Die geheimen Berichte an die SED-Führung. Göttingen 2016. Soweit nicht anders angegeben, sind alle in diesem Beitrag zitierten Informationen und Informationsdienste diesem Band entnommen.

sogar ausgebürgert, weil seine Musik dem Vorzeige-Komponisten und Schöpfer der DDR-Nationalhymne Hanns Eisler nicht gefiel?³ Ein Blick in Darstellungen zum ersten Grand Prix zeigt: Das war nicht der Fall. Herbert Roth trat zwar prinzipiell auch in Westdeutschland auf, hatte an diesem Wettstreit jedoch nicht teilgenommen.⁴ Für die Bundesrepublik starteten vielmehr Freddy Quinn mit »So geht das jede Nacht« und Walter Andreas Schwarz mit »Im Wartesaal zum großen Glück«.⁵ Einen eigenen Kandidaten konnte die DDR, da sie kein Mitglied der EBU war, nicht zum Grand Prix entsenden.

Warum also befasste sich das MfS mit dem 1926 geborenen gelernten Friseur, der 1950 die Instrumentalgruppe »Suhler Volksmusik« (später »Instrumentalgruppe Herbert Roth«) gründete, mit der er bis zu seinem Tod im Jahr 1983 über 10 000 Auftritte absolvierte? – Hanns Eisler war nicht der Einzige, dem die Musik von Herbert Roth missfiel. Roths heimatlich-volkstümelige Lieder entsprachen so gar nicht den parteioffiziellen Vorstellungen vom »sozialistischen Realismus«⁶ und auch führende Volksmu-

³ Solche Gerüchte kursierten u. a. in der Erfurter Gaststätte »Wilder Mann«, wo sie kritisch diskutiert wurden: »Die Rennsteiglieder werden sogar in Moskau gespielt. Auch in Westdeutschland trat der Roth auf. Warum will man unsere Thüringer Lieder verbieten? Hat Eisler kein Herz für Deutsche oder hat er lieber, dass sich der Roth nach dem Westen absetzt?« Vgl. Anlage »Feindtätigkeit in der Zeit vom 7.6. bis 20.6.1956« zum Informationsdienst zur Beurteilung der Situation in der DDR (künftig: »Informationsdienst«) Nr. 12 v. 21.6.1956.

⁴ Vgl. zum ersten Grand Prix de la Chanson Eurovision Feddersen, Jan: Wunder gibt es immer wieder. Das große Buch zum Eurovision Song Contest. Berlin 2010, S. 191.

⁵ Obwohl politische Texte beim Grand Prix eigentlich verpönt sind, liegt die Vermutung nahe, dass dieses Lied auf die Situation der DDR-Flüchtlinge im drei Jahre zuvor eröffneten Notaufnahmelaager Marienfelde in Westberlin anspielt, was sich bisher aber nicht verifizieren ließ. Zum Notaufnahmelaager vgl. Effner, Bettina; Heidemeyer, Helge (Hg.): Flucht im geteilten Deutschland. Berlin 2005. Zu subtilen politischen Botschaften im deutschen Schlager vgl. am Beispiel von Wencke Myhre auch Martenstein, Harald: Die Farbe der Bäckchen. In: Max & Moritz (Hg.): Schlager, die wir nie vergessen. Verständige Interpretationen. Leipzig 1997, S. 179–183.

⁶ Eine Ausnahme machte hier Walter Ulbricht, der nach einem Konzert Herbert Roths im thüringischen Oberhof gesagt haben soll: »Das gefällt mir eigentlich.« Danach »hörten die intellektuellen Kontroversen um Roths Musik zwar nicht auf«, dem Musikensemble waren aber von offizieller Seite »fast alle Türen geöffnet« und 1978 erhielt Roth sogar den Vaterländischen Verdienstorden. Vgl.

siker und Musikwissenschaftler der DDR lehnten seine Musik ab. Zu den schärfsten Kritikern gehörte der ebenfalls aus Suhl stammende Günther Kraft, der seit 1949 an der Staatlichen Hochschule für Musik Weimar lehrte und dort das Institut für Volksmusikforschung gegründet hatte. Auch dessen Kollege Ludwig Richard Müller teilte die Kritik und warf Roths Schlagern in der führenden Musikzeitschrift der DDR »kleinbürgerliche Gefühlsduselei« und mangelnde Originalität vor. Am Beispiel des Liedes »So klingt's in den Bergen« führte er aus, dass »von einem melodischen Einfall nicht die Rede« sein könne, Roth sich »nicht die geringste Mühe gegeben« habe, etwas zu erfinden, das »ein bißchen vom Allertrivialsten abweicht«, sondern lediglich etwas »längst Verbrauchtes aus der Gartenlaube des vergangenen Jahrhunderts« ausgekramt habe. »Primitiver ging's nimmer!«, so das vernichtende Resümee des Musikwissenschaftlers.⁷

Trotzdem sollte am 2. Mai 1956 ausgerechnet in Weimar, diesem symbolischen Ort deutscher Hochkultur, eine Veranstaltung »5 Jahre Herbert Roth« stattfinden.⁸ Nachdem vorab geäußerte Proteste das Konzert nicht hatten verhindern können, zogen am Tag der Veranstaltung 70 Studenten der Weimarer Hochschule für Musik mit einer 10-köpfigen Blaskapelle, die Parodien der Musik Herbert Roths spielte, zum Veranstaltungsort, dem Kino »Theater des Friedens«. Da sich unterwegs weitere Jugendliche dem Zug angeschlossen hatten, wuchs die Menge vor dem Kino auf etwa 300 Personen an. Sowohl der Hochschuldirektor Werner Felix als auch der Ästhetikdozent Horst Slomma sowie der Parteisekretär hatten im Vorfeld Kenntnis von der geplanten Aktion erhalten, waren jedoch nicht eingeschritten. Der FDJ-Sekretär half sogar bei der Beschaffung der Instrumente

Weber, Gudrun; Auerbach, Thomas: Genossen, wir müssen alles wissen! DDR-Alltag im Spiegel der Stasi-Akten. Ein Lesebuch. Bonn 2014, S. 31, Anm. 40.

⁷ Vgl. Müller, Ludwig Richard: Der Kitsch und die Anpassungsseuche. In: Musik und Gesellschaft 6 (1956) 3, S. 89–92, Zitate S. 90 (vgl. auch den zustimmenden Leserbrief von Rudolf Stich. In: ebenda, Heft 5, S. 184 f.). Verblüffend ist hier die Ähnlichkeit des Urteils mit Kritiken zu Beiträgen des ESC, in denen ebenfalls häufig von »Kitsch« und »Trivialität« die Rede ist. Vgl. Trenz, Hans-Jörg: Narrating European Society. Toward a Sociology of European Integration. London 2016, S. 63; Lemish, Dafna: Gay brotherhood. Israeli gay men and the Eurovision Song Contest. In: Raykoff, Ivan; Tobin, Robert Deam (Hg.): A Song for Europe. Popular Music and Politics in the Eurovision Song Contest. Aldershot u. a. 2007, S. 123–134, hier 123.

⁸ Vgl. zu diesen Vorgängen auch Huschke, Wolfram: Zukunft Musik. Eine Geschichte der Hochschule für Musik Franz Liszt Weimar. Köln, Weimar, Wien 2006, S. 386–388.

und Plakate,⁹ von denen eins in Anspielung auf Roths bürgerlichen Beruf mit Notenschlüssel, Schere und Nadel bemalt war.¹⁰ Versuche, die Demonstration noch am selben Nachmittag zu verhindern – eine entsprechende Anweisung war vom SED-Kreissekretär an die Hochschulfunktionäre gegangen –, scheiterten. Erst nach Beginn des abendlichen Konzerts von Herbert Roth, etwa um 20.15 Uhr, gelang es einem Volkspolizei-Kommando, die Demonstration aufzulösen, wobei es dem MfS zufolge zu »Tätlichkeiten zwischen Studenten und Volkspolizisten« kam. Die Mitglieder der Blaskapelle wurden festgenommen, jedoch nach kurzer Zeit wieder freigelassen. Für die Professoren und Parteifunktionäre der Hochschule hatte die Angelegenheit allerdings ein Nachspiel: Am Folgetag fanden mehrere Sitzungen und Versammlungen statt, auf denen, wie das MfS befriedigt feststellte, »die Professoren und Abteilungsleiter klar gegen die Handlungsweise der Studenten Stellung« nahmen, während der FDJ-Sekretär bei seinem Standpunkt blieb, dass »das Motiv zur Demonstration gut gewesen und die Demonstration nur durch das Eingreifen der VP in politische Bahnen gelenkt worden sei«, was seine sofortige Beurlaubung zur Folge hatte. Auch bei den Studenten bestanden laut MfS noch »Unklarheiten«; diese wehrten sich vor allem dagegen, in der Presse als laut randalierende »Halbstarke« dargestellt zu werden.¹¹ Am Ende aber, so konnte das MfS resümieren, habe »der größte Teil der Studenten« die Fehler eingesehen und sich von den »negativen Elementen« distanziert.

Hundezucht

Eine Wissenschaft, von der man gemeinhin nicht annimmt, dass sich das MfS ausgiebig mit ihr beschäftigt hat, ist die Kynologie. Dabei handelt es sich, folgt man Wikipedia, um die »Lehre von Rassen, Zucht, Pflege, Verhalten, Erziehung und Krankheiten der Haushunde«.¹² Vor dem Hintergrund, dass zu den Haushunden auch der Schäferhund zählt, scheint eine Beschäftigung mit der Kynologie durch die Abteilung Information des MfS indes

⁹ Vgl. Ebenda, S. 387.

¹⁰ Vgl. hierzu und zum Folgenden Information Nr. M109/56 v. 25.5.1956.

¹¹ Vgl. So protestiert man nicht! In: Thüringer Neueste Nachrichten v. 4.5.1956. Ähnlich kritisch war die Reaktion in der LDPD-Presse. Vgl. Ungewöhnlicher Auftakt. In: Thüringische Landeszeitung v. 4.5.1956.

¹² Vgl. <https://de.wikipedia.org/wiki/Kynologie> (zuletzt besucht am 17.6.2016).

schon nicht mehr ganz so abwegig. Schließlich setzten auch der Staatssicherheitsdienst und andere Sicherheitsorgane der DDR Schäferhunde ein.¹³

Doch der Zusammenhang, in dem die Kynologie – und speziell der Schäferhund – in einem MfS-Bericht des Jahres 1956 auftaucht, ist ein anderer. Es handelt sich um eine Information über die Gesellschaft für Sport und Technik (GST) vom April 1956.¹⁴ Der Bericht behandelt unter anderem die Stimmung der GST-Mitglieder zur wenige Monate zuvor beschlossenen Gründung der Volksarmee, die Arbeit des Vorstands sowie »Schwächen und Mängel« in der Massenorganisation, wobei als »Hauptschwäche« – wie so oft – die »mangelhafte politische Erziehung« ausgemacht wird. Besonders groß – und hier kommt die Kynologie ins Spiel – waren die Probleme in der Sparte Hundesport, in der sich, so das MfS, »zu einem großen Teil kleinbürgerliche Elemente angesammelt« hätten. Das Etikett »kleinbürgerlich«, das dem Vereinswesen teilweise bis heute anhaftet, bezog sich auf die Mitglieder der früheren Hundevereine. Diese waren in der SBZ und der DDR ursprünglich im 1948 gegründeten Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter (VKSK) organisiert gewesen. Im Oktober 1955 wurde jedoch ein großer Teil der Sektionen des Hundesports aus diesem Verband herausgelöst: Das »Dienst- und Gebrauchshundewesen« (DGHW), die Spezialzuchtgemeinschaften sowie die Jagdhunde wurden in die 1952 gebildete Gesellschaft für Sport und Technik eingegliedert,¹⁵ die ansonsten schwerpunktmäßig Schieß- und Geländesport, Motorsport, Flugsport sowie See- und Tauchsport betrieb.¹⁶

Die früheren Mitglieder der Hundevereine waren mit der Umgliederung vom VKSK in die GST überwiegend nicht einverstanden. Sie lehnten sowie-

¹³ Zum Einsatz von Schäferhunden an der innerdeutschen Grenze sowie zur Bedeutung dieser Hunderasse für die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts insgesamt vgl. jüngst Schulte, Christiane: Der deutsch-deutsche Schäferhund. Ein Beitrag zur Gewaltgeschichte des Jahrhunderts der Extreme. In: Totalitarismus und Demokratie 13 (2015) 2, S. 319–334. Vgl. zu dem Artikel auch die Stellungnahme der Redaktionsleitung der Zeitschrift in: ebenda, Heft 3, S. 3.

¹⁴ Vgl. Information Nr. M80/56 zur »Stimmung und Lage in der GST« v. 5.4.1956. Hieraus auch die folgenden Zitate.

¹⁵ Vgl. Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Förderung des Kleingarten- und Siedlungswesens und der Kleintierzucht, Anlage F zum Protokoll der Sitzung des Präsidiums des Ministerrates v. 14.10.1955; BArch DC 20-I/4/140.

¹⁶ Grundlegend zur GST vgl. Heider, Paul: Die Gesellschaft für Sport und Technik. Vom Wehrsport zur »Schule des Soldaten von morgen«. Berlin 2002; Wagner, Ringo: Der vergessene Sportverband der DDR. Die Gesellschaft für Sport und Technik in sporthistorischer Perspektive. Aachen u. a. 2006.

tische Ausbildungsmethoden ab und wollten »nichts mit Waffen und Geländeübungen« zu tun haben. Damit vertraten sie eine unpolitische Haltung, die als »Nursportlertum« kritisiert wurde.¹⁷ Gegen ihre Überführung in die GST hatten sich die Vereine auf ihre Weise gewehrt: Manche setzten die Vereinskassen kurz vor der Übernahme durch die GST in Alkohol um, andere lösten sich kurzerhand auf. Zu solchen Handlungsweisen trugen auch Gerüchte wie jenes bei, wonach den Schäferhundvereinen im Zuge der Übernahme durch die GST 20 000 DM abgenommen worden seien.¹⁸ Wer sich auf die Zusammenarbeit mit der Massenorganisation einließ, sah sich Anfeindungen ehemaliger Vereinskameraden ausgesetzt: Das MfS musste konstatieren, dass Angehörige der GST-Hundesparte »wiederholt [...] von unbekanntem ehemaligen Angehörigen des Schäferhundverbandes angepöbelt« wurden. Einem GST-Mitglied wurde auf offener Straße zugerufen: »Du Idiot, Du hast jetzt auch schon eine Funktion in der GST, sieh Dich nur vor, sonst wirst Du noch Generalmajor.«

Daneben gab es Versuche von früheren Vereinsfunktionären, die Übernahme in die GST zu unterlaufen. Das MfS machte eine »Clique« von »alten Hundeexperten« aus, die überwiegend schon in der NS-Zeit aktiv gewesen waren. Im Zentrum dieser Gruppe stand der Schäferhundexperte und ehemalige Lehrer Jean Sir – im Bericht der Abteilung Information sinnigerweise als »Führer« bezeichnet. Der 1899 geborene Sir hatte sich bereits seit 1925 in der Gesellschaft für Hundeforschung engagiert, wo er sich insbesondere mit tierpsychologischen Fragen befasste, und zahlreiche Artikel in einschlägigen Fachzeitschriften veröffentlicht. Seine NSDAP-Mitgliedschaft (ab 1937) entschuldigte er aufgrund seiner damaligen Stellung als Leiter einer Berufsschule als »zwangsläufig« und charakterisierte sich selbst als Mitläufer.¹⁹ Verschwiegen hatte er hingegen, dass er in der NS-Zeit auch Reichsobmann für das gesamte Hundewesen gewesen war und zahlreiche Artikel veröffentlicht hatte, aus der dem MfS zufolge eine »faschistische

¹⁷ Dieser Begriff war zur Kennzeichnung unpolitischen Verhaltens in Sportvereinen allgemein verbreitet. So ist beispielsweise in der Information Nr. 124/56 (»Bericht über die Lage im Sport und im Gesamtdeutschen Sportverkehr« vom 8.6.1956) allein acht Mal von »Nursportlertum« die Rede.

¹⁸ Das Gerücht wurde angeblich auf einer Versammlung des »Deutschen Teckelklubs« in Berlin-Treptow von einem Westberliner Mitglied verbreitet, das außerdem behauptete, dass »jetzt das Decken von Hunden in Westberlin verboten« sei. Vgl. Information Nr. M80/56 zur »Stimmung und Lage in der GST« v. 5.4.1956. Hieraus auch die folgenden Zitate.

¹⁹ Zur Biografie siehe den Personalfragebogen des Deutschen Bauernverlags v. 6.4.1952; BStU, MfS, AOP, Nr. 7548/65, Bl. 43–46.

Einstellung« ersichtlich war: »Seine Artikel sind eine einzige Hetze gegen die Sowjetunion sowie eine Verherrlichung des Faschismus im Stil des Goebbelsschen Propagandaministeriums.«²⁰

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs übte Sir zunächst wechselnde Tätigkeiten aus; seit 1952 war er hauptamtlich als Redakteur der Fachzeitschrift »Der Hund« tätig, die vom Zentralvorstand der GST herausgegeben wurde und im Deutschen Bauernverlag erschien. Er blieb weiterhin publizistisch tätig und veröffentlichte u. a. ein Lehrbuch zur Hundeabrichtung,²¹ das Grundlage für die Arbeit der Volkspolizei wurde, sowie Artikel in Fachzeitschriften.²² Zudem war er führendes Mitglied in der Zentralen Fachkommission, dem wichtigsten Gremium der Hundezucht in der DDR. Als die Fachkommission im Zuge der Übernahme des DGHW in die GST aufgelöst wurde, gründete er zusammen mit anderen ehemaligen Mitgliedern eine neue Zentrale Fachkommission für diejenigen Hunderassen, die beim VKSK verblieben waren. Sämtliche führende Mitglieder der alten Fachkommission waren auch hier vertreten. Ihre Tätigkeit legalisierten sie dadurch, dass sie einfach die Verantwortung für eine andere Rasse übernahmen.²³ So kam es, dass der Schäferhundexperte Jean Sir plötzlich zum Obmann der Spezialzuchtgemeinschaft Deutsche Pudeln in der Sektion Hunde des VKSK wurde.²⁴ Zugleich war er Mitglied im Vorstand dieses Verbandes.

Dem MfS zufolge unterstützte Sir diese »für die zahlreichen in ihrer Haltung der GST gegenüber noch schwankenden Hundesportler psychologisch sehr wirksame Tätigkeit« im VKSK noch durch die Veröffentlichung eines Artikels in der Verbandszeitschrift »unter der bezeichnenden Überschrift ›Wau-wau – wir sind da«.²⁵ Dass es in dem Artikel tatsächlich nicht um Verbandsaktivitäten, sondern um Empfehlungen zur Aufzucht und Fütterung von Welpen ging und der Titel sich auf ein Foto von vier Jungtieren bezog, focht die Stasi-Mitarbeiter offenbar nicht an.²⁶ Ungeachtet dieses Missverständnisses ist festzuhalten, dass Jean Sir und seine »Clique« ihre bisherigen

²⁰ MfS, HA V/2, Bericht über das Dienstgebrauchshundewesen der DDR v. 24.4.1962; ebenda, Bl. 12–30, hier 27.

²¹ Vgl. Sir, Jean: Wie richte ich meinen Hund ab. 3. Aufl., Berlin 1953.

²² Vgl. u. a. Sir, Jean: Die zweckmäßige Hundehütte. In: Der Hund 6 (1956) 3, S. 12 f.

²³ MfS, HA V/2, Bericht über das Dienstgebrauchshundewesen der DDR v. 24.4.1962; BStU, MfS, AOP, Nr. 7548/65, Bl. 12–30, hier 27.

²⁴ Vgl. Der Hund 5 (1956) 10, S. 29.

²⁵ MfS, HA V/2, Bericht über das Dienstgebrauchshundewesen der DDR v. 24.4.1962; BStU, MfS, AOP, Nr. 7548/65, Bl. 12–30, hier 27.

²⁶ Vgl. Sir, Jean: Wau-wau – wir sind da. In: Der Kleingärtner. Zeitung für Garten, Siedlung und Kleintierzucht 8 (1956) 3, S. 9.

Aktivitäten weitgehend unbehelligt fortsetzen konnten: Sie beschickten internationale Hundeausstellungen, die zum Teil in der Bundesrepublik stattfanden, und betrieben einen schwungvollen Handel mit Rassehunden, auch in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Innen- und Außenhandelsbetrieb (DIA).²⁷

Obwohl dem MfS diese Vorgänge bekannt waren, schritt es vorläufig nicht ein. Sir selbst kündigte bereits im April 1956 seine Tätigkeit bei der Zeitschrift »Der Hund« aufgrund von Konflikten mit dem Sektionsleiter Hundesport der GST, Rolf von Ende,²⁸ und arbeitete fortan hauptamtlich im VKSK.²⁹ Erst 1963 wurde Jean Sir vom MfS verhört,³⁰ und zwar im Zusammenhang mit einem anonymen Schreiben an Walter Ulbricht, in dem der Zustand des Hundesports in der DDR beklagt wurde.³¹ Bei der Verfasserin, die rasch ermittelt werden konnte (sie war in der Redaktion des »Neuen Deutschlands« beschäftigt und hatte den Brief in bemerkenswerter Fahrlässigkeit nicht nur auf ihrer Dienstschreibmaschine getippt, sondern sich darin auch noch selbst positiv erwähnt!), handelte es sich um eine Zuchtrichterin für Schäferhunde, die mit Sir bekannt war und diesen (ebenso wie sich selbst) für ein »Führungskollektiv« im Hundesportwesen empfahl. Sir wurde mit seiner bisher verschwiegenen NS-Vergangenheit konfrontiert und aus seiner Funktion beim VKSK entlassen.³² Er betätigte sich fortan nicht mehr im Bereich des Hundesports. Sein eigentliches Ziel hatte

²⁷ Vgl. Information Nr. M80/56 v. 5.4.1956. Allein im Jahr 1959 wurden dem MfS zufolge 73 Hunde im Wert von etwa 20 000 DM »nach dem Westen verschoben« (MfS, HA V/2, Bericht über das Dienstgebrauchshundewesen der DDR v. 24.4.1962; BStU, MfS, AOP, Nr. 7548/65, Bl. 12–30, hier 14); für bestimmte Rassen wie den Bedlington wurden pro Welpen 800 bis 900 DM gezahlt, ein Deckakt kostete 150 DM (MfS, HA XX/II, Bericht v. 13.6.1963; BStU, MfS, AOP, Nr. 7548/65, Bl. 155–158, hier 156).

²⁸ Rolf von Ende war ebenfalls ein anerkannter Experte für Hundesport, hing aber im Gegensatz zu Jean Sir der auf den russischen Mediziner und Physiologen Iwan Petrowitsch Pawlow zurückgehenden behavioristischen Methode der Tiererziehung an. Vgl. u. a. Ende, Rolf von: Die Abrichtung des Fährtenhundes auf der Grundlage der Lehre I. P. Pawlows. Halle: Gesellschaft für Sport und Technik 1954; Ders.: Lux greift an. Hunde beobachtet, abgerichtet und beschrieben. Neuenhagen bei Berlin 1958.

²⁹ Vgl. MfS, HA V/8/I, Aktennotiz v. 16.5.1956; BStU, MfS, AOP, Nr. 7548/65, Bl. 72.

³⁰ Vgl. den Bericht über die Aussprache am 12.2.1963; BStU, MfS, AOP, Nr. 7548/65, Bl. 155–158.

³¹ Das Schreiben ist überliefert in: BStU, MfS, AOP, Nr. 7548/65, Bl. 96–98.

³² Vgl. HA XX/2, Abschlussbericht v. 4.6.1965; BStU, MfS, AOP, Nr. 7548/65, Bl. 159 f.

er aber bereits eineinhalb Jahre zuvor erreicht: Zum 1. November 1961 war die Sektion Dienstgebrauchshundewesen wieder aus der GST herausgelöst und erneut dem VKSK angeschlossen worden.³³

Ranzige Margarine

Auch ranzige Margarine erscheint auf den ersten Blick nicht als ein sicherheitsrelevantes Thema, das für das MfS von Bedeutung hätte sein können. Trotzdem gab die Abteilung Information dazu einen eigenen Bericht heraus, in dem es um die Richtigstellung einer Meldung vom Juli 1956 ging.³⁴ Dort war unter anderem die Rede davon gewesen, dass mehrere HO-Verkaufsstellen in Tangermünde im Bezirk Magdeburg insgesamt über 400 kg ranzige Margarine geliefert bekommen hätten, die nach dem Verkauf »zum großen Teil von der Bevölkerung zurückgegeben« wurden.³⁵ Obwohl diese Meldung im Kontext mit Berichten über 197 kg verdorbenes Schmalz und 590 kg verdorbene Butter in anderen Kreisen nicht weiter auffiel, hakte der Staatssicherheitsdienst nach einer zwischenzeitlichen Intervention durch die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle bei der zuständigen Bezirksverwaltung nach. Die Ermittlungen ergaben, dass die Meldung auf einen Lagebericht der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Magdeburg zurückging,³⁶ die diese wiederum über die MfS-Kreisdienststelle vom Volkspolizeikreisamt Stendal übernommen hatte, ohne sie zu überprüfen. Eine nachträgliche Überprüfung durch die Kreisdienststelle, die offenbar negativ ausfiel, war nicht an die Bezirksbehörde weitergegeben worden.

³³ Vgl. Wagner: Der vergessene Sportverband (Anm. 16), S. 108.

³⁴ Vgl. Information Nr. 150/56 v. 14.8.1956 – Betrifft: Untersuchungen der zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle über die Belieferung einiger Verkaufsstellen in Tangermünde, [Kreis] Stendal, [Bezirk] Magdeburg, mit ranziger Margarine.

³⁵ Vgl. Informationsdienst Nr. 13/56 v. 7.7.1956.

³⁶ Vgl. BDVP Magdeburg, Operativ-Stab, Lagebericht Nr. 153 für die Zeit vom 30.6.1956, 5.00 Uhr, bis 1.7.1956, 5.00 Uhr, v. 1.7.1956; Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Bestand M 1, Nr. 207, Bl. 193–195. Dort heißt es in Teil A unter Punkt D »Versorgung der Bevölkerung«: »Aus dem Kreis Stendal wird bekannt, dass am 29.6. und 30.6.1956 in Tangermünde die HO-Verkaufsstellen mit ranziger Margarine beliefert wurden. Die HO-Verkaufsstelle 77 z. B. erhielt zusammen mit noch drei weiteren Verkaufsstellen 400 kg derartiger Ware. Die Margarine wurde zum großen Teil von der Bevölkerung zurückgegeben. Die Stimmung der Käufer war entsprechend negativ.«

Erst im Kontext mit dem allgegenwärtigen Thema »Versorgungslage« wird die Bedeutung der Falschmeldung über ranzige Margarine für das MfS deutlich. Denn Versorgungsprobleme hatten gravierende Auswirkungen auf die Stimmung der Bevölkerung und waren damit von sicherheitspolitischer Bedeutung. Entsprechende Berichte sind ein Dauerbrenner in der MfS-Berichterstattung: In den bisher online recherchierbaren Jahrgängen (1953, 1961, 1965, 1976, 1977 und 1988) finden sich 351 Dokumente, die das Stichwort »Versorgung« enthalten,³⁷ im Jahrgang 1956 allein sind es 146 von insgesamt 537 Dokumenten. In den zweiwöchentlich herausgegebenen »Informationsdiensten« bildete die »Versorgung der Bevölkerung« eine feste Rubrik.³⁸ Versorgungsprobleme bestanden auf nahezu allen Gebieten: Kohle und Energie, Ersatzteile, Futtermittel, Konsumgüter, Bekleidung – und vor allem Lebensmittel. Gerade hier machten sie sich besonders rasch bemerkbar, da sie zu Schlangenbildung an den Geschäften und Diskussionen in der Bevölkerung führten. Für die angespannte Versorgungslage machten die DDR-Bevölkerung und die Westmedien einhellig in erster Linie die Planwirtschaft sowie die Kollektivierung der Landwirtschaft verantwortlich.³⁹ Das MfS war da vorsichtiger und sprach lieber von »schlechter Warenstreuung«.⁴⁰ Während es in vielen Gegenden an bestimmten Produkten mangelte, gab es in anderen sogenannte »Überplanbestände«, die nicht abgesetzt werden konnten, oder die Lebensmittel harrten in Lagern auf ihren Transport zu den Verkaufsstellen.

Dies führte nicht selten zum Verderb der Waren, der ebenso großen Unmut in der Bevölkerung hervorrief. So hieß es etwa im Kreis Neustrelitz, wo zwar keine ranzige Margarine, wohl aber ranzige Butter ausgeliefert wurde, dass man sich die Butter aus Westdeutschland schicken lassen wolle,

³⁷ Vgl. www.ddd-im-blick.de.

³⁸ Vgl. Bispinck, Henrik: Einleitung. In: Ders. (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1956. Göttingen 2016, S. 12–73, hier 41.

³⁹ Vgl. z. B. Sowjetzone steht vor einer neuen Versorgungskrise. Die wirklichen Ursachen liegen im System begründet. In: Der Kurier v. 10.1.1956, S. 5. Der Artikel wird zitiert in der Information Nr. M7/56 v. 13.1.1956 über »Feindpropaganda«.

⁴⁰ So etwa in der Information Nr. 158/56 v. 17.8.1956 – Betrifft: Stimmung zum 28. Plenum des ZK der SED. Vgl. auch Informationsdienst Nr. 16/56 v. 21.8.1956, Information Nr. 348/56 v. 20.11.1956 – Betrifft: Lage in der Deutschen Demokratischen Republik (vom 19.11.1956, 8.00 Uhr, bis 20.11.1956, 5.00 Uhr, eingegangenes Material), Information Nr. 376/56 v. 6.12.1956 – Betrifft: Schwierigkeiten in der Versorgung.

»um nicht diesen ›Dreck‹ essen zu müssen.«⁴¹ Solche Aussagen hörte die SED-Führung, die die Überlegenheit des sozialistischen Lagers gegenüber dem Westen stets betonte, besonders ungern. Die sicherheitspolitische Relevanz der Auslieferung verdorbener Lebensmittel zeigt sich auch darin, dass sie zu Ausschreitungen führen konnte, wie etwa in einem Lehrlingswohnheim in Weißwasser. Dort randalierten Jugendliche im November 1956, zerstörten Einrichtungsgegenstände, zerschnitten die Telefonleitung und verweigerten die Arbeit. Als Grund gaben die jungen Arbeiter neben der schlechten Behandlung durch die Erzieher die Ausgabe von ranziger Butter an.⁴²

Unmittelbare Ursache für den Verderb von Lebensmitteln war zumeist das starre Festhalten an einmal beschlossenen Zuteilungen und Verkaufspreisen. Im VEB Schlachthof Dresden lagerten ein halbes Jahr lang 2 500 Fässer Därme aus China, »die bereits ranzig und stinkig« im Schlachthof angekommen waren; der DIA verweigerte aber die Genehmigung zur Vernichtung, da diese »ohne Zustimmung Chinas« nicht gegeben werden könne. Konsequenz: »Dadurch besteht Seuchengefahr.«⁴³ Eine ähnlich starre Haltung legte das Ministerium für Lebensmittelindustrie an den Tag: Dem Großhandelskontor Meißen war ein Kontingent an Margarine zugeteilt worden, das nicht vollständig abzusetzen war. Alle Bitten des Kontors, einen Teil der Lieferverträge zu stornieren oder zumindest zu verlängern, wurden vom Ministerium abgelehnt, weshalb die Gefahr des Verderbes bestand.⁴⁴ Im Kreis Dippoldiswalde fand Englischer Kuchen wegen zu hoher Preise keinen Absatz. Anstatt die Preise zu senken, blieb die Ware so lange in den Geschäften liegen, bis sie verdarb und an Schweine verfüttert werden musste.⁴⁵ Auch Verzögerungen beim Transport sowie die unsachgemäße und zu lange Lagerung führten zum Verderb. In der Fleischereigenenschaft Glauchau im Bezirk Karl-Marx-Stadt kamen im September zwei Waggons Schweinefleisch aus Rumänien an, die ungenießbar waren, weil in den Waggons aufgrund fehlender Ventilatoren die Temperatur zu hoch war.⁴⁶ Im Kreis Luckenwalde verdarben große Mengen Räucherfisch, weil

⁴¹ Vgl. Informationsdienst Nr. 16/56 v. 21.8.1956.

⁴² Vgl. Information Nr. 319/56 v. 9.11.1956 – Betrifft: Lage in der Deutschen Demokratischen Republik (vom 8.11., 8.00 Uhr, bis 9.11.1956, 8.00 Uhr, eingegangenes Material).

⁴³ Vgl. Informationsdienst Nr. 13/56 v. 7.7.1956.

⁴⁴ Vgl. Informationsdienst Nr. 20/56 v. 20.10.1956.

⁴⁵ Vgl. Informationsdienst Nr. 15/56 v. 7.8.1956.

⁴⁶ Vgl. Informationsdienst Nr. 18/56 v. 21.9.1956.

Fischwaren dort grundsätzlich am Samstag geliefert wurden und dann erst wieder am Montag verkauft werden konnten.⁴⁷ Zu welchen Folgen die unsachgemäße Herstellung und Lagerung von Lebensmitteln insbesondere bei Fleischprodukten führen konnte, zeigt drastisch das Beispiel der Fleischproduktionsstätten des Konsums in Dargun im Bezirk Neubrandenburg. Über die dortigen Zustände heißt es:

In Abständen wird Wurst hergestellt, zum Beispiel Jagdwurst aus Fleischbeständen, die schon so lange hängen, dass sie grau und normalerweise nicht mehr genießbar sind. Der Speck und Schinken, der auf dem dortigen Räucherboden hängt, ist von Maden zerfressen. Beim Berühren der o. a. Lebensmittel fallen die Maden auf den Fußboden. Beim Kochen von Leberwurst schwammen die Maden auf der Brühe, die Gehilfen ekelten sich die Leberwurst abzuschmecken. Sie zwangen den dort beschäftigten Lehrling hierzu. Wiederholt haben Käufer das Fleisch zurückgebracht, da dasselbe von Maden durchsetzt war.⁴⁸

Obwohl die Versorgungsprobleme und die ihnen zugrunde liegenden Missstände nicht nur dem MfS und der Bevölkerung, sondern auch den Partei- und Staatsfunktionären auf allen Ebenen bekannt waren, reagierte man sehr dünnhäutig, wenn diese Probleme offen angesprochen wurden. Dies musste die stellvertretende Vorsitzende des Rates des Bezirkes Rostock, Änne Kleinke, erfahren. Sie ließ Auszüge aus ihrem Referat auf der Sitzung des Bezirkstages im Juni 1956 in der »Ostseezeitung« veröffentlichen. Darin kündigte sie an, dass es im zweiten und dritten Quartal des Jahres »eine Reihe von Sorgen in der Versorgung unserer Bevölkerung« geben werde, »und zwar bei Fleisch, Fett, Kartoffeln und Marmelade«. Sie sprach sich – ungewöhnlich für Partei- und Staatsfunktionäre in der DDR – für einen offenen Umgang mit dieser Problematik aus: »Wir können diese Tatsache nicht verheimlichen, sondern müssen offen mit unserer Bevölkerung sprechen, um bei ihr die Bereitschaft und die Initiative zu wecken, diese Probleme gemeinsam mit uns zu meistern.«⁴⁹ Die Folgen waren nicht überraschend: Es kam zu Hamsterkäufen im Bezirk, insbesondere bei Butter und Margarine.⁵⁰ Die Westpresse nahm den Artikel zum Anlass, über eine »Hun-

⁴⁷ Vgl. Informationsdienst Nr. 14/56 v. 21.7.1956.

⁴⁸ Vgl. Informationsdienst Nr. 18/56 v. 21.9.1956.

⁴⁹ Vgl. Zu einigen Fragen der Versorgung im Bezirk. In: Ostsee-Zeitung v. 21.6.1956, S. 2. Dass das II. Quartal des Jahres 1956 zum Zeitpunkt der Veröffentlichung bereits fast abgelaufen war, spielte offenbar keine Rolle.

⁵⁰ Vgl. Information Nr. 42/56 v. 27.6.1956 – Betrifft: Artikel der Genossin Kleinke in der Ostseezeitung.

gersnot« in der DDR zu spekulieren. »Jetzt gibt Pankow offen zu – Hunger droht«, titelte die Westberliner »BZ« und ergänzte: »Die Bevölkerung soll Fischbockwürste, Bratlinge, Fischbratklopse und Heringssalate essen«, während sie auf Kartoffeln, Fleisch und Fett »weitgehend verzichten« müsse. Diese dramatische Zuspitzung ließ sich jedoch nur dadurch konstruieren, dass in dem Artikel die Äußerung einer Bezirksfunktionärin aus der zweiten Reihe zu einer Verlautbarung des »sowjetdeutschen« Ministeriums für Handel und Versorgung mutierte.⁵¹

Dass das MfS und die DDR-Regierung den Artikel der Genossin nicht goutierten, überrascht angesichts solcher Wirkungen nicht. Doch auch in der Bevölkerung sorgte der Zeitungsbeitrag für Unmut: Eine Hausfrau aus Grevesmühlen sprach die bereits vom MfS erkannten unmittelbaren Folgen des Beitrags an:

Ich bin mit diesem Artikel der Anne Kleinke nicht einverstanden. Denn durch diesen Artikel wurde die Bevölkerung unsicher gemacht und es begannen die großen Angsteinkäufe. Die Rentner und arbeitsunfähigen Bürger konnten sich nichts kaufen und jetzt sind sie die Dummen.⁵²

Grundsätzlicher wurde ein Oberschüler aus Bad Doberan, der auf die Diskrepanz zu der üblichen Schönfärberei in der DDR-Presse aufmerksam machte:

Die schreiben hier von den Schwierigkeiten bei Kartoffeln und Fleisch und auf der anderen Seite über die großen Erfolge in der DDR. Diese Bonzen sollten sich schämen, so etwas zu schreiben. Sieht man dagegen nach Westdeutschland, so stellt man fest, dass die dort trotz der Aufrüstung mehr zu essen haben.

Welche Folgen die Veröffentlichung des Artikels für die SED-Funktionärin hatte, ließ sich indes nicht ermitteln. Über ihre weitere politische Karriere ist nichts bekannt.

Fazit

Das Jahr 1956 war in der kommunistischen Staatenwelt geprägt von dramatischen Ereignissen: Im Februar stieß KPdSU-Chef Chruschtschow den bisher verehrten Diktator Stalin symbolisch vom Sockel, in Polen kam es zu blutigen Unruhen und mehreren Wechseln an der Parteispitze, in Ungarn

⁵¹ Vgl. Schon lange waren die Lebensmittel knapp – Jetzt gibt Pankow offen zu – Hunger droht. In: BZ v. 23.6.1956.

⁵² Vgl. Informationsdienst Nr. 13 v. 7.7.1956. Hieraus auch das folgende Beispiel.

gar zum Volksaufstand, der von Sowjettruppen gewaltsam niedergeschlagen wurde.⁵³ Auch an der DDR ging das Krisenjahr des Kommunismus keineswegs spurlos vorüber. Die Bevölkerung diskutierte so offen wie noch nie über politische Fragen, in den volkseigenen Betrieben häuften sich Proteste und Streiks, Studenten solidarisierten sich mit den Aufständischen in Ungarn. Auch dies spiegelt sich in den Berichten der Abteilung Information dieses Jahres, ist aber bereits an anderer Stelle eingehend behandelt worden.⁵⁴ Ein tieferer Blick in die MfS-Berichterstattung dieses Jahres fördert – wie die Beispiele zeigen – jedoch auch allerhand Skurriles, scheinbar Triviales und vor allem Alltägliches zutage.⁵⁵

⁵³ Zur welthistorischen Bedeutung des Jahres 1956 vgl. jüngst Hall: 1956 (Anm. 1), in dem der XX. Parteitag, die Aufstände in Polen und Ungarn und der Sueskrieg eine zentrale Rolle spielen. Siehe auch Heinemann, Winfried; Wiggershaus, Norbert (Hg.): Das internationale Krisenjahr 1956. München 1999; Foitzik, Jan (Hg.): Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953–1956. Vom 17. Juni bis zum ungarischen Volksaufstand. Politische, militärische, soziale und nationale Dimensionen. Paderborn 2001; Engelmann, Roger; Großbölting, Thomas; Wentker, Hermann (Hg.): Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen. Göttingen 2008.

⁵⁴ Vgl. Bispinck: Einleitung 1956 (Anm. 38), S. 23–38.

⁵⁵ Ähnlich zur grundsätzlichen Einschätzung der Berichterstattung des MfS vgl. Münkler, Daniela: Vorwort. In: Bispinck: DDR im Blick der Stasi 1956 (Anm. 2), S. 7–11, hier 7.

Lehrverbot und Parteiausschluss für Robert Havemann – »Provokation der Westdeutschen« oder von der SED geplanter »politischer Tod«?

Am 12. März 1964 wurde Robert Havemann binnen weniger Stunden als ordentlicher Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin entlassen und als Mitglied der SED aus einer Partei, der er formal seit 1950, faktisch – und dies wurde 1958 parteiintern auch förmlich anerkannt – aber seit 1932 angehörte, ausgeschlossen. Als Begründung diente ein Artikel von Karl-Heinz Neß im »Hamburger Echo am Abend«, in dem Neß am Vortage Äußerungen Havemann in der Form eines Interviews mit ihm veröffentlicht hatte.¹ Die Echtheit dieses sogenannten Interviews ist von Havemann immer bestritten worden und obwohl der Artikel auf einem von Neß mit Havemann geführten Gespräch beruht, ist der Text niemals von Havemann für eine Veröffentlichung autorisiert worden. Dennoch wurde diese Presseveröffentlichung von der SED und den ihren Anweisungen ohne Einwände und Abstriche folgenden staatlichen Instanzen genutzt, um Havemann aus dem öffentlichen Leben der DDR zu einem Zeitpunkt zu entfernen, an dem der Höhepunkt der Kontroverse zwischen SED und Havemann bereits überschritten schien. Die Veröffentlichung des Artikels und die darauf folgende Reaktion trafen Havemann unvorbereitet.

Eigentlich rechnete ich im Frühjahr 1964 nicht mehr mit meinem Parteiausschluss. Meine Vorlesungen waren auf einem Plenum des ZK kurz vor Beendigung des Winterhalbjahrs des Studienjahres 1963/1964 scharf verurteilt [...] worden [...] Aber ich hatte bei den Chemikern fast sämtliche Mitglieder meiner Grundorganisation der Partei hinter mir. [...] Mir schien es so, als ob der Versuch der Partei, mich mit den normalen Mitteln der Parteiverfahren und der Parteikritik auszuschließen, ziemlich aussichtslos war.²

¹ Neß, Karl-Heinz: »Wir Deutschen machen alles besonders gründlich.« Interview mit Professor Havemann. In: Hamburger Echo am Abend v. 11.3.1964. Nachdruck in: Havemann, Robert: Warum ich Stalinist war und Antistalinist wurde. Texte eines Unbequemen. Hg. v. Dieter Hoffmann u. Hubert Laitko. Berlin 1990, S. 189–191.

² Havemann, Robert: Ein deutscher Kommunist. Rückblicke und Perspektiven aus der Isolation. Die Fragen an den Autor stellte Manfred Wilke. Reinbek b. Hamburg 1978, S. 17 f.

Die unmittelbar auf das Interview in großer Hast erfolgende Reaktion der SED und der Hochschulpolitik verfestigte diese Wahrnehmung auch unter den Beobachtern des Vorganges, obwohl durchaus eingeräumt wurde, dass diese Nutzung eines Vorwands nur vor dem Hintergrund der vorhandenen Spannungen erklärbar sei. Doch auch damals waren bereits Stimmen zu vernehmen, die angesichts der Unangemessenheit der Reaktion auf ein Zeitungsinterview einen Coup im Hintergrund vermuteten, ja eine politische Falle: Aus diesem Grund widersprach Wolfgang Heise als einziges Mitglied der SED-Universitätsparteileitung (UPL) dem Ausschluss Havemanns:

Einerseits ist Genosse Havemann auf eine Provokation hineingefallen. [...] Ich habe Angst, daß wir auf eine Provokation der Westdeutschen hereinfallen. Da mache ich noch nicht recht mit. Man sollte vom Genossen Havemann eine öffentliche Stellungnahme verlangen, wo er ganz klar Stellung nimmt. Eine Parteistrafe halte ich für nötig, aber Ausschluß, Genossen, Ausschluß ist ein politischer Tod. Die Logik ist mit klar, wenn er so weitermacht, dann ist das mit der Partei nicht mehr zu vereinbaren. Bis jetzt stand nicht die Frage der organisatorischen Maßnahme. Jetzt machen wir es auf Grund des Interviews.³

Mit der Hamburger Veröffentlichung hätte Havemann, wenn er wirklich dafür verantwortlich gewesen wäre, selbst die sich bereits entspannende Kontroverse wieder zugespitzt und den Hardlinern in der SED-Führung jenes Argument geliefert, das auch moderaten Parteifunktionären und mit ihm sympathisierenden Kollegen an der Universität eine weitere Unterstützung des Dissidenten unmöglich gemacht hätte. So wundert es nicht, dass sich nun auch die engsten Genossen Havemanns in seinem Institut, die ihn auf der Parteiaktivtagung der Universität im Februar noch verteidigt hatten, auf der Kurt Hager die Angriffe gegen Havemann erläutert hatte, die auf dem 5. Plenum des ZK von Sindermann, Schumann, Hanna Wolf u. a. vorgebracht worden waren, vom Interview absetzten, »daß [...] Dr. Pietsch,

³ SED-Parteileitung Humboldt-Universität: Protokoll Leitungssitzung am 12. März 1964, 13.3.1964; BArch DY 30 IV A2/9.04/103, Bl. 17. Im Bericht der HA XX über diese Sitzung wird Heises Position folgendermaßen wiedergegeben: »1. Prof. Havemann sei einer Provokation zum Opfer gefallen und die Gefahr bestehe, daß sich auch die UPL provozieren ließe; 2. hätte er Bedenken, weil der Ausschluß eines Genossen den politischen Tod bedeute; 3. habe er Bedenken, ob die UPL überhaupt berechtigt sei, den Ausschluß durchzuführen. Der Beschluß wurde dann gegen den Protest Havemanns und gegen die Stimme des Gen. Heise angenommen.« – HA XX: Bericht Betr.: UPL-Sitzung und Parteiaktivtagung am 12.3.1964 zu den Vorkommnissen um Prof. Havemann, 13.3.1964; BStU, MfS, AOP, Nr. 5469/89, Bd. 3, Bl. 324.

Dr. Reiner und Wielgosch [...] Havemanns Interview mit dem Hamburger Echo verurteilten, ohne eine klare Abgrenzung von Havemann überhaupt offen auszusprechen«.⁴

Dieser Ablauf der Geschehnisse scheint allgemein als zutreffend akzeptiert worden zu sein. Havemann selbst war davon überzeugt, ebenso seine Biografen. »So dürfte es sich auch verhalten haben«, schrieben auch Hubert Laitko und Dieter Hoffmann. »Benötigt wurde ein Vorgang, der gegenüber der Öffentlichkeit als schwerwiegender Disziplinverstoß ausgelegt werden konnte.«⁵ Doch war die unautorisierte Veröffentlichung in Hamburg tatsächlich notwendig, um Havemann eines Disziplinverstoßes zu bezichtigen⁶ oder – wie einige bislang wenig beachtete Dokumente nahelegen – nur ein rasch aufgegriffenes Argument, um ein längst gefasstes Vorhaben, nun beschleunigt, ja überhastet in die Tat umzusetzen?

Die Entfernung Robert Havemanns aus der politischen Öffentlichkeit, ja aus der Öffentlichkeit der DDR schlechthin erweist sich als ein weiteres Beispiel der Hegelschen Ironie der Geschichte, die geradezu perfekt zur Illustration der Thesen Havemanns über Notwendigkeit und Zufall taugt. Freilich nur in einem metaphorischen Sinne. Und auch nur, wenn man den nützlichen Idioten der Posse zum rettenden Zufallsgenerator einer Notwendigkeit erklärt, die am Ende nur darin bestand, die heroische Illusion,⁷ emanzipatorische Politik sei in der Form kommunistischer Zwangsherrschaft zu verwirklichen, dadurch auflöst, dass die kommunistische Partei deren Träger aus ihrer Organisation ausschied.

Robert Havemann war zweifelsohne Träger dieser Illusion. Er teilte diese mit vielen seiner Gefährten und Genossen, die sich wie er immer wieder an

⁴ Hptm. Burkhardt: Treffbericht [mit IM »Alexander«], 14.3.1964; BStU, MfS, AOP, Nr. 5469/89, Bd. 3, Bl. 342.

⁵ Laitko, Hubert; Hoffmann, Dieter: Ein Aufrechter im Sturmwind der Geschichte. Anmerkungen zu einem Lebenslauf. In: Havemann, Robert: Warum ich Stalinist war und Antistalinist wurde. Texte eines Unbequemen. Hg. v. Dieter Hoffmann u. Hubert Laitko. Berlin 1990, S. 48.

⁶ Vgl. auch meine Darstellung der Vorgänge Florath, Bernd: Das philosophische Argument als politischer Skandal. Die Herausforderung der SED durch Robert Havemann. In: Sabrow, Martin: Skandal und Diktatur. Formen öffentlicher Empörung im NS-Staat und in der DDR. Göttingen 2004, S. 181–185.

⁷ Vgl. Holzapfel, Kurt; Zeuske, Michael: Karl Marx und die »heroische Illusion« in den französischen Revolutionen von 1789 und 1830. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 34 (1986) 7, S. 599–610; Keßler, Mario: Heroische Illusion und Stalin-Terror. Beiträge zur Kommunismus-Forschung. Hamburg 1999.

der Realität der Herrschaft rieben. Und er gab dem sich meist nicht offen ausdrückenden Widerspruch eine Stimme:

Objektiv hat sich Havemann zum Sprachrohr einiger negativer Elemente gemacht. Das zeigt sich u. a. in dem Besuch seiner Vorlesungen, die er jeden zweiten Freitag zum Thema ›Naturwissenschaften und Philosophie‹ hält. Diese Vorlesungen werden teilweise von den reaktionärsten Studenten besucht, weil sie mit ihm einer Meinung sind, wenn es gegen die Grundlinie der Partei geht. Teilweise ist es auch so, daß es ihm gelingt, junge Menschen, unter ihnen auch Genossen, für sich einzunehmen. Seine Vorlesungen sind stark besucht und werden in ihrer objektiven Angriffsrichtung selbst von Genossen verkannt.⁸

Trotz dieser, freilich in sich widersprüchlichen Charakterisierung der Havemannschen Vorlesungen blieben die Berichte, die aus dieser Analyse und einer Reihe anderer Berichte durch die ZAIG kompiliert wurden, vorerst noch zurückhaltend. Der auf den 19. Februar 1964 datierte »Bericht Nr. 124/64 über das Auftreten von Prof. Havemann und über einige damit zusammenhängende Vorgänge an der Humboldt-Universität« wurde an seine vorgesehenen Adressaten Walter Ulbricht und Erich Honecker auch nicht mehr ausgeliefert, sondern blieb beim MfS. Offenbar hatte sich die Gesamtlage zwischen dem 5. Februar, als die Abteilung V der Berliner MfS-Verwaltung »über die Auswirkungen des Auftretens des Gen. Prof. Havemann« Bericht erstattet hatte, und dem 19. Februar bereits so drastisch verändert, dass der nüchterne Bericht nicht mehr hinreichend alarmierend klang. Bis dahin schienen innerhalb der SED-Führung eindeutige Entscheidungen auch noch nicht gefallen zu sein. Zwar war am 1. Februar 1964 Werner Tzschoppe, 1. Sekretär der Universitätsparteileitung der Humboldt-Universität zu Berlin, in einem von vielen mit den Vorgängen vertrauten

⁸ Kurt Zeiseweis, Ultn. Otto (Verw. Groß-Berlin, Abt. V/6): Analyse. Politisch-operative Situation an der Humboldt-Universität Berlin, 7.12.1963; BStU, MfS, AOP, Nr. 5469/89, Bd. 3, Bl. 97. Randbemerkung: Zu den »reaktionärsten Studenten« zählen in der Analyse weiter oben aufgeführte ESG- und KSG-Mitglieder der veterinärmedizinischen Fakultät, die als »ehemalige NVA-Angehörige«, »Mitglieder der FDJ-Leitungen bzw. einer ist sogar FDJ-Sekretär« nach »außen hin loyal oder sogar positiv auf[treten], im internen Kreis beeinflussen sie sich feindlich«. Bei den Philosophiestudenten bestand eine Gruppe von Studenten um Vincent von Wroblewsky, die »nicht den Anlaß zu einer Einschätzung gab, daß sie einen staatsfeindlichen Charakter trage, entwickelte sich immer mehr zu einer solchen und mußte durch das Referat 2 in operative Bearbeitung genommen werden. Die Zusammenkünfte dieser Gruppe finden in Wohnungen statt.« Ebenda, Bl. 95.

Genossen als statutenwidrig bezeichneten Gewaltakt der Berliner SED-Bezirksleitung unter Paul Verner aus seiner Position entfernt worden, doch noch wenige Tage zuvor war eben dieser Paul Verner, dem im November 1963 Ulbricht die Leviten gelesen hatte,⁹ bei dem Versuch gescheitert, die unbotmäßigen Genossen der Grundorganisation der Chemiker der Humboldt-Universität zu disziplinieren. Havemann war in dieser Versammlung sogar eher vermittelnd aufgetreten. Die Dinge schienen im Fluss. Der Ausgang Ende Januar 1964 war weit weniger absehbar, als die Perspektive *post festum* suggeriert.

Am 31. Januar fand eine Sitzung der Universitätsparteileitung statt, auf der Paul Verner mit dem Versuch scheiterte, Werner Tzschoppe abzulösen. Tzschoppe, der an der Universität ein Klima der Offenheit, der Reformbereitschaft unterstützt und geförderte hatte – nicht zuletzt auch durch personalpolitische Entscheidungen wie die Ersetzung Robert Naumanns durch Wolfgang Heise als Prorektor für Gesellschaftswissenschaften¹⁰ –, war nicht

⁹ Vgl. Ulbrichts Rede auf der Sitzung der Berliner Bezirksleitung der SED am 11.11.1963: »Es werden administrative Methoden angewandt, anstatt Überzeugungsarbeit zu leisten, statt das geistige Leben zu entfalten.« Zit. nach: Florath, Bernd: Vom Zweifel zum Dissens. In: Müller, Silvia; Florath, Bernd (Hg.): Die Entlassung. Robert Havemann und die Akademie der Wissenschaften 1965/66. Berlin 1996, S. 25.

¹⁰ Heise, der den Coup gegen Tzschoppe dezidiert als statutenwidrig verurteilte, wurde prompt vom Stellvertreter des Staatssekretärs für das Hoch- und Fachschulwesen einbestellt und seine Ernennung zum Prorektor wieder zurückgenommen. Vgl. Ltn. Wagner (HA V/6): Treffbericht [mit Geheimem Hauptinformer (GHI) »Ökonom«, 14.2.1964; BStU, MfS, AOP, Nr. 5469/89, Bd. 3, Bl. 159: »Der GHI erhielt am 11.2. vom Staatssekretär Prof. Gießmann den Auftrag, eine Aussprache mit Prof. Heise zu führen und ihm mitzuteilen, daß er nicht als Prorektor eingesetzt wird. Der GHI führte die Aussprache mit Prof. Heise am 11.2., 11.30 Uhr. Die Aussprache begann damit, daß Prof. Heise auf die Ankündigung des GHI – er solle als Prorektor eingesetzt werden – sagte: »er habe vom Rektor schon die Ernennungsurkunde und sei vom Senat der Univ. schon als komm. Prorektor bestätigt.« In der Aussprache vertrat Prof. Heise folgende Meinung:

- Er, Prof. Heise, sei nicht einverstanden mit der Ablösung von Dr. T[z]schoppe (Prof. H. ist ein enger Freund von Dr. T[z]schoppe und seit etwa zwei Monaten Mitglied der UPL);
- die Ablösung von Dr. T[z]schoppe verstößt gegen das Parteistatut;
- Er, Prof. Heise, sei mit anderen wissenschaftlichen Problemen beschäftigt und könne sich kein Bild machen über die ideologische Lage an der HU [Humboldt-Universität zu Berlin];
- Der Gen. Paul Verner, 1. Sekr. der BL Berlin, sei in der UPL-Sitzung zur Begründung der Ablösung Dr. T[z]schoppes nicht überzeugend aufgetreten.

nur ein enger Freund Havemanns, er war auch – wie das MfS besorgt festhielt – unter den Genossen an der Universität gut angesehen, weil er »die Universität ein großes Stück vorwärts gebracht« hatte.¹¹

Die Wiederholung der UPL-Sitzung am 1. Februar in den Räumen der Bezirksleitung unter erzwungener Abwesenheit Tzschoppes wurde durchaus als Gewaltakt jenseits der »Leninschen Normen des Parteilebens«, d. h. als dezidierter Rückgriff auf Stalinsche Methoden angesehen:

Es geht zu weit, dass man die Absetzung Tzschop[p]es ohne sein Beisein beschließt und ihm dann noch Hausverbot für die Universität ausspricht. [...] Der GHI erwähnte noch folgendes: Nach der 1. UPL-Sitzung traf er auf dem Gang den persönlichen Pressereferenten des Rektors, Wuttke. Dieser äußerte zum GHI »Gerade sind mehrere Mitarbeiter der Staatssicherheit hinter zur UPL gegangen, ob die alle Sekretäre verhaften wollen?«¹²

Tzschoppes unter diesen Bedingungen durchgesetzte Ablösung traf »bei den Genossen auf Unverständnis«, »sei gegen die Meinung von Walter Ulbricht gerichtet« und deutete darauf hin, »dass nun doch wieder ein harter Kurs gefahren werden wird«.¹³ Mit der Ablösung Tzschoppes wollte Paul Verner Fakten schaffen, bevor das 5. Plenum des Zentralkomitees am 3. Februar eröffnet wurde.

Die SED befand sich in ihrer Ablehnung der Havemannschen Vorstöße in einer Gemengelage: Viele Wissenschaftler und Studenten, die Havemann durchaus kritisch gegenüberstanden, begrüßten, dass er die Debatte eröffnet hatte: »die von H. sachlich aufgeworfenen Fragen – und das sind nicht wenige –, besonders naturwissenschaftliche Aspekte philosophischer Fragen, bleiben nach wie vor aktuell, müssen von der Forschung gelöst werden«.¹⁴

Die Revisionismusvorwürfe, die auf dem 5. Plenum schließlich gegen Havemann erhoben wurden und die Kurt Hager auf einer eigens zu diesem Zwecke einberufenen Tagung des SED-Parteiaktiven der Humboldt-Universität am 17. Februar 1964 ausführlich erläuterte, blieben nicht unwi-

– Die Mehrheit der Mitglieder der UPL sei nicht von der Richtigkeit der Ablösung Dr. T[z]schoppes überzeugt und sei in dieser Sitzung nur umgefallen.«

¹¹ Ultn. Lucas: Treffbericht mit GHI »Berthold«, 6.2.1964; BStU, MfS, AOP, Nr. 5469/89, Bd. 3, Bl. 111.

¹² Ebenda, Bl. 111 f.

¹³ Ebenda, Bl. 111.

¹⁴ IM »Katz« (HV A III): Betr.: Situationsbericht nach dem Abgang und dem Parteiausschluss von Robert Havemann – Humboldt-Universität, 17.3.1964; BStU, MfS, AOP, Nr. 5469/89, Bd. 4, Bl. 114.

dersprochen.¹⁵ Doch die beginnenden Semesterferien gaben der neuen Universitätsparteileitung genug Zeit, sich zum entschiedenen Vorgehen gegen die Abweichler zu formieren. In der ZK-Abteilung Wissenschaften wurde der entsprechende Maßnahmeplan¹⁶ ausgearbeitet. Beginnend mit dem Ausräumen der »Ursachen für die mangelnde Führungstätigkeit« über die »Ausarbeitung einer detaillierten Konzeption zur Vorbereitung und Durchführung der Parteiwahlen« wurden die getreuen Exekutoren der Strategie des Apparates wieder in Stellung gebracht. Immer wieder kommt der Plan auf die »Zerschlagung der anarchistischen und kleinbürgerlichen ›Theorien‹ Havemanns«, die »Ausschaltung Havemanns aus der Leitung«, das Erzwingen eines »Klärungsprozess[es] über die Schädlichkeit der Havemannschen Vorlesungen« usw. zurück. Besonderer Schwerpunkt ist die Durchführung »kaderpolitischer Veränderung« an der Fakultät und dem Institut Havemanns. Was in diesem Plan noch widersprüchlich erscheint und zwischen der »Eliminierung des Einflusses Havemanns« und Verhandlungsoptionen schwankt, erhält in anderen Entwürfen eine klare Zielsetzung. Im Papier der Abteilung Wissenschaften des ZK heißt es zum »Komplex Professor Havemann«:

Aussprache mit dem Rektor, um zu erreichen, daß der Senat eine Erklärung abgibt, die es Prof. Havemann empfiehlt, entweder seine Vorlesungen entsprechend den Kritiken der Parteiführung auf eine marxistisch-leninistische Basis zu stellen oder aber die Vorlesungstätigkeit in diesem Fach einzustellen.¹⁷

In einem Gespräch mit Kurt Hager wurde Havemann diese Option offenbar auch persönlich nahegelegt, worüber er telefonisch seinem Freund Werner Tzschoppe berichtete:

Am 6.3.1964 gegen 12.15 Uhr führte Herr H[avemann]. mit einem Werner folgende Unterhaltung. [...] Herr H. erzählt, daß eine interessante Sache folgende war, die ›H[ager]‹ da mitteilte. [...] Auf die Frage von Herr[n] H., ob sei-

¹⁵ Um hier *pars pro toto* nur eine Stimme über die Aufnahme der Vorlesungen zu zitieren: »Ich hatte seine hektographierten und heimlich zirkulierenden Vorlesungen, getragen vom tastenden Geist antidogmatischer Frische, mit Begeisterung gelesen«. Siehe Peters, Jan: Menschen und Möglichkeiten. Ein Historikerleben in der DDR und anderen Traumländern. Stuttgart 2011 (Pallas Athene 36), S. 319.

¹⁶ Abteilung Wissenschaften: Maßnahmeplan zur Veränderung der politisch-ideologischen Situation an der Humboldt-Universität, 24.2.1964; BArch D 30 IV A2/9.04/102.

¹⁷ Ebenda.

ne Vorlesung verboten ist, wollte ›er‹ nicht [be]antworten. ›Er‹ hat gesagt, daß Herr H. ihm den schwarzen Peter zuschieben will, damit Herr H. sagen kann ›er‹ hat sie verboten – oder die Partei hat sie verboten. Auch auf die Frage, wenn Herr H. sie trotzdem hält, er gegen die Disziplin der Partei verstößt, da würde keiner eine bejahende Antwort geben.¹⁸

Indes liefen im Hintergrund schon die Vorbereitungen zur Entfernung Havemanns, seine Ablösung aus wissenschaftsleitenden Gremien, als Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirates für Chemie und als Mitglied der Redaktion der weitverbreiteten Zeitschrift »Wissenschaft und Fortschritt«, aber auch die Einstellung ganzer Forschungsrichtungen, in denen Havemann nicht ohne Weiteres ersetzt werden konnte.¹⁹

Deutlicher als Kurt Hager das Havemann persönlich gegenüber ausdrückte und als in dem Maßnahmeplan der Abteilung Wissenschaften werden die Planungen in einem Papier der für Havemann zuständigen MfS-Hauptabteilung V/6/III festgehalten: Hier ist nicht mehr von Auseinandersetzungen und ideologischen Klärungen die Rede, sondern unmissverständlich vom Verbot der Vorlesungen und der Ablösung Havemanns als Leiter der Fachrichtung:

Am 18.2.1964 informierte der stellv. Staatssekretär des Staatssekretariats für Hoch- und Fachhochschulwesen, Gen. Tschersich, daß zur Klärung der Probleme an der Humboldt-Univ. seitens des Staatssekretärs folgende Aufgaben vorgesehen sind:

1. Aussprache mit dem Rektor durch Gen. Tschersich.

In dieser Aussprache soll ein Übereinkommen erzielt werden, daß sich der Rektor an die Fakultät wendet, damit dem Prof. Havemann offiziell als staatliche Maßnahme weitere Vorlesungen und Seminare über philosophische Probleme untersagt werden.

Der Rektor hat bereits in einer Aussprache mit Gen. Gießmann prinzipiell einem solchen Ansinnen zugestimmt.

2. Soll darauf hingearbeitet werden, daß die Fakultät sich von den politischen und ideologischen Auffassungen von Prof. Havemann offiziell distanziert. Dazu sollen Aussprachen mit Professoren und Wissenschaftlern vom SHF [Staatssekretariat für Hoch- und Fachhochschulwesen] und der Abtlg. Wissenschaft des ZK erfolgen. Auf der Grundlage des Referats des Gen. Hager soll[en] an Hand konkreter Fakten die schädlichen und feindlichen Auffassungen Havemanns aufgezeigt werden und eine Auseinandersetzung im Fakultätsrat erfolgen. Danach ist vorgesehen, die Ablösung von Havemann als Fachrichtungsleiter zur Diskussion zu stellen. Vorher muß aber geklärt

¹⁸ Informationsbericht für HA III/6 Gen. Hoffmann, 6.3.1964; BStU, MfS, AOP, Nr. 5469/89, Bd. 27, Bl. 571.

¹⁹ Vgl. Abt. Wissenschaften: Maßnahmeplan.

werden, wer bereit ist, die Funktion zu übernehmen. In Frage kommen nur solche Kader, die nicht zu stark mit Havemann liiert sind.²⁰

Federführend bei diesem Vorgehen war die SED, das MfS blieb aber ständig unterrichtet, was am Ende des Dokuments mit aller Deutlichkeit festgehalten wird:

Über alle Aussprachen im Zusammenhang mit Havemann werden Berichte angefertigt, die bei Gen. Eißrich zusammenlaufen, um eine einheitliche Leitung zur Lösung der Aufgaben zu garantieren. Mit Gen. Tschersich wurde vereinbart, daß uns ein Durchschlag zur Verfügung gestellt wird.²¹

Nebeneffekt der auf dem Plenum vorgebrachten und von Hager verstärkten Angriffe auf Havemann war die Aufmerksamkeit, die diese Auseinandersetzung nun in der internationalen Presse erhielt. »Die Welt« kommentierte das Plenum am 14. Februar, am 21. des Monats folgte »Die Zeit«, am 23. Februar hatten sich die Nachrichten bis nach Amerika verbreitet.²² Nachdem der Versuch, Havemann in der Parteiorganisation seines Instituts zu isolieren an der heftigen Abwehr der »Genossen Chemiker« gescheitert war, ging erneut eine Welle von Meldungen und Kommentaren durch die nun hellhörig gewordene Presse, die sowohl über die Beendigung der Vorlesungen als auch die Unterstützung für Havemann berichtete. Allerdings missdeuteten auch einige Kommentatoren das reguläre Ende der Vorlesungsreihe am Semesterende als politisch erzwungenen Abbruch.²³

Gleichwohl agiert Havemann vorsichtiger: Die Verteilung der Vorlesungsabschriften lässt er weniger freizügig organisieren,²⁴ bereits angekündigte Vorträge beim Kulturbund sagt er auf Anraten Hagers wieder ab.²⁵

²⁰ Hptm. Schulz: Bericht, 19.2.1964; BStU, MfS AOP, Nr. 5469/89, Bd. 3, Bl. 178.

²¹ Ebenda, Bl. 180.

²² Vgl. Zielinski, Hans: Die SED vergißt, daß Stalin tot ist. Professor Havemann wird vor erstaunten Teilnehmern der ZK-Tagung heftig kritisiert. In: Die Welt v. 14.2.1964; Stehle, Hansjakob: Der Fall des Professors Havemann. »Faule Eier« im Nest der SED. In: Die Zeit v. 21.2.1964; Lecturers attack base of Marxism. East German professor's views rouse politbureau. In: The New York Times v. 23.2.1964.

²³ Vgl. Voigt, Klaus: Revisionismus in der SED. In: Vorwärts v. 4.3.1964; Professor in East Berlin wins dispute with party. In: The New York Times v. 4.3.1964; Terry, Anthony: Intellectual revolt is threat to Ulbricht. In: The Washington Post v. 8.3.1964.

²⁴ Vgl. Informationsbericht für HA III/6 Gen. Hoffmann, 3.3.1964; BStU, MfS, AOP, Nr. 5469/89, Bd. 27, Bl. 595 f.

²⁵ Vgl. ebenda, 26.2.1964, Bl. 617.

Als sich bei ihm am 6. März Karl-Heinz Neß einfindet,²⁶ sich als interessierter Zuhörer seiner Vorlesungen aus der Bundesrepublik vorstellt und einige Fragen stellt, wusste Havemann weder, dass Neß zum Kreis um Manfred Hertwig²⁷ zählte, noch dass er nebenberuflich als Journalist arbeitete. Neß hatte bereits am 21. Februar über die Vorlesungen in der »Zeit« geschrieben.²⁸ Havemann sprach offenherzig auch über manchen Unsinn, der im Westen aus Unkenntnis verbreitet wurde, stellte richtig, dass seine Vorlesungen keineswegs verboten, er weder abgesetzt noch verhaftet sei. Die Frage von Neß, ob er diese Informationen verwenden dürfe, wird Havemann wohl kaum verneint haben, immerhin galt es, so meinte er, damit Falschmeldungen über die Politik seines Landes und seiner Partei richtigzustellen.

Doch das vermeintliche Interview, das Karl-Heinz Neß aus seinen Gesprächsnotizen unautorisiert verfasste und am 11. März 1964 im »Hamburger Echo am Abend« veröffentlichte, liefert der SED den wohlfeilen Vorwand, disziplinarisch gegen Havemann vorzugehen – sowohl auf Universitäts- wie auf Parteiebene. Dankbar griff das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen die Affäre auf, um die Pläne umzusetzen, für die ihm die Begründung durch die Finger zu rinnen drohte. Die Eilfertigkeit war so groß, dass Havemann zuerst arbeitsrechtswidrig fristlos gekündigt wurde, um anschließend – auf **seinen** Einspruch und **seine** Forderung hin – ein Disziplinarverfahren gegen ihn zu eröffnen und ihm zu erläutern, dass das vorherige Schreiben natürlich nicht als fristlose Entlassung, sondern bis zum Abschluss des Disziplinarverfahrens nur »als Entbindung von Ihren Dienstverpflichtungen [...] aufzufassen sei«.²⁹ Dennoch lieferte die Veröffentlichung vielen, die bis dahin den ideologischen Attacken gegen Havemann noch nicht recht zu folgen vermochten, gleichermaßen die argumentative Krücke und Absolution für einen Frontwechsel: »Nach Einschätzung des GI [Geheimen Informators] ist Pietsch auf jeden auftauchenden West-

²⁶ Vgl. Hptm. Scherwinski (BV Rostock, Abt. XX): Sachstandsbericht zum Teilvorgang 3 des ZOV »Leitz«, 26.4.1965; BStU, MfS, AP, Nr. 13734/85, Bl. 76.

²⁷ Manfred Hertwig wurde 1957 vom Obersten Gericht im Prozess gegen Wolfgang Harich zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach seiner Entlassung 1959 arbeitete er als Studienleiter der der SPD nahestehenden Vereinigung für politische Bildung »Neue Gesellschaft« in Hamburg. Mit Hertwig publizierte Neß gemeinsam: Hertwig, Manfred; Neß, Karl-Heinz: Diskussion und Dialektik. München 1965 (List-Taschenbücher 281).

²⁸ Vgl. K.H.N.: Ein Revisionist in Ostberlin? Bei Professor Havemann in der Vorlesung – Eindrücke eines Hörers. In: Die Zeit v. 21.2.1964.

²⁹ Staatssekretär Ernst-Joachim Gießmann an Robert Havemann, 13.3.1964; BStU, MfS, HA IX, Nr. 24645, Bl. 150.

korrespondenten wütend, weil diese Havemann nach Meinung Pietschs reingelegt haben.«³⁰

In den vielen ausführlichen Berichten, die die ZAIG 1964 an Mitglieder des Politbüros in der Causa Havemann schreibt, bleiben diese Hintergründe indes unbeleuchtet.³¹ Soweit es sich dabei um die Umsetzung von Anordnungen der SED handelte, mag das nachvollziehbar sein, doch über die präzisen Erkenntnisse des MfS darüber, dass Havemann für das inkriminierte Interview tatsächlich nicht verantwortlich gemacht werden konnte, hüllte sich die ZAIG ebenfalls in Schweigen. Die Annahme, sie hätte ihre Vorgesetzten mit den Einzelinformationen über die Sachlage hinter den Maßnahmen so informiert, dass zumindest die Spitzenverantwortlichen über die Triftigkeit der Argumente im Bilde waren, erscheint irrig.

Havemann hatte noch am 11. März – seinem Geburtstag – ein Gespräch mit dem Nachrichten-Korrespondenten J., dem er ebenfalls bestätigte, dass weder seine Vorlesungen verboten, noch dass er entlassen worden sei. Im Gegenteil, er habe noch am folgenden Tage einen Termin beim Staatssekretär für das Hoch- und Fachschulwesen. Der Korrespondent, der sich im Besitz eines exklusiven Dementis wähnte, telefonierte am Nachmittag des 13. März darauf mit Havemann:

Herr J. wollte nur sagen, daß er noch nichts gebracht hat und daß es sich überschritten hatte an dem gleichen Mittwoch war auch im Hamburger Echo – Herr H. unterbrach Herrn J und sagte, daß er keine Ahnung hat, wie das möglich war. Herr J. sagte, daß das im Hamburger Echo erscheinen war. Das war dann am Nachmittag durch DPA Westdeutschen Zeitungen zugeschrieben worden. Daraufhin hat Herr J. beim Echo angefragt und hat sich mit dem Nest o.ä. verbinden lassen und er hat behauptet – er konnte es sich gar nicht denken, so zu bringen. Herr H. sagte darauf, daß es auch nicht im geringsten war. Herr J. sagte darauf, daß er dem gesagt hat, daß er nachmittag mit dem Professor gesprochen hat und er ihm gesagt hat, daß er es nicht für glücklich hält. Herr H. sagte, daß er keinerlei Genehmigung hatte, er habe lediglich eine private Unterhaltung gehabt und war keinerlei die Rede davon, was ihn in großer Schwierigkeit gebracht hat. Herr J. betonte, daß er es gerade erfahren hat. Desweiteren erzählt Herr J. als er am Mittwoch zurückkam, fand er die Meldung vor, daß DPA verbreitete, das Hamburger Echo habe ein Exklusiv-Interview. Herr J. konnte sich das aber nicht denken, weil sie ja gerade vorher miteinander gesprochen hatten. Herr J. brachte dann zum Ausdruck, daß Herr H. Herrn J. darüber nichts erzählt hat. Herr H. antwortete darauf, daß er auch nichts wußte. Herr J. sagte, daß er sich es auch nicht denken konnte, wie Herr H. es gebracht haben soll, "Frage – Antwort", "Frage Antwort." Herr J. hat dann dort angerufen und hat den Chefredakteur Dr. Henrich verlangt und der hat seinen Mitarbeiter Herrn Nest verständigt. Herr J. sagte, daß der gesagt hat, daß es alles so wäre, es in Ordnung sei, es wäre so abgesprochen gewesen.

³⁰ Major Dr. Hofmann (HA VIII/6/S): Bericht [über ein Treffen mit GI »Peter«], 17.3.1964; BStU, MfS, AOP, Nr. 5469/89, Bd. 4, Bl. 124.

³¹ Vgl. Florath, Bernd (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1964. Die geheimen Berichte an die SED-Führung. Göttingen 2017 (in Vorb.).

Herr H. machte den Einwurf, daß es unglaublich ist. Herr J. konnte es sich auch nicht denken und er wußte nicht, wann er wieder mal Gelegenheit hat, den Professor zu sprechen, dann wird er sich erkundigen.

Herr H. erzählt dann, daß es dadurch für ihn außerordentlich schwierig ist, denn er hat nicht im geringsten gegahnt, daß solche Sache daraus gemacht wird.

Herr J. betonte dann noch, daß er mit denen vorgestern Abend noch ausführlich darüber gesprochen hat. E hat auch gesagt,

- 2 -

- 2 -

BStU

000503

daß das nicht stimme, daß am 7 Februar die Vorlesung abge-
sagt wäre, im Gegenteil, er war am 7. Februar gewesen und
danach waren Semesterferien und so wäre der richtige Sach-
verhalt.

Herr H. betonte nochmals, daß er sehr davon betroffen wurde.
Herr J. erklärte, daß er deswegen rübergekommen ist, weil
er feststellen wollte, daß es nicht an Herrn J. lag.

Herr H. sagte, daß er es weiß.

Herr J. wollte dann von Herrn H. noch wissen, ob er annahm,
daß es von Herrn J. sei, was Herr H. aber wiederum verneinte.

Herr J. ist der Meinung, daß er sich ganz korrekt an die
Geflogenheiten, des nur mit den Interviewten abzusprechen.
E ist der Meinung, daß jetzt aber das Kind im Brunnen ge-
fallen ist.

Herr H. betonte, daß er sich bemüht, die ganze Sache klar-
zustellen, aber ob es ihm gelingt, daß weiß er nicht.

Herr J. sagte, wenn er etwas dazu beitragen kann, dann würde
es es gern tun.

Herr H. sagte, daß Herr Nest als Pressevertreter gar nicht
erschienen ist, worauf Herr J. sagte, daß er es herausbe-
kommen hat. Der Nest hat zu Herrn J. gesagt, er ist Jurist
und Publizist und als Jurist wisse er genau, was geschrie-
ben habe.

Herr J. erzählte, daß er überrascht war, daß er kein Inter-
view bekam, worauf Herr den Einwurf machte, daß er es ja
abgelehnt hat. Herr J. war deswegen sehr erstaunt, daß er
es dann drüben vorfand. Herr H. sagte, daß es ja so ist.

Informationsbericht für HA III/6 Gen. Hoffmann, 13.3.1964; BStU, MfS, AOP, Nr. 5469/89, Bd. 27, Bl. 502 f. Der Bericht ist vom vorgangsführenden MfS-Offizier gründlich gelesen und mit zahlreichen Anstreichungen versehen worden. Mit dem phonetisch wiedergegebenen »Nest« ist aller Wahrscheinlichkeit nach Karl-Heinz Neß gemeint.

Einem anderen IM-Bericht wäre freilich auch zu entnehmen, dass Havemann mit der Verfahrensweise von Neß vollkommen einverstanden gewesen sei:

Ferner hat der IM bei dem Hinweis, er wüschte nicht, sich eines Tages gedruckt in der Westpresse wiederzufinden, auf das Interview Ness' mit Havemann verwiesen. Dazu erklärte N. noch, daß er nicht die Absicht hatte,

über das Gespräch ein Interview zu veröffentlichen. Havemann aber hat sich bei ihm darüber beklagt, daß er vom Westen so hängen gelassen werde und sich nicht einmal Reporter von drüben bei ihm einfinden, zumal man drüben Gerüchte verbreitet hat, wonach er (H.) bereits verhaftet war. Aus diesem Grunde hat Havemann die Frage des N., ob er von diesem Gespräch Gebrauch machen könnte, ausdrücklich bejaht und das als seinen Wunsch ausgegeben.³²

Doch diese Version, die im Grunde allen repressiven Maßnahmen – vom Parteiausschluss bis zur fristlosen Entlassung als Ordinarius durch die Universität – als Begründung diente, ist als schlüssig mit dieser Quelle gerade nicht zu belegen. Nicht, dass die Quelle lüge. Doch der durch sie vermittelte Anschein, Havemanns Intention adäquat wiederzugeben, ist nur jenseits des dargestellten Kontextes aufrechtzuerhalten. Der Stasi-Führungsoffizier Kurt Zeiseweis, dem jede andere Erklärung des Interviews bloße Apologetik zu sein schien, nahm zwar die Wiedergabe eines Gespräches durch seinen IM durchaus in dieser Färbung auf, Zeiseweis blieb in seiner Wiedergabe aber immerhin präzise genug, nicht zu unterstellen, Havemann habe zu Bernhard Steinberger gesagt, Neß könne sein Gespräch mit Havemann als Interview veröffentlichen: Er könne »von diesem Gespräch Gebrauch machen«, um – dies ergibt sich aus dem Kontext – den ohne Rücksprache mit ihm in westlichen Medien kolportierten mannigfaltigen Gerüchten entgegenzutreten. Diese Richtigstellung Havemanns war denn auch der Kern des vermeintlichen Interviews, das Neß veröffentlichte. Inhaltlich hat Havemann nie bestritten, dass seine Sicht darin korrekt wiedergegeben wurde. Die Darstellung der Äußerungen Havemanns blieb auch in ihrer Diktion so nahe an Havemanns Art sich auszudrücken, dass ihm zutreffend vorgehalten werden konnte, man höre ihn geradezu aus den Zeitungszeilen reden. Dennoch bedarf das Dokument quellenkritischer Analyse, damit es auch einer fachfernen Leserschaft keine kontrafaktischen Aussagen suggeriert. Dokumente sprechen nicht für sich selbst, wie mitunter in laienhafter Naivität unterstellt wird.

Karl-Heinz Neß wird in IM-Berichten charakterisiert als der Sozialdemokratie nahestehender Journalist, der Positionen der Zeitschrift »Dritter Weg« teile. Er versuchte andere nach 1956 in politischen Verfahren verurteilte DDR-Intellektuelle zu kontaktieren, was ihm unter der Obhut des MfS zumindest bei einem gelang. Als Journalist sähe er sich indes in der Verpflichtung, sich auch zu Themen zu äußern, die er eigentlich lieber der

³² Kurt Zeiseweis: Treffbericht [mit GI »Fritz«], 12.11.1964; BStU, MfS, AIM, Nr. 1172/65, Bd. 2, Bl. 46.

Bildzeitung überließe. Umgekehrt sei er durch seine Tätigkeit auch skeptisch gegenüber publizierten Informationen, man dürfe »ihm glauben, daß er sich [ein] Urteil nicht auf Grund von Pressemitteilungen machen würde. Schließlich sei er vom Fach und er wisse, wie solche Mitteilungen zustande kämen und er gerade auch als Journalist ist gewohnt, sich sein Urteil selbst zu bilden.«³³ Eigentümlich ist die Bereitschaft von Neß, einem Künstler, der sich ihm mit der Absicht anvertraut hatte, bei einem Gastspiel im Westen nicht mehr in die DDR zurückzukehren, nicht nur dieses Vorhaben auszureden, sondern – wenn auch ohne Nennung des Namens und der konkreten Absicht – dem Parteisekretär des Ensembles Hinweise darauf zu geben: »Das 2 Mal habe er [Neß] präziser gefragte, nämlich, ob man sich z. B. dieses Mitglieds des Ensembles sicher wäre [dass er zurückkehre]. Aber natürlich[,] sei auch hier wieder erwidert [worden,] und dann meinte Neß, weiter könne er ja auch nichts mehr machen.«³⁴ Sowohl innerhalb der SPD als auch im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) war Neß umstritten, besonders sein vorgebliches Havemann-Interview stieß auf Ablehnung unter Sozialdemokraten. GI »Hein Fink« gab die Mitteilung des SDS-Vorsitzenden Helmut Schauer weiter, dass es zwischen Neß und einem dem SDS angehörenden Journalisten »Mitte 1964 fast zum Prozess gekommen [wäre], weil [Name] N. in der Sache mit dem Havemann-Interview schmutziger Methoden bezichtigt hatte«.³⁵

Keine dieser Erkenntnisse ließ das MfS an seine Auftraggeber durchsickern. Die Ersetzung der Wirklichkeit durch die Legende war Handlungsmaxime nach außen, der Eigensinn der »operativen Arbeit« blieb geschützt in der inneren Konspiration, die ihren Zweck dann erfüllte, wenn die Legende bei den Auftraggebern keine zweifelnden Nachfragen mehr hervorrief.

³³ [Ultn. Trölsch]: Bericht, 21.5.1965; ebenda, Bl. 99.

³⁴ Ebenda, Bl. 97.

³⁵ Hptm. Scherwinski (BV Rostock, Abt. XX): Sachstandsbericht zum Teilvorgang 3 des ZOV »Leitz«, 26.4.1965; BStU, MfS, AP, Nr. 13734/85, Bl. 77.

Quellen, Zeitzeugen und Historiker. Verschiedene Sichtweisen auf die SIRA-Datenbank der MfS-Auslandsspionage (HV A) Eine Projektskizze

1. Die Diskussion um den Quellenwert der MfS-Akten

Die erste Veröffentlichung Roger Engelmanns als Mitarbeiter der Stasi-Unterlagen-Behörde befasste sich 1994 mit Quellenwert und Wahrheitsgehalt der überlieferten MfS-Unterlagen. In den überhitzten öffentlichen Debatten der Neunzigerjahre galten manchen die MfS-Akten als letztgültige Wahrheit, andere bezweifelten prinzipiell deren Zuverlässigkeit.¹ Der Bundesgerichtshof formulierte bereits 1992 einen Leitsatz, der den Quellenwert der MfS-Akten pauschal infrage zu stellen schien. Informationen aus MfS-Akten bedürften »strenger und besonders kritischer Überprüfung, weil Aufgabenstellung und Arbeitsweise des MfS den Erfordernissen rechtsstaatlicher Sachverhaltsaufklärung in keiner Weise entsprochen haben.«² Diejenigen, denen die MfS-Akten unbequem waren, führten noch über viele Jahre diesen Leitsatz an, um den Aussagewert dieser Überlieferung generell zu bestreiten. Dabei basiert dieser Leitsatz auf einer irrigen Grundannahme. Denn der Quellenwert einer Akte bemisst sich nicht am rechtsstaatlichen Verhalten ihres Urhebers. Roger Engelmann hat schon 1994 besonnen und klar alles Nötige dazu ausgeführt. Er erinnerte mit Bezug auf den nationalsozialistischen Terror daran, »dass Überlieferungen von Repressionsorganen gerade für die Erforschung von Diktaturen [...] von herausragender Bedeutung sind.«³ Und im Hinblick auf die MfS-Überlieferung führte er aus:

¹ Engelmann, Roger: Zu Struktur, Charakter und Bedeutung der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit (BF informiert 3/1994). Berlin 1994. Zu den damaligen Kontroversen ebenda, S. 4.

² BGH, 3. Strafsenat, Beschluss vom 5.5.1992, Az. 2 BJs 15/92-5 – StB 9/92, zit. in: Neue Juristische Wochenschrift 45 (1992) 31, S. 1975 f. Im konkreten Fall hob der BGH mit seiner damaligen Entscheidung einen Haftbefehl wegen dringenden Tatverdachts auf, den der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs auf der Grundlage von MfS-Akten gegen eine frühere westdeutsche Terroristin erlassen hatte.

³ Engelmann: Zu Struktur, Charakter und Bedeutung (Anm. 1), S. 5.

»Die Unterlagen des MfS bilden Wirklichkeit in einer spezifischen Weise ab, die sich aus seiner Zweckbestimmung ergibt.«⁴

Diese Klarstellung war Mitte der Neunzigerjahre offenkundig nötig, obwohl sie doch nur eine selbstverständliche Grundlage quellenkritischen Arbeitens wiedergibt: Quellen sind aus ihrer Entstehungs- und Überlieferungsgeschichte heraus zu interpretieren. Roger Engelmann konstatierte schon damals, »dass es sich bei den MfS-Unterlagen um insgesamt zuverlässige Quellen handelt«, verband diese Feststellung aber mit der Aufforderung, die Akten wie üblich quellenkritisch zu interpretieren und »unter Hinzuziehung etwaiger Gegenüberlieferung anderer Provenienz (eventuell auch im Abgleich mit Aussagen von Zeitzeugen) zu überprüfen«.⁵ Es ist wohl kein Zufall, dass im zuletzt zitierten Satz die Zeitzeugen nur in Klammern und mit dem Adverb »eventuell« eingeführt werden. Darin drückt sich die verbreitete Skepsis der Historiker gegenüber den Zeitzeugen aus – eine Skepsis, die fraglos in beide Richtungen anzutreffen ist.

2. Die SIRA-Datenbank als wichtige Quelle zur DDR-Auslandsspionage

Dieser kurze Rückblick auf frühere quellenkritische Debatten ist an dieser Stelle geboten, um den Platz des nachfolgend zu beschreibenden Projektes zu verorten. Es geht um ein Projekt, das einen quellenkritischen Ansatz verfolgt und das archivalische Überlieferung, Zeitzeugen und Forscher zusammenbringt. Es setzt aber im Sinne Roger Engelmanns voraus, dass MfS-Unterlagen einfach wie jede andere archivalische Überlieferung zu behandeln sind, nämlich mit den üblichen quellenkritischen Methoden. Es geht also nicht mehr um die ohnehin absurde Frage, ob die Akten lügen, sondern es geht darum, eine vorhandene Archivüberlieferung daraufhin zu prüfen, wie weit ihre Aussagekraft reicht und welche Art vergangener Wirklichkeit sie abbildet, wenn man diese kontrastiert mit den Erinnerungen und der Perspektive eines Zeitzeugen.

Die archivalische Überlieferung bzw. historische Quelle, um die es nachfolgend gehen soll, ist die elektronische Datenbank SIRA der MfS-Auslandsspionageabteilung HV A (Hauptverwaltung A). SIRA steht als Abkürzung für »System der Informationsrecherche der HV A«. Die HV A hatte diese Datenbank Anfang der Siebzigerjahre in Betrieb genommen und über die Jahre hinweg ausgebaut. Sie speicherte darin in fünf sogenannten

⁴ Ebenda, S. 7.

⁵ Ebenda, S. 12.

Teildatenbanken (TDB) nach einem bestimmten System die bei ihr eingegangenen Informationen sowie einige wenige Daten über ihre inoffiziellen Mitarbeiter (IM). Insbesondere registrierte sie die Titel der Berichte oder Dokumente, die ihre Agenten beschafften, vergab Schlagworte für die spätere Recherche und hielt Angaben zu Art und Umfang der jeweiligen Information fest. Die meisten Informationen erhielten eine Note (»Einschätzung«), sodass man erkennen kann, was die HV A für besonders wertvoll erachtete. Häufig verzeichnet die Datenbank auch den Ursprung der Information, gibt also Hinweise auf den Informanten⁶, den die HV A häufig als »Quelle« bezeichnete. Mehrheitlich handelte es sich bei den Informanten um IM aus der Bundesrepublik, die heute in der Literatur vereinfachend als »West-IM« beschrieben werden, die sich zum Teil selbst zu »Kundschaftern des Friedens« stilisieren und mitunter einfach als Spione oder Agenten bezeichnet werden. Zu den »Quellen« der HV A, die sich in der SIRA-Datenbank wiederfinden, zählten aber auch die Funküberwachung, also das Telefonabhören im Westen, sowie die Informationsberichte der verbündeten Geheimdienste. Insgesamt sind in der SIRA-Datenbank rund 450 000 Spionageinformationen (»Eingangsinformationen«) nachgewiesen, die die HV A zwischen 1969 und 1989 von den verschiedensten Quellen erlangte; darüber hinaus enthält die Datenbank weitere Datensätze, die an dieser Stelle nicht weiter betrachtet werden. Offensichtlich unrichtige oder allzu unwichtige Berichte verzeichnete die HV A zumeist nicht.⁷

Der BStU-Archivar Stephan Konopatzky machte die SIRA-Datenbank Ende der Neunzigerjahre wieder lesbar und gab zugleich der Forschung grundlegende Informationen über den Aufbau der Datenbank und ihre inneren Zusammenhänge an die Hand. Er hat damit die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die SIRA-Datenbank als elektronische archivalische

⁶ Der Begriff »Informant« wird in diesem Aufsatz neutral verwendet. Er bezeichnet Menschen, von denen die HV A auf unterschiedlichen Wegen Informationen erlangte. Das konnten bewusst tätige IM sein, aber auch unwissentlich ausgehorchte (»abgeschöpfte«) Personen.

⁷ SIRA wurde zwar erst Anfang der Siebzigerjahre in Betrieb genommen, die HV A speicherte nachträglich aber Informationen ab Entstehungsjahr 1969 ein, in einzelnen Fällen auch aus früheren Jahren. Das Benotungssystem umfasste die Stufen »I« (»sehr wertvoll«), »II« (»wertvoll«), »III« (»mittlerer Wert« – diese Note wurde am häufigsten vergeben), »IV« (»geringer Wert«), »V« (»ohne Wert«). Zu den weiteren Datensätzen, die zusätzlich zu den rund 450 000 Einzelinformationen noch in der SIRA-Datenbank enthalten sind, gehören beispielsweise rund 23 000 Ausgangsinformationen in der Teildatenbank 12 oder rund 77 000 Personendaten in der Teildatenbank 14.

Überlieferung von der Zeitgeschichtsforschung genutzt werden kann. Die SIRA-Datenbank hat die Kenntnisse über die Arbeit der HV A und somit der DDR-Auslandsspionage bedeutend erweitert.⁸ Denn 1989/90 vernichtete die HV A fast alle ihre Unterlagen, sodass es über die Arbeit der HV A kaum noch Akten gibt. Auch die SIRA-Datenbank fiel der damaligen Aktenvernichtung anheim. Aus bislang nicht geklärten Gründen blieben aber Datenträger erhalten, auf denen die HV A im Rahmen von Konvertierungen Echtdaten gespeichert hatte. Ebendiese Datenträger machte Stephan Konopatzky wieder nutzbar. Die SIRA-Daten bilden vor dem Hintergrund der großflächigen HVA-Aktenvernichtung die kompakteste und aussagekräftigste Archivüberlieferung zur HV A und kompensieren einige der 1989/90 entstandenen Lücken.

Für die SIRA-Datenbank gilt im Konkreten, was Roger Engelmann für das MfS im Allgemeinen formuliert hat: Sie bildet eine Wirklichkeit ab, die sich aus ihrer Zweckbestimmung ergibt. Die SIRA-Datenbank widerspiegelt insbesondere die Arbeitslogik derjenigen HVA-Abteilungen, die das nachrichtendienstliche Informationsaufkommen aufbereiteten und analysierten und die zu diesem Zweck die SIRA-Datenbank betrieben. (In der HV A wurden diese Abteilungen »IADE« genannt – »Informationsauswertende Dienstleistungen«.) Neben der Zweckbestimmung gab es auch eine technisch bedingte Beschränkung: Speicherplatz war für die elektronische Datenverarbeitung der Siebziger- und Achtzigerjahre ein knappes Gut, die Datenbankeinträge mussten deshalb (speicher-)platzsparend erfolgen. Immerhin: Diese Beschränkungen sind erkennbar und benennbar, sodass sich gleichermaßen die Möglichkeiten und die Grenzen dieser elektronischen Archivüberlieferung für die heutige Zeitgeschichtsforschung einschätzen lassen.

Zwei wichtige Möglichkeiten der SIRA-Datenbank seien nachfolgend genannt: Die SIRA-Datenbank lässt Recherchen darüber zu, über welche Institutionen, Sachverhalte, Themen und (mit deutlichen Einschränkungen)

⁸ Siehe insbesondere Konopatzky, Stephan: Möglichkeiten und Grenzen der SIRA-Datenbanken. In: Herbstritt, Georg; Müller-Enbergs, Helmut: Das Gesicht dem Westen zu ... DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland. Bremen 2003, S. 112–132; Ders.: Die Datenbanken der Spionageabteilung der DDR-Staatssicherheit als archivalische Überlieferung bei der Bundesbeauftragten für Stasi-Unterlagen (FH Potsdam, Diplomarbeit). Potsdam 2007. Eine überarbeitete Fassung der Diplomarbeit von Konopatzky wird derzeit (2016) als Internetdokumentation des BStU vorbereitet. Ders.: SIRA – System der Informationsrecherche der HV A. In: http://www.bstu.bund.de/DE/Wissen/Aktenfunde/HVA-Sira/hva-sira_node.html (abgerufen am 11.5.2016). Ferner Herbstritt, Georg: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Göttingen 2007, S. 54–64.

gen) Personen die HV A Informationen beschaffte. Man kann somit erkennen, welche – mehrheitlich bundesdeutschen – Ziele von der HV A mit welchem Erfolg ausspioniert wurden. Eine andere Möglichkeit besteht darin, die Bedeutung des einzelnen Informanten für die Informationsbeschaffung der HV A zu rekonstruieren. Denn da die Datenbank bei den meisten Informationseingängen auch die Registriernummer und/oder den Decknamen der Informationsquelle angibt, lassen sich die Informationslieferungen jeder einzelnen Informationsquelle anzeigen. Decknamen und Registriernummern können mithilfe der »Rosenholz«-Daten häufig dem bürgerlichen Namen des Informanten und somit seiner realen Identität zugeordnet werden.⁹

3. Quelle, Zeitzeuge und Historiker finden zusammen: Eine Projekt-skizze und erste Zwischenergebnisse

Was bis hierher technisch und funktional beschrieben wurde, hat aber auch eine menschliche Seite, denn es geht um das Handeln von Menschen. Wenn man nach den Umständen fragt, wie (vertrauliche) Informationen und (geheime) Dokumente heimlich von West nach Ost gelangten, liegt es im Grunde genommen nahe, auch diejenigen zu fragen, die an diesem klandestinen Transfer konkret beteiligt waren, also die Informanten.

In den Neunzigerjahren ist das in gewisser Weise schon in größerem Umfang geschehen, nämlich im Rahmen der Strafprozesse gegen die West-IM des MfS. Nachdem die bundesdeutschen Ermittlungsbehörden Zugang zu den MfS-Unterlagen hatten, leiteten sie rund 3 000 Ermittlungsverfahren gegen frühere Bundesbürger wegen des Verdachts der Spionage zugunsten der DDR ein. Es kam zu zahlreichen Vernehmungen, zu rund 500 Anklageerhebungen und zu rund 400 Verurteilungen.¹⁰ Diese juristische Aufarbeitung erbrachte durchaus einen Erkenntniszugewinn für die zeithistorische Forschung. Doch es liegt auf der Hand, dass ein Strafprozess konfrontativen Charakter hat: Jemand wird beschuldigt, vernommen, sucht sich zu verteidigen, antwortet taktisch.

Was nun vom Verfasser dieser Zeilen als ein kleines Projekt begonnen wurde, ist das Gespräch des Historikers mit einem früheren Informanten

⁹ Zu »Rosenholz« siehe Müller-Enbergs, Helmut: »Rosenholz«. Eine Quellenkritik (BF informiert 28). Berlin 2007. Mit »Rosenholz« werden die Personen- und Vorgangskartei sowie Statistikbögen der HV A bezeichnet.

¹⁰ Herbstritt: Bundesbürger (Anm. 8), S. 40–43. Etwas geringere Zahlen, da zu einem früheren Zeitpunkt erhoben in: Lampe, Joachim: Juristische Aufarbeitung der Westspionage des MfS. Eine vorläufige Bilanz. 3. Aufl., Berlin 1999, S. 9.

der HV A, welches als Dialog geführt wird. Der Dialog begann mit einem Telefongespräch am 24. Juni 2013 und ist noch nicht zu Ende. Grundlage des Dialogs ist das gemeinsame Interesse daran, etwas zu verstehen, zu lernen und zu neuen Erkenntnissen zu gelangen. Dabei sind die Erkenntnisinteressen nicht deckungsgleich:

Der Historiker will in einem ersten Schritt mehr über eine Archivüberlieferung, die SIRA-Datenbank, erfahren, um diese noch genauer verstehen und interpretieren zu können. Es geht ihm also um die Verifizierung einer archivalischen Quelle. In einem zweiten Schritt will er mehr über die dahinterstehenden Zusammenhänge wissen. Als Außenstehender will er in eine Materie eindringen, die er aus eigenem Erleben nicht kennt.

Der Zeitzeuge reflektiert kritisch seinen damaligen Lebensweg und fragt sich neben vielem anderen, welche Ausschnitte davon sich in der Archivüberlieferung niedergeschlagen haben. Die Begegnung mit dem Historiker und den archivalischen Quellen bietet ihm außerdem die Möglichkeit, die Rolle des Insiders auch zu verlassen. Als Sozialwissenschaftler versucht er, das Geschehene zu objektivieren und Strukturen und Abläufe der HV A – in die er zeitweilig eingebunden war – nachträglich besser zu verstehen und nachzuvollziehen. Insofern treffen unterschiedliche Formen der Erinnerung aufeinander.

Um welche konkrete Überlieferung geht es dabei? Ausweislich der SIRA-Teildatenbank 21 legte der MfS-Offizier Peter Richter, Mitarbeiter der HVA-Abteilung IV (Militärspionage), am 26. August 1974 den IM-Vorgang »Richard« an. Unter dem Datum vom 7. April 1977 verzeichnet die Teildatenbank 21, dass Theodor Schönfelder von der HVA-Abteilung II/2 (Spionage gegen die FDP sowie rechtsnationale Gruppierungen) den IM-Vorgang übernahm und ihn bis zum Ende der HV A weiterführte.¹¹

Die SIRA-Teildatenbank 12 weist insgesamt 196 Informationen (Berichte und Dokumente) aus, die die HV A von »Richard« bezog. Den ersten Informationseingang datiert die SIRA-Teildatenbank 12 auf den 15. November 1974. Folgt man dieser Überlieferung, so endete der Informationsfluss im November 1982. In der SIRA-Teildatenbank 12 erfasste die HV A Spionage-

¹¹ BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Reg.-Nr. XV/2273/74. Die SIRA-Teildatenbank 21 enthält einige Basisdaten zu jedem Vorgang, den die HV A zwischen 1960 und 1989 führte, also Daten über IM-Vorgänge, operative Personenkontrollen, Objekt- und Sicherungsvorgänge und einige andere Vorgangskategorien. Erfasst sind insbesondere Deckname, Registriernummer, zuständige HVA-Abteilung, zuständige Mitarbeiter (»Führungsoffiziere«) und Datumsangaben. Klarnamen von IM oder überwachten Personen finden sich hingegen nicht. Insgesamt sind in der SIRA-TDB 21 rund 63 000 Datensätze überliefert.

Informationen über außen- und innenpolitische, wirtschafts- und militärpolitische Aspekte der ausspionierten Länder, also Daten über die klassische politische Spionage.¹² In den Jahren 1974 bis 1976 registrierte die HV A zusammengenommen nur neun Informationseingänge von »Richard«, also sehr wenige. Zwischen 1977 und 1982 erfasste sie von »Richard« hingegen durchschnittlich etwa 30 Informationen jährlich. Seine Informationen handelten fast ausnahmslos von der FDP einschließlich ihrer Jugendorganisation, den Jungdemokraten.

Knapp zusammengefasst ergibt sich daraus folgendes Bild: Die HV A warb im Sommer 1974 den IM »Richard« an, bei dem es sich offenkundig um einen Westdeutschen handelte, der über gute Zugänge zur FDP, zu einigen ihrer führenden Politiker und einigen wichtigen Parteigremien verfügte. Nach reichlich zwei Jahren Anlaufzeit erhielt die HV A von »Richard« seit 1977 regelmäßig und in beachtlichem Umfang Informationen aus der Bundes-FDP. »Richard« erscheint in seiner aktiven Zeit als eine überdurchschnittlich wertvolle Informationsquelle der HV A. Denn es gab in den Siebziger- und Achtzigerjahren nicht allzu viele Informanten, die mehr Informationen aus dem politischen Spektrum an die HV A lieferten als »Richard«. Und die Auswerter der HV A schätzten seine Berichte und Dokumente häufig als überdurchschnittlich wertvoll ein.¹³ Ende 1982 fand die geheimdienstliche Zusammenarbeit ihr faktisches Ende. Doch die HV A schloss den Vorgang offenkundig nicht endgültig ab, denn die Akten wurden nicht ins (HVA-eigene) Archiv abgegeben.

¹² BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, Eingangsinformationen zur Reg.-Nr. XV/2273/74; ferner gehören zu dem Vorgang auch die Eingangsinformationen SE7404654, SE7721967, SE7906520, SE8005994, SE8021337, SE8100508, SE8103312, SE8103963, die aufgrund offenkundiger Tippfehler abweichende Registriernummern tragen. Die SIRA-Teildatenbanken 11 (Daten aus der Wirtschafts-, Technologie- und Industriespionage), 13 (Daten über »Regimeverhältnisse« im Westen) und 14 (Daten über gegnerische Geheimdienste) spielen an dieser Stelle keine Rolle, da sie kaum bzw. keine Informationen von »Richard« verzeichnen.

¹³ In der SIRA-Teildatenbank 12 finden sich etwa 120 Informationsquellen (zumeist West-IM) der HV A, die in den Siebziger- und Achtzigerjahren mehr Informationen lieferten als »Richard«, aber ein Vielfaches an Informationsquellen, die weniger Informationen lieferten. Die Berichte und Informationen von »Richard« bewertete die HV A in 80 Fällen als überdurchschnittlich wertvoll mit der Note 2, in 109 Fällen als »durchschnittlich wertvoll« mit der Note 3, in einem Fall mit der Note 5; in den übrigen sechs Fällen liegt keine Einschätzung vor.

Der in Bonn lebende Politologe Jürgen-Bernd Runge hat auf diese Archivüberlieferung einen ganz eigenen Blick. Denn sie bildet einen Ausschnitt dessen ab, was zu seinem Lebensweg gehört: Er war derjenige, den die HV A hier als IM »Richard« geführt hat. Jürgen-Bernd Runge stehen seine eigenen Erinnerungen, zahlreiche Aufzeichnungen und sein umfangreiches persönliches Archiv zur Verfügung und die Fähigkeit und das Interesse, kritisch zurückzublicken. Die stets subjektiv gefärbten Erinnerungen kann er anhand dieser Unterlagen prüfen und bis zu einem gewissen Grad objektivieren. Insgesamt erweisen sich die hier skizzierten SIRA-Daten für ihn – zu seiner eigenen Überraschung – als bemerkenswert genau: alle 196 registrierten Informationseingänge gehen tatsächlich auf seine Informationslieferungen zurück. Die Zuordnung der Informationen zum Informanten ist also richtig vorgenommen worden. Darüber hinaus sind 193 Datensätze auch inhaltlich völlig korrekt, nur drei enthalten kleinere Fehler. Doch zugleich tritt für ihn unmittelbar zutage, worüber diese Daten eben keine Auskunft geben. Sie sagen nichts über die Vorgeschichte aus, wie und weshalb er sich auf die HV A einließ. Hier wäre zu berichten, wie er sich seit Beginn seines Studiums in Westberlin 1965 politisch engagierte, zunächst im CDU-nahen »Ring Christlich-Demokratischer Studenten«, später in den linksorientierten Jungdemokraten; wie er sich für Chancengleichheit in der Bildungspolitik einsetzte, frühzeitig die Ostpolitik unterstützte, die unbewältigte NS-Vergangenheit und die Elitenkontinuität in der Bundesrepublik kritisierte und die weltweiten Ungerechtigkeiten der kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung wahrnahm. Als politisch denkender und handelnder Mensch erschien ihm vor diesem Hintergrund damals die praktische Unterstützung der DDR – wie es die HV A anbot – eine akzeptable und folgerichtige, zusätzliche Möglichkeit, sich politisch aktiv zu betätigen. Die SIRA-Daten berichten auch nichts davon, wie sich diese Verbindung gestaltete und sich im Laufe der Zeit veränderte und auch nichts über die Umstände, wie er den Kontakt zur HV A schließlich 1982/83 nach erheblichen inneren Spannungen und Zweifeln aus eigenem Entschluss heraus abbrach. Hierüber wird im Rahmen des hier skizzierten Projekts aber auch zu schreiben sein. Dass die SIRA-Daten darüber keine Auskunft geben, ist aus quellenkritischer Sicht in Ordnung, weil diese Fragen über die von der HV A definierte Zweckbestimmung der SIRA-Datenbank hinausgehen. Und dennoch tragen Antworten auf diese Fragen zum besseren Verständnis der Datenüberlieferung bei.

Schon der chronologische Ablauf der Ereignisse stellt sich für den Zeitzeugen sehr viel differenzierter dar, als es die Datenfragmente dokumentieren; diese teilen lediglich mit, dass im August 1974 eine förmliche IM-Akte

angelegt wurde. Doch bereits 1971 lernte Jürgen-Bernd Runge in der DDR seinen späteren Führungsoffizier Peter Richter («Pitt») kennen. Den Kontakt vermittelte Siegfried Bönisch, ein in Leipzig lehrender Philosoph und Verwandter von Runges damaliger Westberliner Freundin. Bönisch war bereits an die HV A angebunden.¹⁴ Er fungierte im späteren Verlauf zeitweise auch als einer der Instruktoren. Im Sommer 1973 machte die HV A Runge mit der Ostberliner Schriftstellerin Susanne Günther bekannt, die fortan ebenfalls als Instrukturin in die nachrichtendienstliche Verbindung einbezogen wurde.¹⁵ Richter gab sich zunächst als früherer Studienkollege Bönischs aus, offenbarte aber im Sommer 1973 bei einem Treffen in Ostberlin seinen nachrichtendienstlichen Hintergrund und nahm Runge die Bereitschaftserklärung ab, mit ihm zusammenzuarbeiten. Wenig später nahm Runge als Bundesgeschäftsführer der Jungdemokraten an den X. Weltfestspielen der Jugend und Studenten teil, die vom 28. Juli bis 5. August 1973 in Ostberlin stattfanden und erfüllte dabei erste nachrichtendienstliche Aufträge. Bei den regelmäßigen Treffen in den folgenden Jahren berichtete er über die Aktivitäten der Jungdemokraten im In- und Ausland, über die Arbeit der FDP-Bundesgeschäftsstelle in den Landtagswahlkämpfen 1974 in Hessen und Niedersachsen, über Friedensforschung oder über die Föderation der (west-)europäischen liberalen Parteien.

In den SIRA-Daten finden diese frühen Informationsübergaben überhaupt keinen Niederschlag. Die SIRA-Daten erweisen sich in dieser Hinsicht als unvollständig, was aus quellenkritischer Sicht nun aufhorchen lässt. Denn die SIRA-Datenbank dokumentiert ja in erster Linie Informationsübergaben. Die Auswerter bzw. Analysten der HV A hatten allerdings nicht den Anspruch, jede übergebene Information zu erfassen. Vielmehr konzentrierten sie sich auf solche Informationen, die ihnen aus verschiedenen Gründen als relevant erschienen. Somit kommt hier das Relevanzkriterium ins Spiel. Hielten die Führungsoffiziere oder die Auswerter die damaligen Informationen Runges für unbedeutend? Dieser Frage wird nachzugehen sein. Oder betrachteten die HVA-Offiziere die Jahre 1973 bis 1977 lediglich als Probephase, in der sie Jürgen-Bernd Runge zunächst testen wollten – unabhängig von der Relevanz der übergebenen Informationen? Das wäre nichts Außergewöhnliches gewesen, allenfalls der Zeitraum von vier Jahren ist eher lang. Oder misstrauten sie ihm womöglich? Dafür spricht ein unscheinbarer Eintrag in den SIRA-Datensätzen: Die Informationen, die die HV A in SIRA speicherte, schätzte sie nicht nur mit einer Schulnote ein,

¹⁴ BStU, MfS, Bestand »Rosenholz«, Reg.-Nr. XV/87/71.

¹⁵ BStU, MfS, Bestand »Rosenholz«, Reg.-Nr. XV/119/72.

sondern bewertete zugleich mit einem Buchstaben die Zuverlässigkeit des Informanten. Im Regelfall galten die Informanten der HVA als »zuverlässig« (Buchstabe »A«). Doch Jürgen-Bernd Runge wurde von der HVA 1974/75 überwiegend in die Stufe »C« eingeordnet, was »nicht überprüft« bedeutete, dann bis Anfang 1977 in die Stufe »B« (»vertrauenswürdig«) und erst danach in die Stufe »A«. Es wäre indes ein unbegründetes und einseitiges Misstrauen gewesen, denn Jürgen-Bernd Runge war zu dieser Zeit davon überzeugt, sich für eine politisch gute Sache zu engagieren.

Die SIRA-Daten dokumentieren für 1977 einen Wechsel des zuständigen Offiziers und der verantwortlichen HVA-Abteilung. Für Jürgen-Bernd Runge gibt es eine ganze Reihe schlüssiger Indizien, wonach der Wechsel des Führungsoffiziers und somit auch der zuständigen Abteilung bereits im ersten Halbjahr 1975 stattfand und nicht erst im April 1977. Geht man von dieser Indizienlage aus, dann stellt sich die noch zu klärende Frage, warum die damaligen Veränderungen erst mit zweijähriger Verspätung in den HVA-Registern eingetragen wurden.

In den SIRA-Daten ist grundsätzlich nicht erkennbar, in welcher Beziehung der aufgeführte Führungsoffizier zu dem IM stand. Rein formal weist die SIRA-Teildatenbank 21 ohnehin nur den Offizier aus, der den Aktenvorgang führte. Das musste nicht zwangsläufig der Offizier sein, der den maßgeblichen persönlichen Kontakt mit dem inoffiziellen Mitarbeiter unterhielt. Über die tatsächlichen Verhältnisse können, in Ermangelung anderer Unterlagen, daher nur die Zeitzeugen Auskunft geben. Wie Jürgen-Bernd Runge sich erinnert, pflegten Peter Richter und sein Vorgesetzter »Armin« untereinander einen kumpelhaften Umgangston. »Armin« erwies sich als hoch intelligent und geistig beweglich; Peter Richter erschien im Vergleich etwas blasser. Gleichwohl erschien es nicht abwegig, dass Peter Richter die Funktion des Führungsoffiziers innehatte. Nach der Übergabe an die HVA-Abteilung II zeichnete Theodor Schönfelder für den Vorgang verantwortlich und führte viele Gespräche mit Jürgen-Bernd Runge. Nun nahm Schönfelders Vorgesetzter Ingolf Freyer (er stellte sich einfach als »Hans« vor) an den Gesprächen teil. Wie Runge sich erinnert, dominierte Freyer gegenüber dem servil auftretenden Schönfelder. Schönfelder trug Freyer die Aktentasche hinterher und wirkte auch sonst wie der Aktentäschenträger Freyers. Freyer kehrte den Chef heraus und erschien daher als Führungsfigur. Obgleich Schönfelder nominell der Führungsoffizier war, füllte er seine Funktion anders und schwächer aus als sein Vorgänger Peter Richter. In Runges Wahrnehmung war Freyer materiell ausgerichtet und in den Gesprächen nur an Informationen interessiert, ohne sich auf vertiefende politische Erörterungen einzulassen. Es kam deshalb zunehmend zu

Spannungen. 1980/81 wurde Freyer abgezogen und ein anderer HVA-Mitarbeiter übernahm Freyers Position. Da Schönfelder in der Verbindung verblieb, schlägt sich diese Entwicklung in den SIRA-Daten nicht nieder.

So unterschiedlich die beiden nominellen Führungsoffiziere auch auftraten und so unterschiedlich deren Vorgesetzte sich ihnen gegenüber verhielten: In beiden Fällen nahm Runge die Vorgesetzten – »Armin« bzw. Freyer – als die für ihn verantwortlichen HVA-Mitarbeiter wahr, denen ihre Untergebenen – Richter bzw. Schönfelder – zuarbeiteten. Die hier verwendeten Begriffe wie »vorgangsführender Mitarbeiter« oder »Führungsoffizier« kamen für Jürgen-Bernd Runge damals übrigens nicht vor. Für ihn waren die HVA-Mitarbeiter einfach »Ansprechpartner«. Erst nach 1989 offenbarten sich im Rahmen verschiedener Ermittlungsverfahren die militärischen Ränge und Begrifflichkeiten.

1982/83 beendete Jürgen-Bernd Runge schließlich nach langen Zweifeln die Zusammenarbeit mit der HV A. Im Kern ging es ihm mit diesem Schritt darum, künftig offen für seine damaligen kommunistischen Überzeugungen in der Bundesrepublik eintreten zu können und die auf Geheimhaltung angelegte Doppelexistenz des HVA-IM zu beenden. Darüber wird noch genauer zu berichten sein. In den SIRA-Daten schlägt sich dieser beachtenswerte Schritt ganz vage nieder: Es ist zu erkennen, dass der Informationsfluss zwar 1982 versiegt, die IM-Akte aber bis 1989 nicht geschlossen wurde. Offenkundig nahm die HV A die damalige Situation als einen Schwebzustand wahr. Möglicherweise hielt sie es für denkbar, die Zusammenarbeit zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufzunehmen. Oder sie wollte Runge im Blick behalten, um möglichen Schaden von der HV A abzuwenden, den ein Aussteiger durch eine theoretisch denkbare Offenbarung im Westen hätte anrichten können. Denn Jürgen-Bernd Runge hatte notwendigerweise Einblick in die Arbeit der HV A gewonnen. Hinzu kam, dass er ein enger Mitarbeiter des FDP-Spitzenpolitikers und zeitweiligen Bundestagsabgeordneten William Borm war. Und William Borm fungierte bereits seit 1959 unter dem Decknamen »Olaf« als IM der HV A.¹⁶ Borm galt der HV A als ein Spitzenvorgang, sodass HVA-Chef Markus Wolf persönlich an vielen Treffen mit Borm teilnahm.

Diese Zusammenhänge zwischen Runge und Borm sowie zwischen Borm und Wolf und damit auch ein indirekter Querbezug zwischen Runge und Wolf erschließen sich aus den SIRA-Daten und den wenigen anderen überlieferten HVA-Unterlagen nicht. Sie sind jedoch in den Neunzigerjah-

¹⁶ Der Deutsche Bundestag 1949 bis 1989 in den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR. Gutachten für den Deutschen Bundestag gemäß § 37 (3) des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Hg. BStU. Berlin 2013, S. 240 f. u. 311 f.

ren im Rahmen der oben angesprochenen Spionageprozesse aktenkundig geworden. Frühere hauptamtliche HVA-Mitarbeiter wurden von den Ermittlungsbehörden zu den von ihnen geführten West-IM vernommen. Zudem leiteten die Ermittlungsbehörden auch Ermittlungsverfahren gegen zahlreiche hauptamtliche HVA-Mitarbeiter ein, angefangen mit Markus Wolf. Einige der Anklageschriften oder Urteile gegen führende HVA-Angehörige liegen inzwischen ediert als zeitgeschichtliche Dokumente vor.¹⁷ Darin sind auch die angesprochenen Querbezüge zwischen Jürgen-Bernd Runge, William Borm und Markus Wolf angesprochen, wobei die dort getroffenen Aussagen ebenfalls kritisch zu befragen sind. Gleichwohl können diese, in den Neunzigerjahren entstandenen Dokumente durchaus in eine Gesamtbetrachtung einfließen.

Eine Frage, die sich dem Historiker heute stellt, richtete Jürgen-Bernd Runge bereits vor über 35 Jahren an seine Führungsoffiziere: Welchen Wert hatten die Berichte und Dokumente, die er aus dem Westen mitbrachte? Gewiss, als Mitarbeiter der FDP-Bundesgeschäftsstelle, als Mitglied in den FDP-Bundesfachausschüssen für Außenpolitik und für Sicherheitspolitik (insbesondere Militär- und Verteidigungspolitik) und in anderen Funktionen hatte er gute Einblicke in Meinungsbildungs- und Entscheidungsfindungsprozesse einer Regierungspartei. Es waren Insiderkenntnisse, Innenansichten; doch Zugang zu geheimen Informationen und Dokumenten hatte er nicht. Und wie man heute weiß, führte die HVA damals auch andere IM in der FDP, etwa William Borm, Johanna Olbrich (alias Sonja Lüneburg) oder Herbert Willner. Runge selbst nimmt an, dass seine Informationen über einzelne Sachverhalte für die HVA nicht so wichtig waren, zumal sich so manches auch aus offen zugänglichen Quellen erschließen ließ. Der eigentliche Wert seiner Arbeit, so schätzt er ein, bestand für die HVA darin, dass er fundierte Analysen und Einschätzungen zu politischen Entwicklungen geben konnte und damit der HVA dabei half, Informationen einzuordnen und aufzubereiten.

Diese Überlegungen verweisen auf grundsätzliche Fragen zum Stellenwert politischer Spionage. Manche Geheimdienstforscher sprechen hier von einer »Blackbox«: Auf der einen Seite kann man den Input an Spionageinformationen feststellen, auf der anderen Seite werden politische Entscheidungen gefällt. Doch wie Spionageerkenntnisse in politische Entschei-

¹⁷ Siehe hierzu die Edition von Marxen, Klaus; Werle, Gerhard (Hg.): Strafrecht und DDR-Unrecht. Dokumentation. Bd. 4: Spionage, Berlin 2004.

dungen einfließen oder diese beeinflussen, lässt sich meistens nicht nachvollziehen.¹⁸

Ähnlich unbestimmt bleibt häufig auch der konkrete Schaden, der den Ausspionierten im politischen Bereich entstanden ist. Jürgen-Bernd Runge hat nach 1990 das Gespräch mit ihnen gesucht und über seine HVA-Vergangenheit beispielsweise mit dem FDP-Außen- und Deutschlandpolitiker Wolfgang Schollwer offen gesprochen.

»Was nicht in den Akten ist, ist nicht in der Welt«, sagen Juristen und Archivare. Der Dialog zwischen dem Zeitzeugen und dem Historiker geht indes darüber hinaus und verspricht Erkenntniszugewinn. Zu welchen Ergebnissen das hier vorgestellte Projekt im Einzelnen noch führen wird, bleibt abzuwarten.

¹⁸ Herman, Michael: *Intelligence power in peace and war*. 5. Aufl., Cambridge 2003, S. 140 f.

»Fischschwöre Berlin« oder Geschichte rund um den »Bindestrich der Freiheit«

Ein plötzliches Kommando nach Halberstadt. Wenn wir spät und ermüdet, vielleicht auch noch bei Regen, an einem unbekanntem Ort eintreffen, verlieren wir die Fähigkeit, die Dinge farbig zu sehen. Sie erscheinen uns grau, ja hoffnungslos. In solchen Fällen sollte man sogleich zur Ruhe gehen.

Ernst Jünger, Gärten und Straßen

Historiker gehen sorgsam mit Sprache um. Sie analysieren ihre Quellen auch mit Blick auf das Sprachmaterial, gewinnen daraus neue Erkenntnisse und flechten diese mit wohlgebauten Sätzen in ihre eigenen Texte ein. Wohl kaum ein historisch denkender Mensch würde sich der kürzlich bekannt gewordenen Aufforderung der AfD-Parteivorsitzenden Frauke Petry anschließen, die dazu angeregt hatte, doch »mit dem Begriff Volk und völkisch entspannter«¹ umzugehen. Insbesondere das letztgenannte Adjektiv ist vergiftet. Es gehört zum sprachlichen Baukasten der Nationalsozialisten, zur *Lingua Tertii Imperii*, wie sie von Viktor Klemperer genannt wurde.

»Völkisch« steht dabei für die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft, die sich allein über ihre blutmäßige Verbindung definiert und die darüber ganz klar bestimmt, wer nicht dabei sein darf. Der- oder diejenige war nicht nur aus der »Volksgemeinschaft« auszuschließen, sondern in der letzten Konsequenz dieses Denkens sogar zu vernichten. Wer könnte vor diesem Hintergrund mit dem Adjektiv »völkisch« ein entspanntes Verhältnis pflegen? Für diesen Begriff gibt es wohl auf absehbare Zeit zu Recht keine Rückkehr ins Stadium der Unschuld. Aber nicht nur ganze Begriffe können politisch ge- oder missbraucht werden. Auch die Schrift selbst, der einzelne Buchstabe, ja sogar das einzelne Satzzeichen werden bisweilen zum Politikum und am Ende zum Gegenstand geschichtswissenschaftlicher Betrachtungen. Bleiben wir zunächst beim »Völkischen«. Keine Schrift gilt als so »völkisch« wie die Fraktur. Dabei heißt die Schriftfamilie, die damit eigentlich gemeint ist, einfache »gebrochene Schrift«. Zu ihr zählen u. a. Gotisch, die Schwabacher und eben die Fraktur. Es gibt wohl kaum einen Film über die NS-Zeit gleich welcher Provenienz, in dem nicht mit dem wohlDOSIER-

¹ Leber, Fabian: Frauke Petry will »völkisch« entspannt benutzen. In: Der Tagespiegel v. 28.4.2016.

ten Einsatz von Frakturschrift signalisiert wird: Wir befinden uns im Nazi-Reich. Dabei ist das richtig und falsch zugleich.

Zwar schien es nach 1933 zunächst, als würden sich die gebrochenen Schriften als »deutsche« Schriften durchsetzen und so wurden Schulbücher, Zeitungen, amtliche Texte damit gestaltet. Bis 1941 das sogenannte »Fraktur-Verbot« von höchster Stelle erlassen wurde: »Am heutigen Tag hat der Führer in einer Besprechung [...] entschieden, dass die Antiqua-Schrift künftig als Normal-Schrift zu bezeichnen sei.«² Vorgeschobener Grund war, dass es sich bei der Schwabacher Schrift um eine »Judenschrift« handele. Der tatsächliche Grund lag wohl eher darin, dass die gebrochenen Schriften von Nicht-Muttersprachlern nur schwer zu lesen und auch außerhalb des deutschen Sprachraums nicht so weit verbreitet waren. All das konterkarierte das Machtstreben der Nazis in Europa, das auch eine Kommunikation auf dieser Ebene möglich machen sollte: Die Antiqua war gewissermaßen die Letter, die den Zugriff auf die Weltherrschaft erlaubte.

Doch erreicht wurde das Gegenteil: Die Fraktur wurde weltweit als Nazischrift empfunden, auch nach dem Verbot eben durch die Nazis. In Frankreich, Holland und Belgien, in Dänemark (das erst 1918 offiziell von der Fraktur auf die Antiqua umgestellt hatte), in Polen, der Tschechoslowakei – kurz: bei allen Nachbarn, deren Länder überfallen und besetzt wurden, war die Fraktur die Schrift der Besatzer. Und erst recht war sie bei allen, die verhaftet, verurteilt oder unverurteilt in die Konzentrationslager gesperrt wurden, die Schrift der Unterdrücker. Das ist bis heute an den unschuldigen Formen auch der schönsten gebrochenen Schriften klebengeblieben.³

Die gebrochene Schrift war damit ebenso dauerhaft kontaminiert wie der Begriff völkisch.

Neben den Schriftschnitten und einzelnen Zeichen konnte auch die reine Schriftfarbe zum Politikum werden. So mag eine rote Zahl im Kalendarium heute harmlos wirken, der solchermaßen als Feiertag gekennzeichnete »17. Juni« in einem Kalender aus der Bundesrepublik mit dem Zielort Deutsche Demokratische Republik konnte dazu führen, dass das Druckerzeugnis an der Grenze zwischen West und Ost konfisziert wurde. So heißt es in einem »Merkblatt des Büros für gesamtdeutsche Hilfe« aus dem Oktober 1964, dass der Buchversand »teilweise durch willkürliche Auslegungen der Bestimmungen durch die sowjetzonalen Kontrollämter erschwert« sei.

² Willberg, Hans: Die Fraktur und der Nationalismus. In: Die Gazette, Mai 2001. <http://gazette.de/Archiv/Gazette-Mai2001/Willberg.html> (zuletzt besucht am 5.8.2016).

³ Ebenda.

Neben Büchern mit weltanschaulichem oder geschichtlichem Inhalt liefen auch »Heimatkalender und andere Kalender mit Hinweisen auf politische Ereignisse der Gegenwart (17. Juni!)«⁴ Gefahr, von den Zollorganen beschlagnahmt zu werden.

Doch nicht allein die unterschiedlichen Schriften und ihre Farbe, auch die vermeintlich harmlosen Satzzeichen bergen Sprengstoff. Etwa drei Punkte, die eine Auslassung markieren. Nun weiß der Semiotiker, dass nichts so bedeutungsschwer ist wie eine Leerstelle. Dass Ausrufungszeichen nach Bedeutung heischen, ja laut schreien ist klar. Aber was ist mit dem Bindestrich, dem Harmlosen? Zunächst einmal: So harmlos ist er gar nicht. Er ist selbst schon widersprüchlich, wird mal Divis (Trennstrich), mal Bindestrich genannt. Seine trennend-verbindende Wirkung voll entfalten konnte er im geteilten Deutschland, genauer im geteilten Berlin. »Im Kampf um die korrekte Schreibweise« hätten sich die »kontrastierenden Interpretationen des städtischen Status« gespiegelt:

Während es auf westlicher Seite offiziell Berlin (West) und im Alltagsgebrauch West-Berlin hieß und dementsprechend von Ost-Berlin bzw. Berlin (Ost) die Rede war, sprach die DDR nach der mit dem Mauerbau besiegelten Aufgabe ihres gesamtstädtischen Herrschaftsanspruchs von Westberlin versus Berlin, Hauptstadt der DDR, um ihre Wunschvorstellung einer von der Bundesrepublik getrennten und mit der Osthälfte der Stadt nicht zusammengehörigen Rumpfstadt als selbstständiger politischer Einheit sprachpolitisch zu untermauern.⁵

Und so wurde denn der andernorts sogar pathetisch als »Bindestrich der Freiheit«⁶ bezeichnete Divis zu einem Markenzeichen, das den »rechtgläubigen« Bundesrepublikaner vom vermeintlich andersdenkenden Ostdeutschen unterschied.

Mit Strich oder ohne – das kam früher fast einem Dogma gleich, wobei es akribischer Forschungen bedürfte, um dessen genaue Entstehung zu rekonstruieren. Anfangs war der Strichverzicht auch im Westen nicht unüblich. »Die in West-Berlin auch offiziell gelegentlich geäußerte Auffassung, die Schreibung ohne Bindestrich sei eine Erfindung der DDR, erweist sich damit als falsch« [...]. Sogar Tagesspiegel-Herausgeber Erik Reger schrieb in einem

⁴ Härtel, Christian: Ostdeutsche Bestimmungen für den Paketverkehr im Spiegel westdeutscher Merkblätter. In: Härtel, Christian; Kabus, Petra (Hg.): Das Westpaket. Geschenksendung, keine Handelsware. Berlin 2000, S. 49.

⁵ Eisenhuth, Stefanie; Sabrow, Martin: »West-Berlin«. Eine historiographische Herausforderung. In: Zeithistorische Forschungen 11 (2014) 2, S. 170.

⁶ Conrad, Andreas: Der Bindestrich der Freiheit. West-Berlin oder Westberlin? In: Der Tagesspiegel v. 12.8.2013.

Leitartikel zum 17. Juni 1953 noch unbekümmert von ›Westberlin‹ und ›Ostberlin‹. Einige Jahre später war diese Unbefangenheit nicht mehr selbstverständlich.⁷

Und allein die Tatsache, dass der eben zitierte Artikel, in der für das West-Berliner/Westberliner (ja, wie denn nun?) Selbstverständnis zentralen Tageszeitung »Der Tagesspiegel« am Tag vor dem Gedenken an den Mauerbau im Jahre 2013 erschien, macht deutlich, welches Gewicht der dünne Divis sogar heute noch hat.

So ziehen sich die politischen Auseinandersetzungen auf der Ebene der Schriften, Buchstaben und Satzzeichen bis auf die Meta-Ebene. Warum schließlich ist in einem Satz auch heute noch von DDR und Bundesrepublik die Rede und nicht von DDR und BRD? Ganz einfach, weil auch hier wieder die Politisierung lauert. Versuchte die DDR, die Bundesrepublik mit Abkürzungen wie DBR für »Deutsche Bundesrepublik« oder BRD auf ihre Ebene zu ziehen, widersetzte man sich dem im Westen vehement. Und so macht auch heute noch die Verwendung der Abkürzung BRD »im Westen den Ostdeutschen kenntlich«⁸, manchmal aber schlicht und einfach auch den Nachgeborenen oder eben nicht mit dem Ost-West-Konflikt und seinen sprachlichen Finessen vertrauten Zeitgenossen. Dieser bezeichnet dann eben auch mit BRD oder Westberlin einen geografischen oder politischen Raum, ohne in die Kämpfe von damals zu verfallen.

Dies soll aber kein Plädoyer für eine völlige Geschichtsvergessenheit im Umgang mit solchen »typografischen« Feinheiten sein. Es macht natürlich Sinn, solche Details auch weiterhin zu analysieren und dann eben gegebenenfalls auch 1:1 wiederzugeben. Vor allem dann, wenn der historische Originaltext dokumentiert werden soll. Aber eben ohne Schaum vorm Mund.

Bei der Präsentation einer Neuerscheinung mit dem Titel »West-Berlin. Westberlin. Berlin (West)« stellte die Redakteurin beim Deutschlandfunk einst zu Recht fest, dass es sich um einen »extrem hörfunkuntauglichen Titel«⁹ handele. Denn der gesprochenen Sprache erschließen sich die Feinheiten der Typografie mit politischer Botschaft nur schwer. Allerdings gibt

⁷ Ebenda.

⁸ Roesler, Jörg: »DDR« und DBR. Sprachpolitik im Kalten Krieg. In: Utopie kreativ, H. 187 (Mai 2006), S. 396.

⁹ Im Beitrag von Kristina Graaf zu Leitner, Olaf: West-Berlin. Westberlin. Berlin (West). Die Kultur – die Szene – die Politik. Erinnerungen an eine Teilstadt der 70er und 80er Jahre. Berlin 2002. http://www.deutschlandfunk.de/olaf-leitner-west-berlin-westberlin-berlin-west-die-kultur.730.de.html?dram:article_id=101909 (zuletzt besucht am 5.8.2016).

es auch hier Hoffnung, wo doch die Schriftsprache immer mehr auf dem Rückzug ist, es Pläne gibt, Kinder gleich nur noch Druckschrift zu lehren (oder die Tastatur durch Spracherkennung zu ersetzen). In solchen Zeiten also, in denen es möglicherweise zurück zur mündlichen Überlieferung geht, dachte Sven Stillich in einer Glosse im »Hamburger Abendblatt« darüber nach, ob nicht in der modernen Jugendsprache Begriffe wie »Alder« oder »deine Mudda« die Interpunktion ersetzen beziehungsweise eben mitgesprochene Interpunktion sind. »Irgendwann werden vielleicht Bücher in dieser Sprache erscheinen, Neuauflagen von Klassikern, inklusive ›Es irrt der Mensch Digger solange er strebt Alder‹ (Goethe).«¹⁰

Analog müssen wir uns die politisch-korrekte Aussprache von West-Berlin im Sinne der alten kalten Krieger im heutigen Slang wie folgt vorstellen: »Alder isch fahr nach West ischschwöre Berlin.« Und so ist damit der Bindestrich der Freiheit da, wo er hingehört: verschwunden, Spielmasse, einfach nur ein Satzzeichen, das man setzen kann – man kann es aber auch lassen. Hauptsache, was wir sagen wollen, bleibt verständlich. Ganz im Sinne eines sorgsamsten Umgangs mit unserer Sprache, die auch das Vergessen, die Reinigung von kontaminierten oder missbrauchten Begriffen manchmal möglich werden lässt.

¹⁰ Digger, Alder und die Interpunktion. Eine Glosse von Sven Stillich. In: Hamburger Abendblatt v. 31.5.2011.

Die Staatssicherheit und das Herrschaftssystem

Staatssicherheit in der Region. Die geheimen Berichte der MfS-Kreisdienststelle Halberstadt an die Partei

Am 19. August 1974 berichtet die Stasi-Kreisdienststelle Halberstadt an den SED-Kreissekretär folgenden Sachverhalt: Immer an den Lohntagen würden Werktätige aus dem VEB Fleisch- und Wurstwaren in der benachbarten HO-Gaststätte einkehren und »stark unter Alkoholeinfluss stehend« »Probleme des Betriebes« und »Beschlüsse der Partei- und Staatsführung« diskutieren, wobei sie sich »hart an der Grenze der Staatsverleumdung bewegen« würden. Eine Überprüfung der Vorkommnisse habe jedoch ergeben, dass »eine strafrechtliche Verfolgung bisher nicht gerechtfertigt« sei. Deshalb schlage die Staatssicherheit vor, dass der Direktor der HO und die Parteiorganisation des Betriebes derart auf Personal und Gäste einwirkten, dass solche Vorfälle in Zukunft unterblieben.¹

Diese auf den ersten Blick vielleicht etwas banal wirkende Quelle sagt einiges aus über die DDR in den Siebzigerjahren. Die Staatssicherheit war in dieser Zeit bereits in der Lage, eine Art »flächendeckende Überwachung« zu gewährleisten, die das Alltagsleben der Bürger auch tief in der Provinz erfasste. In der DDR herrschte keine Grabesruhe, im Gegenteil: Politische Meckerei war durchaus an der Tagesordnung. Die Akteure wussten aber offenbar selbst im alkoholisierten Zustand, welche Grenzen sie dabei einzuhalten hatten. Die Staatssicherheit hatte – sofern diese Schwelle nicht überschritten war – kein Interesse daran, dieses Verhalten zu kriminalisieren. Viel lieber regelte sie solche Probleme im Vorfeld und ohne großes Aufsehen mithilfe der Partei und der zuständigen staatlichen Funktionsträger.

Im Mittelpunkt der nachfolgenden Betrachtungen steht die exemplarische Auswertung und Analyse der geheimen Berichte, die der Kreisdienststellenleiter des MfS an den 1. Sekretär der Kreisleitung der SED Halberstadt verfasst hat.² Der zeitliche Ausschnitt erstreckt sich von 1969 bis 1975. Diese

¹ Vgl. Information Nr. 34/74 v. 19.8.1974; BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Halberstadt, Nr. 714. Der vorliegende Aufsatz ist ein leicht veränderter Nachdruck aus Deutschland Archiv 43 (2010) 1, S. 31–38.

² Die nachfolgenden Ausführungen sind im Rahmen eines Forschungsprojektes der BStU zum Thema »Herrschaft und Gesellschaft in der DDR-Provinz. Eine Regionalstudie zum Landkreis Halberstadt 1949 bis 1990« entstanden, welches ich zusammen mit Roger Engelmann bearbeitete – ihm sei auch für Hinweise und Anmerkungen gedankt. Vgl. dazu auch Engelmann, Roger: Eine Regional-

Zeit markiert eine wichtige Umbruchphase in der Geschichte der DDR – dies gilt sowohl innen- und außenpolitisch als auch für die innerdeutschen Beziehungen: die Ablösung von Walter Ulbricht durch Erich Honecker im Mai 1971 in der Parteiführung. Mit dem personellen Wechsel war auch ein Politikwechsel verbunden, der durch Verkündung der »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« auf dem VIII. Parteitag der SED 1971 sowie die Bereinigung der Irritationen im Verhältnis zur Sowjetunion gekennzeichnet ist. Darüber hinaus war diese Phase bis zur Wirtschaftskrise 1975 durch einen Anstieg der Produktion und eine wesentliche Verbesserung der Versorgungslage geprägt. Von entscheidender Bedeutung waren schließlich der Abschluss der Ostverträge der sozialliberalen Bundesregierung (1970–1972) sowie der Grundlagenvertrag zwischen Bundesrepublik und der DDR im Jahr 1972 mit seinen innenpolitischen Auswirkungen.

Der Landkreis Halberstadt

Der Landkreis Halberstadt lag im südwestlichen Teil des ehemaligen DDR-Bezirks Magdeburg und existierte in dieser Form erst seit der administrativen Neugliederung der DDR von 1952. Der Kreis hatte rund 100 000 Einwohner, von denen fast die Hälfte in der Kreisstadt Halberstadt wohnte. Er verfügte über fast 50 Kilometer Westgrenze und hatte damit alle einschlägigen Probleme, die aus dem DDR-Grenzregime resultierten. Die Sozial- und Wirtschaftsstruktur des Landkreises unterscheidet sich nicht signifikant von dem DDR-Durchschnitt.³ Hervorzuheben ist jedoch ein überdurchschnittliches Gewicht der Landwirtschaft, das im Laufe der Jahrzehnte zugunsten der Industrie zurückging.

Die institutionellen Strukturen im Landkreis könnte man als »DDR im Kleinen« bezeichnen. Wichtigste Herrschaftsinstitutionen sind die Kreisleitung der SED, die Kreisdienststelle der Staatssicherheit, das Volkspolizeikreisamt und der Rat des Kreises als »Kreisregierung«. Die politische Federführung im Kreis übte der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung aus. Dieser hatte auch den Vorsitz in der sogenannten Kreiseinsatzleitung (KEL), dem sicherheitspolitischen Beratungs- und Beschlussgremium auf Kreisebene, in dem darüber hinaus der Vorsitzende des Rates des Kreises, die Leiter von Volkspolizei und Staatssicherheit sowie der Chef des Wehrkreiscommandos

studie zu Herrschaft und Alltag im Staatssozialismus. In: Gieseke, Jens (Hg.): Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR. Göttingen 2007, S. 167–186.

³ Vgl. dazu ausführlich ebenda, S. 179 ff.

saßen. Von besonderer Bedeutung war das Verhältnis des SED-Kreissekretärs zum Leiter der Stasi-Kreisdienststelle, der grundsätzlich kooptiertes Mitglied der SED-Kreisleitung war. Heikle sicherheitspolitische Themen wurden in den SED-Kreisleitungssitzungen allerdings zumeist nicht besprochen, sondern in der bilateralen Kommunikation zwischen Kreissekretär und Kreisdienststellenleiter geklärt – eine Analogie zur zentralen Ebene, wo dasselbe in den berühmten Vieraugengesprächen zwischen Honecker und Mielke geschah.

Zur Struktur der Kreisdienststelle des MfS

In der Zeit, um die es hier geht, Anfang der Siebzigerjahre, hatte die MfS-Kreisdienststelle rund 35 Mitarbeiter. Sie befand sich noch vor ihrem großen Wachstumsschub: 1986 sollte sie 49 und 1989 58 Mitarbeiter haben. In ihrer Binnenstruktur spiegeln sich die Aufgabenschwerpunkte der Staatssicherheit im Kreis Halberstadt wider.⁴ Größter Arbeitsbereich war die Grenzsicherung mit sechs operativen Mitarbeitern, fast ebenso groß mit fünf Mitarbeitern war der Bereich »Sicherung der Volkswirtschaft«, für die Verbindung zur Volkspolizei bzw. für ihre Überwachung waren zwei Offiziere zuständig, ebenso viele befassten sich mit dem grenzüberschreitenden Verkehr. Alle anderen Aufgabenbereiche (etwa die Spionageabwehr, die Überwachung des Medien- und Kulturbereichs oder des Wehrkreiskommandos) waren nur mit einem Mitarbeiter besetzt. Die geheimpolizeiliche Überwachung des im Landkreis stationierten Grenztruppenregiments ging nicht von der Kreisdienststelle, sondern zentral von der Hauptabteilung I des MfS aus.

Die geheimen Berichte der Kreisdienststelle Halberstadt 1969–1975

Die regelmäßige Berichterstattung der Stasi an die Partei- und Staatsführung geht auf den 17. Juni 1953 zurück.⁵ Nach einer wechselvollen Entwick-

⁴ Vgl. BStU, MfS, BV Magdeburg, AKG, Nr. 166.

⁵ Zum Auswertungs- und Informationssystem der Staatssicherheit von 1953 bis 1989 vgl. ausführlich Engelmann, Roger; Joestel, Frank: Die zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (MfS-Handbuch). Berlin 2009. Die Edition der geheimen Berichte der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) des Ministeriums für Staatssicherheit an die SED-Führung: Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung. Hg. v. Daniela Münkler im Auftrag des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, erscheint seit 2009.

lung in der zweiten Hälfte der Fünfzigerjahre kam es Anfang der Sechzigerjahre zu einer Neuorganisation und Systematisierung des MfS-Berichtswesens: Die »Zentrale Informationsgruppe« (ZIG) – ab 1965 Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) – wurde zur zuständigen Instanz für das gesamte Informationswesen der Staatssicherheit inklusive der HV A (Hauptverwaltung A – Aufklärung). Erich Mielke, der seit November 1957 an der Spitze des Ministeriums für Staatssicherheit stand, erließ im Dezember 1960 einen Grundsatzbefehl, mit dem die Informationstätigkeit des Ministeriums neu geregelt wurde. Die Berichterstattung an die Partei wurde – auch für die Bezirks- und Kreisebene – als eine Kernaufgabe der Staatssicherheit festgeschrieben. Die Berichte befassten sich vor allem mit »Feindtätigkeit«, »Republikflucht«, Bevölkerungstimmung und Missständen aller Art, vor allem in der DDR-Ökonomie. Während auf zentraler Ebene die ganze erste Garnitur der politischen Führung (Politbüromitglieder, ZK-Sekretäre, Minister) unterrichtet werden konnte und auf Bezirksebene neben dem 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung auch Informationen an den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes und den Vorsitzenden des Wirtschaftsrates gegeben wurden, war auf Kreisebene in der Regel lediglich der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung zu informieren.⁶ Im Mittelpunkt der Berichterstattung auf Kreisebene standen laut einer einschlägigen Diplomarbeit der MfS-eigenen Juristischen Hochschule:

Vermittlung von Kenntnissen über das Wirksamwerden feindlich-negativer Kräfte, die zu einer Gefährdung der gesellschaftlichen Entwicklung und der staatlichen Sicherheit im Verantwortungsbereich führen bzw. führen könnten, [...] über die gesellschaftlich gesetzmäßig bestimmten Aufgaben der Gestaltung und Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft und den inneren sowie äußeren Bedingungen, die diese Aufgaben im Kreisgebiet beeinflussen.⁷

Die Berichte auf Kreisebene wurden in nur drei Exemplaren gefertigt – eins für den Kreissekretär, ein Belegexemplar, das in der Kreisdienststelle verblieb, sowie eines zur Information der MfS-Bezirksverwaltung Magdeburg. Sie trugen den Vermerk »streng vertraulich« und die Herkunft der darin enthaltenen Informationen sollte bei ihrer Verwendung unbekannt bleiben

⁶ Zum Berichtswesen auf Kreisebene existiert eine Diplomarbeit an der Juristischen Hochschule des MfS in Potsdam von einem Hauptmann der KD Strausberg aus dem Jahr 1981. Vgl. Ambroselli, Bernd: Aufgaben und Wege der Ermittlung von Parteiinformationen einer Kreisdienststelle an den 1. Sekretär der Kreisleitung der SED. Diplomarbeit JHS v. 1. Dezember 1981; BStU, MfS, JHS VVS-001-355/81.

⁷ Ebenda, S. 6 u. 8.

– darauf wurde am Ende des Berichts nochmals explizit hingewiesen, wenn die Informationsquelle heikler Natur war. Nach Kenntnisnahme waren sie an die Stasi zurückzugeben – was allerdings seitens des 1. Sekretärs nicht immer beachtet wurde – so gab er beispielsweise 1971 von 58 Berichten 23 nicht fristgerecht zurück. Die Frequenz der Berichte ist unterschiedlich: Sie richtete sich nach Bedarf und konnte bis zu mehrmals täglich erfolgen.⁸

Für die MfS-Kreisdienststelle bedeuteten diese Berichte neben der Informationsfunktion auch eine indirekte Form der Einflussnahme auf das Handeln der SED-Kreisleitung, was nicht zuletzt durch die Auswahl der Informationen und das Aufzeigen von Handlungsoptionen für das weitere Vorgehen am Ende der jeweiligen Berichte unterstrichen wurde. Für den SED-Kreissekretär waren die Berichte von besonderer Bedeutung, da er aufgrund der spezifischen Arbeitsweise der Stasi auf diese Weise Informationen erhielt, die ihm ansonsten nicht zugänglich gewesen wären. So kam es durchaus vor, dass die Staatssicherheit vom Kreissekretär gezielt auf die Überprüfung von Personen oder Betrieben angesetzt wurde.⁹ Dass die lokalen MfS-Berichte vielfach auf Informationen von inoffiziellen Mitarbeitern beruhten, wird schon an den darin verwendeten Floskeln deutlich, die auf die Zuverlässigkeit der »informierenden Quelle« verweisen.

Die Berichterstattung der Stasi an den Kreissekretär lässt einige Schwerpunkte erkennen: Dies sind die monatlichen Lage- und Stimmungsberichte aus dem Grenzgebiet sowie Berichte zu Kader- und Wirtschaftsproblemen unterschiedlichster Art. Bei Letzterem spielt auch meistens die Bevölkerungsstimmung eine Rolle.

Wirtschaft und Versorgung

Wirtschaftliche Probleme sind in der Berichterstattung durchgängig präsent. Die Problemlagen sind dabei immer die gleichen: Planerfüllung, Planrückstände, Material- und Qualitätsmängel sowie Koordinierungsprobleme. Ein »Dauerbrenner« ist auch die Versorgungslage der Bevölkerung. Die eingeschränkten Konsummöglichkeiten und der niedrige Lebensstandard im Vergleich zur Bundesrepublik, der durch Westfernsehen und Westbesuche offensichtlich war, waren nicht nur ein ständiges Diskussionsthema in

⁸ Die Berichtsfrequenz der KD Halberstadt an den 1. Sekretär in den Jahren 1969 bis 1975 verteilte sich folgendermaßen: 1969: 17, 1970: 21, 1971: 58, 1972: 34, 1973: 57, 1974: 64 und 1975: 48.

⁹ Vgl. Information Nr. 16/72 v. 4.4.1972; BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Halberstadt, Nr. 703.

der Bevölkerung, sondern auch ein Legitimationsproblem für das Regime.¹⁰ Die von Honecker 1971 verkündete »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« setzte ja genau an diesem Punkt an, indem sie die Konsummöglichkeiten zu verbessern suchte. Dass in den ersten Jahren nach Honeckers Amtsübernahme auf diesem Feld eine gewisse Entspannung eintrat, spiegelt sich auch in der Berichterstattung der Halberstädter Kreisdienststelle wider, die trotz fortbestehender Mängel die Versorgungslage in dieser Zeit »als zufriedenstellend« einschätzte.¹¹

Dies sollte sich 1975, als die DDR-Wirtschaft insgesamt in eine Schiefelage geriet, wieder ändern. Eine Bestandsaufnahme vom Juli 1975 über »Probleme des Handels und der Versorgung« im Kreis kommt zu einem niederschmetternden Ergebnis. Es mangelte an so gut wie allem:

Als zentrales Problem ist [...] das nicht immer bedarfsgerechte [Angebot] an Dauerbackwaren und Wein einzuschätzen. Weiterhin ist festzustellen, dass die im Angebot befindlichen Spirituosen nicht den Bedarfswünschen entsprechen. [...] Zu bemängeln ist die Versorgungslage bei Frischgemüse und Speisekartoffeln. [...] Dazu kommen Klempnermaterialien. Einen ständigen Fehlartikel bildet zur Zeit Rasiercreme. Eine angespannte Situation besteht bei Zündhölzern, guten Waschmitteln, Verbandswatte und Damenhygiene. [...] Das Angebot an Textilien kann vielfach nicht den Wünschen der Käufer entsprechen. [...] Im Bereich Möbel sind Schrankwände und Auslegeware zu wenig im Handel.¹²

Die Liste war noch um einiges länger und auch in den Monaten davor und danach treten »Beschwerden« und »Diskussionen« über die Versorgungslage als wichtiges Thema in den Stimmungsberichten zutage. Auffallend ist – auch im Vergleich zu den entsprechenden Berichten der MfS-Zentrale – die relative Ungeschminktheit der Informationen. Wenig beeinträchtigt von ideologischen Floskeln benennen sie zentrale Problemlagen der DDR-Gesellschaft. Es scheint auf regionaler Ebene einen Handlungsspielraum bei der Berichterstattung gegeben zu haben, der es – in einem höheren Maße als auf der zentralen Ebene – ermöglichte, auch auf negative Stimmungen und Missstände aufmerksam zu machen. Diese Vorort-Berichterstattung ist

¹⁰ Zum Konsum in der DDR allgemein vgl. Merkel, Ina: Im Widerspruch zum Ideal. Konsumpolitik in der DDR. In: Haupt, Heinz-Gerhard; Torp, Claudius (Hg.): Die Konsumgesellschaft in Deutschland 1890–1990. Frankfurt/M., New York 2009, S. 289–304, hier 295 ff.

¹¹ Vgl. Information 32/72 v. 5.12.1972; BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Halberstadt, Nr. 703.

¹² Information Nr. 30/75 v. 31.7.1975; BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Halberstadt, Nr. 788.

offenbar deshalb authentischer, weil sie nicht den Verallgemeinerungsanspruch der zentralen Berichte hatte, welche bei der Benennung von Missständen und politischen Stimmungen ungleich mehr politisch-ideologische Rücksichten nehmen mussten.

In den Halberstädter Berichten scheinen vielfältige Formen des Mekerns, der Verweigerung bis hin zu kleineren Protesten auf – und dieses politisch abweichende Verhalten wird durchaus auch bei dem einen oder anderen Amtsträger oder SED-Genossen festgestellt. Um nur einige Beispiele anzuführen: Im Fall der bevorstehenden Auflösung einer LPG Typ 1 in Rhoden demonstrierten einige Genossenschaftsbauern dagegen, indem sie eine fiktive Beerdigung organisierten.¹³

Im Vorfeld der Volkskammerwahlen am 22. März 1970 notierte die Stasi, dass Bürger in Diskussionen offen sagen, warum sie nicht zur Wahl gehen würden. Die Gründe seien vor allem

unzulänglicher bzw. schlechter Wohnraum, bisher nicht durchgeführte Reparaturen in Wohnungen bzw. an Grundstücken; ungenügende Versorgung mit festen Brennstoffen; Schwierigkeiten bei der Einreise ins Sperrgebiet [sowie] das Fehlen von Frischgemüse, Obst, Konserven, besonders Fisch, Waren des tägl. Bedarfs sowie Kinderoberbekleidung.¹⁴

Auch Kündigungen wurden eingesetzt, um gegen Mängel am Arbeitsplatz zu protestieren. So ist von zahlreichen Fällen aus dem Gesundheitswesen des Kreises die Rede, wo Ärzte oder Pflegepersonal mit Hinweis auf die schlechten Arbeitsbedingungen und mangelhafte Ausstattung kündigten. In einem anderen Fall drohten 20 Traktoristen einer LPG mit Kündigung, weil ihr Arbeitsplatz von Hessen bei Osterwieck nach Osterwieck verlegt werden sollte.¹⁵

Eine längere massive Auseinandersetzung und öffentliche Unmutsbekundungen gab es 1975, als die chirurgische Abteilung des Krankenhauses Osterwieck nach Halberstadt verlegt werden sollte. Die Bürger äußerten in öffentlichen Debatten, dass der Plan »organisierter Blödsinn« sei und machten mehrere direkte Eingaben beim ZK der SED.¹⁶ Sogar drei Stadtverordnete protestierten, indem sie den zur Abstimmung stehenden Volkswirtschaftsplan des Kreises ablehnten. Es wird deutlich, dass es auch in dem

¹³ Vgl. Information 17/75 v. 1.4.1975; ebenda.

¹⁴ Information Nr. 2/70 v. 18.3.1970; BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Halberstadt, Nr. 703.

¹⁵ Vgl. Information Nr. 45/75 v. 5.12.1975; BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Halberstadt, Nr. 788.

¹⁶ Vgl. Information Nr. 10/75 v. 7.3.1975; ebenda.

hier behandelten Zeitraum, der als eine der stabilsten Phasen des DDR-Staates gilt, verbreitet Unzufriedenheit gab, die vielfach auch artikuliert wurde.

Kaderfragen

Ein weiterer wichtiger Komplex der Berichterstattung des MfS vor Ort waren Kaderfragen auf unterschiedlichen Feldern. Hier lassen sich mehrere Verhaltensmuster und Problembereiche herausdestillieren: Neben justizialen Fällen wie Korruption und Unterschlagung gab es eine Reihe anderer vermeintlicher Vergehen, die vor allem die Autorität der Amtsträger und ihre Vorbildfunktion einer »sozialistischen Lebens- und Arbeitsweise« in den Augen des MfS infrage stellten. Mitglieder der SED-Kreisleitung unterhielten nicht gern gesehene enge Kontakte zur Westverwandtschaft.¹⁷ Die Frau eines hohen Funktionsträgers ließ sich Westwaren von ihrer Verwandtschaft über Mittelsmänner zustellen.¹⁸ Die überwiegende Mehrzahl der Berichte aber bezog sich auf den Lebenswandel der betreffenden Personen: Erhöhter Alkoholkonsum, außerehelicher Sexualverkehr und der Konsum von Westfernsehen standen im Mittelpunkt des Interesses. Hier lassen sich Beispiele auf allen Ebenen finden: Betriebsleiter, Bürgermeister, LPG-Vorsitzende, Mitglieder der Kreisleitung oder Führungskräfte von FDJ und VP. Ein solches Verhalten wurde bei Männern und Frauen gleichermaßen kritisiert. Ein besonders spektakulärer Fall in diesem Zusammenhang waren die Vorgänge bei der Kreisstaatsanwaltschaft Halberstadt. Das MfS warf dem Kreisstaatsanwalt mangelnde fachliche Kompetenz, fehlende Führungsqualitäten und eine negative Einstellung zur Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit sowie ein schlechtes Verhältnis zur Kriminalpolizei vor. Außerdem beklagte es die moralischen Zustände in der Kreisstaatsanwaltschaft und schilderte haarklein Unterschlagungen, korrupte Praktiken, Alkoholexzesse und sexuelle Ausschweifungen in der Dienststelle, die teilweise den »Charakter westlicher Orgien« annähmen. Wenn auch Übertreibungen nicht auszuschließen sind und es darum ging, den wenig kooperativen Kreisstaatsanwalt abzulösen, wird hier wie in zahlreichen anderen Berichten dieser Art eines überdeutlich: Das MfS verstand sich auch als »Wächter der sozialistischen Moral«, weil unmoralische Verhaltensweisen von Funktionären dem Ansehen des Staates schaden – der Hinweis, dass es schon

¹⁷ Vgl. Information Nr. 14/72 v. 29.3.1972; BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Halberstadt, Nr. 703.

¹⁸ Vgl. Information Nr. 22/71 v. 28.4.1971; ebenda.

zu Diskussionen in der Bevölkerung komme oder solche drohten, fehlt in kaum einem dieser Berichte.

Volkspolizei und Staatssicherheit

Fragen des »politisch-moralischen Zustandes« spielten auch bei der Berichterstattung der Kreisdienststelle über die lokale Volkspolizei (VP) eine wichtige Rolle. Aber auch darüber hinaus ist dieser Themenkomplex von besonderer Bedeutung. Er gibt einerseits weitere Aufschlüsse über die Rolle des MfS im Herrschaftsgefüge vor Ort, andererseits verdeutlicht er das Verhältnis der beiden Polizeiorgane zueinander.

Formal hat es zu keiner Zeit während des Bestehens der DDR eine Unterstellung der VP unter das MfS gegeben.¹⁹ Dennoch betonte Erich Mielke, damals noch Staatssekretär im MfS, bereits 1951, dass die Linie VII des Ministeriums versuchen sollte, »offiziellen Einfluss auf die Besetzung von leitenden Positionen« bei der Volkspolizei zu nehmen.²⁰ Auch auf regionaler Ebene versuchte die Kreisdienststelle des MfS sich massiv in die Personalfragen des örtlichen Volkspolizeikreisamtes (VPKA) einzumischen und ihren Einfluss geltend zu machen. Beispielsweise »informierte« der Leiter der KD Halberstadt, Lange, im Dezember 1971 den Leiter der VP darüber, wie er sich die »personellen Umbesetzung[en] von ABV's und Angehörigen der Grenzsicherungskräfte« vorstelle. Dies betraf immerhin sechs Gemeinden des Kreises. Als Gründe für den Austausch des Personals wurde ins Feld geführt: »Es handelt sich hierbei ausschließlich um Genossen, bei denen die Zuverlässigkeit nicht erwiesen [ist], die notwendigen fachlichen Voraussetzungen fehlen oder [die] durch ihr bisheriges Verhalten die notwendige Autorität verloren haben.«²¹ Neben einigen fachlichen Mängeln wurde wieder vor allem auf einen »unmoralischen Lebenswandel« verwiesen, gemeint war hier in der Regel »übermäßiger Alkoholenuss«, wodurch es zu einer »Schädigung des Ansehens der VP in der Öffentlichkeit« käme.²² Neben solchen Feststellungen, die sich in vielen Berichten über die VP finden, stellte die Stasi auch immer wieder »politisch-ideologisches« Fehlverhalten

¹⁹ Vgl. Lindenberger, Thomas: Volkspolizei. Herrschaftspraxis und öffentliche Ordnung im SED-Staat 1952–1968. Köln u. a. 2003, S. 68.

²⁰ Vgl. Wunschik, Tobias: Hauptabteilung VII: Ministerium des Innern, Deutsche Volkspolizei (MfS-Handbuch). Berlin 2009, S. 37.

²¹ Information Nr. 3/72 v. 5.1.1972; BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Halberstadt, Nr. 703.

²² Vgl. ebenda.

und mangelnde »politisch-ideologische Erziehung« der Volkspolizisten fest.

Ein Großteil der Genossen ist gegenüber den Maßnahmen des Staates, der Partei- oder Polizeiführung sehr skeptisch und misstrauisch. Hinzu kommt die westliche Beeinflussung durch das westdeutsche Fernsehen. Diese Sendungen werden offen untereinander diskutiert und Meinungen darüber ausgetauscht.²³

Solche wirklichen oder vermeintlichen »Missstände« nahm der MfS-Kreisdienststellenleiter zum Anlass, um sich massiv in die inneren Angelegenheiten der VP einzumischen. Es wird deutlich, dass die Kreisdienststelle des MfS nicht nur die VP vor Ort ständig beobachtete, inoffizielle Mitarbeiter und damit auch interne Kenntnisse über die dortigen Vorgänge hatte, sondern auch, dass sie entweder direkt oder über den Kreissekretär versuchte, die Personalpolitik der VP zu bestimmen. Dies unterstreicht die herausgehobene Stellung der Geheimpolizei unter den Polizeiapparaten der DDR auch im lokalen Herrschaftsgefüge.

Grundlagenvertrag und die Folgen

Eine neue und zugleich schwierige Situation entstand für die lokalen Verantwortlichen mit der Einführung des sogenannten »Kleinen Grenzverkehrs« durch das deutsch-deutsche Vertragswerk. Die MfS-Kreisdienststelle berichtete im Januar 1973 – unmittelbar nach der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages –, dass die Bürger dessen »politische Bedeutung« nicht erkennen würden, sondern sich lediglich »persönliche Vorteile innerhalb des Grenzverkehrs« erhofften.²⁴ Diese Haltung sei auf die politisch-ideologische Beeinflussung durch das Westfernsehen zurückzuführen. Es würde zudem spekuliert, dass die Sperrgebiete im Grenzbereich aufgehoben würden.

Nach dem Inkrafttreten des Grundlagenvertrages im Juni 1973 entstand im Kreis Halberstadt so etwas wie freudige Erwartung, man rechnete mit gemeinsamen deutsch-deutschen Aktivitäten auf kulturellem und sportlichem Gebiet. Auch schossen die Gerüchte ins Kraut. Verbreitet war die Meinung, auch DDR-Bürger könnten jetzt ins grenznahe Westdeutschland reisen. Diese Ansicht wurde sogar vom SED-Bürgermeister des nördlich

²³ Information Nr. 8/71 v. 15.1.1971; BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Halberstadt, Nr. 703.

²⁴ Vgl. Information Nr. 1/73 v. 11.1.1973; BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Halberstadt, Nr. 714.

von Halberstadt gelegenen Örtchens Eilenstedt vertreten, woraufhin Bürger dieser Gemeinde beim örtlichen Abschnittsbevollmächtigten der Volkspolizei vorsprachen, um eine entsprechende Reise zu beantragen.²⁵ Nachdem klar wurde, dass die Grenze in diese Richtung nicht durchlässig geworden war, verstummten die Diskussionen über diese Asymmetrie im kleinen Grenzverkehr lange nicht.²⁶

Der Berichterstattung der Kreisdienststelle kann später auch entnommen werden, dass die Westbesucher nicht nur Freude auslösten. Immer wieder ist von »überheblichem Auftreten« die Rede sowie davon, dass sie mit ihrem Geld protzten und so täten, als könnten sie sich alles leisten.²⁷ Für Irritationen sorgte auch die Tatsache, dass ehemals ortsansässige Bauern, die die DDR verlassen hatten, bei den Besuchen ihre Grundstücke besichtigten.²⁸

Spätestens im Frühjahr 1974 war die Stasi-Kreisdienststelle von den sich verdichtenden innerdeutschen Kontakten alarmiert und befürchtete eine zielgerichtete Subversion, musste jedoch konstatieren: »Bei den bisher festgestellten Kontaktversuchen konnte unsererseits nicht eindeutig herausgearbeitet werden, inwieweit dieses Vorgehen durch staatliche Institutionen oder feindliche Zentren gelenkt wird.« Misstrauisch beobachtet wurden insbesondere Klassentreffen, bei denen regelmäßig auch inzwischen im Westen lebende ehemalige Mitschüler eingeladen wurden. Auch Sportkontakte auf Vereinsebene waren nicht willkommen. Die notwendige Genehmigung durch den Kreisvorstand des Deutschen Turn- und Sportbundes wurde regelmäßig versagt. Als die Betriebssportgruppe »Traktor« aus dem grenznahen Ort Hessen versuchte, eine Fußballbegegnung mit einem Sportklub aus dem niedersächsischen Roklum inoffiziell im Rahmen des Kleinen Grenzverkehrs zu organisieren, trat sofort die Staatssicherheit auf den Plan und unterband das Vorhaben mit allen Mitteln. Peinlicherweise handelte es sich bei dem Organisator auf DDR-Seite um ein SED-Mitglied. Im Bericht an den Kreissekretär bezeichnete die MfS-Kreisdienststelle es als »äußerst bedauerlich«, dass »dieses unparteiliche Verhalten des Genossen L. [...] in der Gemeinde Hessen bekannt wurde und zu erheblichen Diskussionen führte«.²⁹ Sie schlug der Partei vor, ihn und den gesamten Vorstand der Betriebssportgruppe ins Gebet zu nehmen. Hier zeigten sich schon die Ge-

²⁵ Vgl. Information Nr. 23/73 v. 9.7.1973; ebenda.

²⁶ Vgl. Information Nr. 28/73 v. 9.7.1973; ebenda.

²⁷ Vgl. Information Nr. 54/73 v. 12.12.1973; ebenda.

²⁸ Vgl. ebenda.

²⁹ Information Nr. 38/74 v. 23.8.1974; BStU, MfS, BV Magdeburg, KD Halberstadt, Nr. 714.

fahren, die von der Entspannungspolitik für das SED-Regime mittel- und langfristig ausgingen.

Schlussbemerkungen

Versucht man nun, die vorangegangenen Ausführungen zu bündeln, so lassen sich drei allgemeine Thesen ableiten:

Die erste bezieht sich auf das Berichtswesen des MfS und dessen Wert als zeitgeschichtliche Quelle: Die lokalen Berichte erweisen sich als authentischer und weniger politisch-ideologisch überformt als die im Ministerium für das Politbüro gefertigten. Sie benennen wesentlich ungeschminkter und ungefilterter Problemlagen, Bevölkerungsstimmungen und politischen Widerspruch sowie Missstände in Verwaltung und Verfehlungen von Funktionären. Die regionalen Berichte der Staatssicherheit sind somit – auch aufgrund ihrer Dichte – eine alltags- und sozialgeschichtliche Quelle ersten Ranges. Sie geben aussagekräftige Einblicke in die gesellschaftliche Wirklichkeit der DDR – freilich durch die geheimpolizeiliche Brille der Stasi mit deren spezifischen Verzerrungen.

Zweitens verweisen die Berichte – im regionalen Rahmen – auf ein Kernelement des DDR-Herrschaftssystems in der Honecker-Ära: die Entwicklung der Stasi von einer klassischen Geheimpolizei zu einem allgemeinen Kontrollorgan, welches alles ins Visier nahm, was die Stabilität des SED-Staates auch nur im Entferntesten beeinträchtigen konnte. Auf diesen untergeordneten territorialen Ebenen des Herrschaftssystems fungierte das MfS für die Partei tatsächlich als eine Art Ersatzöffentlichkeit, indem es dem Kreissekretär Informationen zugänglich machte, die im SED-Staat tabuisiert, aber für die politische Entscheidungsfindung von erheblicher Bedeutung waren – oder zumindest hätten sein können.

Drittens erfasst diese Quelle wichtige Aspekte der Gesellschaftsgeschichte der DDR. Herrschaft wird – mit Alf Lüdtke gesprochen – als »soziale Praxis« erkennbar. Es wird deutlich, dass auch in der Diktatur nicht nur der Staat handelt, sondern dass die Herrschaftswirklichkeit sich aus dem (auch manchmal überraschenden) Verhalten unterschiedlichster Akteure konstituiert. Verbreitete Unzufriedenheit, partielle Verweigerung, politisch unkorrekte Verhaltensweisen auch von Funktionären verweisen darauf, dass SED-Herrschaft unter dem Mantel von Propagandainszenierungen und äußerlicher Anpassung immer prekär war – selbst in den angeblich so stabilen Siebzigerjahren.

»Politisch-operatives Zusammenwirken«? Zur Rivalität von Staatssicherheit und Volkspolizei in der Ära Ulbricht

Neben der Staatssicherheit bildete das Ministerium des Innern mit seinen nachgeordneten Polizeikräften sowie der inneren Verwaltung einen weiteren wichtigen Repressionsapparat in der DDR. In vielen Bereichen griffen Maßnahmen der beiden Ministerien und nachgeordneten Einrichtungen ineinander oder bauten aufeinander auf: So überwachte die Volkspolizei beispielsweise entlassene politische Häftlinge, für deren Verurteilung zuvor der Staatssicherheitsdienst gesorgt hatte. Bestimmte Großveranstaltungen wiederum wurden nicht nur von der Bereitschaftspolizei demonstrativ abgesichert, sondern auch von Spitzeln der Geheimpolizei klammheimlich kontrolliert. Die Abteilungen Innere Angelegenheiten genehmigten DDR-Bürgern die Eheschließung mit Ausländern, wenn der Staatssicherheit dies politisch opportun erschien.¹ Und die Geheimpolizisten traten den Bürgern auch gern selbst unter der Legende von Volkspolizisten entgegen, weil sie lieber unerkant agierten.

Tatsächlich ließen sich die Arbeitsfelder der beiden Repressionsorgane schwer abgrenzen, besonders bei der Untersuchungstätigkeit. So sollten Alltagskriminalität und »kleinere« politische Delikte von der Kriminalpolizei verfolgt werden, wohingegen die Staatssicherheit bei politischem Widerstand und Spionage zuständig war. Doch diese Arbeitsteilung funktionierte nur in der Theorie; in der Praxis ließ sich eine klare Trennlinie kaum ziehen. In den vielen Grauzonen beanspruchten dann beide Apparate Zuständigkeiten – und gerieten darüber immer wieder in Konflikt miteinander. Nur in wenigen, politisch bedeutsamen Feldern besaß die Staatssicherheit ein unstrittiges Monopol, so etwa in der Auslandsspionage.²

Um die Einleitung repressiver Maßnahmen gegen die Bürger wie auch bürokratische Verfahrensfragen abzustimmen, bemühten sich Staatssicherheit und Volkspolizei offiziell um Abstimmung. Dies wurde als »politisch-operatives Zusammenwirken« bezeichnet und gegenüber der Öffentlichkeit nicht publik gemacht, in den eigenen Reihen aber auch nicht verheimlicht. Die Leitungskader beider Apparate kamen auf diese Weise regelmäßig zu Besprechungen zusammen. Dabei übergab die Volkspolizei

¹ Vgl. Budde, Heidrun: Willkür! Die Schattenseite der DDR. Rostock 2002, S. 493.

² Vgl. Schroeder, Klaus; Staadt, Jochen (Hg.): Feindwärts der Mauer. Das Ministerium für Staatssicherheit und die West-Berliner Polizei. Frankfurt/M. 2014.

beispielsweise auch Lageberichte und erörterte Grundsatzfragen ebenso wie strittige Einzelfälle mit der Geheimpolizei.

Daneben führte die Staatssicherheit auch (überwiegend leitende) Kader der Volkspolizei als Geheime Informatoren (GI), wie die Spitzel bis 1968 genannt wurden, bevor sie dann inoffizielle Mitarbeiter (IM) hießen. Auf dieser Ebene wurden streng vertrauliche, personenbezogene, oftmals diskreditierende Informationen über Kollegen, Vorgesetzte und Untergebene überreicht. Die Berichterstattung geschah schriftlich oder mündlich meist außerhalb der Dienstzeit in geheimen Quartieren, sogenannten konspirativen Wohnungen, und sollte sich in den Reihen der Volkspolizei keinesfalls herumsprechen. Oftmals testete die Staatssicherheit im »politisch-operativen Zusammenwirken« die Kooperationsbereitschaft ihrer offiziellen Ansprechpartner und warb sie gegebenenfalls dann als Spitzel. Zugleich setzten aber auch die Kriminalpolizei sowie weitere nachgeordnete Einrichtungen des Ministeriums des Innern Zuträger unter den Bürgern ein. Diese Spitzeltätigkeit unterlag wiederum in besonderem Maße der Kontrolle des Ministeriums bzw. Staatssekretariats für Staatssicherheit, das u. a. über Anwerbung und Beendigung der inoffiziellen Mitarbeit entschied.³

Das formal im Februar 1950 gebildete Ministerium für Staatssicherheit war aus der Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft im Ministerium des Innern hervorgegangen. Diesem Ministerium unterstanden weiterhin die aufgeblähte Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei, die 14 bis 17 (Haupt-)Abteilungen unter einem Dach vereinte,⁴ sowie das Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten, das unter Anleitung der SED allgemeine Richtlinien für die Verwaltung und die Personalpolitik im gesamten Staatsapparat entwarf. Für die Machtsicherung des neuen Regimes besonders wichtig war dabei die Volkspolizei, deren Leitungskader streng ausgesiebt worden waren – und deswegen auch eine deutlich geringere NS-Belastung aufwiesen als andere Bereiche des Ministeriums.⁵ So wurden die vorhandenen Kader intern immer wieder überprüft, obwohl das Personal-

³ Vgl. Das Arbeitsgebiet I der Kriminalpolizei. Aufgaben, Struktur und Verhältnis zum Ministerium für Staatssicherheit. Hg. BStU. Berlin 1994.

⁴ Vgl. Befehl 157/50 des Chefs der Deutschen Volkspolizei v. 15.12.1950; BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 50898.

⁵ Vgl. Bösch, Frank; Wirsching, Andreas: Die Nachkriegsgeschichte des Bundesministeriums des Innern (BMI) und des Ministeriums des Innern der DDR (Mdi) hinsichtlich möglicher personeller und sachlicher Kontinuitäten zur Zeit des Nationalsozialismus. Potsdam u. a. 2015, S. 113, 115.

tableau aufgrund der Verluste durch Krieg und Gefangenschaft begrenzt war und insbesondere Experten mit Fachkenntnissen fehlten.⁶

Trotz ihrer noch geringeren Personalstärke versuchte die Staatssicherheit mehr Zuständigkeiten im Bereich der inneren Sicherheit an sich zu ziehen und institutionell auf sich zu vereinen. So spielte im Juli 1952 die SED-Führung mit dem Gedanken, die Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei sowie die Transportpolizei formal dem Ministerium für Staatssicherheit zu unterstellen. Dieser Plan scheiterte dann am Einspruch der sowjetischen Berater, obwohl die angestrebte Lösung dem seinerzeitigen Moskauer Modell entsprochen hätte.⁷ Die intensive Bindung der Staatssicherheit an die sowjetischen Organe war, besonders bis Mitte der Fünfzigerjahre, ohnehin eine der Grundvoraussetzungen ihrer wichtigen Position im Herrschaftsgefüge des SED-Regimes.⁸

Ihre starke Stellung gegenüber der Volkspolizei wollte die Geheimpolizei insbesondere nutzen, um »offiziellen Einfluss auf die Besetzung von leitenden Funktionen« zu nehmen. Eine gezielte Kaderauslese sei essenziell – »die Forderungen betreffs Entlassungen oder Versetzungen müssen [vom Ministerium des Innern] anerkannt werden«. Dies sollte solche Mitarbeiter aussondern, die man für Anwerbungsversuche westlicher Geheimdienste für anfällig hielt und so die Schlagkraft des ganzen Ministeriums erhöhen. Durch eine gezielte Personalpolitik ließen sich ferner geeignete Kader für die eigenen Reihen rekrutieren, abgehalfterte eigene Mitarbeiter hingegen abschieben und im Ministerium des Innern jene Kader protegieren, die mit der Geheimpolizei geflissentlich kooperierten. Deswegen wollte die Staatssicherheit einen »guten und engen Kontakt« mit der Volkspolizei pflegen.⁹ Diesen Lippenbekenntnissen zum Trotz blieb das Verhältnis der beiden Apparate in der Praxis wechselhaft und vielschichtig, abhängig etwa von der »Chemie« zwischen den jeweiligen Leitungskadern, Partikularinteressen der beiden Apparate oder regionalen Besonderheiten.

⁶ Vgl. Kuschel, Franziska: Innere Sicherheit. In: ebenda, S. 120–130, hier 123.

⁷ Lindenberger, Thomas: Volkspolizei. Herrschaftspraxis und öffentliche Ordnung im SED-Staat 1952–1968. Köln 2003, S. 68.

⁸ Vgl. Engelmann, Roger: »Keine Maßnahmen sollen getroffen werden gegen die Meinung unserer Freunde«. Die Staatssicherheitspolitik der DDR in den Fünfzigerjahren zwischen sowjetischer Hegemonie und eigenen Konzepten. In: Diedrich, Torsten; Süß, Walter (Hg.): Militär und Staatssicherheit im Sicherheitskonzept der Warschauer-Pakt-Staaten. Berlin 2010, S. 55–76, hier 80.

⁹ Vgl. Dienstanweisung 1/51 des Ministeriums für Staatssicherheit über die operative Tätigkeit der Abteilung VII v. 14.3.1951; BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 2061.

Um die Einflussnahme zu optimieren, waren Geheime Informatoren vonnöten, also Informanten und Einflussagenten in den Reihen von Volkspolizei und Ministerium des Innern. So war bereits im Jahr 1951 etwa jeder zwölfte Leitungskader im Ministerium des Innern – die Chefs der Hauptabteilungen, deren Stellvertreter sowie Referatsleiter – zugleich inoffiziell für die Staatssicherheit tätig.¹⁰ An der Spitze der Volkspolizei stand seit 1950 Karl Maron, von 1955 bis 1963 zugleich Minister des Innern. Als kommunistischer Sportfunktionär und Journalist verkörperte er den berufsfremden Quereinsteiger, gar nicht untypisch für die Reihen der Volkspolizei. Als Angehöriger der Gruppe Ulbricht war er aus dem Moskauer Exil nach Ostberlin gekommen und galt als politisch zuverlässig.¹¹

Seine Polizeiverbände indes agierten bei der Volkserhebung vom 17. Juni 1953 vielfach hilflos.¹² Die Staatssicherheit versuchte zwar durch Vor-Ort-Einsätze (wie in der Stalinallee in Ostberlin) das Vorgehen der Volkspolizei zu dirigieren,¹³ doch trotz eines eigenen Operativstabes in Ostberlin bekamen die Polizeiverbände die Lage nicht in den Griff. Erst die sowjetischen Truppen gewannen das Gesetz des Handelns zurück und schlugen den Aufstand nieder.¹⁴ Trotzdem beurteilte die Geheimpolizei später die Kampf-moral der Polizeiverbände erstaunlich wohlwollend¹⁵ – möglicherweise mit dem Hintergedanken, sich die Volkspolizei so zu verpflichten und um das eigene Versagen in einem mildereren Licht erscheinen zu lassen. Fortan wollte die Staatssicherheit bei Personalüberprüfungen auch ermitteln, ob der Betreffende »ein schlechtes oder gutes Verhalten am 17. Juni gezeigt« hatte.¹⁶ Leitungskader, die in den dramatischen Stunden versagt hatten, ver-

¹⁰ Vgl. Lindenberger: Volkspolizei (Anm. 7), S. 78.

¹¹ Ebenda, S. 214.

¹² Vgl. Lindenberger, Thomas: Gesellschaft, Staatsgewalt und die Diktatur der Grenze(n): Das Beispiel Volkspolizei. In: Diedrich, Torsten; Kowalczyk, Ilko-Sascha (Hg.): Staatsgründung auf Raten? Die Auswirkungen des Volksaufstandes 1953 und des Mauerbaus 1961 auf Staat, Militär und Gesellschaft der DDR. Berlin 2005, S. 153–162, hier 156.

¹³ Vgl. Gesamtbericht der Abteilung VII über den Einsatz am 16. und 17. Juni 1953 v. 18.6.1953; BStU, MfS, SdM, Nr. 249, S. 91–94.

¹⁴ Vgl. Fricke, Karl Wilhelm; Engelmann, Roger: Der »Tag X« und die Staatssicherheit. Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat (Analysen und Dokumente 24). Berlin 2003, S. 121.

¹⁵ Vgl. Situationsbericht der Abteilung VII über den Zustand und die Stimmung der Deutschen Volkspolizei seit dem 17.6.1953 v. 20.6.1953; BStU, MfS, SdM, Nr. 249, S. 84–90.

¹⁶ Dienstanweisung 3/54 des Leiters der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Suhl v. 7.1.1954; BStU, MfS, BV Suhl, Abt. VII, Bdl., Nr. 550, S. 1–8.

mochte die Staatssicherheit in der Praxis aber trotz Rückendeckung der sowjetischen Berater nur dann aus ihren Ämtern zu drängen, wenn sie strafrechtlich zu belangen waren.¹⁷

Weil den Volksaufstand bereits im Vorfeld zu verhindern dem Ministerium für Staatssicherheit nicht gelungen war, wurde es auf Beschluss des Ministerrates vom 23. Juli 1953 zum Staatssekretariat degradiert und nun seinerseits dem Ministerium des Innern unterstellt. Auch lobte das ZK der SED auf seinem XV. Plenum (teils unzutreffend), die Volkspolizei habe sich bei dem Volksaufstand »gut gehalten« und durch ihren »energischen Einsatz wesentlich zur Wiederherstellung der Ordnung beigetragen«.¹⁸ Maron konnte jetzt bei der SED-Führung eine umfassende personelle Aufstockung der Volkspolizei erwirken, nachdem sein Ersuchen um Auffüllung von 9 000 Fehlstellen im Februar des gleichen Jahres vom Chef der Staatssicherheit Wilhelm Zaisser noch abgelehnt worden war.¹⁹

Trotzdem verschoben sich die Gewichte zwischen Geheimpolizei und Volkspolizei nicht so stark, wie das gewandelte Unterstellungsverhältnis vermuten lassen könnte. Weil die Staatssicherheit bald mehrere »Agenten« im Ministerium des Innern verhaften konnte, blieb dieses weiterhin angreifbar.²⁰ Die Kriminalpolizei konnte sich auch nicht durchsetzen, als sie bei der strafrechtlichen Verfolgung der Aufständischen stärker mitwirken wollte.²¹ Denn die Geheimpolizei hatte die Untersuchung »gegnerischer Tätigkeit« sowie politisch bedeutsamer Delikte (wie etwa Agententätigkeit, Vorkommnisse an der Staatsgrenze oder Waffenbesitz) bereits überwiegend an sich ziehen können.²²

Das wichtigste »Arbeitsmittel« der Geheimpolizei, die Informanten unter den Bürgern, nutzte freilich auch die Volkspolizei. Sie warb spätestens seit 1950 ebenfalls »V-Männer« an, doch duldete Zaisser diese Praxis nur

¹⁷ So etwa bei der Versetzung des Leiters der BDVP Gera 1955. Vgl. BStU, MfS, BV Gera, AOP, Nr. 46/55.

¹⁸ Rede von Otto Grotewohl v. 24. Juli 1953; BArch NY 4090/179, S. 295, zit. nach: Bispinck, Henrik; Danyel, Jürgen; Hertle, Hans-Hermann (Hg.): Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus. Berlin 2004, S. 97–112, hier 112.

¹⁹ Vgl. Lindenberger: Volkspolizei (Anm. 7), S. 56.

²⁰ Vgl. Vorschlag der Abteilung VII/3 zur Werbung eines inoffiziellen Mitarbeiters v. 9.10.1968; BStU, MfS, AIM, Nr. 12667/85, Bd. 1, S. 60–63.

²¹ Vgl. u. a. BStU, MfS, BV Gera, AOP, Nr. 46/55, S. 139–141.

²² Vgl. Lindenberger: Volkspolizei (Anm. 7), S. 70 f.

ungern.²³ Erst sein Nachfolger Ernst Wollweber gab der Volkspolizei im Herbst 1953 »grünes Licht« in dieser Sache, nicht zuletzt weil die sowjetischen Berater es so wünschten²⁴ – und weil Verbrechen nun auch präventiv bekämpft werden sollten, wozu vertrauliche Informationen nützlich sein konnten. Anfänglich »bremste« Maron sogar seine Untergebenen, da er viele für zu unerfahren zur Führung von Informanten hielt und Doppelwerbungen mit der Staatssicherheit befürchtete.²⁵ Diese konnte deswegen auch eine beabsichtigte Anwerbung von Informanten durch die Kriminalpolizei jederzeit ablehnen und den Fall übernehmen.²⁶

Zum Jahresende 1953 wurde die bereits vorherrschende Arbeitspraxis zulasten der Volkspolizei durch eine grundsätzliche Regelung weiter verfestigt. Die Leiter der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen der Staatssicherheit erhielten jetzt auch förmlich das Recht, nach Absprache »Amtshilfe vonseiten der VP in Anspruch zu nehmen«. Das Innenministerium ergänzte, dass damit nicht die »Ausführung von Befehlsgewalt« gemeint sei. Der Geheimpolizei war jedoch »in jeder Hinsicht Auskunft zu erteilen«, einschließlich der Einsichtnahme in Ermittlungsakten, Meldeunterlagen und Statistiken.²⁷ Dieser Zuschnitt der Kompetenzen, das »überproportionale personelle Wachstum« der Geheimpolizei, deren unzureichende Kontrolle durch andere Instanzen und ihre Arbeit mit Zuträgern führten mittelfristig zu einer »Dominanz des MfS gegenüber der Volkspolizei«.²⁸

²³ Vgl. [Vermerk] der Abteilung VII betr. VP-Kommissar v. 17.10.1950; BStU, MfS, AIM, Nr. 3980/57, S. 9.

²⁴ Vgl. Die Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Berlin und Sachsen: Der Beitrag des Arbeitsgebietes I der DDR-Kriminalpolizei zur politischen Überwachung und Repression. Dresden 1996, S. 20.

²⁵ Vgl. Aktennotiz über eine Besprechung bei Walter Ulbricht am 8.1.1954; BArch DY 30/IV 2/12/119, S. 1–9, abgedruckt in: Hoffmann, Dierk; Schmidt, Karl-Heinz; Skyba, Peter (Hg.): Die DDR vor dem Mauerbau. Dokumente zur Geschichte des anderen deutschen Staates 1949–1961. München 1993, S. 197–203.

²⁶ Vgl. Instruktion 1/55 des Chefs der Deutschen Volkspolizei zum Befehl 49/55: Arbeit mit den geheimen Mitarbeitern – Informatoren – der Kriminalpolizei v. 15.8.1955; BArch DO 1 2.2./56594.

²⁷ Anordnung 15/53 des Ministers des Innern betr. Zusammenarbeit des Staatssekretariats für Staatssicherheit mit den Organen der Deutschen Volkspolizei v. 8.12.1953; BArch DO 1 2.2./61912.

²⁸ Die Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Berlin und Sachsen: Der Beitrag des Arbeitsgebietes I der DDR-Kriminalpolizei zur politischen Überwachung und Repression. Dresden 1996, S. 12.

Ulbricht bemängelte wohl auch deswegen im Januar 1954 die »Überheblichkeit einiger Angehöriger der Staatssicherheit gegenüber der Volkspolizei«. ²⁹ Wohl weil eine zu große Asymmetrie der Machtverhältnisse zwischen den beiden Apparaten nicht im Interesse der Herrschenden lag, wandte er sich auch gegen eine Unterstellung der Volkspolizei unter die Geheimpolizei, was seinerzeit im Raume stand. Die sowjetischen Chefberater drängten jetzt darauf, dass die 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen die Spitzen der beiden Repressionsapparate in ihren Bezirken regelmäßig zusammenrufen und zur Kooperation anhalten sollten. ³⁰

Allerdings agierten nicht alle Leitungskader des Ministeriums des Innern in vorauseilendem Gehorsam, sondern gehorchten eigenen Interessen, nahmen es mit ihren Informationspflichten nicht so genau oder erledigten Zuarbeiten nur unwillig oder mit enormer Verzögerung. In der Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei etwa führte die Staatssicherheit zwar viele Zuträger, doch agierten diese weitgehend lustlos, weil ihre Führungsoffiziere so oft wechselten. Auf der obersten Ebene der Polizeiführung untersagte Wollweber die Anwerbung von Zuträgern sogar ganz, ³¹ wohl weil offizielle Arbeitskontakte dies überflüssig machten. Die Spitzel selbst standen ohnehin in einem Loyalitätskonflikt und waren den Bemühungen ihrer Kollegen ausgesetzt, die »Verräter« in ihrer Mitte zu enttarnen. ³² Die spätere Anwerbepaxis lässt allerdings erkennen, dass sich die Staatssicherheit keineswegs davon beeindrucken ließ.

Im November 1955 wurde die Unterstellung des Staatssekretariats für Staatssicherheit unter das Ministerium des Innern wieder aufgehoben und der Geheimpolizei erneut der Rang eines Ministeriums verliehen. Die Inneren Truppen verblieben beim Staatssicherheitsdienst und wurden im Mai 1956 aus taktischen Gründen in Bereitschaftspolizei umbenannt. ³³ Mit der

²⁹ Aktennotiz der Abteilung für Sicherheitsfragen v. 9.1.1954; BArch DVW 1/39584, S. 1–9.

³⁰ Vgl. Lindenberger: Volkspolizei (Anm. 7), S. 69.

³¹ Vermerk über die Dienstbesprechung mit der Abteilung VII v. 12.1.1955; BStU, MfS, SdM, Nr. 1920, S. 100–104.

³² Für vergleichbare Tendenzen zu dieser Zeit etwa im Justizbereich vgl. Engelmann, Roger: Staatssicherheitsjustiz im Aufbau. Zur Entwicklung geheimpolizeilicher und justitieller Strukturen im Bereich der politischen Strafverfolgung 1950–1963. In: Ders.; Vollnhals, Clemens (Hg.): Justiz im Dienste der Parteiherrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR (Analysen und Dokumente 16). Berlin 1999, S. 133–164, hier 142.

³³ Vgl. Steike, Jörg: Von den »Inneren Truppen« zur Bereitschaftspolizei (1953–1990). In: Diedrich, Torsten; Ehlert, Hans; Wenzke, Rüdiger (Hg.): Im Dienste der

förmlichen Bildung des Verteidigungsministeriums im Januar 1956 erhielten zudem die kasernierten Einheiten der Volkspolizei ein eigenes Ressort. Das Ministerium des Innern fungiert daher in dieser Zeit »vor allem als getarnter Aufbaustab für nationale Streitkräfte, dann Polizeizentrale und nur an dritter Stelle auch staatliche Innenverwaltung«. ³⁴ Im Falle eines Ausnahmezustandes jedoch, so wurde im November 1956 entschieden, hätte die Staatssicherheit die Befehlsgewalt auch über Volkspolizei und Kampfgruppen übernommen (und die über Bereitschaftspolizei, Grenzpolizei und Transportpolizei ohnehin ausgeübt). ³⁵

Obwohl die Anliegen der Geheimpolizei stets Vorrang hatten, war das Verhältnis zur Volkspolizei in der Praxis auch von Abstimmungsproblemen, Rivalitäten, persönlichen Animositäten und Ressortegoismen geprägt. So hieß es etwa zu den Kontakten der beiden Repressionsapparate in Ost-Berlin: »die Verbindung zum VP-Präsidium ist nicht die allerbeste«. ³⁶ Reibungsloser (wenngleich gesetzeswidrig) verlief offenbar die Kooperation in Halle, wo Mitarbeiter der Staatssicherheit in Zivil Streit mit stadtbekanntem Unruhestiftern in Gaststätten provozierten, um diese dann, wie zuvor vereinbart, durch die Volkspolizei festnehmen zu lassen. ³⁷

Besonders schwierig war die Abgrenzung der Arbeitsfelder bei der Bearbeitung sogenannter »Abwerber«. Diese machte man irrtümlicherweise für die massenhafte Flucht von DDR-Bürgern in den Westen verantwortlich, was die Kriminalpolizei bekämpfen sollte. Die Staatssicherheit hingegen wollte eingreifen, sobald westliche »Geheimdienste, Agentenorganisationen und Spionagezentralen« involviert waren ³⁸ – eine den eigenen Feindperzeptionen geschuldete, wenig praktikable Arbeitsteilung. Seit August 1955 räumte

Partei. Handbuch der bewaffneten Organe in der DDR. Berlin 1998, S. 69–95, hier 71.

³⁴ Wagner, Armin: Walter Ulbricht und die geheime Sicherheitspolitik der SED. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR und seine Vorgeschichte (1953–1971). Berlin 2002, S. 267.

³⁵ Diedrich, Torsten: Die Grenzpolizei der DDR (1946–1961). In: Ders.; Ehlert, Hans; Wenzke, Rüdiger (Hg.): Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe in der DDR. Berlin 1998, S. 201–223, hier 213.

³⁶ Schreiben der Abteilung VII Szinda an Beater betr. Umsetzung der Abteilung VII der Verwaltung Groß-Berlin v. 21.3.1957; BStU, MfS, BV Potsdam, KS II, Nr. 132/88, S. 200 f.

³⁷ Vgl. Bericht der Abteilung Sicherheitsfragen über den Instrukteurseinsatz in der Bezirksverwaltung Halle v. 17.1.1955; BStU, MfS, Diszi 6273/92, ZA 21181, S. 31–46.

³⁸ Vorschläge [des MfS] zur Ergänzung des Befehls des Chefs der DVP 23/56 o. D.; BArch DO 1 2.2./58046.

Wollweber der Westarbeit der Geheimpolizei ohnehin oberste Priorität ein.³⁹ In der Praxis zog die Staatssicherheit jedoch »wahllos« Vorgänge an sich, wie die Kriminalpolizei kritisierte.⁴⁰

In dem einschlägigen Befehl des Ministers des Innern hieß es dann lediglich, die Staatssicherheit sei bei Ermittlungsverfahren wegen Abwerbung »zu informieren«.⁴¹ Wollweber interpretierte dies so, dass die Volkspolizei »verpflichtet [sei], uns zu unterstützen und mit uns zusammenzuarbeiten zur Bekämpfung der Republikflucht«.⁴² Doch trotz dieser Grabenkämpfe hatte die Kriminalpolizei seinerzeit an der politischen Verfolgung in der DDR noch den größeren Anteil: In den Jahren 1957–1958 führte sie insgesamt 27 570 Ermittlungsverfahren wegen »Staatsverbrechen und Verbrechen gegen die Tätigkeit der staatlichen Organe«, die Staatssicherheit hingegen nur 4 183 Verfahren. Ähnlich verhielt es sich mit Fällen »staatsgefährdender Propaganda und Hetze«. Die Quantitäten täuschen aber darüber hinweg, dass die Staatssicherheit stets »die schwersten Fälle« bearbeitete.⁴³

Ulbricht bemühte sich seinerzeit, die Auswirkungen der »Tauwetterphase« nach dem XX. Parteitag der KPdSU auf seine Herrschaft zu begrenzen, wozu er der Staatssicherheit »Überspitzungen« in der Verfolgungspraxis attestierte und Wollweber im Oktober 1957 ablösen ließ.⁴⁴ Die Akzente verschoben sich weiter, als im gleichen Jahr Volkspolizeioffiziere die Posten der Kommandeure und Stabschefs in den SED-Einsatzleitungen in den Bezirken und Kreisen übernahmen.⁴⁵ In der Volkspolizei registrierte man mit

³⁹ Vgl. Fricke, Karl Wilhelm; Engelmann, Roger: »Konzentrierte Schläge«. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956. Berlin 1998, S. 223.

⁴⁰ Stellungnahme der Hauptabteilung K zum Ergänzungsvorschlag v. 12.10.1956; BArch DO 1 2.2./58046.

⁴¹ Befehl 23/56 des Ministers des Innern betr. Abwerbung von Bürgern der DDR v. 31.8.1956; ebenda.

⁴² Vermerk über die Dienstbesprechung in der KD Lichtenberg am 16.5.1956; BStU, MfS, SdM, Nr. 1921, S. 404–407.

⁴³ Anlage Nr. 10 zum Protokoll der Sitzung des Politbüros v. 21.4.1959; BArch DY 30 J IV 2/2-642.

⁴⁴ Zit. nach: Engelmann, Roger; Schumann, Silke: Kurs auf die entwickelte Diktatur. Walter Ulbricht, die Entmachtung Ernst Wollwebers und die Neuausrichtung des Staatssicherheitsdienstes 1957 (BF informiert 1/1995). Berlin 1995, S. 6; Engelmann, Roger: Lehren aus Polen und Ungarn 1956. Die Neuorientierung der DDR-Staatssicherheit als Resultat der Entstalinisierungskrise. In: Ders.; Großbölting, Thomas; Wentker, Hermann (Hg.): Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen. Göttingen 2008, S. 281–296, hier 285.

⁴⁵ Vgl. u. a. Lindenberger: Volkspolizei (Anm. 7), S. 164.

Genugtuung, dass im Falle eines inneren Konflikts nicht länger die Staatssicherheit das Sagen hatte, weil diese in »Probeübungen« in operativen Fragen überfordert gewesen sei.⁴⁶ Die Geheimpolizei wollte aber weiterhin auf offizieller Arbeitsebene über alle desertierten Volkspolizisten informiert werden, darüber hinaus jedoch inoffiziell Loyalitäten und moralische Fehltritte von Volkspolizisten aufspüren, um etwaige Fahnenfluchten schon im Ansatz vereiteln zu können.⁴⁷

Nach heftiger Kritik der obersten Parteiführung bereits im März 1958⁴⁸ verfügte die Sicherheitskommission des Politbüros im August 1959 ein umfangreiches personelles Revirement im Ministerium des Innern.⁴⁹ Der vormalige Leiter der Hauptabteilung Kriminalpolizei Richard Dombrowsky wurde nach seinem Ausscheiden zur inoffiziellen Mitarbeit bei der Staatssicherheit verpflichtet (und kam dieser Aufgabe 14 Jahre lang nach).⁵⁰ Der Grund für seinen Rücktritt, seine 1959 bekannt gewordene vormalige Zugehörigkeit zur Sturmabteilung (SA),⁵¹ stand dem nicht entgegen bzw. war seiner Bereitschaft zu einer zuverlässigen Berichterstattung vielleicht sogar förderlich.

Einheiten von Grenzpolizei, Bereitschaftspolizei, Schutzpolizei und Kampfgruppen beteiligten sich dann an der Abriegelung Westberlins am 13. August 1961. Angeleitet wurden sie dabei von Willi Seifert, der als Chef des Stabes des Ministeriums des Innern dem zentralen Einsatzstab der NVA angehörte.⁵² Gleichwohl lief die Kooperation zwischen Staatssicherheit und Volkspolizei in den Tagen des Mauerbaus alles andere als reibungslos.⁵³ Und unmittelbar nach der Abriegelung der Sektorengrenze wurde eine neue Instruktion des Innenministeriums zur Genehmigung der Auslandsreisen von DDR-Wissenschaftlern bereits am Tage der Vorlage bei Innenminister Friedrich Dickel in den Westmedien veröffentlicht.⁵⁴ Die Staatssicherheit

⁴⁶ Vgl. [Bericht des GI] »Robert« v. 21.5.1957; BStU, MfS, AIM, Nr. 794/61, Bd. 1, S. 99 f.

⁴⁷ Vgl. Arbeitsrichtlinie der Abteilung VII für die Abwehrarbeit der Abteilung VII/2 v. 1.2.1957; BStU, MfS, DSt. 101111, S. 1.

⁴⁸ Vgl. Lindenberger: Volkspolizei (Anm. 7), S. 108 f., 113 u. 115–118.

⁴⁹ Vgl. Auszug aus dem Protokoll der 26. Sitzung der Sicherheitskommission des Politbüros am 3.8.1959; BStU, MfS, SdM, Nr. 408, S. 97 f.

⁵⁰ Vgl. BStU, MfS, AGMS, Nr. 15941/82.

⁵¹ Vgl. Bösch; Wirsching: Die Nachkriegsgeschichte des BMI (Anm. 5), S. 119.

⁵² Vgl. Lindenberger: Volkspolizei (Anm. 7), S. 64.

⁵³ Vgl. Abschrift eines IM-Berichtes v. 15.10.1968; BStU, MfS, AIM, Nr. 20223/80, S. 143–145.

⁵⁴ Vgl. Die Welt v. 19.8.1961; BStU, MfS, AOP, Nr. 19015/62, S. 81.

suchte daraufhin nach der undichten Stelle in der Hauptabteilung Pass- und Meldewesen und das Ministerium des Innern hatte so weiterhin einen schweren Stand bei der SED-Führung.

Vor diesem Hintergrund konnte die Staatssicherheit in diesen Jahren ihre Vorrangstellung institutionell festigen. Mit den sogenannten Operativgruppen wurden ab 1959 viele ihrer hauptamtlichen Mitarbeiter notdürftig legendiert in speziellen Struktureinheiten auf verschiedenen Ebenen besonders in der Kriminalpolizei zusammengefasst.⁵⁵ Sie sollten solche Verbrechen untersuchen, die sich nur unter Mithilfe von Spitzeln sowie anderer geheimpolizeilicher Mittel aufklären ließen. Insgesamt waren im Jahre 1961 in der gesamten DDR rund 2 000 Angehörige der Kriminalpolizei (bzw. der Staatssicherheit) für eine solche Arbeit mit Spitzeln »bestätigt« (und wurden dementsprechend von den Operativgruppen angeleitet), während die anderen Dezernate der Kriminalpolizei zusammen knapp 5 900 Mitarbeiter hatten.⁵⁶ Im Jahre 1964 erhielten die Operativgruppen dann ihre bis zuletzt gültige Bezeichnung als Arbeitsgebiet I der Kriminalpolizei, zuständig für die Verfolgung – auch und gerade mit Spitzeln – von Staatsverbrechen, Verbrechen gegen die »allgemeine Sicherheit« sowie »andere schwere Verbrechen«.⁵⁷

Zusammen mit anderen strukturellen Veränderungen wurde zu Beginn der Sechzigerjahre eine »effizienzsteigernde Reform der Sicherheitsarchitektur« erreicht, die jedoch einen deutlichen Machtverlust für das Ministerium des Innern bedeutete.⁵⁸ So wurde die Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei unter ihrem letzten Leiter Hans-Hugo Winkelmann zum Jahresende 1962 aufgelöst. Die Volkspolizei konnte auch ihre personelle Stärke von über 60 000 Mann zu Beginn des Jahrzehnts nicht halten, wohingegen

⁵⁵ Vgl. Befehl 24/59 des Ministers des Innern zur Bildung einer Operativ-Abteilung der HVDVP v. 16.5.1959; BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 50174.

⁵⁶ Vgl. Aktennotiz der Operativ-Abteilung der HV Deutsche Volkspolizei v. 24.7.1961; ebenda.

⁵⁷ Vgl. Rosinger, Hartmut: K I. Studie zur Tätigkeit des Arbeitsgebietes I der Kriminalpolizei und seines Zusammenwirkens mit dem Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR. Hg. v. Bürgerkomitee des Landes Thüringen e.V. Zella Mehlis 2003, S. 15.

⁵⁸ Heitmann, Clemens: Trotz Volksaufstand und Mauerbau: Die kontinuierliche Militarisierung der DDR-Gesellschaft – dargestellt am Beispiel des ostdeutschen Roten Kreuzes in den Jahren 1952 bis 1982. In: Diedrich, Torsten; Kowalczyk, Ilko-Sascha (Hg.): Staatsgründung auf Raten? Die Auswirkungen des Volksaufstandes 1953 und des Mauerbaus 1961 auf Staat, Militär und Gesellschaft der DDR. Berlin 2005, S. 317–339, hier 337.

der Staatssicherheitsapparat kontinuierlich wuchs.⁵⁹ Bereits im Mai 1961 warf die Zentrale Parteikontrollkommission (ZPKK) dem Ministerium des Innern abermals mangelnde Loyalität vor⁶⁰ und im März 1963 attestierte die Abteilung für Sicherheitsfragen ideologische Aufweichung, etwa weil Volkspolizisten wiederholt gemeinsam westliche Radiosender hörten,⁶¹ wie vermutlich die Staatssicherheit herausgefunden und gemeldet hatte. Etliche Abteilungsleiter im Ministerium des Innern wurden daraufhin ausgetauscht, nicht allerdings der »ewige« Stellvertreter Willi Seifert, obwohl er auch schon im Vorjahr heftig kritisiert worden war.⁶² Jedoch wurde der Minister des Innern Karl Maron abgelöst und im November 1963 durch Friedrich Dickel ersetzt. In den SED-Einsatzleitungen in den Bezirken und Kreisen musste die Volkspolizei ihre Führungs- und Leitungsfunktion 1965 an die NVA abgeben.⁶³

Dickel blickte auf eine lange Karriere als Spanienkämpfer und Agent des sowjetischen Auslandsspionagedienstes GRU (Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije) zurück. Im Mai 1947 hatte er als subalternen Mitarbeiter des Kommissariates 5 (K 5) bei der Kriminalpolizei in Leipzig seinen Dienst angetreten und war durch eine rasante Karriere zum stellvertretenden Verteidigungsminister aufgestiegen. Wegen »Unklarheiten« bei einem länger zurückliegenden Spionageauftrag für die sowjetische Seite wurde er jedoch 1957 von der Staatssicherheit »operativ bearbeitet«.⁶⁴ Dickel kritisierte Untergebene zwar rabiat, arbeitete ansonsten aber wohl vorausschauend und umsichtig,⁶⁵ was sich offenbar auch auf das Verhältnis der beiden Apparate auswirkte: Leitende Kader des Ministeriums des Innern waren anders als zuvor nun zur Zusammenarbeit mit der Geheimpolizei bereit.⁶⁶ Ab 1964 durften auch der Leiter der für das Innenministerium zuständigen Hauptabteilung VII der Staatssicherheit und sein Stellvertreter an den Kollegi-

⁵⁹ Vgl. Lindenberger: Volkspolizei (Anm. 7), S. 65.

⁶⁰ Ebenda, S. 120.

⁶¹ Vgl. Lindenberger, Thomas: Die Deutsche Volkspolizei (1945–1990). In: Diedrich, Torsten; Ehlert, Hans; Wenzke, Rüdiger (Hg.): Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe in der DDR. Berlin 1998, S. 97–152, hier 128.

⁶² Vgl. Lindenberger: Volkspolizei (Anm. 7), S. 66 u. 120.

⁶³ Ebenda, S. 164.

⁶⁴ Vgl. Herbst, Andreas: Friedrich Dickel – GRU-Agent, NVA-General und Innenminister der DDR. In: Ehlert, Hans; Wagner, Armin (Hg.): Genosse General. Die Militärelite der DDR in biografischen Skizzen. Berlin 2003, S. 191–208.

⁶⁵ Vgl. Lindenberger: Die Deutsche Volkspolizei (1945–1990) (Anm. 61), S. 97–152, hier 128.

⁶⁶ Vgl. [Beurteilung von] O., F. [durch das MfS] v. 4.2.1965; BStU, MfS, AKK, Nr. 10740/88, S. 59–64.

umssitzungen des Ministeriums des Innern teilnehmen und gewannen so weitere Einblicke in dessen Apparat.⁶⁷

Kaderentscheidungen auf der obersten Führungsebene des Ministeriums des Innern wurden Mitte der Sechzigerjahre zwischen dem ZK-Sekretär für Sicherheitsfragen, Erich Honecker, dem stellvertretenden Leiter der Abteilung Sicherheitsfragen Bruno Wansierski und Innenminister Friedrich Dickel entschieden. Die Staatssicherheit hatte dabei nicht nur die Kader auf Zuverlässigkeit hin zu überprüfen, sondern bei Beförderungen oder Versetzungen der zweiten Garde sogar mehrere Kandidaten zur Entscheidung vorzuschlagen.⁶⁸ Für die Staatssicherheit nützlich war beispielsweise, dass sich Friedrich Hoppe im Juni 1964 vom seinerzeitigen Leiter der Hauptabteilung VII Erich Jamin »nach langem Zureden« als Leiter der Hauptabteilung Kriminalpolizei einsetzen ließ.⁶⁹ Er hatte bereits als Leiter der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei (BDVP) Leipzig von 1958 bis 1963 inoffiziell für die Staatssicherheit gearbeitet⁷⁰ und hielt seine Untergebenen zur Kooperation mit der Geheimpolizei an,⁷¹ die zudem von früheren dienstlichen Verfehlungen Hoppes wusste.⁷² Da er in seiner neuen Funktion allerdings nicht so häufig die Rückendeckung der Staatssicherheit suchte wie sein Vorgänger, ließ diese ihn mittelfristig fallen. »Ein Wink von der Spitze des MfS hätte doch wahrscheinlich genügt«, damit er in seiner Position hätte bleiben können, wie man in seiner Umgebung feststellte.⁷³ So aber ließ die Abteilung Sicherheitsfragen ihn im Sommer 1969 wieder ablösen.⁷⁴

Zunehmend eigensinnig gegenüber der Staatssicherheit zeigte sich auch der erwähnte Stellvertretende Minister des Innern und Chef des Stabes Willi Seifert, der im Februar 1965 die übliche Weitergabe von Berichten über besondere Vorkommnisse mit Volkspolizisten an die Staatssicherheit untersagte. Nach deren Intervention wurde innerhalb von zehn Tagen der alte

⁶⁷ Vgl. Schreiben von Dickel an Mielke v. 23.12.1963; BStU, MfS, SdM, Nr. 1162, S. 8.

⁶⁸ Vgl. Aktennotiz der Hauptabteilung VII v. 27.1.1964; BStU, MfS, GH, Nr. 121/86, Bd. 1, S. 95 f.

⁶⁹ Vgl. Niederschrift [eines IM] über die Aussprache mit Genossen Oberst der K Hoppe v. 1.8.1969; BStU, MfS, AIM, Nr. 20223/80, S. 153–157.

⁷⁰ Vgl. BStU, MfS, HA VII, Nr. 5703, S. 74 f.

⁷¹ Vgl. Einschätzung der Abteilung VII der Bezirksverwaltung Leipzig v. 5.12.1960; BStU, MfS, AIM, Nr. 20223/80, S. 90–93.

⁷² Vgl. Schreiben der Abteilung VII an den Chef der Verwaltung Brandenburg v. 3.2.1951; BStU, MfS, BV Potsdam, AP, Nr. 4144/54, S. 2.

⁷³ Vgl. Niederschrift [eines IM] über die Aussprache mit Genossen Oberst der K Hoppe v. 1.8.1969; BStU, MfS, AIM, Nr. 20223/80, S. 153–157.

⁷⁴ Vgl. Abschrift eines IM-Berichts der Hauptabteilung VII/1 v. 25.3.1969; BStU, MfS, AIM, Nr. 20223/80, S. 78 f.

Zustand wiederhergestellt.⁷⁵ Im Vorjahr hatte der Minister des Innern Seifert bereits wegen schlechter Arbeitsweise sowie weiterer Verfehlungen gemäßregelt, wie er Jamin offenherzig berichtete.⁷⁶ Insgesamt ist davon auszugehen, dass sich das Verhältnis von Staatssicherheit und Volkspolizei im Verlauf der Sechzigerjahre »etwas verbesserte«.⁷⁷

Die Abteilung Sicherheitsfragen diagnostizierte indes im Mai 1965, die Staatssicherheit habe zu viele Aufgaben vom Ministerium des Innern übernommen und darüber die inoffizielle Arbeit vernachlässigt. »Darüber hinaus halten wir es für unzweckmäßig, dass die Mitarbeiter der Staatssicherheit in diesen Organen zu stark offiziell in Erscheinung treten, d. h. an Dienstberatungen, Schulungen usw. teilnehmen.«⁷⁸ Offenbar versuchte die oberste Parteiführung jetzt zu großer Dominanz der Staatssicherheit entgegenzuwirken. Allerdings kritisierte die Abteilung Sicherheitsfragen im August 1965 auch wieder das Ministerium des Innern: dessen Personal sei überaltert und es herrsche ein »routine- und beamtenmäßiger Arbeitsstil«, den auch Dickel nicht habe beseitigen können. Jüngste Strukturveränderungen und Versetzungen hätten die operativen Kräfte der Volkspolizei eher geschwächt als gestärkt.⁷⁹ Tatsächlich führten weitere Umstrukturierungen bis zum Jahre 1968 wieder zur Ausweitung der Stellvertreterbereiche auf vier, stärkten die Bedeutung der Stäbe und erlaubten eine komplexere Führungstätigkeit.⁸⁰ Möglicherweise trug dies dazu bei, dass beim Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in die ČSSR im Jahre 1968 »das Zusammenwirken [der Hauptabteilung Kriminalpolizei] mit dem MfS in allen Richtungen gut organisiert« war.⁸¹

In der Ära Walter Ulbricht rivalisierten Geheimpolizei und Volkspolizei somit unter den damaligen Rahmenbedingungen vergleichsweise offen miteinander: Die Sicherheitsarchitektur des Regimes war noch nicht zementiert, die Einflussphären waren noch nicht klar abgesteckt, die Unterstellungsver-

⁷⁵ Vgl. Aktenvermerk der Hauptabteilung VII/B v. 10.3.1965; BStU, MfS, GH, Nr. 121/86, Bd. 1, S. 14.

⁷⁶ Vgl. Aktenvermerk der Hauptabteilung VII/1 v. 24.1.1964; ebenda, S. 2.

⁷⁷ Lindenberger: Volkspolizei (Anm. 7), S. 76.

⁷⁸ Bericht der Abteilung für Sicherheitsfragen über den durchgeführten Brigadeinsatz der Abteilung für Sicherheitsfragen in der Hauptabteilung VII v. 25.5.1965; BStU, MfS, SdM, Nr. 412, S. 150–160.

⁷⁹ Vgl. Tonbandabschrift [des Bericht des] GI »Peters« v. 21.9.1965; BStU, MfS, BV Gera, AIM, Nr. 1755/70, Bd. I, S. 277–281.

⁸⁰ Vgl. Lindenberger: Volkspolizei (Anm. 7), S. 176.

⁸¹ Abschrift eines IM-Berichtes v. 15.10.1968; BStU, MfS, AIM, Nr. 20223/80, S. 143–145.

hältnisse wechselten mehrfach, die Parteiführung änderte häufiger den Kurs in der Sicherheitspolitik und dem gesamten Repressionsapparat standen in den Nachkriegsjahren geringere materielle und personelle Ressourcen zur Verfügung. Vielleicht auch den stärkeren Feindperzeptionen im »Kalten Krieg« geschuldet waren die Interessensphären der beiden Ministerien wohl noch härter umkämpft als in den späteren Jahren.

In der Ära Honecker verlief das Verhältnis der beiden Repressionsorgane dann insgesamt in ruhigeren Bahnen. Das Ministerium für Staatssicherheit gelangte in eine immer stärkere Position gegenüber dem Ministerium des Innern: Die Geheimpolizei konnte dessen Kaderpolitik steuern, Sachentscheidungen beeinflussen und dessen nachgeordnete Dienststellen bei Bedarf »vor den eigenen Karren spannen«. Bestimmte Ressortegoismen, persönliche Animositäten der Leiter sowie die immer noch schwierige Abgrenzung der Zuständigkeiten (insbesondere bei der Ermittlungstätigkeit) führten aber auch weiterhin zu Streitigkeiten.⁸² Der Anspruch des »politisch-operativen Zusammenwirkens« der beiden Apparate entsprach insgesamt so wenig der Praxis, dass »politisch-operatives Nichtzusammenwirken« mitunter die treffendere Bezeichnung gewesen wäre.

⁸² Vgl. u. a. Wunschik, Tobias: Risse in der Sicherheitsarchitektur des SED-Regimes. Staatssicherheit und Ministerium des Innern in der Ära Honecker. In: Deutschland Archiv 44 (2011) 2, S. 200–207.

Die Sichtbarkeit der geheimen Polizei. Zur öffentlichen Darstellung und Wahrnehmung der Staatssicherheit im DDR-Alltag

Auf den ersten Blick scheint die Angelegenheit klar: Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) arbeitete, wie es sich für eine Geheimpolizei schon dem Wortlaut nach von selbst versteht, im Geheimen. Seine öffentlichen Auftritte unter offener institutioneller Bezeichnung beschränkten sich auf das Erscheinen des Ministers zu Feier- und Parteitag und die damit verbundenen Verlautbarungen. Die tatsächlichen Haupttätigkeiten des MfS fanden hingegen *per definitionem* hinter Mauern, in Sperrgebieten oder eigens zu diesem Zweck unterhaltenen Wohnungen statt und das MfS-Personal trat überwiegend in Uniformen und mit Dienstausweisen anderer Staatsinstitutionen auf. So ließ sich die Fiktion pflegen, dass das MfS, wie Nachrichtendienste anderer Staaten auch, im Grunde nur eine an den Randbereichen des gesellschaftlichen Lebens tätige Wächtereinrichtung war, die Staatsfeinde beobachtete und Spione fing. Damit war das legitimierende wie beschwichtigende Angebot gegenüber der breiten Bevölkerung verbunden, die Staatssicherheit als etwas für das eigene Leben Irrelevantes zu verstehen – eine Deutung, die uns bis heute in Rückblicken von Ostdeutschen auf das »normale Leben« in der DDR begegnet.¹

Dem stand jedoch die tatsächliche Funktion des MfS als Droh- und Kontrolleinrichtung gegenüber der gesamten Gesellschaft entgegen – eine Funktion, die breite Präsenz erforderte. Der Kult des Geheimen übersetzte

¹ Vgl. die Überlegungen zu diesem Phänomen bei Wierling, Dorothee: Die Stasi in der Erinnerung. In: Gieseke, Jens (Hg.): Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR. Göttingen 2007, S. 187–208. Mary Fulbrook hat dieses Erinnerungsmuster auch als eigenen Befund übernommen, ohne die offenkundige Schlagseite ihres Interview-Samples von 271 ehemaligen DDR-Bürgern aus Ostberlin (Lichtenberg, Marzahn, Treptow-Köpenick) und Umland (Königs Wusterhausen) sowie Eisenhüttenstadt zu reflektieren, also einer Gruppe von Befragten, bei denen »staatsnahe« und »ostalgische« Haltungen der einstigen DDR-Dienstklasse mit hoher Wahrscheinlichkeit stark überrepräsentiert waren. Nicht übermäßig überraschend haben diese Befragten zu 60 % jegliche persönliche Erfahrung von Bedeutung mit dem MfS bestritten. Weitere 20 % ließen erkennen, dass sie mit dem MfS nur positive Erinnerungen, z. B. als dessen Mitarbeiter, verbanden. Vgl. Fulbrook, Mary: »Normalisation« in the GDR in Retrospect: In: Dies. (Hg.): Power and Society in the GDR 1961–1979. The »Normalisation of Rule«? Oxford, New York 2009, S. S. 278–319, hier S. 310–316.

sich deshalb in ein facettenreiches, fein abgestuftes, zuweilen kurios anmutendes Wechselspiel zwischen sichtbarer und unsichtbarer Präsenz – in eine spezielle Art der Kommunikation zwischen Staatsmacht und Gesellschaft.²

Es ist deshalb für das Verständnis des MfS als sozialem Faktor lohnend, den Blick zu wenden und – jenseits des Kenntnisstandes über die tatsächliche Ausbreitung des Überwachungsstaates – nach den Auftrittformen der Institution MfS im Alltagsleben der DDR zu fragen: die Behandlung in den Massenmedien der DDR (und der Bundesrepublik), die Präsenz in Formation und Uniform im öffentlichen Raum, die mehr oder weniger versteckte Thematisierung in geförderter, erlaubter oder verbotener Literatur oder anderen künstlerischen Verarbeitungen, die Tätigkeit als Genehmigungs- und Kontrollorgan bei Anlässen wie Westreisen oder in Geheimschutzbelangen, der persönliche Auftritt von MfS-Leuten im Wohngebiet oder am Arbeits- und Ausbildungsplatz bei der Sammlung von Auskünften, die Ansprache zur Anwerbung als Informanten sowie schließlich die unmittelbare Konfrontation im Moment eines Verhörs oder einer Verhaftung. Jede solche Begegnung hinterließ ihre Spuren in den individuellen Wahrnehmungshorizonten und formte die informelle Kommunikation über »die Stasi« in den kleinen Öffentlichkeiten des persönlichen Umfelds per Andeutungen, Witzen oder sprechendem Schweigen. Und sie prägte das Verhalten von DDR-Einwohnern in den unterschiedlichen Sphären ihres Lebensalltags.

Voranzuschicken ist schließlich, dass das so generierte Bild des (etwas vereinfachend sogenannten) »Stasi-Mythos« nicht als durch und durch absichtsvoll geplante Strategie des MfS bzw. der SED begriffen werden soll. Zweifellos gab es entsprechende dienstliche Verhaltensregeln und Propagandakonzepte.³ Aber das Erscheinungsbild war auch gespeist aus unkontrollierten Einflüssen, persönlichen Erfahrungen und gesellschaftlich tradierten Bildern. Es handelte sich mithin um eine Spielart der vielzitierten

² Vgl. Sievers, Burkard: Geheimnis und Geheimhaltung in sozialen Systemen. Opladen 1974, S. 19–35.

³ Vgl. zur Propagandaarbeit Engelmann, Roger; Joestel, Frank: Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (MfS-Handbuch). Berlin 2009, S. 42–59; die einschlägigen Dienstvorschriften zur »Öffentlichkeitsarbeit« von 1967 und 1984 in: Dies. (Bearb.): Grundsatzdokumente des MfS (MfS-Handbuch). Berlin 2004, hier Dokument 27 (S. 174–175), Dokument 28 (S. 176–182) und Dokument 43 (S. 422–431).

»Herrschaft als sozialer Praxis«, die sich aus dem Handeln der Herrscher wie der Beherrschten konstituiert.⁴

1. Medienauftritte

Das mediale Erscheinungsbild des MfS kann hier nur in groben Strichen skizziert werden. Die exemplarische Textkorpus-Analyse des »Neuen Deutschlands« (ND) lässt einige Schwerpunkte und Trends erkennen: Schon ein erster Blick anhand des Stichworts »Staatssicherheit« zeigt, dass dieses Thema unabhängig von den konkreten Kontexten regelmäßig im »Neuen Deutschland« zu finden war, insgesamt 1 736-mal zwischen 1946 und 1989. Typisch waren zwischen 30 und 50 Nennungen pro Jahr, also eine Erwähnung etwa alle ein bis zwei Wochen. Die geringste Häufigkeit von Nennungen fiel in das Jahr 1951 (11), die häufigsten Nennungen gab es 1967 mit 87. Als Perioden häufiger Erwähnung sind dabei die Phasen 1952 bis 1957 sowie 1967 bis 1970 und schließlich die Jahre 1975 und 1984 mit über 50 Nennungen zu nennen. Nur das Jahr (genauer gesagt: der Herbst) 1989 übertraf alle diese Werte mit 108 Erwähnungen bei Weitem – die Demonstrationen und Besetzungen von MfS-Dienststellen hatten ihren Niederschlag auch im Zentralorgan der SED gefunden (Oktober: 11, November: 42, Dezember: 26).⁵

Aufschlussreich sind die Variationen der institutionellen Erwähnung. Die Entscheidung, die Geheimpolizei als eigenes Ministerium herauszustellen und nicht wie in den meisten Ostblockstaaten als Abteilung im Innenministerium oder nachgeordnete Behörde zu verstecken, traf die SED bekanntlich schon im Jahr 1950. Der darin erkennbare Wille, sich demonstrativ zu seinem Schutzorgan zu bekennen, tritt auch im »ND« hervor. 731-mal wurden »Ministerium« bzw. (1953 bis 1955) »Staatssekretariat für Staatssicherheit« von 1950 bis 1988 genannt. Höhepunkte lagen wiederum 1955 bis 1957 (mit 28 bis 30 Meldungen), im Jahr 1967 mit 58 Meldungen sowie den Jahren 1970, 1976 und 1985. 1989 waren es 49 Meldungen, wiederum mit einem deutlichen Anschwellen ab Mitte Oktober.⁶

⁴ Vgl. Lütke, Alf (Hg.): Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozialanthropologische Studien. Göttingen 1991.

⁵ Diese und die folgenden Angaben basieren auf einer maschinellen Auswertung des Textkorpus des »Neuen Deutschlands« auf <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/ddr-presse/suchergebnisse/>.

⁶ Ebenda, Suchbegriffe »Ministerium(s)/Staatssekretariat(s) für Staatssicherheit«.

In den Jahren mit geringer Häufigkeit gab es fast ausschließlich Meldungen zu runden Geburtstagen oder Beförderungen von MfS-Generälen sowie z. B. zu Auftritten der MfS-Musikensembles im Ostberliner Tierpark oder beim »ND«-Pressefest. Hinzu kamen die Erwähnungen in Berichten von SED-Parteitag bzw. Festartikeln zu den runden Gründungsjubiläen des MfS, die zu einem gewissen Anstieg führten. Eine offensive Öffentlichkeitsarbeit unter expliziter Nennung des Ministeriums bzw. Staatssekretariats gab es insbesondere von 1953 bis 1957 im Kontext der »Konzentrierten Schläge« und damit in einer Periode des öffentlichen Bekenntnisses zur harten Bekämpfung aller Gegner der SED-Macht. Auch im Jahr 1956, als einige Meldungen zur »Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit« durch das MfS im Zuge der Entstalinisierung hinzukamen, hörte diese Öffentlichkeitsstrategie nicht auf.

In den Sechzigerjahren trat das MfS unmittelbar mit Verlautbarungen seiner »Pressestelle« auf – mit besagtem Jahr 1967 als Höhepunkt, als der »Pressesprecher« Oberst Gerhard Kehl in dichter Folge Meldungen über die Bekämpfung von CIA-Agenten durch das MfS präsentierte. Zusammen mit dem VII. SED-Parteitag und der Verleihung des Ehrennamens »Feliks Dzierzynski« an das MfS-Wachregiment anlässlich des 50. Jahrestages der Tscheka-Gründung im Dezember 1967 ergab sich diese Häufung, die im Kontrast zu den Jahren unmittelbar davor und danach stand. Dies war auch das Jahr, in dem erstmals »ND«-öffentlich der Begriff »Tschekisten« für die Mitarbeiter des MfS verwendet wurde.

In der Ära Honecker verengte sich das Spektrum der förmlichen Erwähnungen des Ministeriums für Staatssicherheit dann nahezu vollständig auf die erwähnten offiziellen Anlässe (Jubiläen, Auszeichnungen, Parteitage etc.). Anders gesagt: Das Ministerium war weiterhin in dieser Form öffentlich sichtbar, aber nicht mehr in der unmittelbaren Feindbekämpfung. Für diese Dimension gab es noch den Terminus »Organe der/für Staatssicherheit«, der typischerweise schon in den Fünfzigerjahren verwendet wurde (192 Nennungen; mit Höhepunkten 1953 und 1954 mit je 29 Meldungen), und auch später im Kontext der Verhaftung von (vermeintlichen oder tatsächlichen) westlichen Spionen oder Fluchthelfern noch gelegentlich zu finden war.

Als nächste Stufe des »Verschwindens« stellte das »ND« dann auf die Formulierung »die zuständigen Organe« um. Während in den Fünfzigerjahren diese Wendung noch breit auf alle möglichen staatlichen Einrichtungen bezogen war, verengte sie sich später zunehmend auf die Bedeutung als Synonym für das MfS. Meldungen über Verhaftungen und Verurteilungen waren – abgesehen von einigen Notizen über westliche Grenzverletzer

– ohnehin selten. Als der Spionageabwehrchef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hansjoachim Tiedge, 1984 in die DDR überlief, überprüften laut »ND« die »zuständigen Organe« seinen Antrag auf politisches Asyl.⁷ Und selbst in einem so eindeutigen Fall wie den Festnahmen von Ralf Hirsch, Wolfgang Templin, Bärbel Bohley und Freya Klier war 1988 nur von den ominösen »zuständigen Organen« die Rede.⁸

Einzelheiten über den Apparat waren ansonsten rar: Lediglich in acht Fällen erwähnte das »ND«, dass es Bezirksverwaltungen für Staatssicherheit gab, so unter anderem in Nachrichten über die Auszeichnung von FDJ-Grundorganisationen der MfS-Bezirksverwaltungen mit »Ehrenbannern«. Anlässlich des Nationalen Jugendfestivals 1984 meldete das »ND« sogar ein Treffen Erich Mielkes mit »jungen Tschekisten« im Blauhemd sowie jungen »Dzierzynski-Soldaten« – eine Meldung, die möglicherweise im Kontext der nachlassenden Rekrutierungserfolge des MfS einen Werbeeffekt haben sollte.⁹ Die Existenz von Kreisdienststellen erwähnte das »Neue Deutschland« hingegen nicht.

Das Gesicht des MfS, der Minister Erich Mielke, tauchte naturgemäß häufiger im »ND« auf, insbesondere nach seiner Aufnahme in das Politbüro 1971. Danach war der Name des Ministers durchschnittlich einmal wöchentlich im Parteiorgan zu finden, meistens in den rituellen Auflistungen von Spitzenfunktionären, die an Kampfmeetings, Sitzungen usw. teilgenommen hatten.

Die hieraus ablesbaren Phasen korrespondierten mit dem Wandel der öffentlichen Legitimation und Funktion des MfS durch die Jahrzehnte: Nach der Aufbauphase hob das SED-Regime 1952 bis 1957 das MfS bzw. Stfs als Institution des »bekennenden Terrors« demonstrativ hervor, verbunden mit Schauprozessen, zu Zeiten Wollwebers auch Vorträgen in DDR-Betrieben und Ausstellungen über die Feindbekämpfung.¹⁰ Diese Etappe reichte über die Entstalinisierung 1956 hinweg. Erst in den ersten Jahren der Ära Mielke verschob sich die öffentliche Darstellung sukzessiv zu einer

⁷ Chef der Spionageabwehr der BRD bat um Asyl in der DDR. In: ND v. 24.8.1985, S. 1.

⁸ Ermittlungsverfahren wegen landesverräterischer Beziehungen. In: ND v. 26.1.1988, S. 2.

⁹ Berger, Horst: Junge Tschekisten kamen mit gewichtigen Taten. Kampfmeeting mit Armeegeneral Erich Mielke. In: ND v. 9./10.6.1984, S. 4.

¹⁰ Vgl. z. B. Staatssicherheit interessiert alle. Eine Million Besucher der Ausstellung des Ministeriums in Leipzig: In: ND v. 29.8.1956, S. 6; zum Kontext Fricke, Karl Wilhelm; Engelmann, Roger: »Konzentrierte Schläge«. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956. Berlin 1998, S. 98–106.

Institution mit hoher Präsenz in Repräsentationskontexten bei gleichzeitigem Verschwimmen ihrer konkreten Tätigkeit hinter dem Schleier der Rede von den »zuständigen Organen«.

Damit korrespondierte ein deutliches Nachlassen der Berichterstattung über Feindtätigkeit unter den Vorzeichen der »sozialistischen Menschengemeinschaft«, später der »entwickelten sozialistischen Gesellschaft«, also gesellschaftspolitischen Konzepten, die von einem grundsätzlich harmonischen Verhältnis zwischen weiten Teilen der Gesellschaft und sozialistischer Staatsmacht ausgingen und damit ein Loyalitätsangebot an die Bevölkerung aussendeten. Was blieb, waren demonstrative Artikel über festgenommene Spione oder westliche Grenzverletzer sowie die bekannten reaktiven Meldungen, mit denen die »ND«-Leser meist sehr knapp über die DDR-Sicht auf westliche Medienmeldungen wie etwa die Festnahme und spätere Verurteilung Rudolf Bahros oder die Ausweisung der Oppositionellen Ralf Hirsch, Bärbel Bohley u. a. orientiert und diese ebenfalls als Spione und Landesverräter abqualifiziert werden sollten.¹¹

Der letztere Typus von Meldungen verweist auf die eigentümliche Struktur der DDR-Öffentlichkeit mit ihren starken Einflüssen von westdeutschen Fernseh- und Radiosendern, die die offizielle DDR-Medienpolitik ergänzten und damit an vielen Punkten auch indirekt formten. Auf eine breite Analyse der Thematisierung des MfS in den elektronischen Westmedien muss hier verzichtet werden. In den Fünfzigerjahren stand die Anprangerung des »SSD« im Mittelpunkt, wie der »Staatssicherheitsdienst« in totalitaristischer Gleichsetzung mit den nationalsozialistischen Terror- und Geheimdiensten SS und SD abgekürzt wurde. Ebenso aufschlussreich wie merkwürdig für die ost-westliche mediale Darstellung in dieser Zeit des kalten Bürgerkriegs ist der Umgang mit den Hunderten von Entführungen in die DDR, insbesondere aus Westberlin. Die Westmedien berichteten außerordentlich breit über diese Akte als Belege für die skrupellose Gewalttätigkeit der kommunistischen Machthaber in Ostberlin. Umso widersprüchlicher erscheint die Behandlung der Entführungen durch die DDR-Propaganda. Sie bestritt einerseits die offenkundig kriminelle Praxis, politische Gegner und Abtrünnige zu verschleppen, präsentierte die Entführungsoffer aber in einer Reihe von Fällen demonstrativ öffentlich bei ihrer Verurteilung. Dies geschah unter der fiktiven Suggestion, sie seien auf ost-

¹¹ Weiterer Spion des Geheimdienstes der BRD verhaftet. In: ND v. 25.8.1977, S. 2. Die Meldung über Bahros Verhaftung wegen »nachrichtendienstlicher Tätigkeit« war unmittelbar hinter diese Meldung platziert. Dort war von den »Sicherheitsorganen« der DDR die Rede; vgl. Ermittlungsverfahren wegen landesverräterischer Beziehungen. In: ND v. 26.1.1988, S. 2.

deutschem Territorium ergriffen und der »sozialistischen Gesetzlichkeit« zugeführt worden.¹² In der doppelten gesamtdeutschen Öffentlichkeit war diese Version allerdings so fadenscheinig, dass man kaum annehmen kann, die SED hätte tatsächlich darauf gesetzt, dass sie jemand glauben würde. Sie hielt es offenkundig vielmehr für notwendig, die Schlagkraft ihres Repressionsorgans auch auf diesem Wege zu demonstrieren – eine Praxis, die an die Gewaltformen der KPD früherer Zeiten erinnerte.

Mit dem Beginn der Entspannungspolitik änderte sich der Sprachgebrauch der Westmedien. Die im DDR-Volksmund gebräuchliche Abkürzung »Stasi« setzte sich in den Westmedien erst zu Beginn der Siebzigerjahre durch.¹³ Thematisch in den Vordergrund rückte die Verfolgung der bekannten Dissidenten. Die Wirkung solcher Westberichte auf die Wahrnehmung des MfS durch die DDR-Bevölkerung ist schwer abzuschätzen. Ganz ohne Frage führten sie dessen Präsenz als Geheimpolizei vor, die Dissidenten unnachgiebig verfolgte. Damit zeigten sie – in anklagender Weise – auch, wie es jedem DDR-Einwohner ergehen würde, der in ähnlicher Weise den öffentlichen Protest suchen oder etwa einen Fluchtversuch vorbereiten würde. Insofern waren solche Berichte neben persönlichen Erfahrungen und den Gerüchten der »kleinen Öffentlichkeit« ein wichtiger Baustein, um sich ein Bild von der Reichweite des Arms der Staatssicherheit zu machen. Im Umkehrschluss ließen sich daraus auch Verhaltensregeln der Anpassung

¹² Vgl. Muhle, Susanne: Auftrag: Menschenraub. Entführungen von Westberlinern und Bundesbürgern durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR. Göttingen 2015.

¹³ Anstelle der für die Wahrnehmung in der DDR besonders relevanten Fernseh- und Radioberichte wird hier aufgrund der Zugänglichkeit das Online-Archiv des Nachrichtenmagazins »Der Spiegel« als Beleg herangezogen. Dort erschien der Begriff »Stasi« erstmals 1962. Der eigentliche Wendepunkt lag Anfang der Siebzigerjahre. Während bis dahin die gängige Bezeichnung »Staatssicherheitsdienst« mit SSD abgekürzt wurde, folgte dann im Heft Nr. 12 v. 15.3.1971 die Wende zu »Staatssicherheitsdienst (Stasi)«. Vgl. Älter und reifer. In: Der Spiegel Nr. 28 v. 8.7.1968, S. 25 f.; Geregelter Ablauf. In: Der Spiegel Nr. 12 v. 15.3.1971, S. 99 f. Die letzte Erwähnung des Begriffs SSD erfolgte in Lothar Loewes berühmter Reportage »Und abends kommt der Klassenfeind«, allerdings als Zitat aus einem Protestbrief des Ausreiseantragstellers Karl-Heinz Nitschke; vgl. Loewe, Lothar: Abends kommt der Klassenfeind. Als Fernsehkorrespondent in der DDR (IV). In: Der Spiegel Nr. 36 v. 29.8.1977, S. 128–140, hier 134. Die Redaktion benutzte die Abkürzung das letzte Mal 1976; Gezielter Schlag: In: Der Spiegel Nr. 41 v. 4.10.1976, S. 115 f. Alle Angaben vorbehaltlich der Texterfassung des Online-Archivs des Spiegels.

entwickeln, die ein Leben diesseits der Grenze zum Dissidententum ermöglichen halfen.

Zum medialen Erscheinungsbild des MfS in der DDR gehörte schließlich die legitimatorische Traditionsarbeit, deren Schwerpunkt auf dem antifaschistischen Kampf deutscher und russischer Kommunisten gegen den »Hitler-Faschismus« als Soldaten, Partisanen, KZ-Häftlinge usw. lag. Hinzu kam die kulthafte Verehrung der »Tscheka«. Im Unterschied zur Sowjetunion, wo der ab 1957 einsetzende Kult um den Tscheka-Begründer Feliks Dzierzynski eine unmittelbare Funktion für das Leitbild eines »sauberen«, entstalinisierten KGB hatte (wie etwa 1958 mit der Aufstellung des Denkmals auf dem Platz vor der Lubjanka in Moskau), kam der Tscheka-Tradition in der DDR eine andere Funktion zu: Sie symbolisierte das Streben des MfS nach Anerkennung als zuverlässiger und gleichrangiger Partner der sowjetischen Geheimpolizei. Kulminationspunkte in dieser Hinsicht waren die Feiern zum 50. Gründungsjubiläum der Tscheka 1967 mit der Verleihung des Ehrennamens »Feliks Dzierzynski« an das Wachregiment des MfS und das Jahr 1977 mit diversen Ehrungen, wie z. B. der Herausgabe einer Sonderbriefmarke zum 100. Geburtstag des Tscheka-Gründers. Seit Mitte der Siebzigerjahre beanspruchten DDR-Führung und MfS öffentlich, die Mitarbeiter der Staatssicherheit als »Tschekisten der DDR« bzw. »deutsche Tschekisten« zu bezeichnen – eine Formulierung, die KGB-Delegationen freundlich zur Kenntnis nahmen, sich aber nicht zu eigen machten.¹⁴ Ab 1986 tauchte die Formulierung in den Grußadressen usw. nicht mehr auf, es war allerdings weiterhin von »Tschekisten« in Bezug auf die MfS-Mitarbeiter die Rede. (Fast könnte man meinen, die KGB-Mitarbeiter hätten in der Ära Gorbatschow diesen »Ehrennamen« verspielt.) Der Tscheka-Kult hatte – so kann man mutmaßen – eine weit geringere legitimatorische Resonanz als der Antifaschismus, zumal er von der Beglaubigung in den Bio-

¹⁴ Das erste Mal tauchte die Formulierung im Artikel Erich Mielkes zum 20. Jahrestag der MfS-Gründung auf. Vgl. Mielke, Erich: Kompromissloser Kampf gegen die Feinde des Friedens und des Sozialismus. In: ND v. 8.2.1970, S. 4; vgl. u. a. Glückwünsche an J. W. Andropow. Telegramm zum 60. Geburtstag. In: ND v. 15.6.1974, S. 1; Zentralkomitee gratuliert Genossen Erich Mielke. Herzlicher Glückwunsch zum 70. Geburtstag. In: ND v. 28.12.1977, S. 1. Wörtlich hieß es dort: »Unermüdlich wirkst Du im Geiste Ernst Thälmanns für die stete Festigung und Vertiefung der Freundschaft mit der Sowjetunion, für die weitere Stärkung des Kampfbündnisses der deutschen Tschekisten mit den sowjetischen Tschekisten und den Sicherheitsorganen der anderen Bruderländer«. Damit setzte die SED das MfS überdies von den anderen Ostblock-Geheimdiensten ab, die nicht als »Tschekisten« bezeichnet wurden.

grafien der SED-Akteure und der Lebenswelt der DDR-Einwohner erheblich weiter entfernt war.

Die Medienauftritte des MfS zeigen naturgemäß in erster Linie, wie es in der DDR-Öffentlichkeit gesehen werden wollte. Wie diese Deutungsangebote seitens der DDR-Einwohner aufgenommen wurden, ist daraus nicht unmittelbar abzuleiten, zumal man in Rechnung zu stellen hat, dass das »ND« eine parteinahe Leserschaft hatte. Das Erscheinungsbild in den erheblich weiter verbreiteten SED-Bezirkszeitungen oder auch den Blockpartei-Zeitungen unterschied sich jedoch nicht grundsätzlich. Aber selbst wenn man die nur flüchtige Lektüre der vorderen Zeitungsseiten mit ihren Repräsentationsartikeln unterstellt, so blieben doch die generelle Präsenz und der Rang des MfS im Denken der Parteiführung gut sichtbar.

Noch viel schwieriger abzuschätzen ist die Rezeption fiktionaler Fernseh- und Kinoformate, in denen MfS-Agenten Nazis und Imperialisten jagten oder amerikanische und westdeutsche Kriegspläne enthüllten. Dies gilt auch für die Krimiliteratur der DDR, in der das MfS relativ häufig auftauchte.¹⁵ Die Belletristik der DDR hingegen unterlag in Hinblick auf das MfS der üblichen Zensur, sodass bestenfalls im Gewande des antik-mythologischen bzw. historischen Romans Anspielungen auf Geheimpolizei und Überwachungsstaat durchdringen konnten, wie etwa in Christa Wolfs »Kassandra« oder Joachim Walthers »Bewerbung bei Hofe«.¹⁶ Offenerere literarische Thematisierungen waren hingegen auf Westveröffentlichungen von (ehemaligen) DDR-Autoren beschränkt wie Uwe Johnsons Werke für die frühe DDR oder Stefan Heyms »Collin«.¹⁷ Sofern solche Arbeiten ein Publikum in der DDR erreichten, entfalteten sie als gründliche Auseinandersetzungen mit der Präsenz des Überwachungsstaates zweifellos eine substanzielle Wirkung, die jedoch auf einen relativ kleinen Kreis beschränkt war.

2. Auftritte in Formation und Uniform

Teilweise mit der medialen Präsenz verknüpft waren die Auftritte in Uniform und Formation. Hier ist das Wachregiment »Feliks Dzierzynski« her-

¹⁵ Hillich, Reinhard: Spielmaterial. Zur Darstellung des Ministeriums für Staatssicherheit in der Kriminalliteratur der DDR. In: Juni. Magazin für Kultur & Politik 19 (1994), S. 122–134.

¹⁶ Wolf, Christa: Kassandra. Erzählung. Berlin u. a. 1983; Walther, Joachim: Bewerbung bei Hofe. Historischer Roman. Berlin 1982.

¹⁷ Vgl. Huberth, Franz: Aufklärung zwischen den Zeilen. Stasi als Thema in der Literatur. Köln 2003.

vorzuheben: Es leistete den Postendienst am ZK-Gebäude und staatlichen Institutionen in Berlin-Mitte und trat als Sicherungseinheit in Uniform bei offiziellen Anlässen auf. Regelmäßig spielten auch die Musikensembles des Wachregiments in der Öffentlichkeit, etwa zum sonntäglichen Promenadenkonzert im Ostberliner Tierpark. Durch die Rekrutierung aus den Musterungsjahrgängen gab es einen ständigen Zufluss junger Männer, die so das erste Mal mit dem MfS in Kontakt kamen. Die Einberufung erfolgte auf den regulären Wegen parallel zum Wehrdienst in der NVA. Aber in Anbetracht der generell nachlassenden Bereitschaft der männlichen DDR-Jugend, sich zu längeren Wehrdienstzeiten zu verpflichten, begann auch das MfS in den Achtzigerjahren, Werbung für den Dienst »beim Feliks« zu machen, so etwa mit dem (für MfS-Verhältnisse durchaus ansprechend gestalteten und mit moderner Synthesizer-Musik à la Jean-Michel Jarre unterlegten) Film »Dzierzynski-Soldaten«.¹⁸ Hierin wurde die Verantwortung der Soldaten des Wachregiments für die persönliche Sicherheit der Partei- und Staatsführung bei Aufmärschen und anderen öffentlichen Veranstaltungen hervorgehoben, die den Dienst vom normalen Geschehen in der NVA abhob.¹⁹

Der Wehrdienst beim MfS-Wachregiment wies die typischen changierenden Merkmale des unscharfen Images in der DDR-Öffentlichkeit auf. Einerseits zog das MfS hierfür auch junge Männer heran, die nicht den strengen Kriterien der Parteiloyalität und der Abstinenz von Westkontakten entsprachen, andererseits gab es ein mehr oder minder diffuses »Wissen« darüber, dass dieser Dienst auch zur Übernahme in den regulären MfS-Dienst oder zumindest einer fortgesetzten Nähe zum MfS im weiteren Berufsleben führen konnte. Wie zudem selbst der erwähnte Werbefilm erkennen ließ, griff bei den Einsätzen in Formation das Spiel mit dem Auftreten unter dem Mantel anderer Institutionen, so etwa im Blauhemd der FDJ-Ordnungsgruppen bei Jugendveranstaltungen.

¹⁸ Werbefilm des MfS-Wachregiments »Feliks Dzierzynski« »Dzierzynski-Soldaten«, ca. Mitte der Achtzigerjahre.

Teil 1: <https://www.youtube.com/watch?v=31yMsEE2W5k>;

Teil 2: <https://www.youtube.com/watch?v=52hJm-un3e4>;

Teil 3: <https://www.youtube.com/watch?v=S6UC5AEReSg>;

Teil 4: https://www.youtube.com/watch?v=tmXDENU37_M.

¹⁹ Es war im Zuge der Recherchen zu diesem Essay nicht zu ermitteln, ob und vor welchem Publikum dieser Film gezeigt wurde. Entstehungszeitpunkt und -kontext lassen vermuten, dass er bereits ausgewählten Rekruten zur Motivationsförderung vorgeführt wurde oder aber im Zuge der generellen Nachwuchswerbung in Schulen das Interesse an diesem Dienst wecken sollte.

Das Wechselspiel zwischen den Varianten des uniformierten und des zivilen Auftretens setzte sich auch für die hauptamtlichen MfS-Mitarbeiter fort. Bei offiziellen Anlässen betonte das MfS seinen Charakter als »bewaffnetes Organ«, indem etwa Generäle zur Beförderung in Paradeuniform anzutreten hatten. Auch für andere Anlässe waren verschiedene Uniformen oder auch der Präsent-20-Anzug mit angelegten Orden befohlen. Im Dienstbetrieb galt in der Regel die »Bürokraten-Uniform«, also der Straßenanzug, als Standard.²⁰ In den Fünfzigerjahren waren auch noch die »Ledermäntel« der Verhaftungstrupps mit ihren Assoziationen zur Gestapo einerseits, zur proletarischen Lederjacke andererseits gängig gewesen. Diese wurden in der späteren DDR allerdings durch die Einheitstracht der DDR-Kunsttextil-Windjacken abgelöst. Für die verschiedenen Formen des auffällig-unauffälligen öffentlichen Handelns, etwa im Fall von Observationen, waren verschiedene Bekleidungen üblich, die wiederum die Fantasie der Beobachtungsobjekte hinsichtlich der Identifizierung ihrer »Schatten« beflügelte, bis hin zu den immer wieder zitierten »Handgelenktäschchen«, in denen Beobachtete die Funkgeräte der MfS-Leute vermuteten. Damit verbanden sich in Kreisen von »Zielpersonen« des MfS eine Fülle von Geschichten über die richtigen Techniken zum Abschütteln oder die entlarvende Ansprache der entdeckten Beschatter, über deren dumpfes Verhalten und ihren nervtötenden Dauereinsatz, aber auch die damit einhergehende mehr oder weniger subtile Drohung.²¹

Dem Charakter eines zentralisierten »Gemischtwarenkonzerns« in Sachen Sicherheit entsprach es schließlich, dass Teile des MfS konsequent in Uniformen anderer Institutionen auftraten. Am auffälligsten ist dies im Falle der Passkontrolleinheiten an den Grenzübergangsstellen der DDR, die seit 1962 zum MfS gehörten, aber stets in den Uniformen der Grenztruppen der DDR Dienst taten. Dies änderte nichts an den Befragungen und Durchsuchungen sowie an dem für die Reisenden offenkundigen Informationsaustausch mit den örtlichen MfS-Dienststellen. Es wäre durchaus denkbar gewesen, auch die Passkontrolleure mit den bordeauxroten Effekten des MfS auftreten zu lassen, doch anstelle eines solchen Akzentes des »Außerordentlichen« setzte die DDR auf das Signal der territorialen Souveränität und zugleich »Normalität« des eigenen Grenzschutzorgans in der Waffenfarbe Grün.

²⁰ Vgl. einige Beispiele von öffentlichen und internen Fotografien in: Hartewig, Karin: Das Auge der Partei. Fotografie und Staatssicherheit. Berlin 2004, S. 181–206.

²¹ Vgl. die literarische Verarbeitung in Wolf, Christa: Was bleibt. Erzählung. Berlin, Weimar 1990.

3. Das MfS im öffentlichen Raum: MfS-Gebäude als verbotene Sphären

Ein eigenes Feld sind die Stadttopologien des Staatssicherheitskomplexes. Die Zentrale des Ministeriums lag zwar nicht wie etwa das ZK-Gebäude oder das Ministerium des Innern (oder auch die Moskauer Lubjanka) unmittelbar im Regierungsviertel und Stadtzentrum, war aber – an der Frankfurter Allee im Bezirk Lichtenberg gelegen – alles andere als ein versteckter Komplex, der über die Jahre zu einem mehrere Häuserblöcke umfassenden abweisenden Koloss auswucherte.²² Ähnliches gilt für die in den Siebzigerjahren neu gebauten Agglomerationen der Bezirksverwaltungen, die meist am Rand der Innenstädte angesiedelt waren, aber auch dort unübersehbar waren.

Dazu im Kontrast stand die von einem ausgreifenden Sperrgebiet von Dienstsitzen verschiedener MfS-Abteilungen umgebene zentrale Haftanstalt in Berlin-Hohenschönhausen. Sie sollte mit einem besonderen Nimbus der geographischen Bezugslosigkeit ausgestattet werden. So bemühte sich die Staatssicherheit peinlich genau darum, Zu- und Abfahrten für Verhaftete so zu gestalten, dass diese sich kein Bild von der Lage des Gefängnisses machen konnten.²³ Anders war die Situation allerdings im Falle einiger Bezirks-Untersuchungsgefängnisse. Hierbei handelte es sich überwiegend um ältere Gefängnisgebäude, von denen einige mitten in den Innenstädten, etwa in Potsdam und Erfurt, lagen und insofern einen möglicherweise beschwiegene, aber unübersehbaren städtischen Raum einnahmen. Dass in der Bevölkerung diese Orte durchaus »bekannt« waren, zeigte sich nicht zuletzt im Herbst 1989, als die Demonstrationen in Leipzig und anderen Städten zielgenau auf sie zusteuerten. Alle diese Gebäudekomplexe bewachte das MfS natürlich penibel und schirmte sie gegen unliebsame Neugierde mit Kameras, Wachpersonal und den in der Umgegend wohnenden MfS-Mitarbeitern ab. Keiner dieser Gebäudekomplexe war in Stadtplänen als Sitz des Ministeriums bzw. der Bezirksverwaltung ausgewiesen. Das Sperrgebiet in Hohenschönhausen verschwand in den Ostberliner Stadtplänen sogar in einer Sphäre des »Nichts«.

²² Vgl. zur stadträumlichen Geschichte Halbrock, Christian: Mielkes Revier. Stadt- und Alltag rund um die MfS-Zentrale in Berlin-Lichtenberg. Berlin 2010; zu MfS-Gebäuden generell Kaule, Martin: Relikte der Staatssicherheit. Bauliche Hinterlassenschaften des MfS. Berlin 2014.

²³ Erler, Peter; Knabe, Hubertus: Der verbotene Stadtteil. Stasi-Sperrbezirk in Berlin-Hohenschönhausen. Berlin 2005.

Weniger eindeutig war die Situation bei den Kreisdienststellen. Da sie keine unmittelbaren exekutiven Anlaufpunkte im Falle von Verhaftungen und mit einigen Dutzend Mitarbeitern erheblich kleiner waren, fügten sie sich – meist in älteren Villen oder Neubauhäusern untergebracht – besser in die Topologie der Kreisstädte ein und trugen deshalb, auch wenn sie möglicherweise in der Bevölkerung bekannt waren, weniger demonstrativen Charakter.

Daneben konnte die Vielzahl von MfS-Einrichtungen im »Territorium« wie Schulen, Übungsplätze, Ferienheime, konspirative Anwesen usw. relativ gut unter verschiedenen Tarnungen meist militärischer Art verschwinden. Ihr tatsächlicher Charakter sprach sich allenfalls unter der örtlichen Bevölkerung herum.

4. Persönliche Begegnungen – das Spiel der Dienstaussweise

Aus dem Wechselspiel von demonstrativer Präsenz als »wichtiges« Organ des sozialistischen Staates bei gleichzeitiger Verdeckung der konkreten Aktivitäten ergab sich, dass die für die Bevölkerung eigentlich bedeutungsvollen Wahrnehmungen des MfS diejenigen waren, die mit persönlichen Begegnungen zusammenhingen. Solche Begegnungen konnte es am Arbeits- oder Ausbildungsplatz geben, etwa im Falle von Sicherheitsüberprüfungen als Geheimnisträger oder Reisekader, im Falle von Ausreiseanträgen von Kollegen oder bei »Vorkommnissen« wie z. B. Betriebsunfällen, aber auch bei Befragungen unter Nachbarn.

Das Spektrum der MfS-Auftritte reichte von Anfragen, die unter dem Mantel anderer staatlicher Stellen gestellt wurden, über halb-offizielle Kontakte (wie im Fall der sogenannten »Vau-Nuller«, also der als »Verwaltung 2000« in die NVA-Truppenstruktur eingebetteten MfS-Offiziere) bis hin zu direkten Auftritten mit MfS-Dienstaussweis. Auch wenn das MfS häufig als Hintergrundbehörde wirkte, die etwa hinter dem Pass- und Meldewesen der Volkspolizei oder den örtlichen Räten agierte und Reisebegehren oder Kaderüberprüfungen vollzog, gab es doch eine Reihe von Anlässen für ein direktes Vorgehen.

Für solche Begegnungen entfaltete das MfS wiederum ein variantenreiches Spiel der Identitäten und der Begründungen bzw. Vorwände, mit denen MfS-Mitarbeiter an DDR-Einwohner herantraten. Aus diesen Variationen lässt sich bereits erkennen, dass das MfS selbst keineswegs mit einer generellen Auskunftsbereitschaft in der Bevölkerung für Zwecke der »staatlichen Sicherheit« rechnete, sondern sich jeweils des Anscheins eines für Staat und Bürger gleichermaßen legitimen Anliegens der Ordnung und

Sicherheit bediente und sich häufig auf die Autorität von Institutionen wie der Kriminalpolizei selbst stützte.²⁴

Es ist naturgemäß schwer bis gar nicht zu rekonstruieren, inwiefern die Vorwände der MfS-Mitarbeiter für befragte DDR-Einwohner glaubhaft waren und wie diese auf das Auskunftsbegehren reagierten. Hier waren viele Variationen denkbar: das zielsichere Erkennen oder die präventive Annahme eines geheimpolizeilichen Hintergrunds der Anfrage, eine diffuse Distanz gegenüber allen staatlichen Instanzen, aber auch ein eingeübter Gehorsam gegenüber jeder Art von Staatsautorität oder die Freude an der Denunziation unliebsamer Mitmenschen.²⁵ Pauschale Urteile sind hier fehl am Platz.

Jenseits dieses diffusen Feldes verdeckter oder halb-verdeckter Auftritte von MfS-Mitarbeitern gab es zwei gleichsam entgegengesetzte Zuspitzungen persönlicher Begegnungen, bei denen das MfS auf eine weitere Tarnung verzichtete und zum offenen Auftritt überging: Dies war zum einen die direkte Kontaktaufnahme im Rahmen einer offiziellen Kooperation oder Anwerbung für eine Informantentätigkeit. Hier waren aus MfS-Sicht Konstellationen gegeben, in denen es das Gegenüber für politisch so loyal oder auf andere Weise vertrauenswürdig hielt, dass die Notwendigkeit einer Ansprache »unter Legende« wegfiel. Zugleich war es ein Signal für die Bedeutung des Anlasses, dass die MfS-Vertreter mit offenen Karten (jedenfalls hinsichtlich der Institution, für die sie agierten) spielten. Typische Situationen waren z. B. Gespräche mit Betriebs- oder Schuldirektoren oder Vertretern der Staatsverwaltung, mit Parteisekretären oder anderen Funktionären. Und hinzu kam das nachgerade klassische Feld der Offenlegung des geheimpolizeilichen Hintergrunds im Zuge des Anwerbeprozesses der »inoffiziellen Mitarbeiter«. Auch hier gehörte der Übergang vom »legendierten« zum offenen Auftreten zu den bedeutenden Momenten des »Einweihens«.²⁶ In allen diesen Fällen zog das MfS damit den Kreis der von ihm als »vertrauenswürdig« anerkannten Personen neu. Es bezog die Betroffenen,

²⁴ Vgl. die Schilderungen des Obersten Kurt Zeiseweis über Auskunftsstrategien des MfS in Wohngebieten. In: Lorenzen, Jan; Klemke, Christian: Das Ministerium für Staatssicherheit. Alltag einer Behörde. Dokumentarfilm, DVD 2002.

²⁵ Vgl. die Überlegungen zur Rolle der Denunziation bei Krätzner, Anita: Zur Anwendbarkeit des Denunziationsbegriffs für die DDR-Forschung. In: Dies. (Hg.): Hinter vorgehaltener Hand. Studien zur historischen Denunziationsforschung. Göttingen 2015, S. 153–164.

²⁶ Vgl. Müller-Enbergs, Helmut (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Richtlinien und Durchführungsbestimmungen. Berlin 1996, S. 99–105.

meist noch unterlegt durch die gemeinsame Verpflichtung auf die Organisationskultur der SED als »Genossen«, in das Arkanum seiner Tätigkeit ein.

Zum anderen gab es diesen Moment des offenen Auftritts auch am anderen Ende des Spektrums, also in der direkten Konfrontation mit Verfolgten, z. B. bei Vorladungen zu ermahnenen Gesprächen, und natürlich bei Verhaftungen, die in ihrer ganzen Inszenierung darauf abgestellt waren, den Überwältigungseffekt der unverstellten MfS-Präsenz maximal zu nutzen. Während das MfS in vielen Phasen der Verfolgung in zuweilen kuriosen Rollenspielen die Volkspolizei vorschickte, um etwa Ordnungsstrafen zu verkünden oder Dissidententreffen zu unterbinden, sah die Staatssicherheit hier die Stunde der offenen Machtdemonstration gekommen. Die Umstände der Verhaftung und der Weg in die Untersuchungshaftanstalt waren von neuen Verdeckungsoperationen begleitet, doch die Offenbarung, sich nunmehr als Häftling in der Hand der Staatssicherheit wiederzufinden, sollte den psychischen Druck auf die Inhaftierten maximal steigern.²⁷

In beiden Variationen stand der offene Auftritt des MfS für eine Statusverschiebung: Nun ging es nicht mehr um Alltäglichkeiten und Banalitäten des gesellschaftlichen Lebens oder »gewöhnliche« Kriminalität, sondern um etwas Bedeutendes und potenziell Bedrohliches, um die Sicherheit des Staates. Die Art der schrittweisen oder plötzlichen Offenbarung des MfS als Akteur gehörte zu dieser effektvollen Inszenierung dazu. Wenn es ernst wurde, zeigte sich die Staatssicherheit offen – und umgekehrt: Wenn sich die Staatssicherheit offen zeigte, wussten die Adressaten, dass es ernst wurde.

Die Wahrnehmungsmuster über diese Variationen der erkennbaren oder auch nur erahnbaren Präsenz der Staatssicherheit in Lebenssituationen des DDR-Alltags blieben naturgemäß nicht auf die Sphäre der unmittelbaren persönlichen Begegnung beschränkt. Trotz aller Schweigegebote, die das MfS aussprechen konnte, strahlten sie auch aus in den privaten und halböffentlichen Austausch in der Familie, unter Freunden, Arbeitskollegen oder Nachbarn, wo sie dann in Verhaltensempfehlungen, in Gerüchten und Witzen (mit den immer gleichen Pointen über die Dummheit und die Skrupellosigkeit der Stasi) ihr Eigenleben entfalteten. Wie breit oder begrenzt dieser subkutane gesellschaftliche Diskurs über das Erleben der Staatssicherheit war, ist empirisch schwer zu greifen. Gemessen an mehr oder weniger »erlaubten«, d.h. geduldeten Themen der alltäglichen Meckerei wie

²⁷ Vgl. exemplarisch die Haftberichte in: Knabe, Hubertus (Hg.): Gefangen in Hohenschönhausen. Stasi-Häftlinge berichten. Berlin 2007.

der Versorgungslage war die Stasi-Präsenz vermutlich eher ein Thema, über das man kontrollierter, d. h. mit genauerem Blick auf die Wahl der Gesprächspartner sprach. Es gab jedenfalls kaum eine »Heldenkultur« einer zweiten Öffentlichkeit, die Verfolgte als stille Helden oder Märtyrer verehrte, wie wir sie etwa aus Polen kennen. Eher herrschte die Sorge vor einer »Kontaktschuld« vor, wenn man sich gegenüber Ausreiseantragstellern oder anderen ins Räderwerk des MfS Geratenen zu positionieren hatte. Der typische Kommunikationsraum, um die Stasi und persönliche Begegnungen mit ihr zu thematisieren, war also der vertraute Kreis von Freunden und Verwandten.

5. Die Präsenz des alltäglichen Verdachts: Telefon, Post und Informanten

Komplettiert wurde das Puzzle des informellen, mythologischen Wissens über die potenzielle Präsenz der Staatssicherheit (und ihre Grenzen) schließlich durch die Standardelemente des notorischen Überwachungsverdachts an den Schnittstellen des privaten Lebens, also die allfälligen Vermutungen über die Mithörer am Telefon und die Mitleser von Briefen sowie natürlich die an verschiedenen Orten vermuteten Spitzel. Auch sie wurden gespeist durch konkrete Erfahrungen und Erlebnisse, aber sie hatten ohnehin ein stabiles Eigenleben, das vermutlich auch ohne jede greifbare Evidenz funktioniert hätte. Die Frage, was man wo sagte oder schrieb, bildete so einen ständigen Reflexionsraum für Mutmaßungen über Art und Intensität der staatlichen Überwachung, die Grenzen des Sagbaren und die möglichen Tricks und Kniffe, um dem »VEB Horch und Guck« ein Schnippchen zu schlagen.

6. Funktionen und Dysfunktionen des Regimes von Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit

Was waren also die Funktionen – und gegebenenfalls auch Dysfunktionen – dieses Wechselspiels von Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit? Die offizielle Sichtbarkeit des MfS hatte offenkundig mehrere Funktionen: Sie war zuvörderst ein Signal der Präsenz und der Wachsamkeit und insofern eine unzweideutige Machtdemonstration des sozialistischen Staates, die den besonderen Stellenwert eines mit der Mission der kommunistischen Arbeiterbewegung begründeten Kampf- und Verteidigungswillens verkörperte. Zugleich transportierte die Darstellungsweise in den DDR-Medien das Statusstreben des MfS gegenüber Partei und sowjetischer Vormacht – und

zwar auch noch zu Zeiten, als die eigentliche Verfolgungstätigkeit bestenfalls noch punktuell und hinter dem Schleier der »zuständigen Organe« aufblitzte.

Damit verbunden war natürlich auch die Verbreitung von Legitimitätsangeboten für die Tätigkeit des MfS, also das Vermächtnis des kommunistischen Antifaschismus und die Pflicht zur Abwehr von subversiven Angriffen imperialistischer Mächte. Vielleicht ebenso wichtig war allerdings das Faktum, dass die konkreten Schilderungen von MfS-Tätigkeit im DDR-Alltag gerade verschwanden. Im ruhigen Normalbetrieb der staatssozialistischen Gesellschaft spielte sie – so die Botschaft – keine ständig virulente Rolle, sofern alle Beteiligten die Spielregeln und Rollenzuweisungen einhielten.

Kombiniert mit den fein abgestuften Signalen der Präsenz in persönlichen Begegnungssituationen bildete dieses Regime einerseits die Grundlage für die beschweigende Anwesenheit unter dem Tarnmantel der Normalität anderer staatlicher Institutionen. Andererseits beinhaltete die Variante des offenen Auftritts – sei es zum Zwecke der offiziellen oder inoffiziellen Indienstnahme, sei es mit dem Ziel der Verfolgung – das klare Signal, dass es auch in der »entwickelten«, in ihren Kernzonen unpolitischen Gesellschaft des Staatssozialismus entsprechend ernste Angelegenheiten gab, die die Staatssicherheit offen auf den Plan riefen.

Die sozialpsychologischen Effekte dieser Sichtbarkeitspolitik bedürften der genaueren Analyse. Es liegt auf der Hand, dass die Mischung aus offener und verdeckter Präsenz ein wesentlicher Faktor für die ständige Reproduktion von Haltungen der Untertänigkeit in der DDR-Bevölkerung war.²⁸ Gleichwohl wären auch die gegenläufigen Signale einer genaueren Analyse wert: Wie rezipierten DDR-Einwohner den Wandel in der öffentlichen Darstellung bzw. eben Nichtdarstellung der MfS-Tätigkeiten? Welche Rolle spielte etwa die öffentliche Aufforderung zur »Wachsamkeit«, also zur Denunziation im sozialen Umfeld? Wie entstanden die Sphären informeller Artikulation, in denen es als »erlaubt« angesehen wurde, Witze über die Parteiführung oder eben die Stasi zu machen, ohne mit einer Verhaftung rechnen zu müssen?

Dass es einen Wandel auch in der Umgangsweise der Bevölkerung mit der sozialen Präsenz der Staatssicherheit gab, zeigt deutlich der Umschlagspunkt im Herbst 1989, als sich die Demonstrationen der aufgebracht

²⁸ So etwa Wolle, Stefan: Leben mit der Stasi. Das Ministerium für Staatssicherheit im Alltag. In: Schultz, Helga; Wagener, Hans-Jürgen (Hg.): Die DDR im Rückblick. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur. Berlin 2007, S. 79–91, hier 83.

Bürger schnell gegen die Dienstgebäude der Staatssicherheit richteten wie in Leipzig, wo die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit direkt am Innenstadtring lag. Die Demonstranten forderten »Stasi in die Produktion« und »Schluss mit der Spitzelei« und wollten schließlich auch wissen, was in den Akten über ihr persönliches Leben gesammelt war. Ab Anfang Dezember besetzten deshalb Gruppen von Bürgern die Dienststellen, um weitere Aktenvernichtungen zu verhindern. Der sozialpsychologische Vorlauf zu dieser Selbstermächtigung und zur schlagartigen »Veröffentlichung« der MfS-Präsenz liegt jedoch noch weitgehend im Dunkeln.

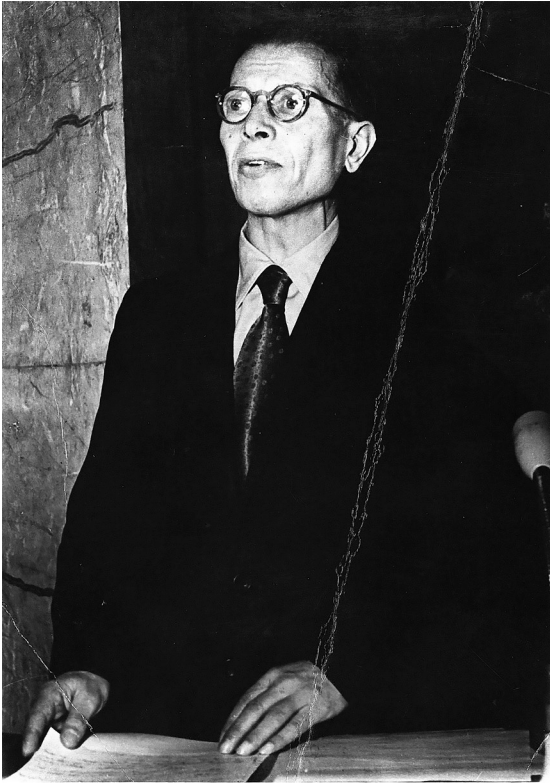
Die Dysfunktionalität des MfS

Hans-Joachim Geyer – der Doppelagent aus der Provinz

Hans-Joachim Geyer war fast 20 Jahre lang geheimer Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit, wobei er sicherlich nicht als gewöhnlicher inoffizieller Mitarbeiter der ostdeutschen Geheimpolizei zu bezeichnen ist.¹ Er war eine zentrale Figur in der ersten großen Abwehroperation der DDR-Staatssicherheit gegen die Organisation Gehlen in den frühen Fünfzigerjahren. Geyer hatte sich zehn Monate lang zwischen West- und Ostberlin und damit auch zwischen den Fronten des Kalten Krieges als »Maulwurf« bewegt. Seit Sommer 1952 war er zunächst als V-Mann in der DDR, seit Ende April 1953 als Bürokraft und stellvertretender Leiter einer Außenstelle der Organisation Gehlen in Westberlin tätig. Als ihn die Staatssicherheit Ende Dezember 1952 in Sachsen verhaftete, unterschrieb er eine Verpflichtungserklärung als geheimer Mitarbeiter und übermittelte fortan Dokumente – teilweise im Original, teilweise als Kopie – nach Ostberlin, die nicht nur die Verbindungsnetze in der DDR enttarnten, sondern auch Aufschluss über Methoden und Ziele der Aufklärung sowie über Strukturen und Kommunikationswege der Organisation Gehlen gaben. Anhand dieser Informationen löste die ostdeutsche Geheimpolizei Ende Oktober 1953 eine Verhaftungswelle in der DDR aus, bei der mehr als 200 Personen wegen des Verdachtes der Spionage für die Organisation Gehlen festgenommen wurden und die als Aktion »Feuerwerk« bereits in der Forschungsliteratur bekannt ist. Dies war der erste der »konzentrierten Schläge«, einer neuen Strategie der DDR-Geheimpolizei bei der Verfolgung von Regimegegnern.²

¹ Geheimer Mitarbeiter (GM) war bis 1968 die Bezeichnung für inoffizielle Mitarbeiter der Abwehr mit Feindverbindung. GM waren z. T. im Auslandseinsatz, um dort Personen oder Institutionen auszuspionieren. Vgl. Müller-Enbergs, Helmut: Geheimer Mitarbeiter. In: Engelmann, Roger u. a. (Hg.): Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR. 3., aktual. Aufl., Berlin 2016, S. 103.

² Zu den »konzentrierten Schlägen« vgl. Fricke, Karl Wilhelm; Engelmann, Roger: »Konzentrierte Schläge«. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956. Berlin 1998; zur Aktion »Feuerwerk« vgl. die Studie von Heidenreich, Ronny; Münkel, Daniela; Stadelmann-Wenz, Elke: Geheimdienstkrieg in Deutschland. Die Konfrontation von DDR-Staatssicherheit und Organisation Gehlen 1953. Berlin 2016.



Hans-Joachim Geyer auf der Pressekonferenz vom 9.11.1953
BStU, MfS, AIM, Nr. 11553/87, T. I, Bd. 1, Bl. 148

Wenn Geyer auch nicht mit den allseits bekannten Top-Spionen wie Heinz Felfe, Kim Philby oder George Blake – übrigens alle »Maulwürfe« des KGB – vergleichbar ist, so dürfte er zumindest für eine gewisse Zeit in beiden deutschen Staaten berühmt gewesen sein. Das SED-Regime präsentierte ihn auf einer internationalen Pressekonferenz am 9. November 1953 als ehemaligen stellvertretenden Leiter einer Westberliner Filiale der Organisation Gehlen, der »reumütig« in der DDR um Asyl gebeten habe. Geyer verlas hier eine Erklärung, in der er seine Spionagetätigkeit für die Vorläuferorganisation des Bundesnachrichtendienstes als »verbrecherisch« und als »Verrat« bezeichnete. Seine Erklärung fand sich einen Tag später in der DDR-Presse.³

³ So zum Beispiel im »Neuen Deutschland«. Vgl. Erklärung des ehemaligen stellvertretenden Leiters der USA-Spionagedienststelle »Filiale X/9592« in Westberlin. In: ND v. 10.11.1953, S. 3. Die Erklärung im handschriftlichen Original ist überliefert in: BStU, MfS, AIM, Nr. 11553/87, T. I, Bd. 1, Bl. 97–106.

In der Bundesrepublik wurde ebenfalls über Geyer berichtet, auch hier dürfte sein Name im Herbst 1953 vielen geläufig gewesen sein.⁴

Geyer kannte innerhalb des MfS neben seinem Führungsoffizier Helmut Träger die seinerzeit führenden Mitarbeiter der Spionageabwehr wie Josef Kiefel, Robert Mühlporfte, Werner Grünert und Werner Kukelski. Darüber hinaus waren ihm Erich Mielke und Bruno Beater von Angesicht bekannt.⁵ Dass er auch Wollweber persönlich begegnet ist, lässt sich anhand der Akten nicht nachweisen. Da die »konzentrierten Schläge« Wollwebers neue Strategie für die Staatssicherheit waren, ist davon auszugehen, dass der Chef der Staatssicherheit den wichtigsten »Maulwurf« und einen zentralen »Zeugen«, der mehrmals für die Propagandakampagne bemüht wurde, auch kennengelernt hat. Spätestens mit der Pressekonferenz im November 1953 war Geyers Rolle als »Maulwurf« jedoch beendet. Ein weiterer Einsatz als geheimer Mitarbeiter der Staatssicherheit war aufgrund seiner Bekanntheit ausgeschlossen. Die Bindung an die ostdeutsche Geheimpolizei blieb allerdings bis an sein Lebensende bestehen. Die Frage stellt sich, wie die DDR-Staatssicherheit mit Geyer nach der Aktion »Feuerwerk« umging. Im Archiv des BStU sind die Akten seines IM-Vorgangs in zwölf Bänden überliefert, die nicht nur einen Einblick in seinen Einsatz in der Westberliner Filiale der Organisation Gehlen gewähren, sondern auch die Verbindung zur DDR-Staatssicherheit bis zu seinem Tod dokumentieren.

Unmittelbar nach seinem Abzug aus Westberlin am 29. Oktober 1953 wurde Geyer unter dem Decknamen Krause in einem Haus der Staatssicherheit in Berlin-Hohenschönhausen untergebracht. Seine Frau und seine Kinder hatten während seines Einsatzes in Westberlin in Falkensee bei Berlin gewohnt, wo die Familie seit den Dreißigerjahren lebte. Nun mussten auch sie in die Anonymität nach Hohenschönhausen gehen. Unmittelbar nach der Pressekonferenz wurden Geyer und seine Familie nach Prerow an die Ostsee gebracht. Hier sollten sie Ruhe und Erholung im stasieigenen Erholungsheim auf dem Darß finden. Zuvor hatte Geyer der Staatssicherheit eine Liste überreicht, die Wäsche, Kleidung und Haushaltsgegenstände aufführte, die er bei seinem Abzug aus Westberlin hatte zurücklassen müs-

⁴ »Der Spiegel« druckte einen ausführlichen Beitrag zum Verschwinden Geyers aus Westberlin. Vgl. Verrat in Filiale 9592. In: Der Spiegel Nr. 47 v. 18.11.1953, S. 15–18.

⁵ Vgl. Übersicht, o. D.; BStU, MfS, AIM, Nr. 11553/87 T. I, Bd. 2, Bl. 3. Ausschnitte aus Geyers Rede wurden auch gezeigt in: DEFA-Wochenschau »Der Augenzeuge« Nr. 47 (1953).

sen.⁶ Dafür erhielt er eine Entschädigung über 5 000 DM, deren Auszahlung von Mielke Ende November genehmigt wurde.⁷ Mielke war es auch, der persönlich dafür sorgte, dass Geyer ein Jagdgewehr bekam und nun in dem an das Heim angrenzenden Wald auf die Jagd gehen durfte.⁸ Ein Privileg, das ansonsten nur hohen SED-Funktionären vorbehalten war, handelte es sich doch bei dem unmittelbar an der Küste gelegenen Waldgebiet um militärisches Sperrgebiet. Der Aufenthalt an der Ostsee zog sich länger hin als geplant und die BV Rostock zählte in einem Schreiben an Wollweber persönlich im Februar 1954 verschiedene Probleme auf: Geyer mache übermäßigen Gebrauch von seinen Jagdrechten und so komme es vermehrt zu Nachfragen der Grenzpolizei und der dort stationierten sowjetischen Truppen. Die Kinder der Familie seien seit Ende Oktober nicht mehr zur Schule gegangen. Da ihnen der Kontakt zu Gleichaltrigen fehle, suchten sie diesen bei Kindern im Dorf, was wiederum die Konspiration aufs Äußerste gefährde. Darüber hinaus beschwere sich Geyer ständig, nicht über ausreichend Bargeld verfügen zu können.⁹ Die Staatssicherheit finanzierte die Unterbringung und die Verköstigung im Erholungsheim, Geldzuwendungen darüber hinaus sind während des Ostseeaufenthaltes in den Akten nicht belegt. Die HA II/4 überwies auf die Beschwerde Geyers hin Anfang März 1954 1 000 DM nach Prerow.¹⁰ Die Suche nach einem geeigneten Wohnort für die Familie wurde nun intensiviert. Ein passendes Objekt fand sich in Löbau in der sächsischen Oberlausitz. Das Haus war jedoch noch bewohnt und es bedurfte einiger Renovierungsarbeiten. Mitte März schaltete sich Erich Mielke ein, um die Bereitstellung des Hauses für Geyer zu beschleunigen.¹¹ Und so fand bereits Ende März 1954 der Umzug nach Löbau statt. Die Staatssicherheit hatte das Haus in dieser kurzen Zeit nicht nur renovieren lassen, es wurde auch mit Möbeln und Hausrat ausgestattet.

Wie sich im November 1954 zeigte, hatte Geyer seine Zeit auf dem Darß nicht nur mit Jagen und Strandspaziergängen verbracht. Im Ostberliner Kongress-Verlag erschien sein Roman »Am Anfang stand das Ende«, in dem sich Geyer auf 250 Seiten selbst als Verführter der Organisation Gehlen in-

⁶ Geyer, Aufstellung (handschriftlich), o. D.; BStU, MfS, AIM, Nr. 11553/87, T. II, Bd. 4, Bl. 41–43.

⁷ HA II/4 an Abt. Finanzen, Auszahlungsanforderung, 23.11.1953; ebenda, Bl. 222.

⁸ Vgl. Mielke an die Abteilung Waffen, 28.11.1953; BStU, MfS, AIM, Nr. 11553/87, T. I, Bd. 1, Bl. 161.

⁹ Vgl. Leiter der BV Rostock an Wollweber, 25.2.1954; ebenda, Bl. 167–169.

¹⁰ Vgl. HA II/4 an BV Rostock, Abt. II, 8.3.1954; ebenda, Bl. 171.

¹¹ Vgl. Kiefel an Mielke, 15.3.1954 und Mielke an BV Dresden, 18.3.1954; ebenda, Bl. 173 u. 175.

szeniert, der am Ende seine Rettung in der DDR findet.¹² Die Staatssicherheit hatte das Manuskript abgesehen. Geyer verwendet in seinem Roman für die hauptamtlichen Mitarbeiter der Organisation Gehlen durchweg deren bürgerliche Namen, während er für die V-Leute aus der DDR in der Regel Decknamen benutzt. Ziel war es, die Organisation Gehlen erneut an den Pranger zu stellen. Zeitlich passte die Veröffentlichung sehr gut in die Propagandakampagne der »konzentrierten Schläge«, die zu diesem Zeitpunkt wieder auf Hochtouren lief. Anfang November 1954 hatte ein weiterer Schauprozess gegen »Gehlen-Agenten« stattgefunden. Wie schon im Dezember 1953 war Geyer hier als Zeuge aufgetreten, um über Struktur und Methoden der Organisation Gehlen auszusagen.¹³ Auch das Sendemanuskript der Ostberliner Rundfunksendung »Literatur der Zeit«, die Ende November 1954 das Buch vorstellte, belegt den Propagandacharakter:

Er [der Roman] gibt einen tiefen Einblick in die Tätigkeit der Spionageorganisation Gehlen. Die Skrupellosigkeit und die erbärmlichen Methoden der Gehlen-Banditen werden durch Hans-Joachim Geyer, einen ehemaligen Mitarbeiter des Gehlen-Apparates, erneut vor der Öffentlichkeit enthüllt. [...] In eindrucksvoller Darstellung wird die ganze Verruchtheit einer westlichen Spionageorganisation entlarvt, die auf amerikanischen Befehl die Existenz der ersten Arbeiter- und Bauernmacht in der deutschen Geschichte zu bedrohen sucht.¹⁴

Allerdings thematisierte die Literatursendung weder die sprachlichen noch die stilistischen Mängel des Textes. Dem Buch fehlt jeglicher Spannungsbogen, den man von einem Spionageroman erwartet. Eventuell war dies ein Grund, warum die Veröffentlichung keinen Widerhall in der überregionalen DDR-Presse fand. Nur die »Berliner Zeitung« widmete dem Roman Ende April 1955 eine kleine Notiz, die eine vorsichtige Kritik formulierte:

¹² Vgl. Geyer, Hans-Joachim: Am Anfang stand das Ende. Berlin 1954.

¹³ Im Dezember 1953 verurteilte das Oberste Gericht der DDR sieben Männer wegen ihrer Spionagetätigkeit für die Organisation Gehlen zu hohen Zuchthausstrafen. Sechs waren im Zuge der Aktion »Feuerwerk« verhaftet worden; den siebten, Werner Haase, einen hauptamtlichen Mitarbeiter der Organisation Gehlen, hatte die Staatssicherheit aus Westberlin verschleppt. Vgl. Heidenreich; Munkel; Stadelmann-Wenz: Geheimdienstkrieg (Anm. 2), S. 289–324. Zum Schauprozess Anfang November 1954 vgl. Fricke; Engelmann: »Konzentrierte Schläge« (Anm. 2), S. 130–138.

¹⁴ Sendemanuskript, Literatur der Zeit, Programm II, 29.11.1954; DRA Potsdam, B 095-00-02/007, TSig. 0042, S. 1.

Es handelt sich um einen in Handlung (spannende Handlung) und Dialoge (manchmal recht ausführliche Dialoge) aufgeteilten Bericht. Der Personenkreis ist eng gehalten, umschließt nur Menschen, die mit der Agentenorganisation in Berührung kamen, die Charakterisierung bleibt, bis auf die Hauptgestalt, die eine Wandlung durchmacht, flach.¹⁵

Dennoch verkaufte sich der Roman recht gut, was wiederum auf die anhaltende Propagandakampagne der SED-Führung zurückzuführen ist. Die erste Auflage mit 20 000 Exemplaren war nach wenigen Monaten vergriffen, eine zweite wurde aufgelegt.¹⁶ Allerdings lässt sich nicht rekonstruieren, welchen Leserkreis das Buch erreicht hat. Über den ursprünglichen Autorenvertrag, der ein einmaliges Honorar von 3 000 DM für den Autor vorgesehen hatte, kam es nach Erscheinen des Buches zu Auseinandersetzungen. Geyer forderte mehr Geld. Im Februar 1955 musste der Kongress-Verlag auf Veranlassung der Staatssicherheit weitere 8 000 DM an den Autor zahlen, da dieser vom Verlag angeblich betrogen worden sei.¹⁷

Geyer ging nach der Veröffentlichung seines Romans davon aus, dass er nun als Schriftsteller in der DDR reüssieren könne. Auch die Staatssicherheit hatte den ehemaligen »Maulwurf« als Verfasser weiterer Propagandaschriften vorgesehen. So lag bereits 1955 ein weiteres Roman-Manuskript vor. Unter dem Titel »Hyänen der Menschheit« hatte sich Geyer nun Johann Burianek als Hauptperson ausgesucht.¹⁸ Burianek, Mitglied der »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« (KgU), war vom Obersten Gericht der DDR im Mai 1952 zum Tode verurteilt und wenige Monate später hingerichtet worden.¹⁹ 1955 hatte Geyer noch ein weiteres Romanmanuskript vorgelegt, das sich unter dem Titel »Die Sache mit Dina« ebenfalls mit der KgU beschäftigte und im Rahmen einer geplanten Abenteuerreihe für Ju-

¹⁵ Der Überblick. In: Berliner Zeitung v. 23.4.1955, S. 3.

¹⁶ Vgl. Geyer an Träger, 26.3.1955; BStU, MfS, AIM, Nr. 11553/87, T. I, Bd. 1, Bl. 186 f.; über die Höhe der zweiten Auflage liegen keine Angaben vor.

¹⁷ Vgl. Vertragsexemplar zwischen dem Kongress-Verlag und Geyer, datiert auf Oktober 1954; ebenda, Bl. 180 f.; Aktennotiz, HA II/4, 24.2.1952; ebenda, Bl. 183.

¹⁸ Vgl. Geyer, Hans-Joachim: Hyänen der Menschheit. Johann Burianek und die KgU, maschinengeschriebenes Manuskript mit handschriftlichen Korrekturen, in: BStU, MfS, AS, Nr. 187/56.

¹⁹ Burianek war seit 1951 Mitglied der KgU und in die Erkundung von Brücken und anderen Objekten eingebunden. Das Ziel war offensichtlich die Sprengung solcher Bauten, was jedoch nie umgesetzt wurde. Dazu Fricke; Engelmann: »Konzentrierte Schläge« (Anm. 2), S. 86 f.; ausführlicher bei Heitzer, Enrico: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU). Widerstand und Spionage im Kalten Krieg 1948–1959. Köln, Weimar, Wien 2015, S. 375–381.

gendliche veröffentlicht werden sollte.²⁰ Jedoch reichten Geyers schriftstellerische Qualitäten und wohl auch seine politische Weltsicht dafür nicht aus und so scheiterte der ehemalige »Maulwurf« auf ganzer Linie:

In Auswertung des Informationsberichtes vom 25.1.1956 wurde mit dem Chef die Vereinbarung getroffen, Adler [d. i. Geyer] wegen Nichtverwendungsfähigkeit von der Mitarbeit beim Pressebüro zurückzuziehen. [...] Der Hauptmangel der Arbeit Adlers besteht darin, dass er Dinge, Geschehnisse und Menschen mit einer Weltanschauung sieht, die keinerlei Anspruch auf Fortschrittlichkeit erheben kann. Die Schrift ist die Manifestation eines kleinen Bewusstseins: Kleinbürgerliche Philosophie, ordinäre Sensationshascherei, »Trotzköpfchen«-Schwärmereien in der Prägung einer Courths-Mahler usw. lösen einander ab. [...] Die Schrift weist in Sprache und Stil außerordentliche Mängel auf. Sie ist gekennzeichnet durch Wortarmut, falschen Wortgebrauch, unnatürliche Pathetik, dumpfe Phrasendrescherei, Zweideutigkeiten usw.²¹

Diesem harschen Urteil lag auch ein Gutachten über drei Romanhefte zugrunde, die Geyer bereits in den Dreißiger- und Vierzigerjahren veröffentlicht hatte. Hier kam der Gutachter zu dem Schluss, dass es sich bei den Publikationen um »Schmutz- und Schundliteratur« handle und »von diesen Heften ein gerader Weg [...] zu faschistischem Gedankengut und zu rohestem Halbstarkentum, zur Steigerung der Jugendkriminalität führt«.²² Die drei begutachteten Publikationen gehörten zu den wohl eher als drittclassig einzustufenden Abenteuer- und Kriminalromanen, die Geyer vor

²⁰ Vgl. HA II/4: Auswertung, Bericht, 8.3.1957; HA II/4: Bericht, 13.3.1957; HA II/4: Bericht, 18.3.1957; alle BStU, MfS, AIM, Nr. 11553/87, T. II, Bd. 3, Bl. 358–363; ebenso HA II/4: Bericht, 8.4.1957; BStU, MfS, AIM, Nr. 11553/87, T. I, Bd. 1, Bl. 224.

²¹ PB/S an »Genosse Bruno«, Bericht, 8.3.1956; ebenda, Bl. 189–193, hier 189–191. Dieses Dokument ist kein MfS-internes Dokument, seine Herkunft lässt sich nicht eindeutig feststellen. Die Abkürzung PB steht wahrscheinlich für Pressebüro. Eventuell handelt es sich dabei um eine Einrichtung, die im Parteiapparat der SED angesiedelt war und die zusammen mit der Staatssicherheit einzelne Aktionen für die Propagandakampagne zu den »konzentrierten Schlägen« konzipierte. Der Adressat des Berichtes »Genosse Bruno« müsste Bruno Beater sein, der Leiter der Hauptabteilung V und seit 1955 Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit. Da Beater seit 1954 einer der zentralen Verantwortlichen für die »konzentrierten Schläge« war, ist seine Zuständigkeit in diesem Falle nachvollziehbar. Geyer taucht nur in diesem Dokument unter dem Decknamen »Adler« auf.

²² Gutachten, Verfasser unbekannt, 17.2.1956; BStU, MfS, AIM, Nr. 11553/87, T. I, Bd. 1, Bl. 194–197, hier 194 u. 197.

dem Zweiten Weltkrieg zum Teil unter dem Pseudonym »Henry Troll« veröffentlicht hatte. Darunter befinden sich Titel wie »Parole Orinoco«, »Verbrecher im Frack« oder »Vamp Rita«.²³ Dass sein Denken von rechtsextretem Gedankengut zumindest bis 1945 geprägt war, davon ist auszugehen. Geyer, 1901 geboren, hatte sich 1918 kurz vor Kriegsende noch freiwillig zum Reichsheer gemeldet, kam allerdings nicht mehr zum Einsatz. Eine politische Heimat fand er in den Zwanzigerjahren in rechtsnationalen Kreisen. Von 1932 bis 1945 war er NSDAP-Mitglied. Zwischenzeitlich war er auch in der SA gewesen. Während des Zweiten Weltkrieges kam er mit dem Konzentrationslagersystem des NS-Regimes in unmittelbare Berührung: Er arbeitete von 1943 bis zum Kriegsende in den Kantinenverwaltungen von Außenlagern von Sachsenhausen und Buchenwald.²⁴

Seine »Nichtverwendbarkeit« wurde gegenüber Geyer nicht offen thematisiert und so ließ man ihn als eine Art Beschäftigungstherapie weitere Texte verfassen. 1957 legte er ein Manuskript vor, das den Fall von Horst Hesse behandelte, den die Spionageabwehr der Staatssicherheit als »Maulwurf« in eine Dienststelle der Nachrichtendienstabteilung der US-Armee, Military Intelligence Division (MID), in Würzburg eingeschleust hatte. Hesse hatte 1956 sämtliche Unterlagen dieser Dienststelle in die DDR gebracht.²⁵ Daneben versuchte Geyer sich auch an kleineren Geschichten, die als Fortsetzungsromane für Zeitschriften gedacht waren. All diese Manuskripte wurden weder veröffentlicht, noch sind sie in den Stasiunterlagen überliefert.

Neben seinen schriftstellerischen Ambitionen wollte Geyer weiterhin auch die Spionageabwehr der Staatssicherheit mit seinen Ideen bereichern. Einige Hinweise deuten darauf hin, dass sein Führungsoffizier Träger wie auch Kiefel als Leiter der Hauptabteilung (HA) II diese Pläne zumindest teilweise unterstützten. 1955 hatte Geyer ein Spionage- und Abwehrnetz gegen die Organisation Gehlen entworfen, das sowohl über Dienststellen in

²³ Im Katalog der Deutschen Nationalbibliothek sind unter seinem Namen 14 Publikationen verzeichnet. Eine von Geyer im Februar 1953 verfasste Publikationsliste weist dagegen 25 publizierte Werke auf. Vgl. Aufstellung, 15.2.1953; BStU, MfS, AIM, Nr. 11553/87, T. II, Bd. 2, Bl. 21.

²⁴ Vgl. Heidenreich; Münkel; Stadelmann-Wenz: *Geheimdienstkrieg* (Anm. 2), S. 62–64.

²⁵ Diese spektakuläre Geschichte bot nicht nur der SED-Propaganda weiteren Stoff, den sie gegen die westlichen Geheimdienste ausschlagen konnte. In dem Film »For eyes only« wurde diese Geschichte auch Anfang der Sechzigerjahre von der DEFA verfilmt. Vgl. *For eyes only – Streng geheim* (Regie: János Veiczi), DEFA 1963.

der DDR als auch in der Bundesrepublik verfügen sollte. Für sich selbst hatte er die Leitung des Abwehernetzes vorgesehen, seinen älteren Bruder und dessen Sohn empfahl er als leitende Mitarbeiter an seiner Seite.²⁶ Der Entwurf kopierte mehr oder weniger die Organisationsstruktur der Organisation Gehlen und wäre keinesfalls auf die Staatssicherheit übertragbar gewesen, was auch in der HA II so gesehen wurde. Mit der Begründung, Geyer sei in der Organisation Gehlen zu bekannt, wurde im Herbst 1955 vorgeschlagen, ihn in Abwehroperationen gegen den bundesdeutschen Verfassungsschutz zu integrieren. Um dieses Vorhaben realisieren zu können, sei allerdings ein erneuter Umzug der Familie Geyer von Sachsen in die Nähe Ostberlins vonnöten. Außerdem sollte Geyer ein eigenes Auto zur freien Verfügung sowie eine »monatliche Aufwandsentschädigung« über 1 000 DM erhalten.²⁷ Tatsächlich kam Geyer weder in einer Abwehroperation gegen den Verfassungsschutz in der Bundesrepublik zum Einsatz, noch erhielt er einen eigenen Wagen. Die monatliche Zahlung von 1 000 DM wurde dagegen umgesetzt.²⁸ Auch der Umzug fand statt. Familie Geyer zog im Sommer 1956 in ein Haus mit Seeblick in Lehnitz, einem Ortsteil Oranienburgs.²⁹

Dass die Idee, Geyer für die Spionageabwehr weiterhin zu nutzen, in der HA II/4 verfolgt wurde, belegen Berichte über zwei Reisen, die Geyer 1955 und 1956 machte. Im August 1955 fuhr er nach Moskau. Äußerer Anlass war das Freundschaftsspiel der bundesdeutschen Fußball-Nationalmannschaft gegen die sowjetische Auswahl in Moskau – eine politische Sensation zehn Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges und mitten im Kalten Krieg. Allerdings war das Spiel für Geyer weniger von Interesse. Er gehörte zu einer Reisegruppe westdeutscher Journalisten, die im Rahmen einer vom FDGB organisierten Reise nach Moskau gefahren waren. Zu dieser Reise ist ein Bericht überliefert, den Geyer nach seiner Rückkehr verfasst hat. Sein Inhalt legt nahe, dass der GM ausschließlich zur Beobachtung dieser Journalisten

²⁶ Vgl. Geyer: Organigramm (handschriftlich), 4.7.1955; BStU, MfS, AIM, Nr. 11553/87, T. II, Bd. 1, Bl. 161; Geyer: schriftliche Ausführungen zum Organigramm, o. D.; ebenda, Bl. 168–175.

²⁷ Vgl. HA II/4: Bericht, 1.10.1955; BStU, MfS, AIM, Nr. 11553/87, T. I, Bd. 1, Bl. 199 f.

²⁸ Vgl. HA II/4: Vorschlag, 22.10.1955; ebenda, Bl. 201; HA II/4: Bericht, 8.4.1957; ebenda, Bl. 224–228.

²⁹ Zum Umzug selbst sind in der IM-Akte Geyers keine Dokumente vorhanden. In einer handschriftlichen Kostenaufstellung sind für den 2.8.1956 Umzugskosten von 634 DM aufgeführt. Vgl. Aufstellung, o. V., o. D., in: BStU, MfS, AIM, Nr. 11553/87, T. II, Bd. 4, Bl. 97.

an der Reise teilnahm.³⁰ Inwiefern Geyer hier als GM der Spionageabwehr oder vielmehr als GM der Propagandakampagne der »konzentrierten Schläge«, in die er zu dieser Zeit noch eingebunden war, fungierte, lässt sich anhand der überlieferten Dokumente nicht rekonstruieren. Zumindest fertigte die HA II/4 eine Abschrift von Geyers Bericht.³¹ Eine zweite Reise führte Geyer im Juni 1956 nach Poznań in Polen. Vom 17. Juni bis 1. Juli sollte er auf der internationalen Messe Kontakte zu westdeutschen Ausstellern und Besuchern suchen. Allerdings kam es anders: Geyer geriet mitten in den bekannten Posener Aufstand, der sich aus einem Streik entwickelt hatte und am 28. Juni in einer blutigen Auseinandersetzung mit dem polnischen Militär gipfelte. Geyer floh regelrecht aus der Stadt und kehrte am 29. Juni nach Ostberlin zurück, wo er unverzüglich über die Ereignisse berichtete:

[Geyer] gibt an, dass er in Sprüngen die Straße passieren musste, da fortwährend geschossen wurde und die Kugeln überall herumschwirrten. Die Restaurants sowie der Bahnhof seien völlig zerstört, das Gefängnis geöffnet, alle Gefangenen auf freien Fuß gesetzt und alle Unterlagen verbrannt. [...] Poznań selbst ist von Panzern umstellt und wird seit dem 28.6.1956 von Fußtruppen der Armee gesäubert. Seit dem 27.6.1956 gab es in keinem Geschäft etwas zu essen.³²

Seinen ursprünglichen Auftrag, auf der Messe Kontakt zu Bundesbürgern zu knüpfen, hatte er offensichtlich nicht zielstrebig verfolgen können. Er gab an, dass er in den Tagen vor dem Aufstand bei Restaurantbesuchen lediglich einen Westberliner und einen US-Bürger kennengelernt hatte.³³ Für die Spionageabwehr der Staatssicherheit waren dies jedoch kaum verwertbare Ergebnisse. Knapp zwei Monate später fuhr Geyer im Auftrag des MfS zur Leipziger Messe. Auch hier knüpfte er in den verschiedenen Lokalen der Stadt Bekanntschaften zu westdeutschen Messebesuchern. Zu einigen sollte Geyer weiterhin brieflichen Kontakt halten, bei anderen wurde geprüft, ob sie als inoffizielle Mitarbeiter infrage kämen.³⁴

Insgesamt zeigten Geyers Aktivitäten in den Jahren 1955 und 1956, dass der GM keinerlei Nutzen mehr für die Spionageabwehr brachte. So versuch-

³⁰ Vgl. Geyer: Gewonnener Gesamteindruck Fahrt Berlin–Moskau–Berlin (handschriftlich), 27.8.1955; BStU, MfS, AIM, Nr. 11553/87, T. II, Bd. 1, Bl. 164–167.

³¹ Vgl. HA II/4: Abschrift, 2.9.1955; ebenda, Bl. 177 f.

³² HA II/4: Betrifft: Bericht über die Lage in Poznań, 29.6.1956; BStU, MfS, AIM, Nr. 11553/87, T. II, Bd. 3, Bl. 290 f.

³³ Geyer: Bericht (handschriftlich), 29.6.1956; ebenda, Bl. 293–305.

³⁴ Geyer: Bericht (handschriftlich), 5.9.1956; ebenda, Bl. 319–326; HA II/4: Bericht, 10.10.1956; ebenda, Bl. 327–331.

te die HA II/4 seit Frühjahr 1957, für Geyer ein anderes Betätigungsfeld zu finden. Zur gleichen Zeit zog sich Helmut Träger aus der unmittelbaren Führung und Anleitung des GM zurück und übergab diese Aufgabe an andere Mitarbeiter. Während Berichte von Träger stets lobend die Verdienste Geyers für die Spionageabwehr hervorheben und kaum kritische Einschätzungen enthalten, stellen die »Treffberichte« seines Nachfolgers nun zunehmend Eigenschaften wie Geltungsbedürfnis und Geldgier beim GM fest. Das Verhältnis zwischen MfS und dem ehemaligen »Maulwurf« veränderte sich zusehends. So beklagte sich Geyer auch mehrfach, dass Versprechungen, die Träger ihm gemacht hatte, nun nicht mehr eingehalten würden.³⁵

Ab 1. September 1957 hatte die Staatssicherheit eine »zivile« Beschäftigung für Geyer gefunden. Trotz der festgestellten fehlenden Schreibqualitäten sollte er in der Pressestelle der Staatlichen Plankommission eingesetzt werden. Dass die HA II bestrebt war, die finanziellen Aufwendungen für ihren ehemaligen Maulwurf zu reduzieren, zeigt eine Aufstellung der bislang aufgelaufenen Kosten. So hatte die Staatssicherheit von Dezember 1952 bis Oktober 1957 mehr als 100 000 DM für Geyer verausgabt. In der Summe waren auch eine Prämie in Höhe von 10 000 DM, die Geyer 1953 für seinen Einsatz als »Maulwurf« in der Organisation Gehlen erhalten hatte, und weitere 20 000 DM enthalten, die für die Einrichtung des Hauses im sächsischen Löbau aufgewendet worden waren.³⁶ Geyer sollte bei der Plankommission zwischen 700 und 800 DM verdienen. Die HA II wollte fortan nur noch den Differenzbetrag begleichen, denn Geyer sollte auch weiterhin über die ihm zugesprochenen 1 000 DM monatlich verfügen können.³⁷ Wenige Monate nach seinem Dienstantritt bei der Staatlichen Plankommission kündigte Geyer jedoch seine Anstellung wieder: »Infolge [...] eines alten Herzleidens [...] bin ich auf längere Zeit arbeitsunfähig geworden. Ich bitte deshalb, mein Arbeitsverhältnis als Mitarbeiter der Pressestelle der Plankommission zum nächstzulässigen Termin als gelöst zu betrachten.«³⁸

³⁵ Vgl. HA II/4: Bericht, 8.4.1957; BStU, MfS, AIM, Nr. 11553/87, T. I, Bd. 1, Bl. 224–228, hier 225.

³⁶ Vgl. HA II/4a: Kostenaufstellung, 15.10.1957; BStU, MfS, AIM, Nr. 11553/87, T. I, Bd. 2, Bl. 35. Die Prämie über 10 000 DM wurde Geyer im September 1953, noch während seines Einsatzes als »Maulwurf« in Westberlin, zugesprochen. Im April 1954 erhielt er das Geld. Vgl. Geyer: Auszahlungsquittung (handschriftlich), 24.4.1954; BStU, MfS, AIM, Nr. 11553/87, T. II, Bd. 4, Bl. 33.

³⁷ Vgl. HA II/4: Vorschlag, 14.8.1957; BStU, MfS, AIM, Nr. 11553/87, T. I, Bd. 2, Bl. 22 f.; HA II/4: Bericht, 11.9.1957; ebenda, Bl. 25–27.

³⁸ Geyer: Kündigungsschreiben (Kopie), 2.1.1958; ebenda, Bl. 19.

Nun musste die Staatssicherheit wieder für den vollen Unterhalt sorgen. Wie einem Bericht vom Mai 1962 zu entnehmen ist, geschah dies mit dem expliziten Einverständnis von Erich Mielke, der seit 1957 Minister für Staatssicherheit war und Geyer persönlich kannte. Die bislang verauslagte Summe war mittlerweile auf 164 000 DM angestiegen. Der Bericht konstatierte aber auch, dass Geyer als geheimer Mitarbeiter »keinerlei Nutzen« mehr für das MfS habe. Dennoch war man im MfS offensichtlich bemüht, ihn weiterhin, wenn auch in geringerem Maße, finanziell zu unterstützen. Die Zuwendungen wurden auf 600 DM monatlich gekürzt. Dies wurde Geyer schmackhaft gemacht, indem das Haus in Lehnitz im Zuge einer Schenkung auf ihn übertragen wurde. Im Gegenzug musste er sich verpflichten, »sämtliche Erhaltungskosten, kommunalen Ausgaben, Grundsteuer etc.« zu übernehmen. Bis dahin hatte die Staatssicherheit alle anfallenden Ausgaben für die Liegenschaft beglichen. 1963 wurden Geyers monatliche Bezüge auf 500 DM abgesenkt.³⁹ Da er seinen Lebensstil mit dieser Summe allein nicht finanzieren konnte, arbeitete er in den folgenden Jahren zunächst als Pförtner bei einem Unternehmen in Oranienburg, später in der Kulturabteilung beim Rat der Stadt.⁴⁰

Im Juli 1972 starb Hans-Joachim Geyer im Alter von 71 Jahren. 20 Jahre zuvor hatte er sich in einer für ihn ausweglosen Situation als geheimer Mitarbeiter der Staatssicherheit anwerben lassen. Wenn Geyer auch sicherlich kein typischer Doppelagent war, so entsprach er in dieser Rolle zumindest für zehn Monate ganz den Vorstellungen der Staatssicherheit, die seinen Informationen den ersten der drei »konzentrierten Schläge«, die Aktion »Feuerwerk«, verdankte. In den darauffolgenden Jahren ist das Verhältnis zwischen Geyer und DDR-Geheimpolizei von den Versuchen geprägt, den geheimen Mitarbeiter weiterhin in der Spionageabwehr und in der Propaganda, später in einem zivilen Beruf einzusetzen. Obwohl all diese Versuche scheiterten, bot das »Versorgungssystem« der Staatssicherheit Geyer und seiner Familie ein nahezu sorgenfreies Leben mit Haus und Grundstück und einer monatlichen Geldzuwendung, die bis Anfang der Sechzigerjahre weit über dem Durchschnittseinkommen in der DDR lag und auch in der Zeit danach bis zu seinem Tode zumindest ein ausreichendes Auskommen bot. Die Abhängigkeit, die sich aus diesen Zuwendungen ergab, betraf nicht nur Geyer selbst, sondern die gesamte Familie. Ihn konnte man nicht ein-

³⁹ Vgl. HA II/4: Bericht, 29.5.1962; ebenda, Bl. 70–72, Zit. Bl. 72; MfS: Vertrag, 17.9.1962; ebenda, Bl. 76, Zit. ebenda; HA II/4: Vermerk, 31.12.1963; ebenda, Bl. 91; HA II/5: Bericht, 20.8.1968; ebenda, Bl. 108.

⁴⁰ HA II/5: Abschlussbericht, 17.11.1987; ebenda, Bl. 130–133.

fach von der Leine lassen. Schließlich hatte er als ehemaliger »Maulwurf« nicht nur Einblicke in und Kenntnisse über die Abwehr der Staatssicherheit der frühen Fünfzigerjahre bekommen. Er kannte auch die Führungsetage im Ministerium. Bei alledem war Hans-Joachim Geyer jedoch kein Opfer der DDR-Staatssicherheit. Er wusste das »Versorgungssystem« der DDR-Geheimpolizei sehr gut zu nutzen.

Suff, Westverwandte und Schlamperei – der »Feind« in der Provinz. Die Steuerungsprobleme des MfS am Beispiel der Kreisdienststelle Gransee

Im Sommer 1989 wendete sich der Chef der MfS-Bezirksverwaltung Potsdam an das »erprobte Partei- und Kampfkollektiv«¹ seiner Kreisdienststelle in Gransee. Damals ahnte auf dem flachen Lande in der nördlichen DDR offenbar noch niemand, dass es mit der Stasi in drei Monaten vorbei sein würde. In gewohnter Manier nordete ein hoher Leiter der DDR-Geheimpolizei seine Untergebenen ideologisch ein, um sie für die tägliche Arbeit zu motivieren. Ein Hauch von großer weiter Welt durchwehte die ländliche Kreisdienststelle im Ruppiner Land, als Helmut Schickart² die geheimpolizeiliche Großwetterlage martialisch aufblähte. Die NATO, die KSZE und der US-amerikanische Präsident Bush persönlich schienen sich gegen den ländlichen Kreis verschworen zu haben, denn sie zielten darauf ab, »die Völker der sozialistischen Staaten in das kapitalistische Wertesystem zurückzuzerren«³. Der Stasichief aus der Bezirksstadt Potsdam hatte die Angriffspunkte des Feindes klar im Blick: Im politischen Untergrund, in der Ökonomie, bei der Spionageabwehr und bei Angriffen auf die Staatsgrenze der DDR sah er die Schwerpunkte der Herausforderungen für die staatliche Sicherheit im Kreis Gransee.

Struktur der Kreisdienststelle in den Fünfziger- und den Achtzigerjahren

Ob dem einen oder anderen Zuhörer Zweifel kamen, dass beispielsweise die angeführten Mängel der Ordnung und Disziplin im Futtermischwerk Fürstenberg und die daraus folgenden Schäden in Tieraufzuchtbetrieben nun

¹ BV Potsdam: Referat Leiter BV in der KD Gransee, 30.8.1989; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 1054, Bl. 345–378, hier 377 f.

² Gieseke, Jens (Hg.): Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit. Kurzbiographien des MfS-Leitungspersonals 1950 bis 1989 (MfS-Handbuch). Berlin 1998, S. 61 f.

³ BV Potsdam: Referat Leiter BV in der KD Gransee, 30.8.1989; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 1054, Bl. 345–378, hier 354.

wirklich Folge einer NATO-Strategie waren, ist nicht überliefert.⁴ Vermutlich kamen nur geringe Bedenken auf, denn in der Kreisdienststelle war Ende der Achtzigerjahre noch alles wohlgeordnet. Deren Leiter Hans-Jürgen Töpfer konnte mit seinem Stellvertreter und seinen vier Referatsleitern auf 16 IM-führende Mitarbeiter zählen; mit Hilfskräften arbeiteten 38 Personen in der Stadtvilla.⁵

Die Kreisdienststelle verfügte über folgende Referate:

1. militärische Objekte und Spionageabwehrfragen und Sicherung der Polizei
2. Fragen der Wirtschaft, der Landwirtschaft und allgemeine Personenüberprüfungen⁶
3. Sicherung des Staates, der Kultur, der Kirche und Bekämpfung staatsfeindlicher Bestrebungen.⁷

Hinzu kamen noch eine vierköpfige Gruppe von Auswertern und der Wachschatz. Die insgesamt vier Referate waren für die komplette Überwachung eines Kreises zuständig, der im Jahr 1989 immerhin 43 495 Einwohner zählte.⁸

Um ihre Aufgaben bewältigen zu können, verfügte die KD über Zuträger. Vor allem die 120 inoffiziellen Mitarbeiter (IM), mit denen man sich in 45 konspirativen Wohnungen (KW) treffen konnte, wurden als wertvolle Quellen angesehen.⁹ Allein diese IM lieferten im Jahr 1988 beachtliche 1 068 relevante Informationen.¹⁰ Diese Informationen wurden in schriftlicher Form an die Gruppe der Auswerter gereicht, die sie nach dem Zuständigkeitsprinzip weiterleiteten bzw. in Karteien und Akten festhielten. Zu

⁴ Ebenda, Bl. 368 ff.

⁵ Laut einer Eigenberechnung mittels der Gehaltsliste des sogenannten MfS-Finanzprojektes waren es 36 Mitarbeiter. Angaben ansonsten in BV Potsdam, Leiter: Stellenplannachweis der Bezirksverwaltung Potsdam, Kreisdienststelle Gransee, 27.6.1989; BStU, MfS, BV Potsdam, K 10233, Bl. 485–490.

⁶ BV Potsdam, AKG: Ausgewählte Ergebnisse der durchgeführten Konsultationen und Untersuchungen zum Stand und zur Wirksamkeit der politisch-operativen Sicherung des VEB Mikroelektronik »Bruno Baum« Zehdenick durch die KD Gransee, 26.5.1988; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 562, Bl. 76–81, hier 78.

⁷ BV Potsdam: Stellenplanbesetzung, 27.6.1989; BStU, MfS, BV Potsdam, K 10233, Bl. 485–490, hier 486 ff.

⁸ 35. Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1990, S. 6.

⁹ BV Potsdam, AKG: Informationsbedarf zu ausgewählten Fragen der IM-Arbeit, 1988; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 1054, Bl. 205–217, hier 205.

¹⁰ Ebenda, Bl. 206.

22 500 Personen, ungefähr halb so vielen wie der Kreis Einwohner hatte, existierten Karteikarten, die auf Akteneinträge hinwiesen.¹¹

Die Kreisdienststelle im Jahr 1988 unterschied sich deutlich von den Verhältnissen im Jahr 1958.¹² Damals war der Apparat mit nur sechs geheimpolizeilich tätigen Mitarbeitern nicht einmal halb so groß wie gegen Ende der DDR. Die Mitarbeiterfluktuation war hoch.¹³ Auch mit dem »moralische[n] Zustand« stand es nicht zum Besten, worunter gewöhnlich eine Mischung von mangelnder Arbeitsmoral und ausschweifenden Trink- und Sexualgewohnheiten zu verstehen ist.¹⁴ Die Kontrolleure, die 1958 die Kreisdienststelle prüften, waren von dem Befund wenig angetan. Die Arbeit schien ihnen unzulänglich strukturiert, zu wenig professionell und ineffektiv.

Die Tätigkeit der Geheimpolizisten war seinerzeit nicht nach Themenschwerpunkten organisiert. Sie orientierte sich an der regionalen Zuordnung und an den Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS). Vordergründig sollten die MTS Neuangesiedelte und Kollektivbauern mit landwirtschaftlicher Technik versorgen. Sie dienten aber auch der sozialen und politischen Kontrolle gerade in der Phase der Kollektivierung der Landwirtschaft. Die Kreisdienststelle hatte ihre Arbeit auf diese Struktur abgestellt. Für jede Maschinen-Traktoren-Station, mit der das MfS eng zusammenarbeitete, war ein Objektvorgang angelegt. Die regionale Einheit sollte die Basis für die Gewinnung von inoffiziellen Mitarbeitern, damals »Informatoren« genannt, in den Dörfern sein.¹⁵ Aber an solchen mangelte es Ende der Fünfzigerjahre in Gransee: »Die vorhandenen Informatoren, die für die Abwehr-

¹¹ Die sogenannte VSH-Kartei der Kreisdienststelle enthielt ca. 22 500 Karten. Allerdings konnten hier auch Personen aus dem Westen oder anderen Regionen festgehalten werden. BV Potsdam, AKG: Erhebungsprogramm, 2.4.1986; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 918. Bl. 53–65, hier 56.

¹² AKG: Bericht, 24.7.1958; BStU, MfS, BV Potsdam, AS, Nr. 9/60, Bd. I, Bl. 80–96, hier 81.

¹³ Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personal und Lebenswelt 1950–1989/90 (Analysen und Dokumente 20). Berlin 2000, S. 180 ff. u. 185 ff.

¹⁴ AKG: Bericht, 24.7.1958; BStU, MfS, BV Potsdam, AS, Nr. 9/60, Bd. I, Bl. 80–96, hier 81.

¹⁵ Teske, Regina: Staatssicherheit auf dem Dorfe: Zur Überwachung der ländlichen Gesellschaft vor der Vollkollektivierung 1952 bis 1958 (BF informiert 27). Berlin 2006, S. 45 ff.

arbeit in den Gemeinden und Dörfern eingesetzt sind, entsprechen in ihrer Qualität und Quantität noch nicht den gestellten Anforderungen.«¹⁶

Die territoriale Aufteilung der Verantwortlichkeiten brachte es mit sich, dass die inoffiziellen Mitarbeiter, die für ein MTS-Gebiet zuständig waren, nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch alle anderen Bereiche bearbeiten mussten. Das führte in dem Kreis, der neben der Landwirtschaft auch für die Absicherung großer sowjetischer und NVA-Kasernen zuständig war, zur Vernachlässigung der Abwehraufgaben.¹⁷ Auch die Informationsweitergabe und die Anleitung der Geheimdienstmitarbeiter waren unzureichend. Offenbar hatten die einzelnen Mitarbeiter vor allem ihr Gebiet und ihre Fälle im Blick, es gab »keine Koordinierung unter den Mitarbeitern«. ¹⁸ Sie arbeiteten auch keineswegs immer verdeckt, wie man das von einem Geheimdienst erwarten würde. Häufig wurde kritisiert, dass zu wenig durch IM recherchiert wurde und Ermittlungen nur in Form von »offizielle[n] Aussprachen mit anderen Personen« stattfanden.¹⁹

Allerdings wäre es falsch, aus dieser kritischen Betrachtung der vorgeetzten Instanz auf die vollkommene Ineffektivität der Kreisdienststelle Ende der Fünfzigerjahre zu schließen. Sie bearbeitete in acht Überprüfungsvorgängen fünf Verdachtsfälle auf Spionage, ermittelte aber beispielsweise auch gegen ehemalige Mitglieder einer SS-Reiterstaffel, die eine Pferdegenossenschaft gegründet hatten.²⁰ Schon im ersten Halbjahr 1958 waren in Zusammenarbeit mit der übergeordneten Bezirksverwaltung vier Festnahmen erfolgt, zwei wegen Spionageverdachts, eine wegen »Mordhetze« und eine wegen »Hetze und staatsgefährdender Propaganda«. ²¹

Auf den ersten Blick liegen die Unterschiede klar auf der Hand. Die Kreisdienststelle befand sich 1958 noch in der Findungsphase. Offenkundig agierten wenig geschulte Mitarbeiter wie eine Kriminalpolizei für besondere Delikte, die Einzelfälle oder auffällige Objekte meist durch Befragung bearbeitete. Die interne Arbeitsteilung im MfS war gering ausgeprägt und vorrangig auf die gesellschaftlichen Umwälzungen auf dem Lande ausgerichtet. Demgegenüber agierte die deutlich vergrößerte Kreisdienststelle Ende der Achtzigerjahre professioneller, denn die Mitarbeiter arbeiteten

¹⁶ AKG: Bericht, 24.7.1958; BStU, MfS, BV Potsdam, AS, Nr. 9/60, Bd. I, Bl. 80–96, hier 82 ff.

¹⁷ Ebenda, Bl. 84.

¹⁸ Ebenda, Bl. 15.

¹⁹ Ebenda, Bl. 11 f.

²⁰ Ebenda, Bl. 11 f.

²¹ Ebenda, Bl. 2.

nach präzisen Vorgaben. Sie wurden stärker angeleitet und konnten auf eine größere Zahl weit verteilter Informanten zurückgreifen. Für die streng geregelte Informationsverarbeitung stand ein eigener kleiner Stab zur Verfügung. Der Bericht von 1958 nennt überhaupt noch keine separaten Auswerter.

Effizienz der Kreisdienststelle

Was diese Gegenüberstellung nicht beantwortet, ist die Frage, ob auch die Effektivität der Arbeit der Kreisdienststelle gestiegen war. Zunächst fällt auf, dass für die Achtzigerjahre keine Festnahmen vermeldet werden. Das mag ein Indiz für Schwächen der Überwachungsarbeit sein, ist aber sicher auch eine Folge der stärkeren Ausrichtung auf »vorbeugende« Methoden.²² So rühmte man sich, »durch gezielte operative Maßnahmen«²³ manche Straftat verhindert zu haben. Aber selbst die Zahl der Ermittlungsverfahren war gering, 1988 gab es gar keines.²⁴

Auch die Zahl der operativen Vorgänge (OV), die den Ermittlungsverfahren vorgelagerten schweren Verdachtsfälle, ist – bei genauer Betrachtung – in den Achtzigerjahren nicht wesentlich größer als in den frühen Jahren. Während 1958 ein OV geführt wurde,²⁵ ist die Zahl in den Siebziger- und Achtzigerjahren höher. 1976 waren es sieben. Diese Zahl war aber eine Folge des Missstandes, dass die OV lange ohne wirklichen Erkenntnisfortschritt offengehalten wurden. Die meisten Vorgänge mussten daher am Ende wegen Nichtbestätigung des Verdachtes eingestellt werden.²⁶

Der zahlenmäßig bedeutsame Anstieg der Leistung der Kreisdienststelle liegt bei den Personenkontrollen und -überprüfungen. Sind es 1958 nur

²² Gieseke, Jens: Der Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990. München 2006, S. 186 ff.

²³ BV Potsdam, AKG: Bericht, 13.12.1979; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 762, Bl. 2–18, hier 7.

²⁴ BV Potsdam, AKG: Hinweise zur KD Gransee, 7.1.1987; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 1054, Bl. 232–240, hier 232; BV Potsdam, AKG: Hinweise zur KD Gransee, 1.7.1986; ebenda, Bl. 224–229, hier 228; BV Potsdam, AKG: Hinweise zur KD Gransee, 11.4.1988; ebenda, Bl. 244–247, hier 244.

²⁵ AKG: Bericht, 24.7.1958; BStU, MfS, BV Potsdam, AS, Nr. 9/60, Bd. I, Bl. 80–96, hier 81.

²⁶ BV Potsdam, AKG: Kontrollbericht, 8.1.1979; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 240, Bl. 2–17, hier 8.

acht Kontrollen,²⁷ liegt die Zahl der formalisierten Personenkontrollen²⁸ ab 1973 über 20 und gegen Ende der DDR bei 25.²⁹ Noch stärker fällt eine Art der Personenüberprüfung ins Auge, die es 1958 in dieser Form noch gar nicht gab: die Sicherheitsüberprüfung. Im Jahr 1988 werden 1 170 Personen einer Personenermittlung unterzogen.³⁰ Bezogen auf die Einwohnerzahl wären das immerhin 3 % pro Jahr.³¹ Die Zahl der Überprüfungen war in den Jahren zuvor nicht zuletzt wegen des Wunsches vieler DDR Bürger, ins Ausland reisen oder übersiedeln zu wollen, drastisch gestiegen. Es war die Massenhaftigkeit gerade derartiger Überprüfungen, die offenbar bei den Stasi-Mitarbeitern in der Region zur Unzufriedenheit führte, da sie »jeder Oma, die nach drüben wollte«,³² nachspüren sollten.

Die Arbeit der Kreisdienststelle hatte sich also stark verändert. Während man in den Fünfzigerjahren Regionen und Objekte beobachtete und gegen wirkliche oder vermeintliche Staatsfeinde ermittelte und diese zu kriminalisieren versuchte, wurden gegen Ende der DDR vor allem massenhaft Personen überprüft. Ein nicht geringer Teil der personellen Kapazitäten war durch diese Aufgabe gebunden, für die in den Achtzigerjahren ein eigener Arbeitsbereich gegründet werden musste.³³ Da dieser aber oft überlastet war, mussten immer wieder andere Mitarbeiter – sogar der zuständige Referatsleiter – einspringen.³⁴ Eine zweite zusätzliche Belastung erwuchs aus der Professionalisierung der Auswertung. Hatte die Kreisdienststelle Gran-

²⁷ AKG: Bericht, 24.7.1958; BStU, MfS, BV Potsdam, AS, Nr. 9/60, Bd. I, Bl. 80–96, hier 11 f.

²⁸ Gemeint sind die operativen Personenkontrollen (OPK).

²⁹ BV Potsdam: Vorlage über die Bestimmung der politisch-operativen Schwerpunkte der KD Gransee, 18.5.1973; BStU, MfS, BV Potsdam, BdL, Nr. 240, Bl. 75–87, hier 76, und BV Potsdam, AKG: Hinweise zur KD Gransee, 11.4.1988; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 1054, Bl. 244–247, hier 245.

³⁰ BV Potsdam, Abt. VIII: Bericht, 11.11.1988; BStU, MfS, BV Potsdam, Abt. VIII, Nr. 345, Bl. 122–124., hier 124.

³¹ Auch Westbürger und Bürger aus anderen Regionen konnten überprüft werden. Daher ist die faktische Prozentzahl niedriger. Da aber in der Regel ein Bezug zu einer Person im Kreis Gransee gegeben sein dürfte, ist diese Quote keine rein theoretische Zahl.

³² Aussage eines Mitarbeiters der benachbarten KD Perleberg im Jahr 2006. Interview von Bruce, Gary: *The Firm. Inside Story of the Stasi*. Oxford 2010, S. 379.

³³ BV Potsdam, Abt. VIII: Bericht, 2.5.1989; BStU, MfS, BV Potsdam, Abt. VIII, Nr. 345, Bl. 117–120, hier 116 ff.

³⁴ BV Potsdam, Abt. VIII: Bericht, 11.11.1988; ebenda, Bl. 122 f., hier 122.

see im Jahr 1973 nur über einen Auswerter verfügt,³⁵ waren es 1988 bereits vier.³⁶ Mit der personellen Aufstockung dieses Bereiches waren auch die qualitativen und quantitativen Anforderungen an schriftliche Berichte gestiegen, die die hauptamtlichen Geheimpolizeimitarbeiter fertigen sollten. Es waren diese beiden Faktoren, die starke Zahl der Personenüberprüfungen und die arbeitsaufwändige Professionalisierung der Informationsverarbeitung, die dazu führten, dass der geheimpolizeiliche Output nicht in gleichem Maße stieg wie die Zahl der Mitarbeiter.

Auffällig ist, dass in den Achtzigerjahren die Zahl der inoffiziellen Mitarbeiter trotz des Aufgabenzuwachses und des Anstieges an hauptamtlichen Mitarbeitern stagnierte.³⁷ Im Jahr 1979 waren 163 registriert, im Jahr 1988 waren es 161.³⁸ Dies verwundert, da durch die Vorgesetzten und die Bezirksverwaltung schwerpunktmäßig immer wieder auf die Rekrutierung von immer mehr IM orientiert wurde.³⁹ Die Stasi-Bezirksverwaltung beklagte »unbefriedigende Ergebnisse«⁴⁰ bei der IM-Rekrutierung. Der Grund dafür war, dass ebenso viele IM »abgeschrieben« werden mussten wie neu dazugewonnen wurden. Im Jahr 1988 glaubte die Kreisdienststelle, endlich einen Top-IM im staatskritischen Milieu gefunden zu haben. Aber auch diesen musste sie wieder aufgeben, weil er sich in den Augen des MfS selbst strafbar gemacht hatte.⁴¹ Dass trotz deutlich steigender Mitarbeiterzahlen die IM-Zahl rund zehn Jahre lang stagnierte, ist ein Indiz dafür, dass das

³⁵ BV Potsdam: Vorlage über die Bestimmung der politisch-operativen Schwerpunkte der KD Gransee, 18.5.1973; BStU, MfS, BV Potsdam, BdL, Nr. 240, Bl. 75–87, hier 76.

³⁶ BV Potsdam, AKG: Erhebungsprogramm, 2.4.1986; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 918, Bl. 53–65, hier 54.

³⁷ Vgl. die IM-Statistik 1981–1989 bei Müller-Enbergs, Helmut: Die Inoffiziellen Mitarbeiter. Teil 3. Statistiken (MfS-Handbuch). Berlin 2008, S. 791.

³⁸ BV Potsdam, AKG: Kontrollbericht, 8.1.1979; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 240, Bl. 2–17, hier 2; BV Potsdam, AKG: Informationsbedarf zu ausgewählten Fragen der IM-Arbeit, 1988; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 1054, Bl. 205–217, hier 208.

³⁹ Bruce: The Firm (Anm. 32), S. 378.

⁴⁰ BV Potsdam, AKG: Informationsbedarf zu ausgewählten Fragen der IM-Arbeit, 1988; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 1054, Bl. 205–217, hier 208.

⁴¹ Meist Inoffizielle Mitarbeiter zur Sicherung (IMS), der einzige Inoffizielle Mitarbeiter der Abwehr (IMB) musste 1988 wegen »aktiver Handlungen« nach § 220 StGB abgeschrieben werden. BV Potsdam, AKG: Informationsbedarf zu ausgewählten Fragen der IM-Arbeit, 1988; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 1054, Bl. 205–217, hier 208 u. 217.

Potenzial von Personen, die die KD mit ihren Mitteln gewinnen konnte, möglicherweise ausgeschöpft war. Die Mitarbeiter der Kreisdienststelle konnten in Gesprächen oft nicht die gleiche »Vertraulichkeit und Aufgeschlossenheit«⁴² erreichen, wie sie sie mit plausiblen Legenden ohne Stasibezug erzielten. Über die Hälfte der Treffen fanden während der Arbeitszeit statt. Offenbar brachte die Mehrheit der IM nicht so viel Begeisterung »für die Sache« auf, dass sie dafür ihre Freizeit opfern wollte.⁴³

IM und andere Informanten: Amtsträger und »Auskunftspersonen«

Die Aufgabe der Kreisdienststelle Gransee war faktisch eine Quadratur des Kreises. Sie sollte mehr Informationen gewinnen, ohne aber auf mehr inoffizielle Informanten zurückgreifen zu können. Die Geheimpolizei-Offiziere in Gransee lösten diese Aufgabe, indem sie einen viel größeren Teil der Bevölkerung als Mitarbeiter ins Informations- und Kontrollsystem einbezogen als nur inoffizielle und hauptamtliche Mitarbeiter.⁴⁴ Sie wichen immer stärker auf andere Informanten, Informationsquellen und Helfer aus. Das waren zum Beispiel

- offizielle Gesprächspartner in staatlichen Einrichtungen und Betrieben;
- Informationen von anderen Institutionen, vor allem der Polizei und dem Bereich Inneres der Kreis-, Stadt- und Gemeinderäte;
- Informationen der Datenbanken, vor allem des Ministeriums des Inneren (Mdl);
- Informationen von Auskunftspersonen, die legendiert abgeschöpft wurden;
- Postkontrolle und andere Dienstleistungen des MfS.

Vor allem die Spitze der Kreisdienststelle pflegte intensive Kontakte zu Leitern aus Staat und Wirtschaft. Man kannte sich als Funktionär und Genosse der örtlichen Nomenklatura und saß ohnehin zusammen in der SED-Kreisleitung oder der Kreiseinsatzleitung,⁴⁵ wo über Hauptprobleme im Kreisgebiet gesprochen wurde. So nimmt es nicht wunder, dass im Rahmen einer MfS-internen Kontrolle bemängelt wurde, dass die Justiz im Kreis

⁴² BV Potsdam, Abt. VIII: Protokoll, 18.11.1987; BStU, MfS, BV Potsdam, Abt. VIII, Nr. 345, Bl. 125–127, hier 126 f.

⁴³ BV Potsdam, AKG: Informationsbedarf zu ausgewählten Fragen der IM-Arbeit, 1988; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 1054, Bl. 205–217, hier 216 f.

⁴⁴ Bruce: *The Firm* (Anm. 32), S. 378.

⁴⁵ Schroeder, Klaus: *Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949–1990*. Köln 2013, S. 485 f. u. 590 f.

nicht durch IM kontrolliert werde: »Die Lagerkenntnisse im Bereich Justiz stützen sich auf operative Einzelinformationen bzw. auf Erkenntnisse, die im Rahmen des offiziellen Zusammenwirkens des KD-Leiters mit dem Kreisstaatsanwalt und dem Direktor des Kreisgerichts gewonnen werden.«⁴⁶

Im übrigen Staatsapparat war die Situation ähnlich gelagert. Nach Einschätzung des Leiters der KD werden mehr als 50 % der »Informationsgewinnung bzw. der politisch-operativen Einflussnahme [...] im Staatsapparat über das offizielle Zusammenwirken realisiert«.⁴⁷ Auf der kommunalen Verwaltungsebene unterhalb des Kreises gab es nur vier Bürgermeister, die als IM registriert waren. Sie hatten zumeist ihre Wohnungen oder Büros als konspirative Treffpunkte zur Verfügung gestellt. Dagegen bestanden zu nicht wenigen Bürgermeistern mehr oder minder offizielle Kontakte: »Dieser offizielle Kontakt ist auf allen Leitungsebenen [der Kreisdienststelle] bis zum operativen Mitarbeiter zu allen Bürgermeistern« gegeben.⁴⁸ Ausdrücklich positiv hervorgehoben wurden die Kontakte zu den Bürgermeistern der Städte im Kreis – Gransee, Zehdenick und Fürstenberg.⁴⁹

Die Kreisdienststelle Gransee nutzte auch zu nicht geringen Teilen Informationen aus anderen Bereichen für ihre Arbeit. Von 212 geheimpolizeilich relevanten Informationen, die die Auswerter in einem Monat bekamen, stammten 25 (12 %) aus der Postkontrolle, die über die Bezirksverwaltung Potsdam organisiert wurde, 53 (25 %) aus offiziellen Kanälen, davon 46 (21 %) von der Deutschen Volkspolizei (DVP).⁵⁰ Die Bedeutung der Postkontrolle darf keineswegs unterschätzt werden. Vor allem ein Kriterium, das die Geheimpolizei schnell alarmieren konnte, war mithilfe der Brief- und Paketkontrolle leicht zu recherchieren: Westkontakte. Diese galten in manchen Bereichen, z. B. für Mitarbeiter der Volkspolizei, zumindest als anrühlich, wenn nicht verboten und mussten gemeldet werden. Aus der Personendatenbank des Innenministeriums bzw. der Polizei lagen auch Daten zu Ein- und Ausreisen vor, die in Einzelfällen den Argwohn des MfS erregen

⁴⁶ BV Potsdam, AKG: Untersuchungen in den Sicherungsbereichen Staatsapparate, Justiz, Gesundheitswesen und Volksbildung in der KD Gransee, 31.8.1988; BStU, MfS, BV Potsdam, Abt. XX, SA 781, Bl. 1–12, hier 7.

⁴⁷ Ebenda, Bl. 1–12, hier 2.

⁴⁸ BV Potsdam: Untersuchung der KD Gransee zur Durchdringung Staatsapparat, Justiz, Gesundheitswesen, Volksbildung, Juli 1988; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 801, Bl. 282–417, hier 358 ff.

⁴⁹ Ebenda.

⁵⁰ BV Potsdam, AKG: Erhebungsprogramm, 2.4.1986; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 918, Bl. 53–65, hier 56 ff.

konnten.⁵¹ Auch dieser Datenbankabfragen bediente man sich in der KD Gransee in hoher Zahl.⁵²

Um die große Menge an einfachen Ermittlungen und Sicherheitsüberprüfungen bewältigen zu können, hatte die Kreisdienststelle einen eigenen Informantenstrang aufgebaut. Mitte der Achtzigerjahre war ein separater Arbeitsbereich für Ermittlungen im Wohngebiet und am Arbeitsplatz gebildet worden. Dieser verfügte über einige IM, sogar einzelne hauptamtliche IM (HIM) oder Führungs-IM (FIM). Diese Ermittler und ihre IM schwärmten meist verdeckt in der Region aus, um Nachbarn, Mitarbeiter der Verwaltungen, Vorgesetzte und Kollegen unter Vorwänden über einzelne Personen auszufragen. Eine beliebte Legendierung der Ermittler, die offenbar problemlos Vorbehalte abbaute, war die Zugehörigkeit zur Zollverwaltung.⁵³ Die Personen, die einmal zu Nachbarn und Kollegen befragt worden waren, wurden, wie im gesamten MfS üblich, Auskunftspersonen genannt und ihre Namen in einer Kartei festgehalten. Das waren für den Kreis Gransee immerhin 1 500 Personen,⁵⁴ also 3,4 % gerechnet auf die Bevölkerung von 1989. Bezogen auf den Anteil der Erwachsenen an der Bevölkerung wären es deutlich mehr. Als Auskunftspersonen scheinen die Ermittler der Kreisdienststelle Gransee vor allem SED-Mitglieder und Personen in hervorgehobenen und Leitungsfunktionen bevorzugt zu haben. In der Stadt Gransee waren 79,3 % der AKP in der SED organisiert und 55 % in Leitungsfunktionen, Funktionäre, Parteisekretäre oder Mitglieder der Volkspolizei. In anderen Orten ist der Befund ähnlich. Der Aufbau der AKP-Kartei lässt darauf schließen, dass das MfS systematisch Bürgermeister, Betriebs- und Kaderleiter, Parteisekretäre und Mandatsträger sowie Verantwortliche von Parteien und Massenorganisationen kontaktierte, also Personen, bei denen man eine größere Systemnähe annehmen konnte. Eine herausgehobene Rolle scheinen auch hier die Dorfbürgermeister gespielt zu haben. In 67,9 % der vom MfS registrierten Dörfer im Kreis Gransee sind die Ortsbürgermeister in der Kartei als die Auskunftspersonen festgehalten, die man zu Dorf-

⁵¹ BV Potsdam, AKG: Untersuchungen in den Sicherheitsbereichen Staatsapparat, Justiz, Gesundheitswesen und Volksbildung in der KD Gransee, 31.8.1988; BStU, MfS, BV Potsdam, Abt. XX, SA 781, Bl. 1–12, hier 7.

⁵² BV Potsdam, AKG: Erhebungsprogramm, 2.4.1986; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 918, Bl. 53–65, hier 59.

⁵³ KD Gransee: Einschätzung, 28.6.1989; BStU, MfS, BV Potsdam, Abt. VIII, Nr. 345, Bl. 112–116, hier 116.

⁵⁴ BV Potsdam, Abt. VIII: Protokoll, 15.4.1986; ebenda, Bl. 139–142, hier 140.

bewohnern befragen konnte.⁵⁵ Die Hinweise auf dieses Personal scheinen MfS-Offiziere teilweise den Ortsporträts der regionalen SED-Zeitung entnommen zu haben. Den Ortsbereichen in der AKP-Kartei ist oft ein entsprechender Zeitungsausschnitt zugeordnet.

Die AKP-Quote im Kreis lag mit 3,4 % deutlich höher als die IM-Quote, welche nur bei 0,4 % lag.⁵⁶ Auch wenn die Informationsgewinnung über AKP einen vollkommen anderen Charakter hatte als die durch inoffizielle Mitarbeiter,⁵⁷ ist der Zahlenvergleich doch aufschlussreich. Was sich schon bei der Überwachung des Staatssektors angedeutet hatte, zeigt sich auch bei den AKP: Die Stasi stützte sich bei ihrer Informationsbeschaffung stark auf SED-nahe Funktionsträger, also auf offizielle Informationen und keineswegs vorrangig auf die vermeintliche »Hauptwaffe«⁵⁸ des MfS, die IM.

Die Auswertung der IM-Kartei der Kreisdienststelle Gransee förderte einen weiteren erstaunlichen Befund zutage. Entgegen der landläufigen Vorstellung von der Stasi als der DDR-Institution, die in erster Linie Andersdenkende verfolgte, zeigt die IM-Struktur zum Ende der DDR ein ganz anderes Bild: Die mit Abstand größten IM-Anteile lagen im Bereich der Wirtschaft (24,1 %), der Spionageabwehr (14,6 %) und der Volkspolizei bzw. des Staatsapparates (16,0 %). Allein 16,5 % der IM-Kapazitäten der Kreisdienststelle waren bei den drei wichtigsten Betrieben im Kreis konzentriert. Hinzu kamen die IM aus der Landwirtschaft. Das war in Summe deutlich mehr als im Bereich der staatskritischen Kreise.⁵⁹

⁵⁵ Berechnung nach AKP-Kartei. Adresskartei leitender Angestellter, Funktionäre und Auskunftspersonen der Kreisdienststelle in Gemeinden und Ortschaften des Kreises Gransee; BStU, MfS, BV Potsdam, KD Gransee, Nr. 272.

⁵⁶ Eigenberechnung aufgrund der genannten Quellen. Bruce rechnet noch deutlich mehr IM aus der BV Potsdam dazu. Dieser Rechnung kann hier nicht gefolgt werden. Selbst wenn man die 3 224 BV-IM entsprechend der Bevölkerungszahl des Kreises (43 495 von 1 111 210 Einwohnern im Bezirk Potsdam 1988) umlegt, kämen nur 126 IM dazu, was einer Gesamt-IM-Quote von knapp 0,7 % entspräche. Vgl. Bruce: *The Firm* (Anm. 32), S. 198; Müller-Enbergs: *Inoffizielle Mitarbeiter. Teil 3* (Anm. 37), S. 6. Ähnliche Befunde zu AKP in den Regionen Rostock und Saalfeld in: Booß, Christian; Müller-Enbergs, Helmut: *Die in diskrete Gesellschaft. Studien zum Denunziationskomplex und zu inoffiziellen Mitarbeitern*. Frankfurt/M. 2014, S. 44 ff. u. 185 ff.

⁵⁷ Ein Vergleich zu IM demnächst in: Booß, Christian: *Auskunftspersonen (Arbeitstitel)*. In: Horch und Guck (2016), in Vorb.

⁵⁸ Richtlinie 1/79. Zit. nach: Müller-Enbergs, Helmut: *Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS-Handbuch)*. Berlin 1996, S. 305.

⁵⁹ Die Berechnung stützt sich auf die IM-VAK-Kartei, die für das MBZ 19 IM nennt. BStU, MfS, BV Potsdam, IM-VAK der KD Gransee.

Selbst wenn man alle IM im Bereich der Kirche, der Jugendlichen, des politischen Untergrunds, der Ökologiebewegung und der Kultur zusammenrechnet und unterstellt, dass es hier um primär staatskritische Überwachungsbereiche geht, käme man auf nur 9,4 % der IM-Kapazitäten. Der gelegentlich als »Gesinnungspolizei«⁶⁰ bezeichnete Apparat war zumindest in Gransee keineswegs primär mit der Verfolgung von Andersdenkenden befasst, sondern mit Problemen, Schwachstellen und Angriffspunkten in der Wirtschaft, bei den bewaffneten Organen und im zivilen Staatssektor – und mit der Überwachung dieser Bereiche. Das bedeutet, dass die Stasi vor Ort stärker als zuweilen angenommen primär abwehrmäßig agierte. Was verwundert, ist die starke Präsenz in der Wirtschaft und Landwirtschaft. Die Probleme hier konnten bei realistischer Betrachtung der Erkenntnisse vor Ort anders als in den martialischen Reden kaum primär auf feindliche Angriffe zurückzuführen sein, sondern eher auf allgemeine Schlampereien und Defizite in der staatlich gelenkten Wirtschaft.⁶¹

Der Mythos der flächendeckenden Kontrolle

Der Blick auf die inoffiziellen Informanten des MfS zeigt auch, dass die Vorstellung von der »flächendeckenden Überwachung« deutlich differenziert werden muss. In den drei Städten Gransee, Zehdenick und Fürstenberg waren 56,7 % der IM des Landkreises ansässig. Dennoch lag hier die IM-Quote der Kreisdienststelle im Verhältnis zur Einwohnerzahl nur bei 0,34 bis 0,53 %. In den ländlicheren Regionen waren nur 43,3 % der IM-Kapazitäten der Kreisdienststelle angesiedelt. Im Durchschnitt entspricht dies 1,75 IM pro Gemeinde.⁶² Allerdings war die Streuung regional sehr unterschiedlich. Von den 52 Dörfern und Gemeinden, die in MfS-Karteien oder Statistiken ausgewiesen sind, waren 19 (36,5 %) ohne IM. Spitzenwerte dagegen erreichten Gemeinden im Umkreis von Badingen, wo allein 18, d. h. 19,8 % der ländlichen IM angesiedelt waren.⁶³ Sie sollten primär helfen, die militärischen Anlagen der NVA abzusichern.

Zu bedenken ist auch, dass die Aufgabe, die den IM von der Stasi zuge-dacht war, anders als in den Fünffzigerjahren keineswegs vorrangig darin

⁶⁰ Knopp, Guido: Goodbye DDR. München 2005, S. 76.

⁶¹ So auch die Einschätzung ehemaliger MfS-Mitarbeiter im Kreis, siehe Bruce: The Firm (Anm. 32), S. 54.

⁶² Es wurden die Gemeinden zugrunde gelegt, die das MfS ausgewiesen hatte, was offenbar nicht identisch mit der verwaltungsmäßigen Ordnung war.

⁶³ Das betraf die Gemeinden Badingen, Klein-Mutz und Kraatz-Buberow.

bestand, die Ortschaften auszukundschaften, in denen sie wohnten. Sie waren vor allem dafür vorgesehen, auf Probleme in ihren Betrieben, mögliche Spionageangriffe auf Militäreinrichtungen oder auf Sicherheitslücken und Probleme im staatlichen Sektor aufmerksam zu machen oder an bestimmten Brennpunkten von kritischem Potenzial zu wirken. Wenn sich das MfS auf IM als Informanten beschränkt hätte, hätte der ländliche Raum also viele weiße Flecken aufzuweisen gehabt, die durch IM nicht abgedeckt waren. Offenbar strebte die Stasi in den Achtzigerjahren eine flächendeckende Überwachung mit IM in dieser ländlichen Region auch gar nicht an. Wenn sie lokalen Informationsbedarf hatte, kompensierte sie die Defizite im IM-Netz durch Neurekrutierungen, durch Informanten eines minder formalisierten Status (z. B. Auskunftspersonen) oder durch offizielle Kontakte insbesondere zu SED-nahen Funktionären.

Während man 1958 auf dem Lande alte NS-Seilschaften, Groß- und Mittelbauern verdächtigte, den Fortschritt aufzuhalten und sich um die Aufklärung von Bränden, hinter denen man Sabotage vermutete, und die »Aufdeckung von Untergrundtätigkeit und Einfluss der Sozialdemokratie« bemühte, waren in den Lageschilderungen der Achtzigerjahre kaum Einflüsse des Klassenfeindes auszumachen. An die SED-Kreisleitung wurden »Mängel und begünstigende Bedingungen für Störungen und Vorkommnisse in Industrie und Landwirtschaft«⁶⁴ weitergemeldet. Mal waren Kälberverluste zu beklagen, die über dem Bezirksdurchschnitt lagen,⁶⁵ oder die Notschlachtung von 600 Kühen aufgrund einer Tierseuche.⁶⁶ Auch mit den »subjektiven Ursachen [...] für die wiederholt aufgetretenen Förderbandbrände durch Kohleabrieb« in einem Betrieb beschäftigte sich die Geheimpolizei der DDR in Gransee.⁶⁷

Weil die SED im Bezirk, der Linie Honeckers folgend, das Feld der Ökonomie zum »Hauptkampffeld«⁶⁸ erklärt hatte, um so auch die Bevölkerung mit sozialpolitischen Zugeständnissen ruhigzustellen, mussten sich die Stasi-Mitarbeiter der Kreisdienststelle Gransee mit den Unzulänglichkeiten

⁶⁴ BV Potsdam, AKG: Bericht, 13.12.1979; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 762, Bl. 2–18, hier 6.

⁶⁵ BV Potsdam, AKG: Hinweise zur KD Gransee, 1.7.1986; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 1054, Bl. 224–229, hier 228.

⁶⁶ Dossier der AKG zur KD Gransee; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 1054, Bl. 244–247, hier 246.

⁶⁷ BV Potsdam, AKG: Bericht, 13.12.1979; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 762, Bl. 2–18, hier 6.

⁶⁸ BV Potsdam: Referat Leiter BV in der KD Gransee, 30.8.1989; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 1054, Bl. 345–378, hier 364 f.

eines Wirtschaftssystems herumplagen, dem es an Leistungsanreizen mangelte. Man versuchte, die fehlenden Kräfte des Marktes durch politische Vorgaben und Kontrollen und geheimpolizeiliche Schnüffeleien zu kompensieren. Ob die MfS-Mitarbeiter im Kreis für diese vielfältigen und komplexen Probleme eine hinreichende Ausbildung hatten, darf man bezweifeln. Die Potsdamer MfS-Kontrolleure scheinen dies selbst wahrgenommen zu haben, wenn sie feststellten, dass wenig verwertbares Material aus dem Bereich Landwirtschaft vorliege.⁶⁹ Auch an den Informationen, die die KD Gransee an das Kreissekretariat der SED schickte, wurde immer wieder bemängelt, diese seien »noch zu sehr durch Einzelinformationen geprägt«.⁷⁰ Es ist angesichts dieses Befundes nicht auszuschließen, dass das MfS manche Probleme sogar verschärfte, indem es den Fokus der Partei auf Einzelmisstände richtete und damit aktionistisches Handeln auslöste. In Schilderungen von Ersten Sekretären der SED auf der regionalen Ebene fällt immer wieder deren Rührigkeit auf, einzelne Misstände zu beseitigen, während ihnen darüber das Ganze aus dem Blick geriet.⁷¹

Auch im sicherheitssensiblen Bereich der VP kümmerte sich das MfS in Gransee um vieles, was man spontan kaum der geheimpolizeilichen Sphäre zurechnen würde. In den Einschätzungen der Sicherheitslage wurde immer wieder gegargwöhnt, dass »die Kontakttätigkeit des Gegners [gegenüber VP-Angehörigen] in seine subversiven Unternehmungen gegen die DDR einzuordnen ist«.⁷² Immer wieder musste die Kreisdienststelle Gransee demgegenüber in ihrer Berichterstattung nach Potsdam einräumen, dass ihr noch keine Attacken des Feindes auf das Volkspolizeikreisamt untergekommen waren.⁷³ Aktenkundig wurden andere Vorkommnisse und Beobachtungen: Ein Gruppenpostenleiter sprach stark dem Alkohol zu. Im Volkspolizeikreisamt Gransee war ein Zugeführter durch die Fensterscheibe gesprungen und entkommen, während ein Betrunkener wiederum unbefugt in die Räume eines Landpostens eingedrungen war. Verdächtig erschien auch ein Polizist, der auf einem Campingplatz neben einem BRD-Pkw zel-

⁶⁹ BV Potsdam, AKG. Hinweise zur KD Gransee, 7.1.1987; ebenda, Bl. 232–240.

⁷⁰ BV Potsdam, AKG: Hinweise zur KD Gransee, 1.7.1986; ebenda, Bl. 224–229, hier 227.

⁷¹ Eine literarische Darstellung, die sich auf Recherchen in einem DDR-Kreis bezieht. Scherzer, Landolf: Der Erste: mit einem weiterführenden Bericht. Berlin 1997.

⁷² KD Gransee: Jahresarbeitsplan der Linie VII, 5.1.1981; BStU, MfS, BV Potsdam, Abt. VII, Nr. 1251, Bl. 11–14, hier 14.

⁷³ BV Potsdam, Abt. VII: Kontrollbericht, 24.5.1982; ebenda, Bl. 132–139, hier 136.

tete.⁷⁴ Regelmäßiges Thema war ebenso die Korruption: Ein Abschnittsbvollmächtigter (ABV) bezog von Handwerkern Vergünstigungen,⁷⁵ die Kfz-Zulassung ließ ihre Kunden für den Stasi-nahen Fußballklub »Dynamo« spenden, um in den Genuss von Belobigungen und Prämien zu gelangen.⁷⁶ Selbstherrliche Praktiken eines ABV wurden angeprangert. Anrühlich waren Westbesuche bei nahen Verwandten und immer wieder das Trinkverhalten von Landpolizisten.⁷⁷ Regelrechte Saufgelage werden geschildert.⁷⁸

Wenn die Kreisdienststelle Derartiges diagnostiziert hatte, informierte sie den Leiter des Volkspolizeikreisamtes, den dortigen Kaderoffizier oder die Bezirksverwaltung der Staatssicherheit in Potsdam, damit diese über ihre Kanäle zur Bezirksleitung der Volkspolizei Personalmaßnahmen erwirkten.⁷⁹ Auch wenn die Kreisdienststelle einen großen Aufwand trieb, das Umfeld der Polizeiwachen und die Freizeit der Polizisten auszuforschen, erweckt ihre Tätigkeit kaum den Eindruck von klassischer Abwehrarbeit eines Geheimdienstes. Der Hauptfeind der Kreispolizei war nicht der Klassenfeind, sondern Korruption, Suff und jegliche Westverwandtschaft. Die Arbeit der Stasi wirkt eher wie die Innenrevision bei der Polizei.

Steuerungsparadoxien

Offenbar kannte die Neugierde des MfS keine Grenzen. Was es als Gefährdung für die staatliche Sicherheit der DDR ansah, definierte die Staatssicherheit selbst. Dass sie sich irgendwie mit allem beschäftigte, war die »Stärke« ihrer Arbeit und auch der Grund, warum sie gefürchtet wurde. Es war aber auch gleichzeitig ihre »Schwäche«. Schwerlich konnten die MfS-Mitarbeiter, vor allem die auf der untersten Ebene, in allen Bereichen kompetent sein, in denen sie tätig wurden.

Der Blick auf die Kreisdienststelle Gransee lenkt daher das Augenmerk auf mehrere Steuerungsprobleme und -paradoxien:

⁷⁴ KD Gransee: IM-Bericht, 27.4.1981; ebenda, Bl. 54.

⁷⁵ KD Gransee: Bericht zur Durchführung einer KK-Erfassung, 20.9.1983; ebenda, Bl. 141.

⁷⁶ BdVP Potsdam: Bericht, 14.8.1981; ebenda, Bl. 66–68.

⁷⁷ KD Gransee: Einleitungsbericht zur OPK »Sadist«, 19.10.1982; ebenda, Bl. 119–123, hier 123.

⁷⁸ BdVP Potsdam: Bericht, 14.8.1981; ebenda, Bl. 66–68.

⁷⁹ KD Gransee: Monatsberichterstattung an die Linie VII, 27.3.1984; ebenda, Bl. 153 f.; BV Potsdam, Abt. VII: Bericht, 7.8.1981; ebenda, Bl. 56–64, hier 58 f. u. 62.

- Obwohl die Mannschaft immer wieder gebetsmühlenartig auf die Angriffe des Klassenfeindes eingestimmt wurde, förderte die geheimpolizeiliche Praxis eher die Banalitäten des sozialistischen Alltags ans Licht.
- Trotz der häufig propagierten Bekenntnisse zum IM als der »Hauptwaffe im Kampf gegen den Feind«⁸⁰ bediente sich die Stasi in der Endzeit der DDR eines breiten Spektrums an Informanten und Informationsquellen. Statt der viel beschworenen Arbeit mit den sogenannten Grundprozessen, den Überwachungsvorgängen, nahm die bürokratische Vernetzung und Auswertung immer mehr zu.
- Anders als in den Fünfzigerjahren, in denen die Kreisdienststelle regional ausgerichtet war, orientierte sie sich in den Achtzigerjahren an fachlichen Schwerpunkten. Da das Schwerpunktprinzip aber immer wieder durch aktuelle Impulse durchkreuzt wurde und letztlich Erich Mielke den Anspruch formuliert hatte, dass die Kreisdienststellenleiter »alles wissen«⁸¹ müssten, blieb die Schwerpunktsetzung letztlich diffus.
- Besonders der massive Einsatz des MfS in der Wirtschaft war kaum durch Feindeinflüsse zu rechtfertigen, und es ist fraglich, was er wirklich bewirkte.
- Das Interesse galt keineswegs ausschließlich, nicht einmal vorrangig dem »feindlichen Potenzial« in der Bevölkerung, sondern Bereichen wie der Verwaltung, der Justiz, der Volkspolizei, mit denen das MfS an sich eng kooperierte, militärischen Einrichtungen und der Wirtschaft. Ins Visier kamen auch zunehmend einfache Bürger, die sich um Reisen ins Ausland bewarben.
- Während ein klares, vom Imperialismus ausgehendes Feindbild propagiert wurde, wurde die Überwachung also immer diffuser und richtete sich tendenziell gegen jedweden und auf alles.

Trotz der fast karikaturhaft wirkenden Bemühungen des MfS, die Landwirtschaft zu fördern oder die Polizei vor den Gefährdungen des Landlebens zu bewahren, darf man das Unheil, das das MfS mit seinen Überwachungspraktiken anrichtete, nicht verharmlosen. Abgesehen von den (vergleichsweise wenigen) Ermittlungsverfahren wurden im ländlichen Kreis Gransee jährlich über 3 % der Menschen im Kreis auf die eine oder andere Form vom MfS durchleuchtet, zumeist dann, wenn sie einen Reiseantrag gestellt

⁸⁰ Richtlinie 1/79. Zit. nach: Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter, Teil 1 (Anm. 58), S. 305.

⁸¹ Erich Mielke: Die weitere Qualifizierung und Vervollkommnung der politisch-operativen Arbeit der Kreisdienststelle, Referat v. August 1973; BStU, MfS, BdL/Dok., Nr. 1504/73, Bl. 137.

hatten. Mithilfe von Partnern, die mehrheitlich nicht Mitarbeiter des MfS waren,⁸² setzte die Geheimpolizei Personen, die die DDR verlassen wollten, so lange unter Druck, bis diese nicht selten resignierten. Die übergeordneten Instanzen nutzten offenbar die Überwachungsdossiers der KD Gransee als Entscheidungsgrundlage dafür, ob jemand ins Ausland übersiedeln durfte oder nicht.⁸³ Andere, die ausreisen wollten oder sich in Kirchenkreisen engagierten, wurden ausgekundschaftet und bedrängt, um sie zu Spitzeln zu machen.⁸⁴ Mitglieder der Zeugen Jehovas mussten jahrelange Überwachungen erdulden.⁸⁵ Das Ganze ging so weit, dass einzelne Lehrer ihre Schüler bespitzelten und an die Stasi auslieferten.⁸⁶ Auffällig ist, wie viele Unbeteiligte damit in den Bannkreis des MfS gezogen wurden – sei es, dass sie im Zuge von Verdächtigungen miterfasst wurden,⁸⁷ sei es, dass sie sich durch Hilfestellungen kompromittierten. Von der Geheimpolizei – und das ist der erstaunlichste Befund – wurden aber keineswegs vorrangig explizite Staatsgegner ausgekundschaftet, sondern, abgesehen von den Reisenden, zu großen Teilen Bürger, die in der Wirtschaft beschäftigt waren, in der Nähe von Militär-, Polizei- oder Stasiobjekten wohnten oder sogar mit oder ohne SED-Parteibuch selbst im Staatsdienst tätig waren. So verhinderte das MfS den Berufseinstieg von jungen Polizeikandidaten⁸⁸ und beendete oder verkürzte die Karriere von anderen Staatsdienern. Dabei handelte die Kreisdienststelle Gransee stets mit dem Ziel, die Politik und die Herrschaft der SED auch in diesem Mikrokosmos abzusichern. Hier wirkte die Kreisdienststelle neben den vielen anderen Kontrollinstanzen, den Betrieben, den staatlichen Institutionen, gesellschaftlichen Organisationen und der Kon-

⁸² Bruce, Gary: »Wir haben den Kontakt zu den Massen nie verloren«. Das Verhältnis zwischen Stasi und Gesellschaft am Beispiel der Kreise Perleberg und Gransee. In: Gieseke, Jens (Hg.) Staatssicherheit und Gesellschaft. Göttingen 2007, S. 365–379, hier 378.

⁸³ Ein Arbeitsbuch der für Ausreisefragen zuständigen Dienstseinheit der BV Potsdam enthält eine handschriftliche Auflistung aller einschlägigen Operativ-Vorgänge (OV) und Operativen Personenkontrollen (OPK) sowie weiterer Namen einschließlich handschriftlicher Notizen zu diesen Personen.

⁸⁴ KD Gransee: Vor-Ort/AKP-Kartei-Anleitung; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 1054, Bl. 205–217, hier 208 u. 217.

⁸⁵ BV Potsdam, AKG: Hinweise zur KD Gransee, 7.1.1987; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 1054, Bl. 232–240, hier 234 f.

⁸⁶ Bruce: The Firm (Anm. 32), S. 373 f.

⁸⁷ Ebenda, S. 378 f.

⁸⁸ KD Gransee: Monatsberichterstattung an die Linie VII, 27.3.1984; BStU, MfS, BV Potsdam, Abt. VII, Nr. 1251, Bl. 153 f.

trolle durch die Parteisekretäre und andere Parteifunktionäre. Das MfS war auf Kreisebene nicht mehr, aber auch nicht weniger als ein zusätzlicher Kontroll- und Überwachungsstrang, der Hand in Hand mit der SED und ihren Funktionären agierte.

Der Bereich, auf den sich die Öffentlichkeit in der Zeit seit der Friedlichen Revolution besonders konzentriert hat, das aktive staatskritische Potenzial, wurde phasenweise sogar vernachlässigt. Zuweilen reichten die Kapazitäten nicht einmal aus, um über die Stränge schlagende Jugendliche zu kontrollieren. Im Jahr 1973 sollte die Überwachung der Jugendszene »unter dem Gesichtspunkt des vorgesehenen schwerpunktmäßigen Kräfteinsatzes zur Spionageabwehr überprüft und gegebenenfalls reduziert«⁸⁹ werden. Trotz Versuchen, in diesem neuralgischen Punkt nachzubessern, gab es auch fast zehn Jahre später nach wie vor »Sicherungslücken«, d. h. zu wenige Informanten im Bereich Jugend, Kirche, Gesundheitswesen, Kunst, Kultur und Volksbildung.⁹⁰ Erst 1985 hatte das MfS die Bedeutung des PUT, des politischen Untergrundes, wie man die kritische Kirchen-, Umwelt- und Menschenrechtsbewegung nannte, erkannt und angefangen, die Kapazitäten im MfS entsprechend umzusteuern.⁹¹ Doch trotz aller Appelle, alles wissen zu sollen, wurde das MfS in Gransee auf diesem Felde immer wieder überrascht. Bei den Volkskammerwahlen 1986 fiel der Anteil der Nichtwähler 50 % höher aus als erwartet.⁹² Trotz solcher Warnsignale konnte es die Kreisdienststelle nicht verhindern, dass es 1989 bei den Folgewahlen zu einem DDR-weit einmaligen Skandal kam: Neuglobsow war der »einzige Wahlkreis in der Republik, in dem die Kandidatenliste insgesamt nicht bestätigt wurde und [der] damit sogar Schlagzeilen in der [westlichen] Presse machte«.⁹³ Die Stasi konnte nur noch im Nachhinein bei der »Schadensbegrenzung« helfen.

⁸⁹ BV Potsdam, AKG: Hinweise zur KD Gransee, 7.1.1987; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 1054, Bl. 232–240, hier 239 f.

⁹⁰ BV Potsdam, AKG: Informationsbedarf zu ausgewählten Fragen der IM-Arbeit, 1988; ebenda, Bl. 205–217, hier 214.

⁹¹ Dienstanweisung 2/85 des Ministers vom 20.2.1985 zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit. Dokumentiert in: Engelmann, Roger; Joestel, Frank (Bearb.): Grundsatzdokumente des MfS (MfS-Handbuch). Berlin 2004, S. 432 ff.

⁹² BV Potsdam, AKG: Hinweise zur KD Gransee, 7.1.1987; BStU, MfS, BV Potsdam, AKG, Nr. 1054, Bl. 232–240, hier 238.

⁹³ BV Potsdam: Referat Leiter BV in der KD Gransee, 30.8.1989; ebenda, Bl. 345–378, hier 362.

»Konnte gut organisieren«¹ – Die Geschäfte des Gert Trebeljahr

Am 14. Dezember 1979 wurde Gert Trebeljahr hingerichtet. Damit war er vor Werner Teske der vorletzte MfS-Offizier, der in der DDR exekutiert wurde. Trebeljahr war Leiter der »Operativgruppe Elektronik« der Abteilung XVIII (Volkswirtschaft) der Bezirksverwaltung (BV) Potsdam. Er hatte dienstliche Akten entwendet, war am 2. Mai 1979 untergetaucht und hatte

Kontakt mit westdeutschen Stellen sowie westlichen Geheimdiensten aufgenommen, denen er die Unterlagen anbieten wollte. Sein Ziel war es, im Gegenzug Schutz und freies Geleit zu erhalten. Das gelang nicht. Nach einer abenteuerlichen Odyssee wurde er am 6. Mai 1979 bei einem Verwandten im Berliner Umland festgenommen. Die Zeitungen der DDR hatten zuvor eine Suchmeldung mit seinem Namen und seinem Foto abgedruckt.

Der Fall Gert Trebeljahrs ist bereits knapp publizistisch und wissenschaftlich beschrieben worden.² Diese Darstellungen fokussieren – wie Anklage und Schuldspruch – allein auf die Sachverhalte Fahnenflucht und Spionage, die aus Sicht des SED-Staates die »gnadenlose« Bestrafung rechtfertigten. Bei den Nachforschungen des MfS zur Aufklärung des Falles ermittelten die Untersuchungsbehörden in einem breiten Seitenstrang auch, dass Trebeljahr Teil, wenn nicht Motor eines umfangreichen Netzes von Schiebereien und Korruption war, das er mit Kollegen aus der Bezirksverwaltung zu seinem finanziellen und materiellen Nutzen ausgelegt hatte. Seinen Kern hatte

Volkspolizei bittet um Mithilfe



Seit dem 2. Mai 1979 wird der schwerkranke Bürger Gert Trebeljahr (41 Jahre), wohnhaft in Leest, Bezirk Potsdam, vermißt.

Personenbeschreibung:

1,78 m groß, schlanke Figur, mittelblondes, leicht welliges Haar. Bekleidung: graubrauner Anzug, khakifarbenes Hemd, schwarze Halbschuhe. Er führt vermutlich eine schwarze Aktentasche mit sich.

Wer kann Angaben zum gegenwärtigen Aufenthaltsort des Vermißten machen? Zweckdienliche Hinweise nimmt jede VP-Dienststelle entgegen. (ADN)

Suchmeldung des Neuen Deutschlands nach der Flucht Trebeljahrs, ND v. 5.5.1979, S. 8

¹ Aussage der Sekretärin von Gert Trebeljahr v. 25.5.1979; BStU, MfS, AU, Nr. 25-90, Bd. 15.

² Vgl. Menschenjagd. Der Fall Trebeljahr: ein Todesopfer der Stasi. In: Stern 15/90 v. 5.4.1990, S. 90 f.; Fricke, Karl Wilhelm: »Jeden Verräter ereilt sein Schicksal«. Die gnadenlose Verfolgung abtrünniger MfS-Mitarbeiter. In: Deutschland Archiv (1994) 3, S. 258–265, hier 264.

dieses System in der Abteilung XVIII der BV Potsdam, es umfasste aber eine stattliche Anzahl anderer Institutionen, Organisationen und Betriebe.

Grundlage der folgenden Darstellung ist die große Anzahl von Vernehmungen, die im Zuge der Ermittlungen im Fall Trebeljahr nicht nur mit dem Beschuldigten durchgeführt wurden, sondern mit vielen Personen aus seinem beruflichen und privaten Umfeld. Vernehmungsprotokolle des MfS sind eine besondere Quellengattung, deren Charakteristika Roger Engelmann schon früh beschrieben hat.³ Er mahnt zu einem vorsichtigen Umgang mit den in ihnen festgehaltenen Aussagen, auch für die späteren, an physischem Druck ärmeren Jahre der DDR, weil der psychische Druck auf die Befragten hoch blieb. In diesem Licht müssen sowohl die massiven Belastungen anderer Beteiligter gelesen werden als auch die reumütigen Schuldeingeständnisse der Vernommenen. Außerdem bleibt es die Sprache der Vernehmer, die hier niedergelegt ist, auch wenn jedes einzelne Blatt von den Vernommenen abgezeichnet wurde. Ein wenig anders liegt der Fall bei den handschriftlichen Ausführungen, die vor allem Trebeljahrs Kollege Werner Brunner, ebenfalls in der Abt. VIII der BV Potsdam tätig und bis 1974 ein Unterstellter Trebeljahrs, in großer Zahl anfertigen musste. Hier ist die individuelle Note deutlich erkennbar, auch wenn es sich ebenfalls um die Sprache der Staatssicherheit handelt. Aber das ist nicht verwunderlich: Zum einen war auch er wie die meisten zu schriftlichen Stellungnahmen Aufgeforderten Mitarbeiter der Staatssicherheit und pflegte als solcher selbst den MfS-Duktus, zum anderen musste den Schreibern der Sinn der Übung klar sein; der Druck, dem Organ angepasste Schriftsätze zu verfassen, war enorm. Aus diesen Gründen ist auch hier die individuelle Note schwach ausgeprägt.

Dennoch bleibt auch bei Berücksichtigung dieser Umstände eindrücklich, was alles beschafft, verkauft, organisiert, weitergegeben und ausgenutzt wurde. Die Beschreibung der verschiedenen »Geschäftsfelder« ist aufschlussreich:

Stahlhandel

Den spektakulärsten und wohl auch einträglichsten Geschäftsbereich stellte der Stahlhandel dar: Im Verbund mit seinem Kollegen aus der Bezirksver-

³ Vgl. Roger Engelmann: Zum Quellenwert der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit. In: Henke, Klaus-Dietmar; Engelmann, Roger (Hg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung. Berlin 1995, S. 23–46, hier 35 f.

waltung Potsdam, dem Referatsleiter Rolf Süßenguth, und dem ihm freundschaftlich verbundenen Erwin J.⁴, führender Mitarbeiter einer Zwischenbetrieblichen Einrichtung (ZBE) im Bausektor südlich von Berlin, verkaufte Trebeljahr Stahlträger, die im Stahl- und Walzwerk Brandenburg hergestellt wurden.

Trebeljahr und Süßenguth kannten sich seit 1964/65, als sie bei der Ausführung eines Auftrages zusammenarbeiteten. Süßenguth gibt an, dass Trebeljahr schon einmal 1974 in dieser Angelegenheit auf ihn zugekommen sei, der eigentliche Handel habe aber 1977 begonnen.

Möglich wurde das Herauslösen der Stahlträger aus der Produktion, weil Süßenguth für die Operativgruppe im Brandenburger Stahlwerk verantwortlich war und als solcher eine interne Regelung des Werkes nutzen konnte: Betriebsangehörige konnten offiziell und zu ihrem privaten Nutzen für eine nach Gewicht bemessene Menge an eingeliefertem Schrott die gleiche Menge an Stahlträgern erhalten. Zu diesen Konditionen beschaffte sich das Trio Stahlträger; beim ersten Geschäft wandelten sich 30 t Schrott zu 30 t Stahlträger, angeblich für ein konspiratives Objekt bei Leipzig. Auch Trebeljahrs Kollege Werner Brunner war seit 1978 in den Stahlhandel einbezogen. Er gab an, 11 t Schrott bei der NVA in Torgau über einen befreundeten Oberstleutnant erhalten und dafür 11 t Stahlträger angeblich für seinen Eigenheimbau bekommen zu haben.

Ich sagte dem Genossen [...], dass ich so schnell wie möglich die 11 Tonnen Schrott zurückgeben werde, womit er einverstanden war. Wie er inzwischen die 11 Tonnen Schrott verbuchte, weiß ich nicht. Er hat mich aber bereits mehrmals gemahnt, den Schrott zurückzugeben,

gab Brunner bei seiner Befragung am 7. Mai 1979 an.⁵ Es handelte sich bei den Transaktionen also offensichtlich nicht nur um kleine Größenordnungen; Süßenguth beziffert den Gesamtumfang des »Tauschs« auf 60 t.

Woher der Schrott im Einzelnen kam, ist nur in dem beschriebenen Fall klar. Das größte, eingangs schon genannte Geschäft lief nach Süßenguths Angaben materiell hauptsächlich über J., der mit seinen Lkw den Schrott habe anliefern lassen: »Die entsprechenden Transportfahrzeuge, die die jeweiligen Ladungen abholten, gehörten alle zivilen Transporteinrichtungen aus dem Raum Leipzig oder Döbeln.«⁶ Das verweist auf den Abnehmer der Stahlträger für das angeblich konspirative Objekt. Dies war, durch Ver-

⁴ Name anonymisiert.

⁵ Befragungsprotokoll Werner Brunner; BStU, MfS, AU, Nr. 25–90, Bd. 2.

⁶ Befragungsprotokoll Rolf Süßenguth v. 7.5.1979; BStU, MfS, AU, Nr. 25–90, Bd. 10.

mittlung von J., der Inhaber einer Bauschlosserei im Kreis Döbeln. »Woher dessen Finanzkraft resultierte, kann ich nicht sagen«, gab Süßenguth zu Protokoll. Allerdings wusste er, dass der Empfänger 750 Mark pro Tonne Stahl zu zahlen hatte.⁷ Für die finanzielle Transaktion erhielt Süßenguth von Trebeljahr Kopfbögen des VEB Binnenfischerei Potsdam, auf denen er die Rechnungen ausstellte. »Nach außen hin kaufte also [die Schlosserei] das Trägermaterial vom VEB Binnenfischerei Potsdam«⁸ – was absurd war und wohl kaum einer Rechnungsprüfung standgehalten hätte. Auf diese Weise erhielt Süßenguth insgesamt 14 000 Mark – zu seiner persönlichen Verfügung. Dass die anderen Beteiligten leer ausgingen, muss man wohl nicht annehmen. Zunächst erhielt Süßenguth über Erwin J. einen Verrechnungsscheck über 8 000 Mark aus dem Kreis Döbeln, den er von einer durch ihn geführten IM einlösen ließ, um nicht selbst in Erscheinung treten zu müssen. Sie überwies das Geld dann von ihrem auf sein Konto, das er eigens für diese Einnahmen eingerichtet hatte. Später erhielt er einen weiteren Scheck über 4 000 Mark, zwischenzeitlich auch einmal 1 800 Mark in bar von Werner Brunner.

Auch über die Verwendung der Mittel gibt Süßenguth Auskunft. Die größten Teile flossen in die Feier der Jugendweihe seiner Tochter und in den Bulgarien-Urlaub der Familie. Außerdem schaffte er ein Windsurfbrett an und finanzierte den Ausbau seines Wochenendhauses. Dass der private Hausbau auf vielfache Weise durch die Geschäfte profitierte, war bereits angeklungen. Insgesamt gelang es den Genossen auf diese Weise also trefflich, ihren Lebensstandard zu erhöhen.⁹

Binnenfischerei

Wie kam es zur Einbeziehung des Fischereibetriebes in die Stahlgeschäfte? Mit einem Mitarbeiter des ZBE Fischzucht Potsdam war Trebeljahr schon länger bekannt. Aus einem dienstlichen Kontakt war auch ein privater erwachsen. Im Vordergrund stand möglicherweise auch weiterhin die Zusammenarbeit in Fragen, die das MfS interessierten. »Ich sicherte ab«, gab

⁷ Ebenda.

⁸ Ebenda.

⁹ Dieser Abschnitt beruht im Wesentlichen auf mehreren Befragungsprotokollen Rolf Süßenguths, ebenda, der wie andere Kollegen Trebeljahrs nach dessen Verhaftung im Mai 1979 intensiv zu seinen Beziehungen zu dem vermeintlichen Verräter verhört wurde.

der Fischereimitarbeiter ergänzend in einem an dieser Stelle unfreiwillig komisch wirkenden militärischen Duktus zu Protokoll,

dass er [Trebeljahr] regelmäßig zu Weihnachten und zu besonderen Anlässen Geschenke in Form von geräucherten Forellen erhielt. Diese Geschenke blieben im Rahmen dessen, was wir auch anderen Personen geben, die einen guten Kontakt zu unserer ZBE haben.

Mit anderen Worten: Es war übliche Praxis, Amtsträger, von deren Wohlwollen man abhing, mit kleinen Geschenken zu erfreuen. Neben Forellen wechselten auch geräucherter Aal und Angelkarten den Besitzer.¹⁰ Da es sich bei den Gaben um Mangelwaren handelte, dürfte der Kontakt für Trebeljahr recht attraktiv gewesen sein.¹¹

Der Fischereimitarbeiter berichtete weiter, dass er auch an anderen »Unkorrektheiten« Trebeljahrs beteiligt war – freilich habe er diese »Handlungen nur durchgeführt, weil ich annahm, damit im Interesse der Sicherheit des Staates zu handeln und dem MfS zu helfen«. Dass er Trebeljahr die Blankobriefbögen seines Betriebes zur Verfügung gestellt hat, die dieser für den Stahlhandel nutzen konnte, wird dabei nicht erwähnt. Wohl aber, dass Trebeljahr einen Scheck der Döbelner Schlosserei über 8 700 Mark im ZBE Fischereiaufzucht einlöste und das Geld in bar erhielt. Schon drei Jahre zuvor hatte die ZBE Fischereiaufzucht für Trebeljahr, aber auf ihre Kosten, einen Pkw beschafft, der »zwar buchmäßig, aber körperlich nicht vorhanden« war. »Der Pkw befindet sich bis heute im Bestand unseres Betriebes.« Trebeljahr hatte angegeben, den Wagen für dienstliche Zwecke zu benötigen. Die ZBE Fischereiaufzucht finanzierte den Wartburg aus den Investitionsmitteln, nachdem der Leiter der Fischereiproduktionsgenossenschaft Havelberg den Deal abgelehnt hatte. Offenbar waren die Beteiligten bestrebt, die Aktionen über möglichst viele Personen zu streuen, um Konzentrationen zu vermeiden, die Risiken zu verteilen und sie damit für den Einzelnen zu verringern.¹² Aber mit dem Thema Autohandel ist schon das nächste Geschäftsfeld Trebeljahrs angesprochen.

¹⁰ Notiz Werner Brunnens v. 16.5.1979; BStU, MfS, AU, Nr. 25–90, Bd. 2.

¹¹ Der regelmäßige Besitz derartiger Waren fiel durchaus auf im Umkreis von Trebeljahr. Vgl. Zeugenerklärung von K. [anonymisiert] v. 28.5.1979; BStU, MfS, AU, Nr. 25–90, Bd. 14.

¹² Die Einzelheiten und Zitate dieses Abschnitts sind, soweit nicht anders gekennzeichnet, dem Vernehmungsprotokoll des Mitarbeiters der ZBE Fischzucht Potsdam entnommen, 5.5.1979; BStU, MfS, AU, Nr. 25–90, Bd. 15.

Autohandel

Die soeben beschriebene Weise der Autobeschaffung war offenbar ein Einzelgeschäft, wie es sie durchaus noch anderweitig gab. So berichtet Werner Brunner u. a., dass Trebeljahr vom VVB (Vereinigung volkseigener Betriebe) Tierzucht Potsdam einen Wartburg für einen Handwerker beschaffte, der die Holzarbeiten an seinem Eigenheim erledigt hatte. Daneben gab es auch einen »normalen« Autohandel großen Stils, den der MfS-Offizier und seine Kollegen über das Autohaus in Potsdam abwickelten. Dieses fiel in den Überwachungsbereich der Mitarbeiter der Abt. XVIII. Sie nutzten ihren dienstlichen Zugang dazu aus, Autos – eine der begehrtesten Mangelwaren in der DDR – bevorzugt zu vermitteln. Und das in stattlichen Größenordnungen: Der Nachfolger Trebeljahrs Werner Brunner, sozusagen sein Schüler, spricht von etwa 50 Autovermittlungen pro Jahr. Dieses Geschäft lief seit Ende der Sechzigerjahre, das waren zum Zeitpunkt der Ermittlungen etwa zehn Jahre. Mehrere Hundert Autos waren also in dieser Zeit abseits der üblichen Wege bevorzugt abgegeben worden. Auf Dauer beteiligte sich das Autohaus nur widerstrebend an diesem Nebenhandel. Der Ärger der normalen Kunden, deren ohnehin lange Wartezeiten sich noch weiter verlängerten und denen mitunter die zugesagten Fahrzeuge durch die »Kunden« Trebeljahrs noch vor der Nase weggeschnappt wurden, machte sich bei den Mitarbeitern des Autohauses Luft. Dennoch kam es aber offensichtlich nicht zu einer Beendigung dieser »Zusammenarbeit«.

Auf welche Weise profitierten die MfS-Mitarbeiter von diesem Handel? Die »Kunden« hatten die Beträge für die Pkw auf ihre Konten einzuzahlen. Die Gelder flossen aber erheblich später dem Autohaus zu, sodass die Zinserträge als Gewinn auf den Konten der Geheimdienstler zurückblieben.

Dieses Geschäftsmodell war nur locker bemäntelt. Die Mitarbeiter des Autohauses kannten es zwangsläufig, aber auch die Genossen der Bezirksverwaltung – und selbst darüber hinaus – wussten davon, sahen es aber als »Selbstverständlichkeit« an. Brunner berichtet in seiner Vernehmung von einem NVA-Zahnarzt, der wegen eines Autowunsches auf ihn zugekommen sei. »Im Maßstab der BVfS Potsdam war es allgemein bekannt, dass die Abt. XVIII Pkw für private Zwecke verschaffen kann.« Auch der Leiter der Bezirksverwaltung nutzte die Möglichkeiten:

Ich erhielt zum Beispiel 1977 den Auftrag, für zwei Kinder des Leiters der BVfS Potsdam zwei weiße ›Trabant‹ mit blauem Dach zu besorgen, was ich auch machte. Dabei war es so, dass der zweite Wagen, den ich wie auch den anderen ›Trabant‹ über das Autohaus Potsdam beschaffte, einen Lackkratzer am Kotflügel hatte. Ich ließ diesen zwar ausbessern, aber dennoch musste

ich das Auto zum Autohaus zurückbringen. Stattdessen musste ich über die KD Zwickau einen zweiten weißen ›Trabant‹ mit blauem Dach besorgen.

Einen anderen in der Warteschlange wird's gefreut haben.¹³

Dieses Beispiel illustriert nicht nur die Möglichkeiten, sondern auch die Anspruchshaltung der MfS-Granden.

Weizenhandel

Als lukrativ erwies sich auch der Handel mit Getreide für die MfS-Offiziere. Angeblich »aus operativen Gründen« bezog die BV Potsdam 1968 Weizen aus dem Kraftfuttermischwerk Teltow. Trebeljahr und Brunner erkannten im Verbund mit einem ihrer IM, »Amor«, das wirtschaftliche Potenzial dieses Geschäfts und deckten es auch weiterhin mit einem Zentralen Operativen Vorgang (ZOV) ab, den sie bezeichnenderweise »Bauernfeind« nannten. Zwischen 1968 und 1972 verkauften sie 500 Dezitonnen Weizen. Sie zahlten dem Kraftfuttermischwerk 42 Mark für die Dezitonne und verkauften sie zu einem Preis zwischen 60 und 80 Mark. Brunner gibt an, ein Drittel des Gewinns, 5 000 bis 6 000 Mark, erhalten zu haben. Dabei teilten sich die drei nicht nur die Einnahmen, sondern auch die Aufgaben: Trebeljahr beschaffte den Lkw bei der BV Potsdam unter Vortäuschung operativer Gründe, Brunner fuhr ihn und lieferte das Getreide an die Kunden, die der IM »Amor« ausfindig gemacht hatte.¹⁴

Die Beschreibung der Geschäftsfelder ließe sich fortführen. Der Handel mit Baumaterialien, vor allem mit Holz, und im Verbund mit Dienststellen der NVA, der illegale Einsatz polnischer Arbeitskräfte für den Bau der Eigenheime, die Vermittlung von Arbeitsstellen und Kindergartenplätzen und Scheckbetrug wären noch anzuführen. Zuletzt soll nun aber nur noch auf den Handel mit DM und mit Waren aus dem »Operationsgebiet«, sprich der Bundesrepublik eingegangen werden.

¹³ Die Einzelheiten und Zitate dieses Abschnitts sind, soweit nicht anders gekennzeichnet, dem Vernehmungsprotokollen Werner Brunners entnommen, 8. und 9.5.1979; BStU, MfS, AU, Nr. 25–90, Bd. 2.

¹⁴ Die Einzelheiten und Zitate dieses Abschnitts sind, soweit nicht anders gekennzeichnet, den Vernehmungsprotokollen Werner Brunners entnommen, 8. und 10.5.1979; ebenda.

Harte Währung für die Genossen

Vieles, was knapp war, konnte man in der DDR für harte Währung erhalten. Der Staat selbst beteiligte sich an dem Geschäft und richtete die sogenannten Intershops ein, in denen DDR-Bürger für D-Mark Westwaren oder solche DDR-Produkte kaufen konnten, die den normalen Markt üblicherweise nie erreichten. Man musste also in den Besitz der begehrten Währung gelangen. Da waren diejenigen im Vorteil, die den Kontakt zu ihrer Verwandtschaft im Westen pflegten. Mitarbeiter der Staatssicherheit gehörten nicht zu diesem Kreis, denn für sie galt ein striktes Kontaktverbot zu Verwandten und Bekannten in der Bundesrepublik. Einem guten Teil von ihnen kam aber zugute, dass sich ihre Aufgaben auf die Bundesrepublik, Westberlin und das westliche Ausland bezogen, eben auf das sogenannte »Operationsgebiet«. Auch wenn sie selbst nicht in den Westen reisen konnten, so boten doch die Verbindungen zu den von ihnen angeleiteten IM oftmals die Möglichkeit, D-Mark oder Westwaren zu beschaffen. Westgeld musste den IM vom MfS zur Verfügung gestellt werden, die im Westen tätig waren, oder diente als Entlohnung für Bundesbürger, die als IM auf der Gehaltsliste der Staatssicherheit standen. Hier fanden sich schnell Ansatzpunkte, D-Mark abzuzweigen – beispielsweise indem derjenige, der einen IM führte, die zugeteilten D-Mark nicht vollständig an den Mitarbeiter weitergab oder von ihm die Beschaffung bestimmter Gegenstände verlangte. Werner Brunner gibt an, in einem Fall für die Ausstattung eines IM 2 500 DM erhalten zu haben, aber nur 600 DM dafür verausgabte und den Rest einbehalten zu haben. Das Geld verschwand aber nicht in seinem Portemonnaie, sondern wurde an den Abteilungsleiter abgeführt, der sich wiederum verschiedene Gegenstände aus Westberlin besorgen ließ. ¹⁵ Es sind eher Kleinigkeiten, die auf den »Einkaufslisten« der Genossen standen: Kugelschreibermine, Feuerzeuge, Kosmetika, Taschenrechner, auch mal ein Autoradio nebst Kassetten. Ein Offizier ließ eine Spirale zur Empfängnisverhütung beim Klassenfeind besorgen. Laut Brunner war die Situation in der Bezirksverwaltung so, »dass durch die Abt. XVIII im Prinzip alles beschafft wurde, was zu beschaffen geht, und dabei z. B. nicht die Frage stand, wie das mit der Auslastung der Arbeitszeit oder Planerfüllung zu vereinbaren war«. ¹⁶

In einem anderen Fall beauftragte das MfS einen »inoffiziellen Mitarbeiter mit vertraulichen Beziehungen zur bearbeiteten Person« (IMV), Geld bei

¹⁵ Notiz Werner Brunnens v. 18.5.1979; BStU, MfS, AU, Nr. 25–90, Bd. 3.

¹⁶ Notiz Werner Brunnens v. 16.5.1979; BStU, MfS, AU, Nr. 25–90, Bd. 2.

einem gewissen N. in Teltow¹⁷ zu tauschen, um dessen Quelle zu eruieren, aus der dieser offenbar D-Mark in größeren Mengen schöpfte und zu einem günstigen Umtauschkurs von 1:3 anbot. Diese Form der »Bearbeitung« endete 1978 nach sechs Jahren erfolglos – sechs Jahre, in denen die Devisen galt, nicht mehr als 1 000 DM auf einmal zu tauschen. Ob die eingetauschten D-Mark alle in der offiziellen Kasse des MfS landeten? Fest steht, dass sich die Mitarbeiter der BV auch danach noch des IMV – den Trebeljahr unmittelbar nach dessen Haftentlassung für das MfS angeworben hatte¹⁸ – und der Quelle bedienten, um für den Eigenbedarf D-Mark zu bekommen.¹⁹

Auch Trebeljahr führte einen Bundesbürger als IM. Über ihn versuchte er in den ersten Maitagen 1979 nicht nur, Kontakt zu den westlichen Geheimdiensten herzustellen, er ließ sich durch ihn zuvor auch kontinuierlich mit Waren aus Westberlin oder Ostberliner Intershops versorgen. Auf den Wunschzetteln Trebeljahrs fanden sich Pelikan-Tintenpatronen, Tipp-Ex, Spritzen (Trebeljahr war Diabetiker), einmal eine Wanduhr und viele Druckerzeugnisse: Von Pornoheften und Sexbüchern über den Neckermann-Katalog bis hin zum Katholischen Katechismus. Das Interesse war offenbar breit gefächert. Der IM übergab die Dinge nicht persönlich, sondern deponierte sie als Pakete in der Gepäckaufbewahrung im Bahnhof Friedrichstraße, wo Trebeljahr sie abholte oder abholen ließ.²⁰

Die beschriebenen Geschäftsfelder weisen über den anekdotenhaften Charakter hinaus. Zunächst und ganz offensichtlich ergibt sich aus ihnen die Erkenntnis, dass die Genossen umfassend und ohne erkennbare Beschränkung ihre dienstlichen Möglichkeiten ausschöpften, um sich selbst Vorteile zu verschaffen. Dazu waren gerade die Voraussetzungen der Abt. XVIII besonders günstig, da deren Mitarbeiter qua Auftrag in den Betrieben, im Handel, eben in der gesamten Volkswirtschaft präsent waren. Ihre Arbeit vor Ort verschaffte ihnen den Vorteil, dass sie genau erkennen konnten, welche Chancen der persönlichen Bereicherung sich im konkreten Fall ergaben. So im Stahlwerk Brandenburg oder im Kraftfuttermischwerk Teltow. Dass hier aber mitunter sogar dienstliche Aufträge fingiert wurden, um die »eigenwirtschaftlichen« Machenschaften zu »legendieren«, zeigte die Lkw-Beschaffung für den Weizentransport und wohl auch die Beobachtung des Devisenschiebers. Auch aus Sicht des Ministeriums für Staatssi-

¹⁷ Name anonymisiert.

¹⁸ Notiz Werner Brunners v. 24.5.1979; BStU, MfS, AU, Nr. 25–90, Bd. 3.

¹⁹ Notiz Werner Brunners v. 29.5.1979; BStU, ebenda.

²⁰ Vernehmungsprotokoll einer IM v. 4.5.1979; BStU, MfS, AU, Nr. 25–90, Bd. 6.

cherheit waren alle diese Aktionen illegal – wie wohl nicht eigens betont werden muss.

Ein eigenes großes Thema in diesem Zusammenhang ist der Umgang der MfS-Offiziere mit inoffiziellen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen. Sie stellten offenbar weit mehr dar als das Hauptarbeitsmittel des MfS zur Lösung der operativen Aufgaben; das schien in den Beschreibungen bereits durch. Die Stasi-Mitarbeiter zogen – wiederum in Umgehung der MfS-Richtlinien – erhebliche Vorteile aus der Anleitung der IM. Sie ließen diese Handlungen durchführen, die sie selbst nicht vornehmen konnten (z. B. Beschaffung von Waren aus dem Westen) oder die, für die Betroffenen sicher in den wenigsten Fällen durchschaubar, Teil der kriminellen Machenschaften waren (wie im Fall der finanziellen Transaktionen des Stahlgeschäfts). Auf diese Weise überließen die Herren Offiziere Teilschritte der Handlungen anderen und konnten sich selbst partiell aus der Schusslinie bringen. Die Handlungsketten aus Stasi-Mitarbeitern waren unterbrochen, die Drahtzieher traten nicht bei jedem Schritt der Geschäfte in Erscheinung. Dabei kam ihnen die innere und äußere Konspiration des MfS zugute, weil selbst innerhalb der Staatssicherheit die wahre Identität der IM nicht geläufig war.

Allerdings nahmen es die Führungsoffiziere selbst mit der Konspiration bei der Arbeit mit IM nicht so genau. Der Schlussbericht der HA IX zum Fall Trebeljahr listet drei Bereiche der Dekonspiration auf: Erstens habe Trebeljahr eine IM geheime Weisungen des MfS abschreiben lassen (»Es soll sich dabei nach Trebeljahr um eine generelle Arbeitsweise in der Abteilung XVIII handeln«). Zweitens habe er konspirative Wohnungen, in denen er sich mit IM traf, von VEB offiziell mieten und finanzieren lassen (»Es soll sich dabei nach Aussagen von Trebeljahr um eine bei der BVfS Potsdam, Abteilung XVIII, grundsätzlich praktizierte Arbeitsweise handeln«). Drittens nutzte er eine konspirative Wohnung, die eine Verwandte zur Verfügung stellte, selbst für Treffen mit IM.

Der Bericht hält ebenfalls fest, dass Trebeljahr seine IM in erheblichem Maße zu seinem eigenen Vorteil ausnutzte. In einem Fall war der materielle Schaden für den IM erheblich: Trebeljahr hatte ihm eine Planstelle im VEB Tierzucht Potsdam vermittelt. Die Entlohnung lief über Trebeljahr – der die Hälfte des Gehalts für sich zurückbehält. Die materielle Seite war aber vielleicht nicht die gravierendste: Die Abhängigkeiten der IM von ihren Führungsoffizieren nutzte Trebeljahr auch in anderer Hinsicht weidlich aus: Zu einer ganzen Reihe seiner weiblichen IM unterhielt er »intime Beziehungen«, so die Diktion des MfS.²¹ Einige seiner IM hat Trebeljahr offenbar nur

²¹ Bericht der Hauptabteilung IX/1 v. 2.7.1979; BStU, MfS, AU, Nr. 25–90, Bd. 1.

angeworben, um ein sexuelles Verhältnis mit ihnen zu führen, beispielsweise diejenige, die er regelmäßig auf der Leipziger Messe zum Einsatz brachte, fernab des heimischen Herdes.²² Oder diejenige, bei deren Werbung es schon zu Intimitäten kam und wiederum die Dekonspiration Trebeljahrs zur Folge hatte, und das auch noch gegenüber einer Bundesbürgerin.²³ Dieses Vorgehen wurde im MfS »stillschweigend toleriert« – wohl nicht zuletzt, weil auch die Kollegen keine Kinder von Traurigkeit waren. Brunner berichtet, dass er, Trebeljahr und ein weiterer Kollege in einem Fall »intime Beziehungen« zu ein und derselben IM unterhielten.²⁴ Wer wollte da auf Trebeljahr zeigen? Was dieser Umgang für die inoffizielle Mitarbeiterin bedeutete und für ihr Verhältnis zu ihrem Führungsoffizier, lässt sich indes höchstens erahnen.

Aber nicht nur die über das Dienstliche hinausgehenden Verhältnisse waren in der BV bekannt, auch die übrigen Geschäfte waren ein offenes Geheimnis. »Niemand von uns hat jedoch etwas dazu gesagt. Wahrscheinlich machten wir das aus dem falschen Ehrgefühl, Trebeljahr nicht verraten zu wollen«, gab Brunner reumütig zu Protokoll.²⁵ Die eigene Verstrickung in die Machenschaften wird ein Übriges dazu beigetragen haben. Trebeljahr wurde wegen dieser Tätigkeiten jedenfalls niemals disziplinarisch belangt. Und das, obwohl es in Potsdam bereits »Gerede« über den Hausbau der Leitungskader der Bezirksverwaltung gab, der offenbar jenseits des Üblichen lag.²⁶ Auch in dem laufenden Verfahren wurde Trebeljahr kaum nach diesen Zusammenhängen befragt.

Auch die tief verstrickten Kollegen Trebeljahrs sind für ihre korrupten Handlungen nicht explizit zur Rechenschaft gezogen worden. Im Fall Werner Brunners ist deutlich, dass Minister Mielke selbst über den Umgang mit dem Mitarbeiter entschied: Er wurde aus der Bezirksverwaltung Potsdam herausgelöst und ab Oktober 1979 als OibE (Offizier im besonderen Einsatz) im Bereich der Bezirksverwaltung Neubrandenburg eingesetzt. Das war sicher eine Herabstufung, aber alles in allem doch eine eher milde Form der Bestrafung – die zudem bemäntelt wurde: Die Versetzung sei notwendig geworden, denn »es liegen konkrete Hinweise darüber vor, dass auf Grund der Verratshandlungen des Trebeljahr Genosse Hauptmann Brunner ebenfalls in den Blickpunkt des Gegners geraten ist«. Der Vermerk der HA Kader

²² Anlage 4 zum Bericht der HA IX/1 v. 22.5.1979; ebenda.

²³ Notiz Werner Brunners v. 9.5.1979; BStU, MfS, AU, Nr. 25–90, Bd. 2.

²⁴ Befragungsprotokoll Werner Brunner v. 14.5.1979; ebenda.

²⁵ Vgl. ebenda.

²⁶ Vgl. Befragungsprotokoll Werner Brunner v. 10.5.1979; ebenda.

und Schulung hält zwar fest, dass Brunner »zum Zwecke der Erlangung eines materiellen Vorteils sowohl einen Verstoß gegen bestehende Befehle und Weisungen aus [sic!] auch gegen Strafrechtsbestimmungen« begangen habe.

Unter Berücksichtigung seiner Gesamtpersönlichkeit [...] sowie seines positiven Verhaltens nach Einleitung der Untersuchung [also wohl seiner Auskunftsbereitschaft, HH] wurde durch den Genossen Minister entschieden, von einer strafrechtlichen Verfolgung abzusehen.²⁷

Die Versetzung nach Neubrandenburg organisierten die Genossen umfassend bis hin zur Beschaffung einer 4-Raum-Wohnung sowie einer Arbeitsstelle für Brunners Frau.²⁸

Nicht so gut belegt, aber absolut parallel verlief die weitere Karriere von Rolf Süßenguth. Er wurde von Brandenburg zur Kreisdienststelle Hoyerswerda versetzt und arbeitete hier als OibE im Wohnungsbaukombinat.²⁹

Die Beschreibung der Machenschaften von Trebeljahr offenbart nicht nur einen Blick in den inneren Zustand und die Loyalitäten der DDR-Geheimpolizei, sondern auch in weite Teile der DDR-Gesellschaft, die entweder Opfer dieser Verhältnisse war oder mit den Mächtigen paktierte, um einen eigenen Vorteil zu erlangen. Damit beleuchten die Ausführungen ein zutiefst defizitäres (Wirtschafts-)System, in dem die Mächtigen skrupellos eigentlich »überwundene« marktwirtschaftliche Mechanismen nutzten, um den eigenen Wohlstand zu maximieren.

²⁷ Vermerk der HA Kader und Schulung, Abt. Disziplinar, v. 12.9.1979; BStU, MfS, HA KuSch, Diszi 4844/92.

²⁸ Vermerk der HA Kader und Schulung, Abt. Disziplinar, v. 10.9.1979; ebenda.

²⁹ Vgl. BStU, MfS, AOibE 5743/87.

Abkürzungen

Abt.	Abteilung
ABV	Abschnittsbevollmächtigter
AfD	Alternative für Deutschland
AIM	archivierter IM-Vorgang
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe
AKP	Auskunftsperson
AOP	archivierter Operativer Vorgang
AP	Allgemeine Personenablage
AS	Allgemeine Sachablage
BArch	Bundesarchiv
Bd.	Band
Bdl.	Bündel
BdL	Büro der Leitung/des Leiters
BDVP	Bezirksdirektion der Deutschen Volkspolizei
BF	Bildung und Forschung (Abt. beim BStU)
BGH	Bundesgerichtshof
BM	Bundesminister
BMI	Bundesministerium des Innern
BND	Bundesnachrichtendienst
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BV	Bezirksverwaltung
BVfS	Bezirksverwaltung für Staatssicherheit
BZ	Berliner Zeitung
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CIA	Central Intelligence Agency
ČSSR	Tschechoslowakei
DBR	Deutsche Bundesrepublik
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DEFA	Deutsche Film AG
DGHW	Dienst- und Gebrauchshundewesen
DIA	Deutscher Innen- und Außenhandel
DM	Deutsche Mark

D-Mark	Deutsche Mark
DRA	Deutsches Rundfunkarchiv
DSt.	Dokumentenstelle
DVP	Deutsche Volkspolizei
EBU	European Broadcasting Union
ESC	Eurovision Song Contest
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDP	Freie Demokratische Partei
FIM	Führungs-IM
GDR	German Democratic Republic
GH	Geheime Hauptablage
GHI	Geheimer Hauptinformatior
GI	Geheimer Informator
GM	Geheimer Mitarbeiter
GRU	Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije
GST	Gesellschaft für Sport und Technik
HA	Hauptabteilung
HIM	Hauptamtlicher inoffizieller Mitarbeiter
HO	Handelsorganisation
Hptm.	Hauptmann
HU	Humboldt-Universität zu Berlin
HV A	Hauptverwaltung A (Aufklärung)
IADE	Informationsauswertende Dienstleistungen
IM	inoffizieller Mitarbeiter
IMB	Inoffizieller Mitarbeiter der Abwehr mit Feindverbindung
IMS	Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung
IMV	Inoffizieller Mitarbeiter mit vertraulichen Beziehungen zur bearbeiteten Person
IT	Informationstechnik
JHS	Juristische Hochschule
KD	Kreisdienststelle

KEL	Kreiseinsatzleitung
Kfz	Kraftfahrzeug
KGB	Komitet Gossudarstwennoi Besopasnosti
KgU	Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KW	Konspirative Wohnung
KZ	Konzentrationslager
Lkw	Lastkraftwagen
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
Ltn.	Leutnant
MAD	Militärischer Abschirmdienst
MdI	Ministerium des Innern
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MID	Military Intelligence Division
MTS	Maschinen-Traktoren-Station
NATO	North Atlantic Treaty Organization – Nordatlantikpakt
ND	Neues Deutschland
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Partei Deutschlands
NVA	Nationale Volksarmee
o. D.	ohne Datum
OPK	Operative Personenkontrolle
OV	Operativer Vorgang
PID	Politisch-ideologische Diversion
Pkw	Personenkraftwagen
PUT	Politische Untergrundtätigkeit
SA	Sturmabteilung
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SdM	Sekretariat des Ministers
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

SIRA	System zur Informationsrecherche der HV A
SSD	Staatssicherheitsdienst
StfS	Staatssekretariat für Staatssicherheit
TDB	Teildatenbank
Uln.	Unterleutnant
UPL	Universitätsparteileitung
US	United States
USA	United States of America
VEB	volkseigener Betrieb
VKSK	Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter
VP	Volkspolizei
VPKA	Volkspolizeikreisamt
VS	Verschlusssache
ZA	Zentrale Ablage
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZBE	Zwischenbetriebliche Einrichtung
ZK	Zentralkomitee
ZMA	Zentrale Materialablage
ZOV	Zentraler Operativer Vorgang
ZPKK	Zentrale Parteikontrollkommission

Biografische Notizen

Christian Adam, Jg. 1966, Studium der Neueren deutschen Literatur und der Publizistik, von 2007–2014 Referent Publikationen in der Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Jetzt Leiter des Fachbereichs Publikationen im Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr Potsdam.

Henrik Bispinck, Jg. 1973, Studium der Geschichte und der Germanistik, seit 2010 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen.

Christian Booß, Jg. 1953, Studium der Geschichte und der Germanistik, 2001–2006 Pressesprecher, seit 2009 Projektkoordinator in der Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen.

Bernd Florath, Jg. 1954, Studium der Geschichte, seit 2007 Mitarbeiter in der Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen.

Jens Gieseke, Jg. 1964, Studium der Geschichte, Politologie und Rechtswissenschaften, 1993–2008 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Jetzt Leiter der Abteilung Kommunismus und Gesellschaft am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam.

Helge Heidemeyer, Jg. 1963, Studium der Neueren und Mittleren Geschichte, Politikwissenschaft und Wirtschaftswissenschaften, seit 2008 Leiter der Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen.

Georg Herbstritt, Jg. 1965, Studium der Neueren und Neuesten Geschichte, osteuropäischen Geschichte und katholischen Theologie, seit 1999 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen.

Ilko-Sascha Kowalczuk, Jg. 1967, Studium der Geschichte, seit 2001 wissenschaftlicher Mitarbeiter, Projektleiter und fachlicher Koordinator in der Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen.

Daniela Münkel, Jg. 1962, Studium der Mittleren und Neueren Geschichte, Politikwissenschaft und Wirtschafts- und Sozialgeschichte, seit 2008 Projektleiterin in der Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Seit 2010 apl. Prof. der Universität Hannover.

Tobias Wunschik, Jg. 1967, Studium der Politikwissenschaft, Psychologie und Soziologie, seit 1993 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen.

Elke Stadelmann-Wenz, Jg. 1966, Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Sinologie, seit 2013 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen.